Mittwoch, 15. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 8,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 137 - 24.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschläge gegen algerische Ziele in Westeuropa?

DW. Bonn

Auf algerische Einrichtungen in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, sollen möglicherweise demnächst Terroranschläge verübt werden. Das vermuten deutsche und andere westliche Geheimdienste. Hintergrund für diese Pläne sei ein Wandel der algerischen Außenpolitik, der unter anderem bei dem Treffen des algerischen Staatspräsidenten Chadli mit dem marokkanischen König Hassan II. und in einer positiven Stellungnahme Algiers zum israelisch-libanesischen Truppenabzugs- und Kriegsbeendigungs-Abkommen deutlich wurde. In der algerischen Führung kam es in diesem Zusammenhang zu Personalverschiebungen, die auf einen künftig relativ gemäßigten Kurs Algeriens hindeuten. Durch Terroraktionen auf algerische Einrichtungen in Westeuropa soll nun, wie es heißt, das Maghreb-Land auf dem Kurs der radikalen arabischen Staaten gehalten werden, die sich an Moskau orientieren und jegliche Übereinkünfte mit Israel ablehnen.

Tschernenkos Position im ZK scheint fester

dpa/AP/AFP, Moskau

Auf der ersten regulären Sitzung des mehr als 300 Mitglieder zählenden Zentralkomitees seit vergangenem November unter dem neuen Parteichef Jurij Andropow (68) hat gestern das Politbüro-Mitglied Konstantin Tschernenko (71) das einleitende Referat über die ideologische und politische Arbeit gehalten. Dies macht es weniger wahrscheinlich, daß die Gruppe um Andropow den Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow, einen Vertrauten Tschernenkos, hinausdrängen kann. Offiziöse Kreise Moskaus erwarten von der auch heute andauernden Tagung jedoch eine Umbildung des Politbüros, dem nur noch elf Vollmitglieder und sieben Kandidaten angehören. Als sichere Aufsteiger in das Machtzentrum gelten der georgische Parteichef Edward Schewardnadse und der Politbüro-Kandidat Wladimir Dolgich. Im Hinblick auf die für morgen einberufene Tagung des Obersten Sowjets gab es noch keine sicheren Informationen, ob Andropow Vorsitzender des Präsidiums dieses Gremiums und damit Staatsoberhaupt wird.

ZITAT DES TAGES



» Dieser 17. Juni ist nicht dazu angetan, uns frei und ledig aller Fehl zu sprechen. Aber er ist erst recht nicht dazu angetan, unsere Ablehnung der Neutralisierung Deutschlands mit Reue zu bedenken. «

Professor Eugen Gerstenmaier, ehemaliger Bundestagspräsident, im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea). FOTO: DPA

Barzel mahnt

DW. Frankfurt

Bundestagspräsident Rainer Barzel hat davor gewarnt, das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht zu mißbrauchen. In einem Grußwort zur Eröffnung der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt sagte Barzel unter Anspielung auf die Raketendebatte, jenen, die von Widerstandsrecht redeten, fehle die „Kraft der Unterscheidung" zwischen Widerstand gegen die Diktatur und „Widerstand gegen Verteidigungsmaßnahmen der Demokratie wegen der Aggressivität einer anderen Diktatur". Sie seien auch zu ermahnen, den „ehrenvollen Widerstand gegen Hitler nicht herabzusetzen". Seite 5

Beschluß aufgehoben

lz. München

Als erste bayerische Kommune ist München der Aufforderung des bayerischen Innenministeriums gefolgt und hat einen Beschluß, der das Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone erklärte, mit den Stimmen von CSU und FDP aufgehoben. Das Ministerium hatte andernfalls nach dem 1. Juli mit einer Zwangsaufhebung gedroht. Nürnberg, Erlangen und Lindau wollen es dagegen auf eine juristische Kraftprobe ankommen lassen.

Sperre bis 29. Juni

AFP, Wien

Die offenbar in Zusammenhang mit dem Papst-Besuch in Polen von der Tschechoslowakei verhängte Durchreisesperre soll bis zum 29. Juni in Kraft bleiben. Wie das österreichische Außenministerium gestern mitteilte, will die Botschaft der CSSR in Wien nur für Geschäftsreisen und in Ausnahmefällen Visa für den Transit nach Polen ausstellen. Offiziell wurde die Maßnahme von der Tschechoslowakei nicht begründet.

Vogel für „Wald-Rat"

gba, Bonn

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hat in einem Brief an den Bundeskanzler die Einsetzung eines „Rates zur Bekämpfung des Waldsterbens" vorgeschlagen. Das Waldsterben habe ein Ausmaß erreicht, daß Maßnahmen zu seiner Bekämpfung keinen Aufschub mehr duldeten. Die SPD-Fraktion sei bereit, parteiübergreifende – auch unpopuläre – Maßnahmen mitzutragen.

Prag warnt Kritiker

AFP, Prag

Die tschechoslowakischen Behörden versuchen mögliche Kundgebungen von Regimekritikern während der für nächste Woche in Prag geplanten „Weltkonferenz für den Frieden und gegen den Atomkrieg" zu verhindern. Wiederholt wurden Bürgerrechtler von der Polizei vorgeladen und ihnen „empfohlen", Prag für die zweite Monatshälfte Juni zu verlassen. Andernfalls hätten sie mit „Isolierung" zu rechnen. Ob darunter Hausarrest oder Festnahme zu verstehen sei, wurde von den Behörden nicht präzisiert.

WIRTSCHAFT

Rendite wird gesenkt

dpa/VWD, Frankfurt

Das Bundesfinanzministerium will von heute an die Rendite für die ständig angebotenen Bundesobligationen senken. Nach Angaben der Bundesbank wird dabei für Papiere mit einem Nominalzins von acht Prozent und einer Laufzeit von fünf Jahren der Ausgabekurs auf 100,60 (100) Prozent angehoben, wodurch sich die Rendite auf 7,85 (acht) Prozent ermäßigt.

Aufträge aus Libanon?

dpa/VWD, Bonn

Um Aufträge aus Libanon bemüht sich eine Delegation hoher deutscher Wirtschaftsvertreter, die heute unter Leitung des früheren Landwirtschaftsministers Ertl zu viertägigen Gesprächen nach Beirut reist. Die deutsche Industrie, die sich gute Möglichkeiten für den Zuschlag von Projekten im Baubereich und in der Infrastruktur ausrechnet, steht dabei in hartem Wettbewerb mit anderen westeuropäischen und amerikanischen Unternehmen.

Aktien freundlich

DW. Frankfurt

Aktien- und Rentenmarkt blieben weiter freundlich. WELT-Aktienindex 138,1 (137,2). Dollarmittelkurs 2,5548 (2,5415) Mark. Goldpreis pro Feinunze 407,90 (413,00) Dollar.

WETTER

Unbeständig und kühl

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnd wolkig mit einzelnen schauerartigen Regenfällen. Tagestemperaturen zwischen 15 und 18 Grad, in der Nacht 9 bis 6 Grad.

Heute in der WELT

Rentenerhöhung ist gesichert. Erfolg für Minister Blüm

Auch die FDP-Fraktion stimmt zu / Noch ein Gespräch über die Finanzen

HEINZ HECK, Bonn

Nach der Zustimmung der FDP-Bundestagsfraktion ist die übernächste Rentenerhöhung zum 1. Juli 1984 gesichert. Wenn die Minister Norbert Blüm, Otto Graf Lambsdorff und Gerhard Stoltenberg morgen noch einmal zu einem voraussichtlich letzten Gespräch in dieser Angelegenheit zusammentreffen, so geht es nur noch darum, zu klären, wie die Liquidität der Rentenversicherungsträger 1984 gesichert werden kann. Im Herbst dürfte eine Finanzierungslücke von bis zu drei Milliarden Mark entstehen, die jedoch durch höhere Beitragseinnahmen zum Jahresende gedeckt wird.

Das Festhalten am 1. Juli 1984 wird als großer Verhandlungserfolg für Blüm gewertet. Adolf Müller (Remscheid), stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, hat gestern „die Beharrlichkeit von Bundesarbeitsminister Blüm und das solidarische Eintreten der CDU/CSU-Bundestagfraktion für den Minister" dafür verantwortlich gemacht.

Eine Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1985 hätte nur zu Einsparungen von etwa 1,2 Milliarden Mark geführt, denn die Anpassung fällt mit voraussichtlich knapp 1,5 Prozent sehr gering aus. Ausschlaggebend hierfür sind sowohl die Aktualisierung (also Anpassung nach Maßgabe der Gehaltsentwicklung 1983) als auch der Abzug weiterer zwei Prozent als Krankenversicherungsbeitrag der Rentner.

Blüm sieht statt dessen, wie berichtet, im wesentlichen folgende vier Einzelmaßnahmen vor:

– die Einbeziehung der knappschaftlichen Krankenversicherung in den Finanzausgleich der gesetzlichen Krankenkassen (740 Millionen Mark Entlastung);
– die Übertragung der Tuberkulosebehandlung von der Renten- in die Krankenversicherung (rund 250 Millionen Mark);
– die Einschränkung der Voraussetzungen für die Gewährung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten: Zahlung nur noch an solche Antragsteller, die in den vergangenen fünf Jahren vor dem Antrag mindestens drei Jahre lang gearbeitet haben: Krankheits- oder Arbeitslosigkeitszeiten sollen dabei allerdings nicht gezählt werden (rund 200 Millionen Mark),
– die von fünf auf zwei Jahre ermäßigte Kapitalisierung von Witwenrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die zugleich eine Harmonisierung mit der für Beamtenwitwen geltenden Regelung darstellt (150 bis 200 Millionen Mark).

Bei der Sicherung der Liquidität der Rentenversicherungsträger 1984 geht es letzlich um die Frage, ob die Versicherung oder der Bund die Zinsen für die aufzunehmenden Kredite tragen. Wenn der Bund seinen '84er Zuschuß an die Rentenversicherung früher als üblich zahlt, könnten allerdings mit den aus der Anlage dieser Gelder zu erzielenden Zinseinnahmen die später anfallenden Kreditzinsen gedeckt werden. Damit würde allerdings die Frage der Liquiditätssicherung nur auf Bonn verlagert.

Kreml droht mit Raketen in „DDR"

Falls USA in Europa nachrüsten / Auch in der CSSR soll stationiert werden

BERNT CONRAD, Bonn

Die Sowjetunion will atomare Mittelstreckenraketen in der „DDR" und in der Tschechoslowakei stationieren, falls die NATO Ende dieses Jahres mit der Aufstellung amerikanischer Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa beginnen sollte. Dies hat der sowjetische Parteichef Jurij Andropow nach Informationen aus zuverlässiger diplomatischer Quelle Anfang Mai mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker bei dessen Besuch in Moskau vereinbart. Die Parteiführung der CSSR habe dem Plan zugestimmt.

Ohne konkrete Stationierungsländer zu nennen, hatte die sowjetische Regierung eine solche Entwicklung schon am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg durch eine Veröffentlichung im Parteiorgan „Prawda" und in der Nachrichtenagentur Tass angedroht. Darin hatte es geheißen, im Fall der Dislozierung neuer amerikanischer Raketen in Europa „würde es sich als notwendig erweisen, in Absprache mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auch andere Maßnahmen zur Stationierung weiterer Mittel zu verwirklichen, um das notwendige Gegengewicht zu der zunehmenden Anhäufung von vorgeschobenen Kernwaffen der USA in Europa und nuklearen Rüstungen der anderen NATO-Länder zu schaffen".

Moskau hatte ferner damit gedroht, sein im vergangenen Jahr beschlossenes „einseitiges Moratorium der weiteren Stationierung von Waffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil (der Sowjetunion) zu überprüfen" und „auch notwendige Gegenmaßnahmen in bezug auf das Territorium der USA selbst" zu ergreifen.

Zur Zeit sind strategische und Mittelstreckenraketen nur auf sowjetischem Gebiet, nicht aber in anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes stationiert. SED-Chef Honecker hat die Bereitschaft, SS-20-Raketen notfalls auch in der „DDR" aufstellen zu lassen, vor kurzem auf einem „Kampfmeeting" in Magdeburg mit der Formulierung bekräftigt: „Sollten wider jede Vernunft neue amerikanische Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der BRD und anderer westeuropäischer NATO-Länder auftauchen, wird die DDR, getreu ihrer Bündnisverpflichtung in der sozialistischen Koalition, die für sie erforderlichen Maßnahmen einleiten."

Im Unterschied zur „DDR" und zur CSSR soll Ungarn, obwohl ebenfalls an der Westgrenze des Warschauer Pakt-Gebietes gelegen, von der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen ausgenommen werden.

Die US-Regierung hat die angekündigten sowjetischen Gegenmaßnahmen schon unmittelbar nach der „Prawda"-Veröffentlichung als „ungerechtfertigte Vergeltungsdrohung" zurückgewiesen. Tatsächlich würde die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in der „DDR" und der CSSR an der strategischen Lage wenig ändern, weil die in der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen ohnehin jeden Teil Westeuropas erreichen können. Die angedrohte „Überprüfung des einseitigen sowjetischen Moratoriums" ist gegenstandslos, da amerikanische Luftaufnahmen beweisen, daß sich Moskau nie daran gehalten hat. Ernste Verwicklungen könnte allerdings die mögliche Stationierung von SS 20 in Kuba oder Nicaragua als „Gegenmaßnahme in bezug auf das Territorium der USA selbst" auflösen.

EG: Genscher fordert Kompromiß

Mehrheit der Mitgliedsländer gegen Einsparungen / Bonn hofft noch auf Einigung

W. HADLER/U. LÜKE, Straßburg

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat alle EG-Mitgliedstaaten zu größerer Kompromißbereitschaft aufgefordert, um dem Stuttgarter Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am Wochenende doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Nach dem Verlauf der Sondersitzung der EG-Außenminister am Wochenanfang in Luxemburg ist allerdings kaum damit zu rechnen, daß sich die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen den Partnern vor allem in der Frage der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft in wenigen Tagen überbrücken lassen werden.

Genscher sprach nach dem Luxemburger Treffen zwar von „Annäherungen und Aussichten auf Annäherungen", der Hauptwunsch der Deutschen nach Verabschiedung eines rigorosen Sparprogramms vor jeder Erörterung über eine Erhöhung der Finanzen, stieß jedoch auf massiven Widerspruch. Die Mehrzahl der EG-Staaten, vor allem Frankreich, Dänemark und die Benelux-Länder, wollen keine präzisen Verpflichtungen zu Einsparungen eingehen. Die Bundesregierung hält dagegen Korrekturen besonders im Agrarbereich für unumgänglich.

Die deutsche Präsidentschaft hatte dem Ministerrat einen fünfseitigen Kompromißvorschlag vorgelegt. Er sieht unter anderem vor, daß die Landwirte stärker als bisher an den Kosten der Agrarpolitik beteiligt werden und daß vor einer Entscheidung über die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils der Gemeinschaft der Europäische Rechnungshof die Effizienz der bisherigen EG-Maßnahmen überprüft. Bei einigen EG-Partnern wurden diese Anregungen als Ausdruck einer „Buchhaltermentalität" empfunden.

SEITE 2:
Vom Stier zum Kontokorrent
SEITE 6:
Ruf nach Neuanfang

Der neue britische Außenminister Sir Geoffrey Howe kündigte seinen Kollegen in Luxemburg eine noch härtere Gangart seiner Regierung bei der Verfolgung der finanziellen Forderungen Londons gegenüber der Gemeinschaft an. Falls es bis Ende Juli keine Einigung über die Reduzierung des britischen Nettobeitrages für 1983 gebe, werde London die Zahlungen an die EG drastisch einschränken.

*

HH. Bonn

Die Luxemburger Ergebnisse nehmen sich aus Bonner Sicht weniger dramatisch aus: Hier ist man zuversichtlich, daß in Stuttgart durchaus einvernehmliche Sparbeschlüsse erzielt werden können. Die größte Sorge herrscht offenbar, daß London in der Frage weiterer Beitrittsermäßigungen zu ungeduldig auftreten könnte.

In Bonn wird erwartet, daß auf dem Stuttgarter EG-Gipfeltreffen Ende der Woche auch die geplanten Arbeitsaufträge an die Kommission vergeben werden (siehe gestrige Ausgabe): Bis Mitte September soll sie Sparvorschläge für den wichtigsten Ausgabenbrocken (Agraretat) vorlegen und bis zum Herbst für die übrigen Ausgaben.

Die Dringlichkeit der Sparmaßnahmen wird in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich gesehen, je nachdem, ob sie Nettozahler oder -empfänger sind. Deutschland war 1982, wie Finanzstaatssekretär Friedrich Voss jetzt erklärt hat, nach Bonner Berechnungen mit netto rund 7,5 Milliarden Mark (pro Kopf 122) dabei. Die britische Regierung will als einzige noch offenhalten, ob es überhaupt zu einer Erhöhung des Finanzbeitrags an Brüssel (über derzeit ein Prozent Mehrwertsteuer hinaus) kommt, während Bonn die Marschroute ausgegeben hat: erst sparen, dann erhöhen und damit die Zustimmung zum zweiten Schritt von ausreichenden Erfolgen beim ersten abhängig machen kann.

Reagan will Freiheit für die Balten

Der US-Präsident fordert die Sowjetunion auf, ernsthaft über Abrüstung zu verhandeln

SAD/AP/AFP/rtr, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat den gestrigen 14. Juni feierlich zum „Baltischen Freiheitstag" erklärt. Vor 200 aus dem Baltikum stammenden Amerikanern sagte Reagan im Weißen Haus, er halte die Unterwerfung der baltischen Völker durch die Sowjetunion nicht für einen „dauerhaften Zustand".

Reagan gab das Versprechen ab, „daß wir uns im Prozeß der Friedenssuche nicht von unserer moralischen Verpflichtung gegenüber jenen gefangenen Völkern ablenken lassen, die jetzt in Knechtschaft gehalten werden". Der Präsident lenkte die Aufmerksamkeit auf „die seit langem leidenden baltischen Völker" und bekräftigte, „daß wir ihre Unterwerfung nicht als dauerhaften Zustand anerkennen".

Die sowjetische Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens sei „eine lebendige Erinnerung an das zynische Abkommen zwischen Sowjetrußland und Nazideutschland", das den Zweiten Weltkrieg herbeiführen half, sagte Reagan. Moskau wolle dieses „dunkle Kapitel der Geschichte" gerne vergessen machen. Doch die freiheitsliebenden Völker überall auf der Welt könnten es nicht vergessen.

Der US-Präsident forderte die Sowjetunion auf, sich auf „ernsthafte" Abrüstungsverhandlungen zu konzentrieren, eine flexible Haltung zu zeigen und auf „bedeutungslose Gesten" zu verzichten wie das beim Moskau-Besuch des finnischen Staatspräsidenten Koivisto erneuerte Angebot einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa. Es sei eine Ironie, meinte Reagan, daß ausgerechnet die für die Unterdrückung der Balten verantwortliche UdSSR nach einer atomwaffenfreien Zone im Baltikum und in Nordeuropa rufe. Im Gegensatz zu Moskau wolle Washington statt Zonen ohne Atomwaffen lieber Zonen, in denen keine Atomsprengköpfe explodieren.

„Wir haben Flexibilität gezeigt", betonte der Präsident. „Jetzt ist der Ball auf ihrer (der sowjetischen) Seite." Damit spielte Reagan auf seine Vorschläge für eine Vereinbarung über den Abbau der strategischen Waffen an. Moskau reagierte bisher ablehnend darauf, die Zahl der Atomsprengköpfe jeder Seite auf 5000 zu begrenzen.

Der Präsident wies die Vorstellung zurück, die USA müßten ihre Kritik an Moskau mäßigen, um den Frieden zu fördern. Die totalitären Regime müßten wissen, daß freie Menschen nicht zittern. Nur dann könnten Konflikte vermieden werden, betonte er.

Seite 2: Tod dreier Republiken

DER KOMMENTAR

Andropows Rechnung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Im sowjetischen Nervenkrieg gegen eine Nachrüstung der NATO spielen die Deutschen im Kalkül Moskaus die entscheidende Rolle – die Deutschen hüben und drüben. Andropow hat seine raffinierteste Trumpfkarte gezogen, als er Honecker bei dessen Besuch Anfang Mai das Einverständnis abforderte, daß sowjetische Mittelstreckenraketen in Mitteldeutschland aufgefahren werden, falls die USA ihre Pershing 2 in Westdeutschland stationieren. Diese Drohung bleibt bei der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands nicht ohne Wirkung. Das hat Bundeskanzler Kohl auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover in Gesprächen mit Bischöfen aus der „DDR" erfahren.

Dabei ist klar, daß es militärisch wenig Unterschied macht, ob Ustinow die SS 20 aus Westrußland tausend Kilometer weiter nach Westen verlegt oder nicht. Diese Monsterwaffe kann auch jetzt schon jedes Ziel in Europa erreichen, und eine wirksame Abfangwaffe gibt es nicht. Doch es ist schwer, mit diesem kühlen Argument den Eindruck zu entschärfen, die „Starrheit" Kohls in der Nachrüstungsfrage drohe, sowjetische Mittelstreckenraketen nach Mitteldeutschland hineinzuziehen.

Ein solcher Eindruck kann bei den Deutschen drüben nicht nur die Atomtodängste schüren, sondern auch die Sorge verstärken, daß alles verschwinden werde, was – mühsam genug – an deutsch-deutschen Erleichterungen erreicht worden ist.

Gelänge es Andropow, die Deutschen in der „DDR" gegen die Deutschen in der Bundesrepublik aufzubringen, so hätte er sein Ziel schon nahezu erreicht. Da hilft nur, das Problem der Nachrüstung auf seinen letzten Sinn zu durchdenken. Gegen die SS 20, gleichgültig, ob sie in Westrußland oder Mitteldeutschland stehen, gibt es nur einen Schutz: politische Verhältnisse, die es verhindern, daß diese Waffen eingesetzt werden. Seit drei Jahrzehnten garantiert die NATO mit einer Politik des Gleichgewichts solche politischen Verhältnisse. Für den Fall, daß Moskau in Genf den Weg der Verhandlungen blockiert, soll die Nachrüstung das Gleichgewicht wieder herstellen. Dieser Zustand einer Balance der Kräfte ist auch die Voraussetzung dafür, daß die Kärrnerarbeit um weitere menschliche Erleichterungen im geteilten Deutschland mit einiger Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden kann.

Abrassimow: Konsequenzen für Berlin

hrk. Berlin

Der scheidende sowjetische Botschafter in der „DDR", Pjotr Abrassimow, hat in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin die mögliche Stationierung neuer US-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit dem Viermächte-Abkommen über Berlin in Zusammenhang gebracht: „Wenn Veränderungen eintreten in Europa, so können diese die Viermächte-Vereinbarung nicht unberührt lassen", sagte er.

Das Viermächte-Abkommen – zu deren „Vätern" der nach Moskau zurückberufene Diplomat zählt – habe in Europa „stabilisierend" gewirkt. Weiter sagte Abrassimow: „In der absehbaren Zukunft sehe ich eine friedliche, ruhige Koexistenz der zwei Teile des ehemaligen Groß-Berlin. Je länger und je besser die Viermächte-Vereinbarung eingehalten wird, desto ruhiger wird es hier im Zentrum Europas sein. Oder, wie man auf deutsch sagt – je länger, desto besser."

Mit der Unterzeichnung der Viermächte-Vereinbarung vor knapp zwölf Jahren sei im Zentrum Europas eine „wesentliche Beruhigung" eingetreten. „Und diese Beruhigung spüren insbesondere die Bürger West-Berlins. Ich meine auch, daß mit der Unterzeichnung ein Impuls zur Entspannung gesetzt wurde, und diese Entspannung hat ja lange Jahre angehalten und richtig existiert."

Abrassimow betonte, die Sowjetunion, die „DDR" und „die anderen Länder des sowjetischen Bündnisses" strebten danach, daß im Zentrum Europas Entspannung herrsche.

Straßburger Appell an die „DDR"

dpa/DW. Brüssel

Das Europäische Parlament setzt sich für eine generelle Abschaffung des Zwangsumtausches für „DDR"-Besucher ein. Der Politische Ausschuß des Parlaments verabschiedete in Brüssel einen Resolutionsentwurf, in dem die 1980 eingeführte Erhöhung des Umtauschsatzes von täglich 13 auf 25 Mark pro Person als „skandalös" bezeichnet und die Regierung in Ost-Berlin aufgefordert wird, dieses System total abzuschaffen oder aber zumindest den Satz wieder auf 13 Mark zu reduzieren. Als Begründung wird angeführt, daß die Besuche in Mitteldeutschland seit der Erhöhung der Umtauschsätze zurückgegangen seien.

Dieser von dem britischen konservativen Abgeordneten Adam Fergusson eingebrachte Resolutionsentwurf ist die Antwort auf eine Initiative des niederländischen Sozialisten Johan van Minnen, der eine begrenzte Aufhebung des Zwangsumtausches gefordert hatte. Er wollte Familienbesuche, Reisen von Rentnern sowie den Jugendaustausch vom Zwangsquotenumtausch ausnehmen lassen. Van Minnen argumentierte, mit einer Annahme der verschärften Form des Resolutionsentwurfes würde sich die Haltung der „DDR" in dieser Frage versteifen. Der jetzt gebilligte Entwurf soll auf die Tagesordnung der Juli-Sitzung des EG-Parlaments gesetzt werden.

Auf der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland hatte Bundesminister Heinrich Windelen deutlich gemacht, daß für die Bundesregierung eine Änderung der Zwangsumtauschsätze „ein zentraler Punkt" in Gesprächen mit Ost-Berlin bleibe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Tod dreier Republiken

Von Carl Gustaf Ströhm

Der 17. Juni ist nicht nur für die Deutschen ein schicksalhafter Tag. Er ist auch für die baltischen Völker ein folgenschweres Datum. Am 17. Juni 1940 marschierten sowjetische Truppen in Estland, Lettland und Litauen ein.

Der Vorgang wird nicht nur durch Reagans Erklärung aktuell – der Präsident nannte das damalige sowjetische Vorgehen „widerrechtlich“ und die Sowjetherrschaft über die baltischen Staaten „nicht endgültig“ – sondern er ist auch heute ein Lehrbeispiel. Damals zerriß die Sowjetunion die mit allen drei Ländern bestehenden rechtsgültigen Nicht-Angriffsverträge als „überholt“. Sie stellte ihnen Ultimaten, in welchen die angeblich „nicht freundlichen“ Regierungen zum Rücktritt aufgefordert wurden – also eine eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Moskau schreckte sogar vor der Lüge nicht zurück, daß die drei kleinen Länder ein „gegen die Sowjetunion gerichtetes Militärbündnis“ geschlossen hätten.

Einige der Unterhändler, die nach dem Einmarsch nach Moskau eingeladen wurden, sind von diesen „Verhandlungen“ niemals mehr zurückgekehrt, so etwa der estnische Verteidigungsminister General Laidoner. Der estnische Staatspräsident Konstantin Päts wurde wie viele andere baltische Politiker verschleppt und starb in sowjetischer Haft. So geht es Staaten, die zu schwach sind, sich vor den Sowjets zu schützen.

Doch bleibt das Selbstbewußtsein der baltischen Nationen ungebrochen. Nicht nur sie wissen dem amerikanischen Präsidenten Dank dafür, daß er sie nicht vergessen hat.

Trautes Heim

Von Enno v. Loewenstern

In einer liebenswürdigen bayerischen Provinzstadt geht der Schrecken um. Zumindest in vier Wohnblocks, deren Wohnungen neuerdings zum Verkauf ausgelobt werden. Nun „zittern“ die Mieter, daß man ihnen ihre Wohnungen wegnehmen könnte, wie das Lokalblatt einfühlsam berichtet.

Denn, wie das Blatt zugleich mitteilt: Die Mieter wollen gern in ihren Wohnungen bleiben. Selber kaufen aber wollen sie die Wohnungen nicht. Fremde aber würden vermutlich nur für den Eigenbedarf kaufen, denn, wie das Heimatblatt arglos vorrechnet: Wenn ein Käufer für so eine typische Wohnung typischerweise 164 000 DM hinblättern muß „und erhält 300 DM Nettomiete im Monat, so müßte er über 45 Jahre warten, bis er über die Miete das Geld wieder hereinbekommt“.

In diesem einen Satz ist, natürlich völlig unbewußt, in genialer Zuspitzung die ganze Misere des deutschen Wohnungsbaus und seiner Subventions- und Mietpreispolitik zusammengefaßt. Natürlich bleiben die Mieter da lieber Mieter und stecken ihr Geld in Staatspapiere, die vier- bis fünfmal so viel einbringen wie eine Wohnung und durch keine Reparaturkosten belastet sind. Wer die berühmt gewordene Erhebung immer noch nicht glauben kann, wonach die Deutschen mehr für ihr Auto als für ihre Wohnung ausgeben – hier kann er sie in der Praxis studieren.

Nicht genug des Horrors. Der neue Eigentümer sucht die Kauflust durch Mieterhöhungen zu beflügeln: um furchterregende dreißig Prozent – nämlich von 4,10 auf 5,42 pro Quadratmeter. Wer heute das Doppelte zahlt und diesen Glückskindern – es handelt sich nicht um Sozialwohnungen, sondern um „Staatsdienerwohnungen“! – überdies ihre Wohnung subventioniert, könnte vor Neid vergilben. Übrigens: Ein bekannter hoher SPD-Politiker, der seit Jahren „Verständnis“ für Berliner Hausbesetzer und deren Vorgehen gegen Wohnungs-„Spekulanten“ von sich gibt, hat sich ganz in der Nähe eingekauft – allerdings nicht in einen Billigwohnblock, um zu beweisen, daß ein Hausbesitzer auch mit Niedrigmieten glücklich werden kann. Er hat sich einen Bauernhof gekauft. Ertls bzw. Kiechles Subventionen sind die besten.

Vorsicht, Krankenkasse

Von Albert Müller

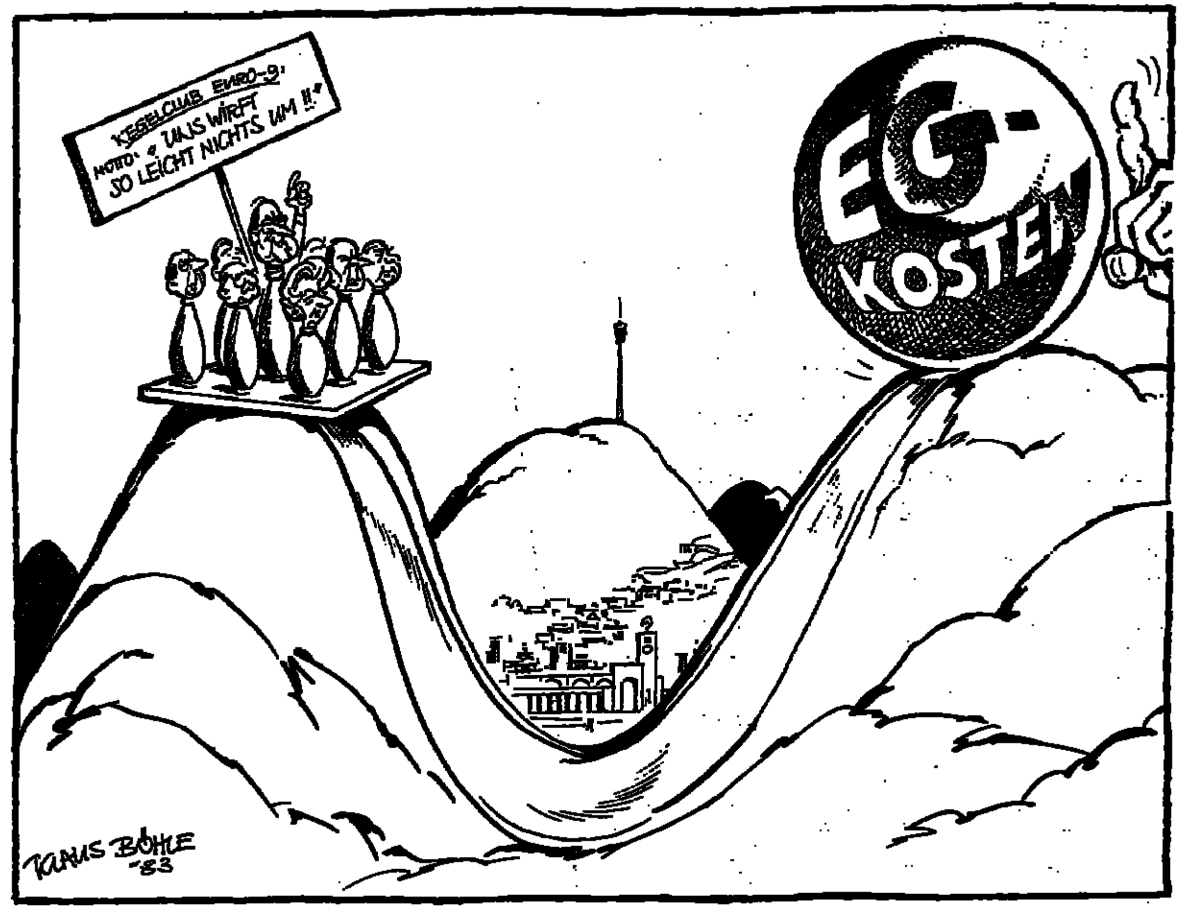
Wenn jemand einen runden Geburtstag hat, ist man besonders nett zu ihm. Das erfährt jetzt auch die soziale Krankenversicherung, die heute vor hundert Jahren verkündet wurde. Als Beweis ihres hohen Ranges wird ihre Expansion herangezogen. Anfangs war der Schutz des Gesetzes auf zehn Prozent der Bevölkerung erstreckt. Jetzt sind es mehr als neunzig Prozent.

Erst hatte der Gesetzgeber vor allem die Garantie von Existenzmitteln im Sinn. Doch längst, besonders seit der Lohnfortzahlung, ist sie finanziell uninteressant geworden. Als Etatposten liegt Krankengeld weit hinter ärztlicher Behandlung, Arzneien, Heilmitteln und Krankenhauspflege. Mit der Ausbreitung, den Preisen und dem Personal dieser sogenannten „Sachleistungen“ hängt aber auch die Krise der Krankenkassen zusammen, die beileibe nicht nur eine Kostenkrise ist.

Von Geld wird zwar am meisten geredet, und Kostendämpfung ist auf diesem Feld die Nummer eins der Politik. Aber Geld wurde schon wieder zweitrangig. Vor den Schock aus dem Jahresaufwand von hundert Milliarden, auf den die Krankenkassen gekommen sind, hat sich die Sorge um die Gesundheit geschoben, die auf unerwartete Weise die Segnungen dieser Versicherung zu schmälern beginnt.

Zwar preist Norbert Blüm in seinem Hausblatt ihren hohen medizinischen Leistungsstand, und sein Staatssekretär Franke diagnostiziert ihre Wandlung zu einem System der Gesundheitssicherung. Beides steht heute wie nie zuvor unter Fragezeichen. Nicht bei den Krankenkassen, aber aus Medizinerkreisen hat die Zahl kritischer Äußerungen über nachlassende und gefährdete Qualität ärztlicher Arbeit zugenommen. Man lese die Protokolle des diesjährigen Ärztetages.

Hundert Jahre Krankenkassen sind hundert Jahre Superlativierung. Den I-Punkt auf die Mengenentwicklung, die der Qualität das Wasser abzugraben droht, setzte die Ärzteschwemme. (Man kann die Apothekerschwemme hinzufügen.) Der Ärztetag hat alles getan, den Kassenpatienten vor miserabel aus- und weitergebildeten Nachwuchskassenärzten angst zu machen. Man wundert sich, daß die Krankenkassen das so kalt läßt. Sind ihre Direktoren immer noch nicht mehr als die Buchhalter von gestern?



Stuttgarter Preis-Kegeln ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Vom Stier zum Kontokorrent

Von Peter Gillies

Der Stuttgarter EG-Gipfel ist schon, bevor er begonnen hat, ein Erfolg. Er hat nämlich dafür gesorgt, das Kernproblem des europäischen Selbstverständnisses in voller Wucht aufbrechen zu lassen. Zwar hätte die Europäische Gemeinschaft ihre großen Probleme auch lösen können, als sie noch klein waren – also etwa vor zehn Jahren –, aber besser spät als nie.

Leider ist die Erkenntnis, daß sich die Gemeinschaft am Bruchpunkt befindet, nicht das Ergebnis staatsmännischer Weitsicht, sondern die Folge der absehbaren Finanz-Pleite. Die EG wird, wenn nicht Entscheidendes geschieht, in wenigen Monaten zahlungsunfähig sein. Das hartleibige Bemühen der deutschen Präsidentschaft, die EG-Finanzen zu durchforsten, unterstützt die Sanierungsbemühungen, was geballte Kritik der anderen Partner einschließt.

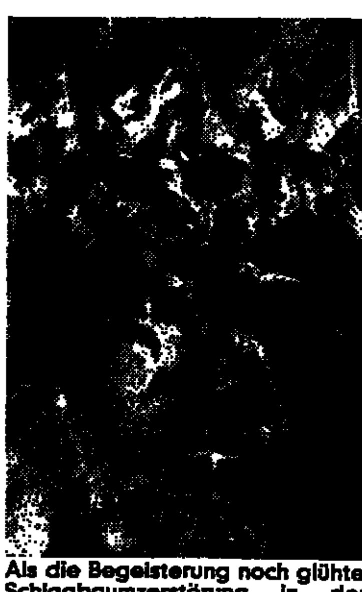
Supranationale Gebilde reagieren nicht anders als nationale Institutionen, zumal wenn sie demokratisch zustande kommen: In Zeiten des finanziellen Überflusses werden die strukturellen Verwerfungen überdeckt und verharmlost; erst wenn die Kasse leer ist, besteht die Chance, daß man sich auf die Wurzeln des Gemeinsamen besinnt. So beflügelt der Crash vor Augen die Vernunft. Insofern sollte man von Stuttgart keinen glatten Kommuniqué-Schwulst erwarten, sondern die Krise als das nehmen, was sie ist: Herausforderung und Chance.

Europa reitet schon lange nicht mehr auf einem feurigen Stier, sondern auf einem gepolsterten Sessel in Brüssel, und verwaltet das Kontokorrent der Marktordnungen. Lange Jahre glaubten die Mitglieder, Erfolge bei der Integration seien käuflich. Wenn sich erst einmal die Volkswirtschaften verklammert hätten, folge das politische Zusammenrücken nach. Die Rechnung ging nicht nur deshalb nicht auf, weil selbst minimale Integrationserfolge einen immer höheren (und letztlich unbezahlbaren) Preis erforderten, sondern auch weil nationale Egoismen noch nicht in der europäischen Idee, jener noch immer erregenden „konkreten Utopie“, aufgegangen sind.

So wird es die europäische Union nicht geben ohne den Verzicht auf nationale Souveränität, auch nicht ohne die Prinzipien des Freihandels. Beides liegt im argen. Überall wird geklagt über „die da in Brüssel“, über die üppig besoldeten Eurokraten, denen das Konzeptionelle völlig abgehe und die sich darauf beschränkten, mehr Geld zu verlangen, statt zu sparen, wo alle sparen müssen. Hinzu kommt der demonstrative Unwille der „Zahlmeister“ (die Deutschen und die Briten zahlen etwa die Hälfte des gesamten Etats).

Diese Argumente stimmen alle, sind aber gleichwohl platt. Die Eurokratie ist keine Jungfernzeugung, sondern der Reflex nationaler Interessen. Keine Mark wird in Brüssel ausgegeben, ohne daß die Mitglieder es wünschen. Daß sich die nationalen Fehler zu Unfinanzierbarem auftürmten – von Agrar bis Stahl –, ist das Versäumnis in zehn Hauptstädten.

Die EG leidet an einem Krankenkassen-Syndrom. Wenn jedes Mitglied nur darauf sieht, mindestens den Eigenbeitrag wieder „herauszuholen“ – und möglichst etwas mehr –, geht jedes Solidarsystem vor die Hunde. Sparen allein ist noch keine Politik, gewiß, aber diesmal kann es vernünftige Lösungen befördern. Die Maxime „Kein Opfer ist uns zu groß, wenn es die anderen bringen“, ist tödlich.



Als die Begeisterung noch glühte: Schlagbaumzerstörung in den fünfziger Jahren FOTO: DIE WELT

Wie soll es weitergehen? Es wäre unredlich, eine finanzielle Sanierung ohne Abstriche an den Agrarausgaben zu erwarten. Ob man die Abnahmegarantien der Landwirte für Überschußprodukte verringert oder sie an den Butter- und Milchpulverbergen, den Milch- oder Weinseen beteiligt, ist zweitrangig. In jedem Fall werden die EG-Bauern ein höheres Risiko übernehmen müssen, in Preis oder Menge.

Frankreich ist wirtschaftlich und politisch in einer schwierigen Lage. Gleichzeitig ist es der engste Handelspartner der Deutschen. Man wird also abwägen müssen, welchen Preis der deutsche Industrieexport wert ist. Auch die Süderweiterung um Spanien und Portugal, die eine explodierende Agrarproduktion erwarten läßt (mit entsprechenden Kosten), wurde politisch etwas rasch fixiert, ohne die wirtschaftlichen Folgen umfassend zu bedenken.

Aber auch in anderen Bereichen – von der Sozial- bis zur Regionalpolitik – ist nicht jede ausgegebene Mark eine gut angelegte Mark. Die Katastrophe des Stahlmarktes mahnt eher dazu, die EG-Industriepolitik zu beschneiden, anstatt sie auszubauen. Sich unter marktwirtschaftlichen Prinzipien auf das Dringendste zu beschränken, muß nicht weniger, sondern kann mehr sein.

Nach mancherlei Irritationen wird die deutsche Position klarer. Kohl, Genscher und Stoltenberg vertreten jetzt eine Linie, wobei offen bleibt, wer sich auf wen zubewegte. Sie kann eigentlich auch von den anderen geteilt werden: Erst Sparen, dann mehr Geld. Es wäre naiv, vom Stuttgarter Gipfel eine Sofortlösung zu erwarten. Europa hätte schon gewonnen, wenn man sich auf die Stufen und die Zeitfolge einer Sanierung verständigte. Die „Vision Europa“ lohnt es, zumal die verbreitete Düsternis in europäischen Dingen nicht übertrieben werden sollte.

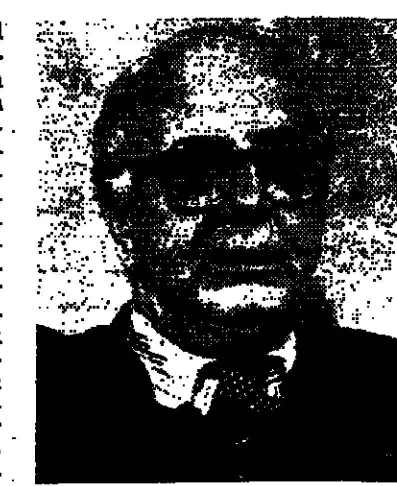
Von Talleyrand stammt die Bemerkung: „Niemand vermag zu sagen, wie viele politische Dummheiten durch Mangel an Geld schon verhindert worden sind.“ Ein echter Europäer, dieser Talleyrand.

IM GESPRÄCH Paul A. Volcker

Busineß gibt Feuerschutz

Von Horst-Alexander Siebert

Auf der Achse Washington–Wall Street dreht sich in diesen Wochen alles um Paul A. Volcker, den Vorsitzenden des siebenköpfigen Gouverneursrates des Federal Reserve Board („Fed“), das zusammen mit zwölf regionalen Notenbanken Amerikas Zentralbanksystem bildet. Im öffentlichen Ansehen rangiert er gleich hinter Präsident Reagan, wenn seine wirtschaftspolitische Bedeutung für die USA und die übrige Welt gemessen wird; an der New York Stock Exchange sackte der populäre Dow-Jones-Industrie-Index an zwei Tagen um 29 Punkte, als Gerüchtemacher wissen wollten, er werde im Streit um seine Amtsverlängerung von sich aus das Handtuch werfen und zurücktreten.



Viele wollen ihn weiter im Amt sehen: Fed-Chef Volcker FOTO: DPA

Volckers vierjährige Amtszeit läuft am 5. August ab, und die Blicke richten sich auf das Weiße Haus, das nach dem Gesetz gemeinsam mit dem Senat über seine Wiederwahl oder einen neuen Kandidaten befinden muß. Sowohl Reagan als auch Volcker, die kürzlich erstmals über das heiße Thema und und die künftige „Fed“-Politik miteinander gesprochen haben, schweigen. Als letzter Entscheidungstermin wird nun Anfang Juli genannt. Jeder falsche Zug könnte an den Finanz- und Devisenmärkten ein mittleres Erdbeben auslösen, denn der zwei Meter große Raucher billiger Stumpen gilt als Garant der jetzt in Washington praktizierten Stabilitätspolitik. Mittels einer insgesamt restriktiven Geldpolitik ist es Volcker immerhin gelungen, die amerikanische Inflationsrate von 13,5 auf vier Prozent zu drücken.

Eine Amtsverlängerung Volckers wäre zweifellos eine vertrauensbildende Maßnahme, obwohl auch ihm taktische Fehler – zur falschen Zeit „explodierten“ die Geldmengen, eine zu rasche Deregulierung der Banken erschwert die Steuerung – nachzuweisen sind. Hinzu kommt, daß er im Board und im Offen-Markt-Komitee, das aus zwölf Mitgliedern besteht, nur über eine Stimme verfügt, der Vorsitzende allein also nicht ausschlaggebend ist. Volcker profitiert davon, daß Reagan und der Kongreß nicht in der Lage sind, die fiskalische Expansion zu bremsen. Mit Recht meint denn auch Martin Feldstein, der Chefökonom des Weißen Hauses, daß das „Fed“ auch von anderen, zum Beispiel seinem Vorgänger in der Ford-Administration, Alan Greenspan, geleitet werden könne.

Für Reagan ist es die wichtigste Personalentscheidung, die er in diesem Jahr treffen muß. Obwohl die Wall Street ihren Druck für Volcker verstärkt, wäre eine Absage verständlich. Denn dem Präsidenten muß man die Wahl eines eigenen Geldmannes zugestehen. Volcker ist von Jimmy Carter eingesetzt worden, und früher wechselten die „Fed“-Vorsitzenden im Schnitt alle sechs Jahre. Schon lange klagt Volcker über das bescheidene 69 800-Dollar-Gehalt; in der Privatwirtschaft könnte der 55jährige wohl das Zehnfache verdienen. Seine Frau Barbara, die mit dem Rest der Familie in New York geblieben ist, sagte schon vor Monaten ein Ende der „Fed“-Karriere ihres Mannes voraus. Aber auch hier dominiert die Politik.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Mit der Demokratischen Partei der USA befaßt sich das New Yorker Blatt:

Ereignisse der jüngsten Zeit lassen uns fragen, ob sich in der Demokratischen Partei der gleiche Todeswunsch entwickelt hat, der bei der britischen Labour Partei soeben in Erfüllung gegangen ist. Margaret Thatcher hat ihren verblüffenden Sieg nur zum Teil wegen ihrer beachtlichen Führungskraft errungen. Sie hat auch deswegen gesiegt, weil die Tony Benns und Michael Foots von der Labour Party ihre Partei über die ideologische Klippe stürzen ließen. Der gleiche Impuls hat die Linke in Deutschland und übrigens auch in Frankreich erfaßt, wo die Regierung Mitterrand nicht nur eine Partei, sondern auch die Wirtschaft ruinieren kann. Bei uns hierzulande spricht sich der demokratische Speaker des Repräsentantenhauses Tip O'Neil an einem Tag dafür aus, der Mittelschicht noch höhere Steuern aufzubürden. Am nächsten Tag bringen Parteilinke im Außenpolitischen Ausschuß einen Gesetzentwurf durch, der die Kommunisten Nicaraguas vor Gegenmaßnahmen der USA schützen würde. Hat die Partei das Gefühl für die politische Realität verloren?

LIBERATION

Das Pariser Blatt bescheinigt dem israelischen Ministerpräsidenten Begin, nach der Welle der Kritik ein Jahr nach Beginn des Libanon-Krieges die Regierungskoalition erneut zusammengeschweißt zu haben:

Begin ist nach wie vor populär, selbst wenn seine Popularitätskurve in den jüngsten Meinungsumfragen leicht zurückging. Niemand und erst recht niemand in den ärmsten Bevölkerungsschichten wird ihm zum Vorwurf machen, durch die Nachrichten vom Krieg in Libanon deprimiert zu sein. In Regierung und Koalition ist Begins Autorität unangefochten. Einen neuen Beweis lieferte er am letzten Sonntag, als es ihm gelang, ein durch interne Streitigkeiten gespaltenes Kabinett – zumindest für eine bestimmte Zeit – zusammenzuschmieden. Schon wenige Stunden harter Diskussion machten den Anwandlungen des früheren Verteidigungsministers Ariel Sharon ein Ende, der die Bildung einer Untersuchungskommission über die Kriegsführung in Libanon beantragt hatte ... Somit steht die Regierung der Opposition als geeinte Front gegenüber. Bleibt abzuwarten, ob dieses Zusammenkitten in letzter Minute länger als einige Monate halten wird.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Rentenanpassung heißt es in dem Blatt:

Rentner brauchen offensichtlich um eine Rentenerhöhung im kommenden Jahr nicht mehr zu bangen. Die drei Kontrahenten Stoltenberg, Lambsdorff und Blüm sollen sich geeinigt haben, die Rentenerhöhung im kommenden Jahr nicht zu verschieben. Das ist, sollte diese Nachricht zutreffen, gewiß ein Sieg für den Bundessozialminister, der sich immer wieder gegen eine weitere Belastung der Rentner ausgesprochen hatte. Freilich, noch ist nicht bekannt, wie hoch denn die Rentenerhöhung tatsächlich im kommenden Jahr sein wird. Sollten es tatsächlich die 1,4 Prozent sein, die immer wieder genannt werden, bisher aber offiziell noch nicht bestätigt wurden, dann ermöglicht diese Anpassung vor allem den kleinen Rentnern keine großen Sprünge ... Gleichwohl, die Rentenmaßnahmen, die jetzt nach und nach bekannt werden, helfen möglicherweise, die Liquiditätskrise der Rentenversicherung im kommenden Jahr zu überbrücken. Mehr enthält das jetzige Paket wohl nicht. Die immer wieder neu versprochene langfristige Sanierung der Rentenversicherung liegt nämlich noch immer nicht vor.

Afrika: Pretoria schmähen, aber Tripolis fürchten

Warum die OAU nicht zu einer geschlossenen Politik finden kann / Von Manfred Neuber

Die Uneinigkeit in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ist auf der 19. Gipfelkonferenz in Addis Abeba nicht überwunden, sondern nur notdürftig kaschiert worden. Strittige Entscheidungen, die zu einem Bruch führen könnten, wurden deshalb vertagt.

Äthiopiens Staatschef Mengistu Haile Mariam fiel als Gastgeber turnusmäßig der OAU-Vorsitz bis zum nächsten Treffen im Mai 1984 in Conacry, der Hauptstadt Guineas, zu. Sein libyscher Verbündeter Muammar Khadhafi, der bei zwei vergeblichen Gipfel-Anläufen 1982 in Tripolis leer ausging, mochte ihm diesen Posten nicht streitig machen.

Auf einen Nachfolger für den OAU-Generalsekretär Edem Kodjo konnten sich die Staats- und Regierungschefs aus fünfzig Staaten nicht einigen. Unter mehreren Bewerbern kam es zu einem Patt zwischen den Kandidaten aus Gabun und Mali. Daraufhin wurde der Nigerianer Peter Onu für ein Jahr mit dieser Aufgabe interimistisch betraut.

Zieht man die ungünstigen Auspizien in Betracht, die vor Addis Abeba bestanden, kann es schon als Erfolg gewertet werden, daß überhaupt eine beschlußfähige Mehrheit zustande kam. Die vom bisherigen Generalsekretär eigenmächtig in die OAU aufgenommene Westsahara verzichtete „vorübergehend“ auf eine Teilnahme, so daß ein Boykott von zwanzig Staaten abgewendet wurde.

Für triumphale Erklärungen des neuen OAU-Vorsitzenden Mengistu („Die afrikanische Einheit ist heute stärker und gefestigter als je zuvor“) gibt es keinen Anlaß. Im Gegenteil, die Risse in der schwarzafrikanischen Gemeinschaft sind tiefer geworden. Das werden die nächsten Wochen zeigen.

Die Westsahara und Tschad, zwei komplexe Konfliktherde, dürften weiterhin die OAU lähmen, wenn nicht schließlich spalten. Kompromisse zwischen den gemäßigten Mitgliedstaaten und der von Libyen angeführten radikalen Gruppe bleiben eine Fata Morgana. Khadhafi kann jederzeit mit einer Zahlungssperre drohen, wenn er überstimmt wird.

In Addis Abeba wurde ein neuer Haushaltsplan der OAU mit zwanzig Millionen Dollar beschlossen. Aber die meisten Mitgliedstaaten sind noch mit ihren Zahlungen in Höhe von sechzehn Millionen im Rückstand. Libyen machte sich erbötig, für einige finanziell einzuspringen, konnte aber nicht die politische Gefolgschaft der Mehrheit in der OAU erkaufen.

Nachdem Khadhafis Ambition, die Führung der Organisation für Afrikanische Einheit zu übernehmen, nicht erfüllt worden ist, befürchten politische Beobachter, daß er künftig um so hemmungsloser seine expansionistische Politik in Afrika verfolgen wird. Hissen Habré, Staatschef in Tschad, bezichtigte Khadhafi, er wolle in dem südlichen Nachbarstaat „einen Brückenkopf für die Subversion in Afrika errichten“.

Habré konnte mit französischer Unterstützung in dem jahrelangen Machtkampf in Tschad seinen Rivalen Goukouni Oueddei vor einem Jahr aus der Hauptstadt Ndjamena vertreiben. Goukouni wird von Libyen als rechtmäßiger Führer anerkannt; seine Gegenregierung in der nordtschadischen Stadt Bardai erhält Geld und Waffen aus Libyen.

„Wir werden nach Ndjamena vorstoßen“, verkündete Goukounis Stellvertreter Mohammed Nur in Addis Abeba, wo der Khadhafi-Protegé Goukouni praktisch unter Hausarrest stand. Ein großer Gebietsstreifen des nördlichen Tschad ist seit Jahren von Libyen annektiert. Dort werden große Uran-Vorkommen vermutet.

Für den libyschen Revolutionsführer, der vorzeitig aus Addis Abeba abreiste, reihten sich die Niederlagen aneinander: Auch eine verspätete Kür zum OAU-Präsidenten blieb ihm versagt; weder konnte er seinen Schützling Goukouni Oueddei an den Verhandlungstisch bringen noch die Ausladung der von ihm unterstützten Polisario aus der Westsahara verhindern.

Zum üblichen Ritual der afrikanischen Gipfelkonferenz gehörten scharfe Angriffe auf die Republik Südafrika – wegen ihrer Rassenpolitik und ihrer Übergriffe auf Nachbarstaaten. Die Forderung nach einer „afrikanischen Atombombe“ fand nur geringe internationale Resonanz. Es ist nicht mehr als eine Seifenblase.

Zimbabwes Ministerpräsident Robert Mugabe brachte das Gipfel-Palaver der afrikanischen Realität näher, als er den heutigen Kampf gegen den Kolonialismus als die Befreiung von Armut, Krankheit und Unwissenheit umriß. Dieser Kampf muß im eigenen Land geführt werden. Wann erkennen alle diese Prioritäten?



In Schwandorf wird Müll zum Partner der Industrie

Von INGRID ZAHN

Kunststoff macht's möglich! Den sauberen Einkauf, die praktische Verpackung, die Wegwerfflasche und so weiter und so weiter. Kunststoff hält fast ewig. – Leider! -

Die Betreiber von Deponien und Kompostierungsanlagen wissen ein Lied davon zu singen. Auch für Josef Vogl, Fachmann für Umwelttechnik im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen ist die Plastiktüte im Mülleimer schlimmer als das röteste Tuch. Versuche, ihr mit einer Sortierungsanlage beizukommen, schlugen fehl. Ehe man an ihren Inhalt herankam, mußte sie maschinell in Stücke gerissen werden. Aber bis dahin war auch der übrige Müll so durcheinandergewalkt, daß an eine Trennung der unterschiedlichen Bestandteile im Hinblick auf eine Weiter- oder Wiederverwendung kaum noch zu denken war. Papierfraktionen zum Beispiel, an denen noch Essensreste hafteten, fanden keinen Abnehmer.

Hier bilden Modellversuche mit der „Grünen Tonne" in zwei Landkreisen Bayerns einen schmalen Hoffnungsschimmer am Horizont mitbürgerlichen Vorsorgedenkens. Papier, Altmetalle, Textilien und Glas ins „Grüne Kröpfchen" zum Weiterverwenden, wie einfach das klingt, wie billig das käme. Und das gute alte Flaschenpfand als Bonbon für brave Sortierer, seit Jahr und Tag kartellrechtlich mit bayerischen Brauereien ausgehandelt, ob das zieht, um für die Einsicht zu werben, daß unsere Umwelt nicht unbegrenzt Ressourcen ausspucken kann, zum Wegwerfen?

Die Landkreise und kreisfreien Städte in Ostbayern, 14 an der Zahl, die sich im Jahre 1979 zum Zweckverband zusammengetan haben, um ihre Müllsorgen gemeinsam anzugehen, mochten nicht darauf warten. Sie fanden eine Lösung, die mit der Inbetriebnahme des Müllkraftwerks in Schwandorf vor einem knappen Jahr eine Symbiose zwischen einem Industriebetrieb und einer abfallbeseitigungspflichtigen Körperschaft in Gang setzte, die weit über die Grenzen des weißblauen Freistaates hinaus Modellcharakter gewonnen hat, nicht zuletzt mit substantieller, fachlicher und finanzieller Unterstützung des bayerischen Umweltministeriums.

Grundprinzip des Konzepts: der Zweckverband errichtet das Kraftwerk und liefert den Müll an, der Industriebetrieb unterhält die Anlage, und zwar im eigenen Interesse: er darf die Energie aus der Müllverbrennung uneingeschränkt nutzen. Geteilte Aufgabenlast also zu gegenseitigem Nutzen. Abfallwirtschaft statt Abfallbeseitigung. Ein originärer Energieträger, hier ca. 111 000 Jahrestonnen tschechische Hartbraunkohle, wird geschont, Haus und Gewerbemüll, ca. 320 000 Jahrestonnen werden wärmetechnisch genutzt und dadurch der Abfall von 1,25 Millionen Menschen hygienisch beseitigt. Das Müllentsorgungsproblem für ein Sechstel der Fläche des bayerischen Freistaats wird kostengünstig und umweltfreundlich gelöst.

Der Bus von Regensburg nordwärts schunkelt über adrett frisierte Dörfer. Gestrichene Fassaden, Blumenschmuck, Federwolken am blaugewaschenen Himmel. Die Ausschau nach Anzeichen von Umweltverschandelung in Erwartung des Müllkraftwerks hält schwer. Das Schnüffeln nach Geruchsbelästigung erbringt – den Duft nach frischem Gras. Es sprießt entlang der begrünten Böschung, die die frische Baustelle kaschiert, auf der sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Vereinigten Aluminiumwerke, der VAW als Betreiber, die schlichten Neubauten des Müllkraftwerks erheben: hellgrau der Schlackebunker, knallblau das schräg zum Schlakkebunker ansteigende Förderband und das Kesselhaus. Silberfarbe im Bereich der Rauchgasreinigung, auf die mit Befriedigung als eine neue Technologie verwiesen wird. Die breite Auffahrt wirkt wie lakkiert. Von apokalyptischen Müllhalden keine Spur.

Vor dem Verwaltungsgebäude mit dem Ausguck für den Wiegemeister steht schon ein Lieferant. Fährt mit seinem Wagen auf die automatische Waage, die in den Boden eingelassen ist, läßt sich über Bildschirm und Schreibautomat seinen Lieferschein ausdrukken. Nicht registrierte Kunden werden zur Barkasse gebeten. Der Wiegemeister ist hier zuständig. Er läßt die angelieferte Menge, die Art des Mülls und den Gebührenbescheid auf schallplattenartigen kleinen Scheiben, den sog. Disketten speichern, die eine detaillierte Statistik über Art und Umfang der Lieferschwankungen mit Spitzen im Frühjahr und Herbst zulassen. 40 DM kostet es, um sich eine Gewichtstonne Müll vom Halse zu schaffen. Ein solidarischer Preis, unabhängig von der Entfernung vom Schwandorfer Müllkraftwerk, der sich mit vergleichbaren Angeboten anderer Verbrennungsanlagen durchaus messen kann, um so mehr als die Anforderungen an eine moderne Deponie auch für diese früher kostengünstige Lösung die Preise an die 40-DM-Marge pro Tonne herandrücken.

Hans J. Klofat, Geschäftsführer des Zweckverbandes erläutert die Gründe, die eine wirtschaftliche Entsorgung des dünn besiedelten Umlandes in einer Größenordnung ermöglichen, die bisher nur in Ballungsräumen als rentabel galt. (Gesamtbaukosten 85,7 Mill. DM sowie 52 Mill. DM für das Ferntransportsystem.) Er erläutert dies, während wir von der Balustrade außen am Müllbunker in luftiger Höhe stehend auf die ferngesteuert rangierenden Müllzüge sehen. Sie müssen Entfernungen bis zu 200 km überbrücken, um den Rohstoff anzuliefern, auf den die Vereinigten Aluminiumwerke mit ihren 500 Arbeitsplätzen für die Gewinnung von Strom und Prozeßwärme angewiesen sind. Und hier, in der doppelten Ausnutzung, der sog. Kraft/Wärmekopplung liegt der springende Vorteil, der die Anlage



Der Abfall von 1,25 Millionen Menschen, das sind 320 000 Tonnen Müll, wird in Schwandorf jährlich nutzbringend beseitigt. FOTOS: SCHAFFER

in Schwandorf in der kurzen Zeit ihres Bestehens zum Mekka der Müllentsorgung werden ließ.

Die Zahl beeindruckt: 50 Prozent und mehr der bei der Müllverbrennung freiwerdenden Energie können im Energierecycling zurückgewonnen werden, gegenüber 20 Prozent bei der herkömmlichen Verbrennungsanlage zur Stromerzeugung, die für ihren Wärmeanteil am Fernwärmenetz nur einen jahreszeitlich schwankend interessierten Abnehmer hat. Dagegen verlassen sich die VAW für ihren gesamten Bedarf rund um die Uhr und an allen Tagen des Jahres – von insgesamt 700 000 Tonnen Dampf auf den abfallbeseitigungspflichtigen Partner. Und sie müssen sich auf ihn verlassen können. Eine nur 24 Stunden währende Versorgungslücke wäre für die hochveredelten Zinkoxyde, mit der sich die VAW auch im Trend des Zukunftsbedarfs auf dem Markt halten kann, eine Katastrophe.

Entsprechend ausgetüftelt ist die Logistik, die eine gleichmäßige Belieferung mit dem Brennstoff Müll sicherstellen soll. Zwei Züge mit je 17–18 Waggons – jeder Waggon faßt zwei Container – pendeln täglich im exakt um einen halben Tag verschobenen Zeittakt zwischen den 8 Beladestationen im Verbandsgebiet, die von den örtlichen Müllfahrzeugen angefahren werden, von und nach Schwandorf, leeren volle Container per Deckelpresse (auch ein technisches Novum) in den Müllbunker aus, transportieren leere Container zu den Beladestationen zurück.

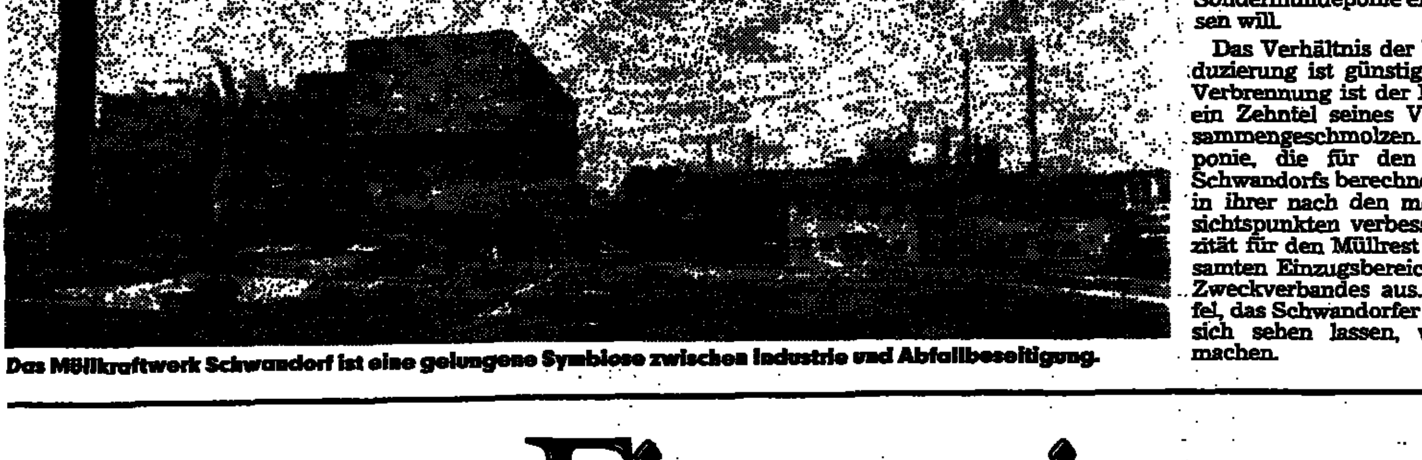
Die Dimensionen des Schwandorfer Müllbunkers wirken allumfassend, alles verschlingend. Der Inhalt eines ganzen Containers – gute 22 Tonnen „tröpfeln" durch die Füllöffnung hinunter ins Müllmeer wie ein mageres Rinnsal. Eine bleiche Mondlandschaft aus Plastikbahnen von staubigem „Feinmüll" überrieselt geben Kleiderlumpen frei, die den letzten Lumpenball noch vor sich haben, dann. wenn der stahlblitzende Riesengreifer wie eine Vogelkralle vom Kranführer im Glashäuschen wie von unsichtbarer Hand gesteuert auf sie herabfährt und sie in die Höhe trägt, dorthin, wo drei riesige Trichtermünder auf Nachschub für die rotierenden Brennroste im Feuerbereich warten.

Kaum zu fassen, daß diese Unmengen Müll im Bunker nur für ein Wochenende, ein paar Feiertage ausreichen soll. Wir kommen auf die Zusammensetzung des Mülls zu sprechen: immerhin bis zu 5 Prozent Schrott. Er verglüht, kann weiterverwendet werden. Ob sich die Unmenge an Kunststoffmaterial nicht in giftigen Abgasen niederschlägt? Hans Klofat bestreitet das nicht. Immerhin war es dieser Bestandteil des Mülls, der die Entwicklung der Rauchgasreinigung und ihren Einsatz in Schwandorf entscheidend mitbestimmt hat.

Vom Kesselhaus aus sehen wir auf staubigen Leitern balancierend durch eine Luke in den 23 m hohen Feuerraum. Ein rotglühender Wirbel dort, wo die Funken quer an der Scheibe mit 20 m pro Sekunde vorbeistieben, wo sich an den Seiten filigrane „Nasen" wie Profile aus asiatischen Schattenspielfiguren abzeichnen. Es sind Staubansammlungen. Ein mechanisches Klopfen, das das ganze Kesselhaus durchdröhnt, läßt sie in sich zusammensinken. Hellgelber Schein dort, wo zusätzlich Sauerstoff in die Flammen geblasen wird, um die Bildung von rußenden Zwischenprodukten zu verhindern. Das Rauchgas muß sich durch ein Kalkstaubbett hindurcharbeiten, vier-, fünfmal, bis sich der basische Kalk an den überwiegend sauren Schadstoffen gesättigt hat und abgezogen wird. Das gereinigte Rauchgas durchläuft eine elektromagnetische Phase, die den Staub bindet und entweicht weitgehendst schadstoffrei durch den Kamin.

Was bleibt also übrig nach der Verbrennung bei Temperaturen zwischen 800 und 1000 Grad Celsius? Immerhin noch 40 Gewichtsprozent Schlacke und ca. 5 Prozent. hochgradig schadstoffhaltiger Kalk aus der Rauchgasreinigung. Für ihn ist eine mit besonderen Auflagen versehene Lagerung notwendig, die Hans Klofat nicht als Sondermülldeponie eingestuft wissen will.

Das Verhältnis der Volumensreduzierung ist günstiger: nach der Verbrennung ist der Müllberg auf ein Zehntel seines Volumens zusammengeschmolzen. Die alte Deponie, die für den Nahbereich Schwandorfs berechnet war, reicht in ihrer nach den modernen Gesichtspunkten verbesserten Kapazität für den Müllrest aus dem gesamten Einzugsbereich des neuen Zweckverbandes aus. Kein Zweifel, das Schwandorfer Modell kann sich sehen lassen, wird Schule machen.



Das Müllkraftwerk Schwandorf ist eine gelungene Symbiose zwischen Industrie und Abfallbeseitigung.

Juni 1983: Ein anderer Papst kommt in ein anderes Polen

Von F. MEICHSNER

Als die Militärkapelle an einem sonnigen Junimorgen auf dem Warschauer Flughafen die Hymne „Noch ist Polen nicht verloren" intonierte und der erste polnische Papst mit geneigtem Haupt die Fahne seines Heimatlandes grüßte, war das der Auftakt für ein historisches Ereignis. Fast auf den Tag genau vier Jahre sind seither vergangen. Wenn jetzt Johannes Paul II. am Donnerstagnachmittag zu seinem zweiten Polen-Besuch in Warschau eintrifft, werden Szenar, Symbolträchtigkeit und die Unabsehbarkeit dessen, was damit seinen Anfang nehmen könnte, im wesentlichen die gleichen sein. Keine noch so große äußerliche Übereinstimmung wird freilich den substantiellen Wandel zu überdecken vermögen, der sich seit jenem Junimorgen des Jahres 1979 vollzogen hat: Ein anderer Papst kommt in ein anderes Polen.

Zwischen den beiden Reisen liegt nicht nur das Papst-Attentat mit seinen noch immer nicht voll ausgeleuchteten Hintergründen, das Karol Wojtyla von seiner unbekümmerten Spontaneität und inneren Gelassenheit genommen zu haben scheint. Dazwischen liegt auch der Aufbruch des polnischen August von 1980 mit der Gründung der Gewerkschaft „Solidarnosc" und die Tragödie des 13. Dezember 1981, die Millionen von Polen die Hoffnung auf eine an der Menschenwürde und durch den Grundkonsens von Regime, Kirche und Gesellschaft garantierte bessere nationale Zukunft genommen hat.

Was Johannes Paul II. 1979 einen „Akt großen Mutes beider Seiten" nannte, jenes Wagnis, zum Wohle des Menschen Grenzen zu überschreiten, um einander näher zu kommen, droht diesmal zur gefährlichen Gratwanderung für alle Beteiligten zu werden. Auf die Frage, ob er sich nicht einige Sorgen mache wegen dieser Reise, konnte Karol Wojtyla vor vier Jahren auf dem Flug nach Warschau noch mit Schalk in den Augen antworten: „Ach wissen Sie, so besorgt bin ich eigentlich nicht. Ich würde sagen, in Polen bin ich ja zu Hause." Er wußte damals genau, daß er auf ein Gemeinsames bauen konnte, das so gut wie alle Polen über die ideologischen Gräben hinweg miteinander verband: auf den Patriotismus seines Volkes, der seit eh und je eng mit dem Katholizismus verbunden war.

Heute, nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre, scheint dieses Einigende manches von seiner Kraft verloren zu haben. Zumindest wird es auf verschiedenen Seiten verschieden interpretiert. Für das Regime ist der Erfolg einer Normalisierungspolitik auf der Grundlage der vom Militär am 13. Dezember 1981 geschaffenen Lage zum patriotischen Maßstab geworden. Es erhofft sich dafür ganz offensichtlich vom Papst-Besuch indirekte Unterstützung. Für die im Untergrund weiterwirkende „Solidarnosc" und ihre unbekannte Zahl heimlicher Anhänger drückt sich Patriotismus in der Forderung nach Wiederzulassung freier Gewerkschaften und nach uneingeschränkter Respektierung der Menschenrechte aus. Die kirchliche Hierarchie schließlich sieht ihre vornehmste patriotische und gleichzeitig pastorale Pflicht in der Vermittlung eines die Würde des Menschen respektierenden Modus vivendi. Sie mahnt zu Klugheit und Konzilianz, während im niederen Klerus noch immer Tausende von Priestern aus patriotisch-kirchlicher Überzeugung eher der herausfordernden Position des August-Ausbruchs zuzuneigen scheinen.

So reichen die Erwartungen bzw. Befürchtungen, die sich an diesen zweiten Papst-Besuch knüpfen, von der Anerkennung des Status quo, die in der polemischen Sicht der entschiedensten Regimegegner einer Kapitulation vor der am 13. Dezember gewaltsam geschaffenen Realität gleichkäme, bis zur Herausforderung. Daß der Papst weder die eine noch die andere Erwartung erfüllen will und kann, liegt auf der Hand.

Kapitulieren will und kann er nicht, weil das der christlichen Botschaft und der von ihm selbst formulierten Lehre zuwiderliefe. In seiner ersten, von christlichem Humanismus geprägten Enzyklika „Retemptor hominis" stellte er die „Königswürde" des Menschen heraus, die „im Vorrang der Ethik vor der Technik, im Primat der Person über die Dinge, in der Überordnung des Geistes über die Materie" bestehe. Und in seiner Sozialenzyklika „Laborem exercens" verfocht er das Recht der Arbeitnehmer, sich zur Verteidigung ihrer existentiellen Interessen in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Dieser „arbeitsbedingte Zusammenschluß", so schrieb er, sei „ein positiver Faktor der sozialen Ordnung und Solidarität, von dem man nicht absehen kann". Er hob hervor, daß die katholische Soziallehre den Arbeitnehmern das Recht auf Streiks als „ein äußerstes Mittel" zuerkenne, das garantiert sein müsse, allerdings nicht mißbraucht werden dürfe.

Ganz im Sinne dieser Lehre war bei den vorbereitenden Gesprächen über den Papst-Besuch von kirchlicher Seite immer wieder eine Amnestie für alle nach dem 13. Dezember 1981 verhafteten und abgeurteilten Regimekritiker sowie die Wiederzulassung freier Gewerkschaften gefordert worden. Daß die Kirche die Erfüllung dieser Forderungen nicht zur Vorbedingung für den Papst-Besuch gemacht hat, ist ihr von so manchem polnischen Oppositionellen als allzu große Konzessionsbereitschaft angekreidet worden. Ebenso negativ wurde ihr Verzicht beurteilt, Danzig und Stettin als die „Stiegen" von „Solidarnosc" sowie Lublin als Sitz der einzigen katholischen Universität im kommunistischen Machtbereich in das päpstliche Reiseprogramm aufzunehmen.

Unter diesen Umständen scheint die Gefahr durchaus gegeben, daß der Papst-Besuch eher zur Minderung als zur Stärkung des kirchlichen Einflusses auf die unterdrückte regimekritische Erneuerungsbewegung beitragen könnte. Große Enttäuschung würde wohl vor allem auslösen, wenn es nicht einmal zu einem Treffen zwischen Johannes Paul II. und Lech Walesa kommen sollte.

Aber daß Papst und Kirche trotz aller Nachgiebigkeit im Detail grundsätzlich weiterhin auf dem Boden der päpstlichen Enzykliken stehen, werden sicherlich nicht nur während des Besuches Äußerungen des Papstes selbst deutlich machen. Es ergibt sich unter anderem auch aus der am 26. Mai vom vatikanischen „Osservatore Romano" abgedruckten Meldung aus Warschau über eine Messe, die am Jahrestag der Registrierung der aufgelösten Agrargewerkschaft von „Solidarnosc" in der Warschauer Johannes-Kathedrale gefeiert wurde. In seiner Predigt kritisierte Weihbischof Miclolek das Verbot der unabhängigen Gewerkschaft und forderte am Ende zum Gebet auf für die Vereinigungsfreiheit und dafür, daß der Papst-Besuch „der Gesellschaft neuen Mut geben" möge.

Von Kapitulation kann also keine Rede sein. Ebensowenig freilich von Herausforderung. Zweifellos wird der polnische Papst in seiner Heimat wieder Millionen von Menschen mobilisieren – weit mehr, als das herrschende Regime selbst unter Anwendung sanften Zwanges auf die Beine zu bringen vermöchte. Ohne Frage werden sich im Zuge der Massen auch diesmal wieder – wie vor vier Jahren – Religiosität und Patriotismus vereinen. Das wird um so risikoreicher sein, als sich in den vergangenen eineinhalb Jahren ein Druck aufgestaut hat, der sehr leicht von radikalen Kräften der sich in Polen gegenüberstehenden Lager provokativ zur Explosion gebracht werden könnte. In seinem „Times"-Interview vom 23. Februar 1982 hat der polnische Vizepremier Rakowski rückblickend eingeräumt, daß der polnische Papst und sein erster Polen-Besuch „eine moralische Waffe von beträchtlicher Wirkung" für den zunächst so erfolgreichen Aufbruch von „Solidarnosc" geliefert habe.

In Warschau weiß man somit sehr genau, welches Risiko der zweite Besuch impliziert. General Jaruzelski glaubt sich aber offensichtlich auch sicher, daß der Papst seine Autorität und sein Charisma voll einsetzen wird, um eine Explosion zu verhindern. Im Vatikan wiederum sind alle ablehnenden Stimmen zum Papst-Besuch aus Moskau aufmerksam registriert worden. Der Abgrund, in den Polen und seine Kirche durch eine Explosion geschleudert werden könnten, liegt auf der Gratwanderung dieses Besuches vor aller Augen. „Gewiß fühle ich diese Verantwortung für das, was ich sagen werde, die Verantwortung dafür, wie ich mich verhalten werde", hatte Johannes Paul II. vor vier Jahren vor der Landung in Warschau versichert. Diese Verantwortung wird diesmal mit Sicherheit noch viel mehr auf ihm lasten. Und das „Noch-ist-Polen-nicht-Verloren" der traditionellen Hymne, das seinerzeit trotzig-verheißungsvoll klang, mag am Donnerstagnachmittag bei so manchem Zuhörer eher ein Gefühl ohnmächtiger Verzweiflung aufkommen lassen – einer Verzweiflung, die aber trotz allem nicht ohne Hoffnung ist.

Von Warschau bis Krakau

Donnerstag

Johannes Paul II. trifft um 17.00 Uhr zu seinem Pastoralbesuch anläßlich des 600jährigen Jubiläums der Schwarzen Madonna von Tschenstochau auf dem Warschauer Flughafen Akecie ein. Begrüßung durch Staatspräsident Jablonski und Kardinalprimas Glemp. Anschließend Gedenkmesse für Kardinal Wyschynski in der Kathedrale und Besuch des örtlichen Marienheiligtums.

Freitag

Treffen mit den staatlichen Autoritäten im Belvedere, Besuch der Kapuzinerkirche und Treffen mit Glemp in dessen Residenz. Anschließend Zusammentreffen mit dem Senat und den Professoren der katholischen Universität Lublin. 17.30 Uhr Messe im Sportstadion.

Samstag

Abflug aus Warschau nach Niepokalanow, wo eine Messe zu Ehren des heiligen Maximilian Kolbe zelebriert wird. Danach Weiterflug nach Tschenstochau. Am Nachmittag Messe im Marienheiligtum, am Abend Treffen mit der Jugend.

Sonntag

Messe und Krönung der Marienbilder von Zieleniec, Brdow in der Diözese Breslau, Lubaczow und Stoczek in der Diözese Ermland. Am Nachmittag Versammlung des polnischen Episkopats unter päpstlichem Vorsitz, am Abend Erteilung des päpstlichen Segens an die Bevölkerung von Tschenstochau.

Montag

Flug nach Posen und dort Messe im Kulturpark. Am Nachmittag Flug nach Kattowitz und Marienfeier vor dem Bild der Madonna von Piekary. Am Abend Rückkehr nach Tschenstochau.

Dienstag

Flug nach Breslau und Messe auf der Pferderennbahn. Besuch der Kathedrale, dann Weiterflug nach Annaberg zur Marienvesper am dortigen Marienheiligtum. Am Abend Ankunft in Krakau.

Mittwoch

Besuch der Krakauer Universität, Seligsprechung von Pater Kalinowski, Weihe einer neuen, dem heiligen Maximilian Kolbe geweihten Kirche in Mistrzejowice-Nowa Huta, Teilnahme an der Schlußsitzung der Krakauer Provinzialsynode in der Kathedrale.

Donnerstag

Am Vormittag päpstliches Privatprogramm, am Nachmittag Abflug und Rückkehr nach Rom.

CSU-Klausur im Kloster Banz

ms. Bonn

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag versammelt sich unter ihrem Vorsitzenden Theo Waigel am 27. und 28. Juni zu einer Klausurtagung im Kloster Banz (Oberfranken).

Am ersten Tag der Beratungen wird der stellvertretende Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger vor den CSU-Parlamentariern zur Wirtschafts- und Währungspolitik sprechen. Am zweiten Tag soll im Beisein von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann über die Streckenstillegungspläne der Bundesbahn, die für den Flächenstaat Bayern besondere Auswirkungen haben, diskutiert werden. Der CSU-Vorsitzende Strauß ist von Waigel zu dieser Klausurtagung, die erstmals im Kloster Banz stattfindet, eingeladen worden.

Hungerstreik vor Polens Botschaft

uu. Köln

Zwei von vier Polen, die sich seit 13 Tagen vor der polnischen Botschaft in Köln im Hungerstreik befinden, müssen seit heute künstlich ernährt werden. Nach einem ärztlichen Gutachten besteht für Zbigniew Smulski (33) und Roman Dorna (31) akute Gefahr für ihr Leben. Ein Aufenthalt im Krankenhaus wird von ihnen bisher abgelehnt. Bei den vier Hungerstreikenden handelt es sich um ehemalige Mitglieder der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". Sie protestieren dagegen, daß ihren Frauen und Kindern die Ausreise verweigert wird. Wie aus Warschau bekannt wird, sind seit Montag die Angehörigen dieser Männer nach Warschau gereist. Sie fordern, im Innenministerium empfangen zu werden. Insgesamt sind 35 Polen in Westeuropa seit Anfang Juni in den Hungerstreik getreten, um die Ausreise ihrer Familienangehörigen zu erreichen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

In Münster stach Biedenkopf seinen Rivalen aus

Von WILM HERLYN

Zu finstersten Drohungen griff Heinrich Ostrop: „Wer nicht Parteidisziplin übt, für den sind noch ein paar Käfige frei bei Lamberti." Die luftigen Drahtgehäuse an der Hauptkirche von Münster, in der einst die Wiedertäufer bei Wind und Wetter verschmachteten, sollten wohl abschreckend genug für die Delegierten des CDU-Bezirks Münsterland sein, die Kontrahenten Kurt Biedenkopf und Wolfgang Brüggemann kritisch aber sachlich zu befragen. Allzu häufig waren in den vergangenen Tagen gegenseitige Beschuldigungen erhoben worden, die „an die Grenze der Verleumdung" (Biedenkopf) reichten.

Als erste Gelegenheit direkter Kontrahage bot sich die Heimat dessen an, der im Führungsstreit der CDU Westfalen-Lippe bisher eine vermittelnde Rolle einnimmt: der stellvertretende Landesvorsitzende Heinrich Ostrop nun als Gastgeber im Münsterschen ABC-Schützenhof am späten Montagabend.

Neutraler Boden sozusagen, den Biedenkopf und Brüggemann betraten – jeder auf seine Weise. Denn nachdem der Westfalen-Chef an der Auffahrt erst einmal einen Journalisten angeknurrt hatte, setzte er ein siegessicheres Lächeln auf und war dann doch überrascht, als er schon am Eingang mit sich steigerndem Applaus umfangen wurde. Die Partei, die Basis, die er nach Ansicht seiner Kritiker allzu elitär und ohne menschliche Wärme geführt habe, nahm ihn mit Jubel auf. Ist also doch richtig, was der Professor logisch folgert, daß sich etwa der Arbeitslose nicht für die Wärme der Partei interessiere, sondern dafür, mit welchem Konzept ihm geholfen werden könne? Dazu, so Biedenkopf, brauche eine Partei „Kameradschaftlichkeit, also Einigkeit im Ziel".

Das Gemeinschaftserlebnis, das der Basis mit ihrem Vorsitzenden so lange fehlte, wurde an diesem Abend nachgeholt. Da gab es kaum eine Hand, die Biedenkopf nicht schüttelte, nach der er sich förmlich drängte. Wann hat man Biedenkopf je so gesehen?

Hervorragend präpariert

Ganz anders Wolfgang Brüggemann, der den Schützenhof unsicher betrat, zur Verblüffung der CDU-Damen, die die Delegierten-Stimmkarten verteilten, verschwand, dann doch wiederkam, fast unbeachtet sich den Weg zum Vorstandstisch bahnte.

Vor dem Souverän der Partei waren sie beide nervös. Biedenkopf überdeckte es mit gekünstelter Fröhlichkeit, und doch saugte er heftiger als sonst an seiner Pfeife, rutschte unruhig hin und her – Brüggemann hielt sich an seinem Manuskript fest.

„Alphabetisch", entschied Ostrop, „also Bi vor Br." Und der ließ keine Gelegenheit aus, rhetorisch zu glänzen, gar Gefühle vor den Delegierten auszubreiten: „Die Beschlüsse einer ganzen Reihe von Kreisparteitagen für meine Kandidatur machen mir Mut, da ist viel Vertrauen gekommen, das ist für mich ein schönes Erlebnis, das mich auch bewegt." Neue Töne von Biedenkopf, der zugleich die Kandidatur Brüggemanns entschärfte, indem er sie eine Chance für die Klärung der Probleme in der Partei nannte.

Und durchaus geschickt zerstreut er Bedenken, die sich in des einen oder anderen Delegiertenhirn festgesetzt haben: „Große Aufgaben liegen vor uns, die wir gemeinsam mit der Bundesregierung unter Helmut Kohl in engster Zusammenarbeit lösen." Und dazu brauche Westfalen-Lippe eine „geschlossene und schlagkräftige und stabile Führung". Kein Wort mehr von Sätzen wie vor fünf Tagen, es gäbe auch im Vorstand eine Gruppe, „die kein Vertrauen zu mir hat, und zu der ich auch kein Vertrauen mehr habe".

Die fast greifbare Sehnsucht des Parteivolkes nach Harmonie und Geschlossenheit läßt solche Ausbrüche nicht zu, sie freut sich eher an der selbstgestellten Frage: „Ist dieser Kurt Biedenkopf nicht zu unruhig für die Partei?" Und die Antwort: „Man darf der Partei nicht nur um ihrer selbst willen dienen." Er wolle schöpferisch unruhig sein, politisch etwas bewirken, das Land weiterbringen, auf neue Herausforderungen neue Antworten finden. Denn gerade die CDU dürfe ihre Kreativität nicht verlieren. Denn wenn das Regierungsschiff im Packeis der Besitzstände stecken zu bleiben droht, dann braucht die Regierung die Partei als Eisbrecher.

Biedenkopf war hervorragend präpariert, trat nicht fordernd, sondern fast einschmeichelnd auf, warb mit bei ihm so ungewohnten Worten wie „dürfen", „ich möchte dienen", „mein Angebot". Und er wich aus: Auf die Frage, ob es denn – wie behauptet – einen Richtungsstreit in Westfalen-Lippe gäbe, antwortete er: „Es gibt keinen grundsätzlichen Richtungsstreit in der Partei."

Keine freie Rede

Sein Kontrahent Brüggemann tat sich von Anfang an schwer, begab sich selbst in einen Erklärungsnotstand, indem er seine Kandidatur zu rechtfertigen suchte. Im Gegensatz zur freien Rede seines Kontrahenten klammerte er sich an sein Manuskript, und wenn er auf Biedenkopf direkt antwortete, gelang ihm die Attacke nur zum Säuseln. So, als er die Packeis-These Biedenkopfs bestritt. Er hielt dagegen, das Schiff Helmut Kohls sei schon mitten in einer freien Fahrrinne. Auch der auf Biedenkopf gezielte Vorwurf, daß zu weitreichendes Denken sich zerstörerisch auswirken könnte, verhallte ohne Echo. Die Sozialdemokraten, führte Brüggemann an, hätten ein „abschreckendes Beispiel geliefert und solange über ihre Regierung und über ihren Bundeskanzler Helmut Schmidt hinweggedacht, bis die Bevölkerung völlig verwirrt war".

Sein Angebot: harte und phantasievolle Führungsarbeit, Bereitschaft zur Kooperation, Rückbesinnung auf Sitte, Pflichten und Werte, Integration. Er wolle die Probleme nicht nur anreißen, sondern auch Antworten finden – eine deutliche Kritik an Biedenkopf, der seine Arbeit vornehmlich darin sieht, Problemkreise mit immer neuen Fragezeichen zu besetzen.

Der Parteivorsitzende müsse in der Mitte stehen, mal schieben und mal ziehen, sich für Kärrnerarbeit nie zu schade sein, „aber auch Freude vermitteln können". Die Ehrlichkeit und Lauterkeit seiner Argumente bezweifelte niemand. Aber das Abstimmungsergebnis, das mit 83 zu 17 Stimmen dem Landesparteitag am 2. Juli in Hagen Biedenkopf als Westfalen-Chef empfiehlt, drückt das aus, was ein Fragesteller formulierte: Die Partei habe die Gerüchte um Vorgänge im Vorstand satt.

Sowjets proben Angriff auf Skandinavien

GREGOR KONDEK, Kiel

Für die Zeit vom 29. Juni bis 4. Juli hat die Sowjetunion im sowjetischen Teil der Ostsee und im westlichen Teil Belorußlands Übungen ihrer Truppen- und Flottenverbände angekündigt. An dem Manöver werden 50 000 Mann der sowjetischen Streitkräfte beteiligt sein.

Nach den vorliegenden Informationen sollen Kampfaufgaben für ein Anlanden in Dänemark und Schweden geprobt werden. Das Manöver hat zum Ziel, die neuesten Erkenntnisse der sowjetischen Militärspionage, ergänzt durch die Erfahrungen des jüngsten geheimgehaltenen Großmanövers im gleichen Raum vom 10. Januar bis Anfang März 1981, zu erproben.

1981 war, wie aus einem vorliegenden Bericht eines estnischen Reserveoffiziers bekannt geworden war, die Besetzung des Territoriums vor Skandianavien erprobt worden. Militärische Beobachter der Westmächte waren damals wie für das Ende dieses Monats beginnende Manöver nicht eingeladen worden.

Aus der „DDR" liegen Informationen vor, daß an diesem Manöver auch zwei Motschützenregimenter der „DDR" teilnehmen sollen. Es handelt sich dabei um das Motschützenregiment Nummer 28 „Wilhelm Florin" aus Rostock und das Motschützenregiment Nummer 29 „Ernst Moritz Arndt" aus Pora auf der Insel Rügen.

Gegensätzliche Anträge

Heute sicherheitspolitische Debatte im Bundestag

Co. Bonn

Mit gegensätzlichen Entschließungsanträgen gehen Koalition und Opposition in die heutige sicherheitspolitische Bundestagsdebatte, die mit einer Erklärung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zum Ergebnis der Pariser NATO-Ratstagung eingeleitet wird.

CDU/CSU und FDP fordern in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung auf, am NATO-Doppelbeschluß von 1979 festzuhalten, der „nicht zuletzt aufgrund deutscher Besorgnisse" vereinbart worden sei. Die Regierung soll sich weiterhin entschlossen für einen Abbau der SS-20-Rüstung, für eine einschneidende Reduzierung atomarer Kurzstreckenwaffen, für eine ausgewogene Truppenreduzierung, für ein Verbot aller chemischen Waffen und vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural einsetzen.

Die Koalitionsparteien erklären ferner: „Abrüstung muß Vorrang haben vor dem Bestreben, die Potentiale auf dem heutigen Stand lediglich einzufrieren. Ein bloßes Einfrieren würde zu einer Verzögerung der dringend erforderlichen Reduzierungsmaßnahmen führen."

Demgegenüber verlangt die SPD eine Unterstützung der Entschließung des US-Repräsentantenhauses für ein „vereinbartes und kontrollierbares Einfrieren der Atomwaffen beider Supermächte". Moskau und Washington sollten nach Meinung der SPD aufgefordert werden, in Genf eine „äußerste Anstrengung" für ein Mittelstreckenraketen-Abkommen zu unternehmen.

Bonn greift Berlin unter die Arme

Elf Milliarden Mark Bundeshilfe / Steigerung von 3,4 Prozent gegenüber Vorjahr

hrk. Berlin

Die Stadt kann sich nicht beklagen: Mit 10,900 Milliarden Mark erhält Berlin im kommenden Jahr 360 Millionen Mark mehr Bundeshilfe als 1983. Am vergangenen Freitag einigte sich Finanzsenator Gerhard Kunz nach „harten, aber fairen" Verhandlungen mit Minister Gerhard Stoltenberg.

In dem Betrag – dem höchsten, jemals seit 1949 in Bonn ausgestellten „Berlin-Scheck" – sind auch die ersten 37 Millionen Mark enthalten, um die S-Bahn wieder in Fahrt zu bringen.

Senats-Unterhändler Kunz braucht sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, denn er vermochte es, Berlin eine Bundeshilfe-Steigerung um 3,4 Prozent zu verschaffen, während der Bundeshaushalt 1984 insgesamt nur um rund zwei Prozent klettert.

Erfreulicherweise müßte Kunz auch nicht bis zum Äußersten pokern und als letzten Trumpf den Hinweis auf das 3. Überleitungsgesetz aus den fünfziger Jahren ziehen – es verpflichtet den Bund verbindlich zu einer auskömmlichen und Berlins Aufgaben als gesamtdeutsche Klammer berücksichtigende Hilfe.

Zu den Wermutstropfen der Vereinbarung zählt: Die Bundesregierung sieht bisher keine Möglichkeiten, sich an den Kosten von rund 200 Millionen Mark für die Erdgas-Transitleitung durch die „DDR" nach Berlin zu beteiligen. Im Streit ist auch weiterhin die Frage, in welcher Höhe sich Bonn am Bau und an der ersten Füllung eines Erdgas-Untertagespeichers beteiligt – dem ersten der Welt unter einer Großstadt.

Wichtige Ausgaben-Blöcke im neuen Berliner Haushalt lauten:

- Nach dem Motto „Wachstum und Beschäftigung" steigen die Investitionen um 4,5 Prozent auf rund 3,5 Milliarden Mark.
- Mit 1,7 Milliarden Mark verschlingen die Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe allein neun Prozent der gesamten Etatausgaben.
- Im nächsten Jahr müssen die Berliner wieder tief in das Portemonnaie greifen, um Billets, Bahnfahrten und Beerdigungen bezahlen zu können: Oper, Staatsbühnen, die Philharmoniker, die Verwaltungstarife, Friedhofsgebühren und Tickets für Busse und U-Bahnen steigen erneut.

Frieder Burda im Springer-Aufsichtsrat

DW. Berlin

Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Aufsichtsrats der Axel Springer Verlag AG sind Axel Springer, Ernst Cramer und Frieder Burda zu Mitgliedern des Aufsichtsrats gewählt worden. Der Aufsichtsrat hat anschließend Axel Springer zum Vorsitzenden und Ernst Cramer zum stellvertretenden Vorsitzenden berufen. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet Heinz Pentzlin aus dem Aufsichtsrat, dem er seit 1970 angehört, aus.

Der Aufsichtsrat hat Herbert Bonge von seiner Aufgabe als Vorstandsmitglied Personal zum 30. Juni 1983 entbunden. Damit wurde dem Wunsch von Herbert Bonge entsprochen, dieses Amt aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig abzugeben. Zum Nachfolger wurde Günther Klenke mit Wirkung vom 1. Juli berufen.

US-Juden korrigieren Moskau

AP, New York

Die Präsidentin der amerikanischen Jüdischen Vereinigung Russischer Emigranten, Maria Gelman, hat Erklärungen der sowjetischen Führung widersprochen, daß nur noch eine kleine Zahl der in der UdSSR lebenden Juden das Land verlassen wollen. In Wirklichkeit sehnten sich noch etwa 300 000 sowjetische Juden nach einer Auswanderungsgenehmigung, sagte Frau Gelman in New York. Berichte aus jüdischen Familien und von Touristen machten immer wieder deutlich, daß die von der Sowjetunion genannten Zahlen falsch seien. Die geschätzte Zahl von 300 000 Auswanderungswilligen beruht nach Angaben amerikanischer jüdischer Organisationen auf Daten, die der israelischen Regierung vorliegen.

CDU-Vorstoß für verbesserte BGS-Struktur

ms. Bonn

Vorschläge für eine Entkrampfung der personellen Probleme beim Bundesgrenzschutz hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll unterbreitet, der sich im Innenausschuß des Parlaments vor allem mit der Situation des nunmehr 26 000 Bediensteten zählenden BGS befaßt.

Um die Personalstruktur des BGS, über die seit längerem Unzufriedenheit herrscht, zu verändern, schlug Broll vor, daß in Zukunft der Nachwuchs des mittleren Zolldienstes ganz und des gehobenen Zolldienstes zum kleineren Teil aus ehemaligen Beamten des Bundesgrenzschutzes rekrutiert werden. Der Zoll habe einen jährlichen Einstellungsbedarf von 500 bis 600 Beamten im mittleren und von etwa 300 Beamten im gehobenen Dienst. Damit würde den BGS-Beamten eine „eigene berufliche Zukunft beim Bund eröffnet", betonte Broll. Bisher ist es so, daß der größere Teil der Grenzschutzbeamten nach einer Dienstzeit von etwa acht Jahren den BGS verläßt, um in den Polizeien der Länder zu wirken. Bund und Länder haben sich auf die Geschäftsgrundlage verständigt, daß die Länder in jedem Jahr rund 1000 BGS-Angehörige aufnehmen. Die Länder halten ihre Zusage zwar entsprechend den genannten Prozentsätzen, aber die absoluten Zahlen sind zu gering. Sie umfassen, wie Broll darstellte, nur etwa die Hälfte dessen, „was der BGS abgeben müßte, wenn er nicht überaltern will".

Kohl: Die Gewerbesteuer wird nicht angetastet

Finanznot der Gemeinden im Mittelpunkt des Städtetages

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bundeskanzler Helmut Kohl hat versichert, die Bundesregierung wolle „dem Anliegen der Gemeinden entgegenkommen, die Gewerbesteuer als zentrale Steuerquelle in ihrer Gesamthöhe zu erhalten". Auf der Auftaktveranstaltung des Deutschen Städtetages, der in diesem Jahr unter dem Motto steht: „Unser Land braucht starke Städte", sagte Kohl gestern in Frankfurt: „Die Kommunale Finanzautonomie bleibt gewahrt." Die Investitionskraft der Gemeinden müsse schon deshalb erhalten bleiben, weil sie „Hauptträger der öffentlichen Investitionen" seien.

Andererseits, so der Bundeskanzler, sei es jedoch notwendig, die ertragsunabhängigen Steuern zu verringern, um die Ertragschancen der Betriebe zu verbessern und den Mittelbau der deutschen Wirtschaft zu stärken. Seine Regierung habe im übrigen im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr Investitionshilfen von zusätzlich 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Für Gemeinden, die von Einnahmeausfällen besonders hart betroffen seien, habe sie die Ausgleichsbeiträge für 1983 und 1984 beträchtlich aufgestockt.

Die Sorgen um die Finanzkraft der Gemeinden standen auch im Mittelpunkt des immer wieder vom Beifall der Kommunalvertreter unterbrochenen Vortrages von Städtetagspräsident Manfred Rommel. Der CDU-Politiker und Stuttgarter Oberbürgermeister sparte dabei auch nicht mit Warnungen an die Adresse der Bundesregierung. Die vorgesehenen Steuerentlastungen würden nach Rommel bei den Kommunen „zu unmittelbaren Ausfällen von einer halben Milliarde Mark" und zu mittelbaren Ausfällen in etwa gleicher Höhe führen. Auch unter Berücksichtigung von Einsparungen zugunsten der Kommunen müßten die Gemeinden von überproportionalen Belastungen ausgehen.

Zum Ausgleich von Kosten

Es sei deshalb „nicht sehr realistisch", meinte Rommel, „wenn immer wieder Spekulationen über den baldigen Abbau der Gewerbesteuer in die Welt gesetzt werden". Er sehe „keine Möglichkeit auf ein Jahrzehnt hinaus", die Gewerbesteuer durch eine andere Steuer zu ersetzen, die nicht den gleichen Personenkreis träfe. In unmittelbarem Bezug auf die Äußerungen Kohls erklärte Rommel: „Es sollte darauf verzichtet werden, die ertragsunabhängigen Elemente der Gewerbesteuer mehr und mehr abzubauen." Denn diese Steuer diene dem Ausgleich von Lasten, die den Gemeinden unabhängig von den Erträgen durch Gewerbebetriebe entstehen. Überlegungen, die Gewerbesteuer als eine zweite Einkommen- und Körperschaftsteuer auszugestalten, nannte der Städtetagspräsident „verfassungsrechtlich bedenklich".

Rommel kündigte an, daß die Kommunen bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Größenordnung nicht mehr in der Lage sein würden, „alle diejenigen über Sozialhilfe zu versorgen, die aus dem sozialen Netz des Bundes herausfallen". Dann müsse der Bund die Sorge für die Arbeitslosen übernehmen oder die Mehrbelastung ausgleichen. Die Sozialhilfekosten der Kommunen seien von 1968 bis 1981 auf das Achtfache, von 1,86 auf 14,8 Milliarden Mark, gestiegen. Ein weiterer dramatischer Anstieg sei zu erwarten.

Gegen Stadtfeindlichkeit

Auch der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) warnte davor, daß der Bundeshaushalt zu Lasten der Städte saniert wird. So sei mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes „eine Operation zu Lasten der gemeindlichen Haushalte in Vorbereitung". Börner räumte ein, daß er auch schon die Beseitigung der Lohnsummensteuer durch die sozial-liberale Koalition in Bonn für einen „schweren Fehler" halte.

In der Auftaktveranstaltung zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages legten alle Redner ein Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung, dem „Wurzelwerk unserer Republik" (Bundestagspräsident Rainer Barzel) ab. In den Städten, so Manfred Rommel, entscheide sich die Zukunft unserer Wirtschaft. Hier entscheide sich auch, ob die Bürger für den demokratischen Staat einzutreten bereit sind, wenn es darauf ankommt. Rommel: „Hätte die Selbstverwaltung in den Städten nicht eine alte Tradition, sie müßte heute eingeführt werden."

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann wandte sich gegen die modische Stadt- und Technologiefeindlichkeit nach dem Motto: „Das Land ist gut, der dort lebende Mensch ist seelisch gesund, die Stadt ist Babylon, ist Sodom und Gomorrha." Nehme diese Einstellung zu, so würden sich die Deutschen auf Dauer „als Kulturnation verlieren". Denn, so Wallmann: „Stadt heißt Kultur, Großstadt heißt Hochkultur."

Kohl sprach mit Kirchenführern aus der „DDR"

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl ist auf dem evangelischen Kirchentag in Hannover mit Kirchenführern aus der „DDR" zusammengetroffen, wobei die Friedensdiskussion in beiden Teilen Deutschlands eine Rolle gespielt hat. Offenbar war dabei auch von einem gewissen Maß an Unverständnis bei Teilen der „DDR"-Bevölkerung gegenüber der konsequenten Haltung Bonns in der Nachrüstungsfrage die Rede.

Der Kanzler, der auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes von diesen Kontakten berichtet, meinte, in der „DDR" habe sich „ein Rückstau an Gefühlen und Informationen" entwickelt. Dabei müsse man auch die Propaganda der SED berücksichtigen. Diese mache es manchen drüben schwer, zu verstehen, warum Bonn im Interesse der Sicherheit bei einem ausbleibenden Verhandlungsergebnis in Genf auf der Aufstellung von Raketen beharren müsse.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Kanzler einen Brief, den ihm der niederländische Regierungschef Lubbers geschrieben hatte. Lubbers habe darin versichert, daß Den Haag zum Nachrüstungsbeschluß der NATO stehen werde, vorausgesetzt, auch Bonn stehe dazu. Damit machte Kohl die Schlüsselposition Bonns in dieser Frage für die Realisierung des Doppelbeschlusses deutlich. Wenn die Bundesrepublik Deutschland diese Phase nicht durchstehe, dann „kippe alles in Europa". Das Problem sei, daß sich Moskau, wie es jetzt aussehe, in Genf „bis auf die letzte Minute" nicht rühren werde.

Aus Kohls Aussagen war die Vermutung zu entnehmen, daß die Sowjetunion sogar soweit gehen werde, erst nach der Stationierung der ersten Pershing-Rakete über ein vom Westen akzeptables Arrangement zu verhandeln. Kohl sprach insgesamt von einer „starken Belastungsprobe" in den kommenden Monaten. Aber die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, die Kohl zu einer offensiveren Argumentation in der Sicherheitspolitik ermunterte, könnten sich auf eine ungebrochene und breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung stützen.

Trotz aller Schwierigkeiten im Verhältnis zur „DDR", so betonte Kohl, wolle Bonn zu Regelungen kommen, die „den Menschen" dienten. Deshalb solle man in der Union nicht überrascht sein, wenn es „trotz allem" in absehbarer Zeit eine Initiative gebe, die demonstrieren solle, daß die Menschen drüben nicht das Gefühl zu haben brauchten, sie seien von uns „abgeschrieben".

Bonn steuert behutsamen Kurs

Vor schwierigen Entscheidungen bei Rüstungsexporten / 1984 das erste U-Boot für Chile

MANFRED SCHELL, Bonn

Die neue Bundesregierung steht – unabhängig von ihrem Beschluß über eventuelle Panzerlieferungen an Saudi-Arabien – vor schwierigen Entscheidungen in der Frage des Rüstungsexports. Im Bundessicherheitsrat, der wirtschaftliche Interessen gegenüber eventuellen außenpolitischen Implikationen abwägen muß, stapeln sich die Anträge auf Genehmigung von Waffenexporten. Nach Informationen der WELT tendiert die Bundesregierung angesichts der sehr schwierigen Lage der Werftindustrie dahin, zunächst Anträge für diesen Bereich zu behandeln und, wenn es vertretbar ist, positiv zu entscheiden. Dabei geht es um die Lieferung von Schnellbooten für Indonesien, Bahrein und Ecuador. Das erste U-Boot für Chile wird sehr wahrscheinlich im kommenden Jahr an die Regierung in Santiago ausgeliefert. Die alte Regierung unter Bundeskanzler Schmidt hatte dem Bau der U-Boote für Chile zugestimmt, später aber aufgrund von Protesten in der SPD-Fraktion dafür andere Käufer suchen wollen.

Entscheiden muß der Bundessicherheitsrat über die Lieferung von Lastwagen für Irak. Einem schon länger zurückliegenden Antrag, 155-Millimeter-Feldhaubitzen nach Saudi-Arabien zu liefern, ist schon stattgegeben worden. Die ersten Haubitzen werden schon geliefert. Auf dem Tisch liegt außerdem der Antrag Thailands nach Lieferung des 30-Millimeter-Luftabwehrsystems „Wildcat". Thailand muß sich gegen vietnamesische Überfälle zur Wehr setzen. Ein Diskussionspunkt war die Lieferung von 47 Trainingsflugzeugen („Fantrainer") für Thailand in einem Gesamtwert von rund 25 Millionen Mark. Dieser Antrag scheint inzwischen positiv erledigt worden zu sein.

Die neue Bundesregierung möchte in der Frage des Rüstungsexports einen behutsamen, wenn es geht auch geräuschlosen Weg gehen. Die Tendenz zu einer gewissen Liberalisierung auf diesem Gebiet ist erkennbar, wobei aber sorgfältig darauf geachtet werden soll, daß zwar mehr als bisher wirtschaftliche Interessen der deutschen Unternehmen zur Geltung kommen, aber zugleich außenpolitische Verwicklungen vermieden werden sollen.

Deutsche Rüstungsgüter sind gefragt: Thailand wünscht 47 dieser Schulungsflugzeuge für Jetpiloten vom Typ „Fantrainer". FOTO: DPA

Konkret geht es hierbei um die Definition der „vitalen deutschen Interessen", wie es in den neugefaßten Richtlinien für den Rüstungsexport heißt. Regierungssprecher Peter Boenisch hat unmißverständlich klargestellt, daß sich die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl an „politischen Notwendigkeiten" orientiert. Das Verhalten der früheren Regierung sei dafür kein Maßstab. Gerade bei Entscheidungen über den Rüstungsexport, so hieß es in Regierungskreisen, komme die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers zur Geltung. Es handele sich dabei nicht nur um Angelegenheiten, die vorrangig den Bundeswirtschaftsminister oder den Außenminister interessierten.

Bundesaußenminister Genscher, so wird berichtet, habe sich in den zurückliegenden Jahren im Bundessicherheitsrat für einen äußerst restriktiven Kurs eingesetzt und durch Widerspruch zahlreiche Projekte blockiert. Andererseits werden aber jetzt auch Entscheidungen bekannt, die mit einer solchen Einschätzung nicht in Einklang gebracht werden können. So hat zum Beispiel der Bundessicherheitsrat unter der alten Regierung Schmidt im September 1982, also unmittelbar vor dem Bruch der Koalition, noch die Lieferung der Triebwerke des modernen Kampfflugzeuges „Tornado" an Jugoslawien genehmigt. Dies wird heute als Beitrag dafür interpretiert, Jugoslawien die Abhängigkeit auch in Teilbereichen der Rüstungsindustrie von der Sowjetunion zu nehmen.

An Syrien, das sich in offener Feindschaft zu Israel befindet, wurde mit Zustimmung des früheren Bundessicherheitsrates die Panzerabwehrwaffe „Milan" geliefert. Andererseits wurde ein Milliardenauftrag aus Malaysia, die WELT hat darüber berichtet, im Bundessicherheitsrat zunächst nicht behandelt. Es handelte sich dabei immerhin um einen Auftrag, der auch rund fünf Milliarden Mark „zivile" Lieferungen vorgesehen hatte. Als dann die neue Regierung ihre Zustimmung gab, war es zu spät. Großbritannien hatte den Zuschlag erhalten.

Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik Deutschland hatten im Jahr 1980 einen Wert von rund 2,6 Milliarden Mark erreicht. Im internationalen Vergleich liegt die Sowjetunion an erster Stelle. „Ihre Entwicklungshilfe besteht aus Waffenlieferungen und der Entsendung von Militärberatern", erklärte ein hoher Regierungsbeamter in Bonn. Die Bundesrepublik Deutschland liegt an fünfter Stelle, also nach den USA, Frankreich und Großbritannien. 56 Prozent aller Rüstungsgüter gehen nach Afrika und in den Nahen Osten.

London erlebt Wechsel politischer Generationen

Jetzt beginnt die Ära der Vierzig- und Fünfzigjährigen

FRITZ WIRTH, London

Nur 24 Stunden nach der Rücktrittserklärung des Labourparteichefs Michael Foot hat auch Roy Jenkins, der Parteiführer der britischen Sozialdemokraten, sein Amt zur Verfügung gestellt und zugleich David Owen als seinen Nachfolger empfohlen. Jenkins zieht damit die Konsequenzen aus der Unterhauswahl, in der seine Partei 25 Unterhaussitze verlor.

Damit wird auch immer deutlicher: Diese Wahl war mehr als ein politischer Erdrutsch in der britischen Wählerschaft. Sie ist der bisher tiefste politische Einschnitt in der britischen Nachkriegsgeschichte. Sie hat nicht nur die Parteien-Landschaft verändert, sondern zugleich einen politischen Generationswechsel eingeleitet. Es tritt die Generation jener Politiker ab, die vor allem die sechziger und siebziger Jahre in diesem Lande geformt hat.

Denn außer Foot und Jenkins hatte zuvor schon Harold Wilson die Szene geräumt. Zugleich haben John Silkin und Denis Healey ihre Führungsambitionen aufgegeben und wissen lassen, daß sie ins zweite Glied zurücktreten. Selbst der 59jährige Pater Shore, der sich zwar noch offiziell um die Parteiführung bewirbt, muß sich sagen lassen, daß er keine Zukunft mehr hat und nur noch Außenseiter ist.

Bei den Konservativen sind nach der letzten Regierungsumbildung die Männer der sechziger Jahre wie Whitelaw und Pym neben Edward Heath an die Seitenlinie gedrängt worden. In der britischen Politik hat damit die Ära der Vierzig- und Fünfzigjährigen begonnen.

Der Wechsel in der Parteiführung der Sozialdemokraten kommt nicht überraschend. Roy Jenkins' Rücktritt ist eher eine Vorbeugungsmaßnahme gewesen. Er wußte, daß David Owen ihn bei der nächsten Führungswahl herausfordern würde und er wußte zugleich, daß er in diesem Führungsduell kaum eine Siegchance hatte. Owen hatte einen glänzenden Wahlkampf und zählt heute zu den profiliertesten und populärsten britischen Politikern.

Für die Zukunft des Bündnisses der Sozialdemokraten mit den Liberalen hat der Führungswechsel erhebliche Bedeutung. Jenkins wollte beide Parteien zu einer Einheit verschmelzen. Er versteht sich als ein Mann der Mitte, der sich rühmte, das Wort „Sozialismus" schon seit Jahren nicht mehr in den Mund genommen zu haben.

Owen dagegen besteht auf politischer Gütertrennung. Er will die vor zwei Jahren gegründete britische Sozialdemokratische Partei fest links von der Mitte verankern, schließt jedoch Wahlbündnisse und eine gewisse parlamentarische Kooperation mit den Liberalen nicht aus, deren Parteichef David Steel gestern ankündigte, daß er sich in zwei bis drei Jahren ebenfalls zurückziehen möchte. Sicher aber ist, daß unter Owens Führerschaft das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Liberalen schwieriger und unruhiger werden wird, als es bisher unter Roy Jenkins der Fall war.

Inzwischen beginnen sich im Kampf um die Nachfolge von Michael Foot in der Labour Party die Fronten zu klären. Neil Kinnock hat bereits zwei Tage nach der Eröffnung dieses Kampfes eine klare Favoritenstellung bezogen. Er hat massive Rückendeckung von den Gewerkschaften erhalten, und da diese Gewerkschaften bei der Wahl über die meisten Stimmen verfügen, ist diese Favoritenstellung nur schwer zu erschüttern.

Gegen Kinnock spricht allein, daß er politisch zu stark mit Michael Foot identifiziert wird. Er ist wie Foot ein überzeugter Nuklear-Gegner, plädiert für massive Verstaatlichung und für einen britischen Rückzug aus der EG. Die Partei würde unter ihm weiter einen radikalen Linkskurs steuern, der ihr bei der letzten Wahl zum Verhängnis wurde. Sein Rivale Roy Hattersley dagegen möchte Labour wieder auf den Kurs eines Harold Wilson und Anthony Crosland bringen. Die Wahl des neuen Parteichefs findet am 2. Oktober, am Vorabend des Labour-Parteitags, statt.

Den allgemeinen politischen Generationenwechsel in Westminster hat Premierministerin Margaret Thatcher gestern auch mit der zweiten Welle ihrer Regierungsumbildung in den unteren Rängen unterstrichen. Sie holte insgesamt acht neue Juniorminister von den Hinterbänken des Unterhauses. Dennoch ist die größte Überraschung dieser Umbildung das „Comeback" von Richard Luce, der vor dem Falkland-Konflikt für die Südamerikapolitik im britischen Außenministerium zuständig war und nach dem Ausbruch des Krieges zusammen mit Lord Carrington zurücktrat. Seine Reaktivierung läßt den Schluß zu, daß Luce bei der Normalisierung des britischen Verhältnisses zu den südamerikanischen Staaten eine Schlüsselrolle zufällt.

Konfliktlinien der Europäer vor dem Stuttgarter Gipfel: Wohin treibt die EG?

Der Ruf nach einem Neuanfang wird lauter

Von WILHELM HADLER und ULRICH LÜKE

Die drei Präsidenten waren sich schon vor einem Jahr einig: Gemeinsam forderten Gaston Thorn für die EG-Kommission, Leo Tindemans für den Ministerrat und Piet Dankert für das Europäische Parlament eine neue Konferenz von Messina, einen Neuanfang für die Europäische Gemeinschaft. In Messina war vor 28 Jahren der Grundstein für den Gemeinsamen Markt gelegt worden. Heute, so meinten die drei Präsidenten, gehe es darum, sich über die künftigen Aufgaben der Gemeinschaft zu verständigen.

Der Appell zur Bestandsaufnahme und Neubesinnung verhallte damals ungehört. An diesem Wochenende nun werden sich die Staats- und Regierungschefs der Zehn auf ihrem Stuttgarter Gipfeltreffen doch dieser Aufgabe stellen müssen.

Bestandsaufnahme tut not

Den Unterschied zwischen dem Frühjahr '82 und dem Frühsommer '83 markiert der Stand der europäischen Kassen. Der EG droht in diesem Herbst, spätestens im nächsten Jahr, das Geld auszugehen. Bestandsaufnahme tut also not – auch ohne all die neuen Aufgaben, die sich die Gemeinschaft vornehmen will: ohne den Beitritt Spaniens und Portugals, ohne den Einsatz neuer Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, ohne langfristige Regelung des britischen Beitragsproblems für die Gemeinschaft. Der Bestand der EG steht auch so auf dem Spiel.

Doch was sich vordergründig wie ein Streit um mehr Geld für Brüssel ausnimmt, ist in Wirklichkeit die Auseinandersetzung um die zukünftige Politik der Gemeinschaft. Die Bundesregierung, die noch bis zum 30. Juni die Präsidentschaft in der EG innehat, will diese Auseinandersetzung in Stuttgart zum Thema machen.

Die zehn Mitgliedstaaten sollen sich entscheiden, ob die EG auch künftig eine Gemeinschaft sein soll, deren 52-Milliarden-Mark-Budget zu zwei Dritteln für die Agrarpolitik verbraucht wird. Sie sollen sich entscheiden, ob sie bereit sind, auch die Kosten des politisch so erwünschten Beitritts Spaniens und Portugals zu tragen. Sie sollen sich entscheiden, ob auch Europa einen Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit leisten will.

Bonn ist in diesem Problem-Szenario ziemlich isoliert. Die Mehrheit der EG-Mitglieder wäre wohl bereit, ohne grundsätzliche Diskussion mehr Geld für Brüssel zu zahlen. Hans-Dietrich Genscher hat seinen Partnern als EG-Ratspräsident dagegen am Wochenanfang in Luxemburg das Paket geschnürt, über das es in Stuttgart zu verhandeln gilt.

Die einzelnen Punkte und Positionen stellen sich am Vorabend des Gipfels so dar:

Die EG-Kommission hat angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschaft eine **Erweiterung des EG-Finanzrahmens** vorgeschlagen. Der Mehrwertsteueranteil, der Brüssel aus den nationalen Aufkommen zusteht, soll um 40 Prozent erhöht werden. Für die Bundesrepublik bedeutet dies eine jährliche Mehrbelastung von rund vier Milliarden Mark. Bonn ist deshalb zu einer Erhöhung dieses Anteils nur bereit, wenn vorher konkrete Bedingungen erfüllt werden.

Sie sehen eine rigorose Durchforstung aller EG-Etats auf Zweckmäßigkeit und sparsameren Mitteleinsatz vor, besonders eine **Reform der EG-Agrarpolitik**. Reform der EG-Agrarpolitik, das aber hieße geringere Einkommensgarantien für die Bauern, auch für die deutschen.

Kein Wunder also, daß die Mitgliedsländer, die besonders stark von der gemeinsamen Agrarpolitik profitieren, dagegen Einspruch erheben. Das gilt vor allem für Dänemark, Frankreich, Irland und die Benelux-Länder. Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand ist kürzlich sogar so weit gegangen, nur noch die Agrarpolitik als gemeinsame europäische Politik einzustufen und alle anderen Politiken durch Sonderfonds finanzieren zu lassen. Mitterrand ist jedenfalls zu einer durchgreifenden Agrarreform, die Preisgarantien nur noch im Rahmen von begrenzten Produktionsmengen zuläßt und einen Ausbau der Erzeugermitverantwortung vorsieht, nicht bereit.

Er trifft sich in diesen Bedenken auch mit den Erzeugerländern mediterraner Produkte. Italien möchte zum Beispiel seinen Obst- und Gemüsebauern ähnliche Wohltaten zukommen lassen, wie sie die nördlichen Produkte der Gemeinschaft, Getreide und Milch, schon haben. Das aber hieße: nicht weniger, sondern noch mehr Ausgaben für den Agrarmarkt.

Die südlichen EG-Staaten, vor allem Frankreich, machen von einer Einigung über die Behandlung der Mittelmeerprodukte aber auch den Fortgang der **Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien abhängig**. Sie wollen zur Erweiterung erst ja sagen, wenn ihre Bauern ausreichenden Schutz vor der neuen Konkurrenz haben. Allein dieses Anliegen macht also schon deutlich, wie schwer das Ziel einer Eindämmung der Agrarkosten zu verwirklichen sein wird.

Britisches Sonderproblem

Hinzu kommt das **britische Sonderproblem**. Großbritannien profitiert von der Gemeinschaft wegen deren Agrarlastigkeit kaum, zahlt also – wie die Bundesrepublik – Jahr für Jahr erheblich mehr an Brüssel, als es zurückerhält. Seit drei Jahren hat London daher großzügigere Rabatte der Gemeinschaft durchgesetzt, die fast zwei Drittel seines Saldos betragen. Zahlte London beispielsweise 1983 drei Milliarden Mark mehr an Brüssel als zurückfloß, erhielt es zwei Milliarden Mark zurückerstattet. Dieses System ist in den Verträgen nicht vorgesehen und hat folgerichtig zu Widerständen im Europäischen Parlament geführt.

Schon 1980 erhielt die EG-Kommission daher den Auftrag, eine EG-Reform zu entwickeln, die zu neuen Politiken und damit zu mehr Rückflüssen an Großbritannien führt. Die Kommission machte im wesentlichen dieselben Vorschläge, die heute die Bundesregierung als Bedingungen formuliert – vor allem eine Reform des EG-Agrarmarktes –, doch geschehen ist bis heute wenig. Niemand zweifelt daran, daß Margaret Thatcher ihr Problem zu einem Hauptberatungsgegenstand in Stuttgart machen will.

Auch dieses Beispiel belegt: Die aktuellen Fragen der EG sind so miteinander verzahnt, daß die deutsche Präsidentschaft um ihre Aufgabe nicht zu beneiden ist. Die Erwartungen nach den Luxemburger Beratungen der Außenminister vom Wochenanfang gehen dahin, daß es wieder nur zu Aufträgen reichen wird, dem Hauptauftrag an die Kommission beispielsweise, ein **rigoroses Spar- und Reformprogramm** zu entwickeln, wie vor drei Jahren. Der Unterschied zu damals ist nur, daß die Ebbe in den Kassen jetzt absehbar, der Druck, zu Entscheidungen zu kommen, also spürbar größer geworden ist.

Neben diesem zentralen Thema von Stuttgart, der Neuformulierung der EG-Politik verbunden mit ihrer Neufinanzierung, werden die anderen Tagesordnungspunkte wohl in den Hintergrund treten. Das gilt auch für das vor einem halben Jahr noch mit so großen Ankündigungen verknüpfte Thema **Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**. Die Regierungschefs werden darauf verweisen können, daß sich der Ministerrat darauf geeinigt hat, den europäischen Sozialfonds zu drei Vierteln für Hilfen an jugendliche Arbeitslose zur Verfügung zu stellen. Viel mehr aber ist in der Zwischenzeit nicht geschehen.

Das gilt auch für die Stärkung des Binnenmarktes, die viele in der EG als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung sehen. Bei den sechsmonatigen Beratungen ist es, abgesehen von graduellen Fortschritten, bei den bekannten Positionen geblieben. Frankreich lehnt eine weitere Öffnung des Binnenmarktes so lange ab, wie sich die Gemeinschaft nach außen nicht stärker abschottet. Diese Abschottung aber lehnen die Deutschen ab.

„Feierliche Erklärung"

Schließlich wird es in Stuttgart eine Fülle von Sonderthemen geben. Die Niederländer fordern eine europäische Verkehrspolitik, Dänemark will den Austritt Grönlands aus der EG geregelt wissen, Griechenland besteht auf einem Sonderstatus in bestimmten wirtschaftlichen Bereichen, und Bonn interessiert besonders eine gemeinsame Aktion gegen das Waldsterben. Zu all diesen Themen wird es konkrete Beschlüsse wohl kaum geben.

Und endlich gibt es auch noch die deutsch-italienische Initiative für eine „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union". Die Widerstände Dänemarks und Griechenlands gegen das Projekt, das dem Europäischen Parlament mehr Rechte und dem Ministerrat die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen, also den weitgehenden Verzicht auf das Veto bringen soll, bestehen fort. Hans-Dietrich Genscher ist trotzdem optimistisch: Der informelle Gipfelfahrplan sieht die feierliche Unterzeichnung der „Feierlichen Erklärung" für Samstag, 13 Uhr, vor.

Peking: Keine Kontakte mit Vietnam

DW./AFP/dpa, **Peking/Bonn**

Die Volksrepublik China hat dementiert, in Verhandlungen mit Vietnam zu stehen, um eine Normalisierung und eine Lösung des Kambodscha-Problems zu erreichen. Zugleich verlautete aus dem chinesischen Außenministerium, daß eine Meldung über eine Übereinkunft zwischen Peking und Moskau, die seit den 60er Jahren geschlossenen Konsulate in Shanghai und Leningrad wieder zu öffnen, unbegründet sei.

Ebenso gebe es für die Fortsetzung der Gespräche zwischen Peking und Moskau über die Normalisierung der Beziehungen bisher weder einen Termin noch eine Tagungsordnung. Es sei mit den Sowjets lediglich vereinbart worden, die dritte Runde der Konsultationen wieder in Peking abzuhalten, hieß es von chinesischer Seite.

Das Zentralorgan der chinesischen KP, die „Volkszeitung", reagierte auf Berichte, in denen der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach mit der Bemerkung zitiert worden war, sein Land habe Kontakte mit China. Die Zeitung kommentierte dies als einen Versuch, zwischen China und den Ländern des Asean-Paktes einen Keil zu treiben. Zwar hatte Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang erst kürzlich auf dem Volkskongreß in Peking vom Wunsch Pekings nach einer Verbesserung der Beziehungen mit Vietnam gesprochen, doch war er dabei von der Voraussetzung einer Beendigung der vietnamesischen Aggression in Kambodscha ausgegangen.

Beobachter werten das ausführliche Dementi der „Volkszeitung" als Warnung an die Mitgliederstaaten des Asean-Paktes (Thailand, Malaysia, Philippinen, Singapur und Indonesien), einen Dialog mit Vietnam aufzunehmen. Wiederholt hatte China in den vergangenen Monaten nervös auf Gerüchte über Kontakte zwischen Peking und Hanoi reagiert. Bislang hatten die Asean-Staaten ebenso wie Peking nicht nur solche Kontakte abgelehnt, sondern auch finanzielle Hilfe durch Drittländer (wie im Fall Australiens) für Vietnam verurteilt. Ihre Argumentation: Hanoi würde dadurch nur ermutigt.

Zwischen Busineß und Eindämmung

Washington sucht wieder klarere Orientierungspunkte für das Verhältnis zu Moskau

Von TH. KIELINGER

Das sowjetisch-amerikanische Verhältnis hat einen Grad der Strukturlosigkeit erreicht, der vielen Köpfen in Washington zu denken gibt. Die meisten haben zwar keine Antwort, wie man den entgleisten Zug der Ost-West-Diplomatie wieder auf die Schienen bringt. Aber es ist ein Drang nach schärferer Analyse, nach neuer Bestandsaufnahme spürbar. Amerikas „Ostpolitik" rückt mehr und mehr ins Zentrum der Debatte.

Auf den Bänken des Kongresses vor allem rutscht man nervös hin und her, betroffen von der Nichtnormalität der Beziehungen zu Moskau. Gleichzeitig beunruhigt die Frage, welche Wirkung dieser Faktor der Nichtnormalität im Verhältnis zwischen den Supermächten im kommenden Präsidentschaftswahlkampf ausüben mag. Läßt sich daraus ein Argument gegen Präsident Reagan destillieren, oder wird sich das Land eher hinter dem Weißen Haus zusammenscharen wollen, in gemeinsamer Abweisung sowjetischer Aggressivität und Mangel an Kooperationsbereitschaft? Gibt es überhaupt einen amerikanischen Konsens in der Frage der Moskauer Politik?

Ein Mammut-Hearing über Zustand der Beziehungen

Hier ist Interpretation erwünscht. Genau darauf steuert in diesen Tagen der Auswärtige Ausschuß des Senats zu, unter Führung seines Vorsitzenden, des Republikaners Charles Percy aus Illinois: Percy hat, beginnend am heutigen Mittwoch, ein über drei Wochen ausgedehntes Anhörungsverfahren über den Zustand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen anberaumt. Als erster Zeuge wird heute Außenminister George Shultz „vernommen".

Mit der Ansetzung dieses Mammut-Hearings verfolgt Senator Percy nicht nur uneigennützige Ziele. Auch die Wiederwahl des „Chuck" Percy 1984 zu einer vierten Amtszeit als Senator spielt da eine Rolle. Als vorsichtiger Mann, eher dem moderat-liberalen Flügel der Republikaner zuzurechnen, sieht sich Percy im kommenden Jahr einem harten Kampf um seinen Senatssitz ausgesetzt. Licht ins ost-westliche Dunkel zu bringen, kann für ihn und andere Politiker große Bedeutung gewinnen – als Orientierungshilfe, wie man sich zu artikulieren habe, wenn man als Wahlkämpfer mit der „sowjetischen Frage" konfrontiert wird.

Einige Herren auf den Rängen der Opposition, der demokratischen Partei, scheinen mit diesem „Wie" wenig Probleme zu haben. Vor allem drei der Präsidentschaftskandidaten: Ex-Vizepräsident Walter Mondale sowie die Senatoren Alan Cranston und Gary Hart. Sie alle haben einen atomaren „Freeze" an die Spitze ihrer außenpolitischen Programmatik gestellt; sie sehen in diesem Ansatz die schnellste Lösung des amerikanisch-sowjetischen gordischen Knotens.

Andere wiederum glauben in dieser Antwort das Rezept einer geradezu sicheren Niederlage der Demokraten im kommenden Wahljahr zu erkennen. Mit dem Hinweis auf das katastrophale Abschneiden der britischen und westdeutschen Linken bei den letzten Wahlen in diesen beiden Ländern warnt das „Wall Street Journal" die Demokraten vor einem „politischen Selbstmord". Mit Rufen nach einem atomaren Freeze und der Forderung nach amerikanischer Nichtintervention in Zentralamerika gehe die demokratische Partei, wie weiland (1972) ihr Kandidat George McGovern, stracks „über die Klippe".

In der Tat haben sich in der Attitüde gegenüber Moskau die historischen Rollen zwischen den führenden Republikanern und Demokraten ausgetauscht. Traditionell vertrat die demokratische Partei in auswärtigen Dingen den „interventionistischen" Standpunkt: Roosevelt/Weltkrieg 2; Truman/Korea; Kennedy/Vietnam. Die Republikaner andererseits neigten eher zur isolationistischen Option. Ein verkürzendes Diktum besagt: Die Demokraten führen die Kriege, die Republikaner beenden sie (Präsident Nixon beendete sogar die Wehrpflicht).

Unter Ronald Reagan verschwimmen diese klaren Fronten. Dieser Präsident betont in den wesentlichen Krisenherden der Gegenwart den Ost-West-Konflikt, ja, er beschreibt die Problematik, etwa in Zentralamerika, in der Terminologie von „Grenzkriegen" zwischen Ost und West. Über das Ausmaß amerikanischer Intervention äußert er sich zwar vorsichtig, wie es empfehlenswert ist nach der noch unverheilten Wunde Vietnam. Aber er läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß er territoriale Erweiterungen des kommunistischen Machtbereichs unter allen Umständen verhindern will.

Dennoch hat Reagan eine „interventionistische" Maßnahme seines Vorgängers Carter zurückgezogen. Er hob, schon früh in seiner Amtszeit, das Getreideembargo gegen Moskau auf; inzwischen geht er ganz in die entgegengesetzte Richtung und bietet den Sowjets einen neuen, langfristigen Liefervertrag an. In Reagan trifft sich eine Mischung ostpolitischer Traditionen: die Busineß-Orientierung des Republikaners und die alte Bereitschaft zur außenpolitischen Intervention der Demokraten.

Daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sich nur schwer in eine dauerhafte Struktur schmieden lassen, brach als Erkenntnis vor allem in der Präsidentschaft Carters fast eruptiv hervor. Dieser Mann begann noch mit der Fanfare (Mai 1977), seinen Landsleuten „die unmäßige Furcht vor dem Kommunismus" austreiben zu wollen. Die Sowjets aber taten alles, diese Furcht wieder unter den Amerikanern auszusäen.

Mißtrauen gegenüber den Sowjets verstärkt sich

Übrigens nicht erst mit der Invasion in Afghanistan. Das Mißtrauen gegenüber Moskau (und gegenüber Carters unsicherer Hand) war schon Mitte 1979 so stark angeschwollen, daß der Präsident zur Appetitanregung für den zweiten strategischen Rüstungskontrollvertrag (SALT II) dem Senat eine ordentliche Anhebung des Pentagon-Etats sowie den Bau der MX-Rakete versprechen mußte.

Der Dezember 1979 brachte das gesamte Gebäude zum Einsturz. Noch immer prallen an der Präsenz der Roten Armee in Afghanistan alle Versuche zur Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ab. Das Trauma dieses Vorfalls – ein enormer qualitativer Sprung in der operativen Bereitschaft der sowjetischen Außenpolitik – sitzt tief in der amerikanischen Seele. Es wetteifert mit der Sorge um den vertragslosen Zustand im Rüstungswettlauf zwischen den beiden atomaren Großmächten.

Dieser Dualismus greift formend in Reagans Moskau-Politik ein. Einerseits spricht der Präsident viele seiner Landsleute im Tiefsten an, wenn er – wie im März dieses Jahres in Orlando (Florida) – über die Sowjetunion als das „Imperium des Bösen" (the evil empire) referiert. Andererseits sieht er sich genötigt, in Fragen der Abrüstung „Flexibilität" gegenüber Moskau zu signalisieren.

Hier hat sich das Verhältnis gegenüber der Carter-Zeit umgekehrt: Carter mußte höhere Rüstungsausgaben versprechen, um einen Abrüstungsvertrag unterzubringen; Reagan muß entschlossene Abrüstungspolitik geloben, um sein Rüstungsprogramm – vor allem die MX – sicherzustellen.

Nur in der Abrüstung treffen sich heute das konservative und liberale Lager in gemeinsamer Hoffnung. Aber gerade hier besteht derzeit wenig Aussicht auf sowjetische Kooperation.

Neues Piratenstück der „DDR" im Äther

HERMANN JÄGER, Worms

In dem international immer heißer werdenden „Kampf im Äther" um die besseren Wellen hat der Rundfunk der „DDR" ein neues Piratenstück geliefert.

Auf der Welle 1341 kHz = 223 m im MW-Bereich ist seit einigen Tagen ein starker Sender des Programms „Berliner Rundfunk" des Radios der „DDR" zu empfangen. Die genannte MW ist im Genfer Wellenplan dem Hörfunk der „DDR" nicht zugeteilt worden. Durch die Okkupation eben dieser Mittelwelle aber sind Rundfunksender in England (Radio Ulster in Belfast), der MW-Sender Lakihegy in Ungarn und ein Sender in Jugoslawien geschädigt worden. Ihnen war diese Mittelwelle im Genfer Plan zugeteilt worden.

Gleichzeitig mit der Besetzung dieser nicht zugeteilten Welle hat der Rundfunk der „DDR" noch weitere interne Sender-Umgruppierungen vorgenommen: Auf der MW 190 m = 1575 kHz (in Genf nur für Lokalsender der „DDR" zugeteilt) arbeitet seit kurzem ein starker Sender des Programms „Radio DDR 1". Dies ist eine der bei Dunkelheit besonders weit tragenden Mittelwellen im oberen (frequenzhohen) Teil der MW! Hier ist das Radio der „DDR" Wellennachbar von „Radio DRS" der Schweiz geworden, deren Sender Sarnen auf 1566 kHz arbeitet.

Auch auf der MW 209 m = 1431 kHz (in Genf Ost-Berlin zugeteilt) arbeitet jetzt ein merklich stärkerer Sender der „DDR". Diese Welle liegt exakt zwischen den MW von Radio Luxemburg (1440 kHz) und der „Europawelle Saar" (1422 kHz), zwei der populärsten Sender in Europa. Wer sich da dazwischenschiebt, kann freilich hoffen, Gehör zu finden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Logik aus dem Computer

„Leserbrief: Transparente Krankenkosten"; WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die recht ausführlichen Darlegungen von Herrn Vogelsänger will ich hier nicht in allen Punkten untersuchen, jedoch zu wenigen Dingen Stellung beziehen: Der Artikel legt nahe, daß nun vieles im Gesundheitswesen sich bessern müsse, nachdem Computer mit so tollen Programmen für die KVs einsatzbereit seien.

Gewiß, gut programmierte Computer sind nicht schlecht; jedoch die bloße Tatsache, daß Daten nach gewissen Gesichtspunkten auf Papier ausgedruckt werden können, berechtigt noch nicht, den Begriff ‚Statistik' dafür zu beanspruchen. Theorie und Anliegen von ‚Statistik' bedeutet doch einiges mehr, als der Leserbrief von Herrn Vogelsänger suggeriert, und auch weit mehr, als ein durchschnittlicher Medizinstudent darüber erfährt.

Wie sehr diese Feststellung zutrifft, läßt sich unschwer an einem Beispiel demonstrieren, welches – so, wie geschildert – tatsächlich eingetreten ist: Die KV hat von einer bestimmten Kasse für zwei Patienten insgesamt beidemal eine bestimmte Abrechnungsziffer berücksichtigt, nämlich laut Angabe auf den zwei eingereichten Krankenscheinen. Jene Ziffer kam durchschnittlich in der sogenannten Fachgruppe mit 63,5prozentiger Häufigkeit vor. Der ‚Computer' macht dies mit folgender Mitteilung ‚transparent':

Sie haben die Leistung Nr. XYZ zweimal abgerechnet. Der Durchschnitt Ihrer Fachgruppe liegt bei 63,5 v. Hundert. Sie liegen jedoch mit 100 Prozent um 36,5 Prozent über Ihrem Fachgruppendurchschnitt.

Wahrhaftig, es geht kaum besser, die Unsinnigkeit des gesetzlich wohlverankerten Maßstabs ‚Fachgruppendurchschnitt' zu verdeutlichen und gleichzeitig das Niveau zu präsentieren, auf dem – auch auf Ärztetagen – diskutiert wird.

Übrigens trägt der ‚Fachgruppendurchschnitt' entscheidend dazu bei, daß der Arzt gezwungen wird, nicht die im Einzelfall medizinisch gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, sondern jene, welche wirtschaftlich noch in den Fachgruppendurchschnitt passen. (Die müssen nicht unbedingt kostendämpfend sein!)

Andererseits ist dem Gesetzgeber zu verdanken, daß wirklich nichts versäumt wurde, um Durchschnittlichkeit zu gewährleisten. (Die Qualität ‚Durchschnitt' siedelt sich leider am liebsten auf dem Boden an.)

So ist es durchaus passend zum Gesetz, daß etwa einem praktischen Arzt, der sich zufällig in einem bestimmten Fachgebiet besonders auskennt, vorgerechnet werden kann, er habe sich – bezogen auf die ihm zuerkannte Fachgruppe – um mehr als ‚statistisch einsehbar' vom Durchschnitt betreffender Untersuchungen entfernt. Da bleibt es völlig irrelevant, ob überwiegend positive Befunde eintraten.

Bei solcher Sachlage sollte auch der Arzt nach Möglichkeiten suchen, die Übersicht zu gewinnen.

Hochachtungsvoll
Dr. H. Müller,
Frankfurt/M.

**Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion*

Beamte und Sparprogramm

Sehr geehrte Herren,

unverständlich sind mir die Erklärungen des Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Herrn Krause über die Pläne der Bundesregierung, in der Besoldung der Beamten eine Pause bei der Erhöhung der Gehälter eintreten zu lassen.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Staatsdiener sich in sicherer Position befinden und in den Jahren von 1956 bis heute im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen in der Höhe der Gehälter sehr gut aufgeholt haben. Keinem Beamten geht es schlecht, bzw. keiner muß hungern oder größere Entbehrungen erleiden.

Jeder Beamte hat gelobt, seinem Dienstherren, der Bundesrepublik Deutschland, treu zu dienen. Hierzu gehört auch, in Notzeiten zu seinem Dienstherren zu stehen und ihm auch durch Verzicht aus schwierigen Lagen zu helfen.

Dabei hat der Beamte auch die Pflicht, beispielhaft für den Dienstherren einzustehen. Das heißt, er kann seinen Verzicht nicht von der Nachfolge anderer abhängig machen.

Wenn das vielbeschworene Beamtenethos nur in fetten Jahren Gültigkeit hat, taugt es nichts. Dann ist tatsächlich zu überlegen, ob das Berufsbeamtentum nicht doch seine Daseinsberechtigung verloren hat!

Die dargelegte Auffassung wird von vielen Beamten gerade auch des einfachen Dienstes geteilt.

Mit freundlichen Grüßen
J. W. Heine,
Rheinbach

*

Nach den neuesten Sparplänen der Regierung wird es immer deutlicher: Die Beamten werden als Vorreiter der Regierung mißbraucht, um die Gewerkschaften auf den Sparkurs von Minister Stoltenberg zu zwingen. Soweit es sich nur um die Beamten handelt, sind sich Regierung und Gewerkschaften sehr nahe, denn die Tarifautonomie gilt ja nur für Arbeiter und Angestellte. In diese Tarifhoheit wird Herr Stoltenberg sicher nicht eingreifen können. – Also die Beamten!

Haben sich Beamte, wie z.B. Postboten, Polizisten und Rangierer bei der Bahn, unter Verzicht auf wirtschaftliche Vorteile ihre unkündbaren Arbeitsplätze nicht auch erarbeitet? Eine Ungleichbehandlung im „öffentlichen Dienst" wird sich nicht auszahlen. Man muß sich fragen, wie sich eine Partei, die sich das „C" in ihrem Namen auserkoren hat, bei einer derartigen Ungleichbehandlung sittlich und moralisch rechtfertigen will. Der Rückfall in die Beamtenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre ist ein Schlag ins Gesicht der Staatsdiener, die bis vor 10 Jahren noch als Hungerleider der Nation belächelt wurden.

Man sollte in Bonn mit gutem Beispiel vorangehen und das politische Beamtentum abschaffen!!

E. Andresen,
Mitglied der CDU,
Halstenbek

Wort des Tages

„Ein Optimist ist in der Regel ein Zeitgenosse, der ungenügend informiert ist."

John B. Priestley, engl. Autor (geb. 1894)

Notwendigkeit

„Schirm zu"; WELT vom 1. Juni

Mit der Frage, ob eine belgische Marine notwendig sei, hat sich der belgische Verteidigungsminister Gilson schon Anfang der 60er Jahre beschäftigt. Meine von ihm erbetene Stellungnahme lautete (zusammengefaßt):

Die See ist für Massentransporte der leistungsfähigste und billigste Weg (Brennstoffverbrauch pro t/km Wasser zu Land zu Luft wie 1:5:50). Für Nordwest-Europa Seezufuhr schon im Frieden lebenswichtig.

Antwerpen ist einer der größten Häfen, das Fahrwasser vor der flandrischen Küste wird stark benutzt. In einem Ernstfall ist Verseuchung mit Minen wahrscheinlich (aus der Luft geworfen). Die größeren Marinen der NATO sind dann im Nordatlantik so eingespannt, daß sie für die Schelde usw. keine Kräfte abgeben können. (Das gilt ebenso für Nordsee und dänische Meerengen, daher Bundesmarine.) Die Anliegerstaaten müssen für Bewachung und Freihalten selbst sorgen. Das ist auch im Gesamtinteresse des Bündnisses richtig, denn vor der eigenen Haustür weiß man am besten Bescheid und arbeitet am wirtschaftlichsten.

Die belgische Marine ist genau für diese Aufgaben konzipiert und bemessen worden. Es wäre ein Nachteil für das Bündnis, wenn sie abgeschafft würde, und deshalb besteht sie auch heute.

Mit besten Grüßen
Prof. F. Rüge,
Tübingen

Wie Inquisition

„Von Brauchitsch spricht von ‚Hetzkampagne' im Fall Flick"; WELT vom 27. Mai

Sehr geehrter Herr Dr. Herlyn,

Sie berichten über die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses im Landtag Düsseldorf, insbesondere über die Anhörung der Herren von Brauchitsch und Dr. Friderichs. Betroffen hat mich, was Herr Dr. Friderichs über das Verhalten eines Professors einer deutschen Hochschule gegenüber seiner Tochter in deren Examen berichtete.

Hier wird von einem Mann, der die Jugend erziehen und zu höherem geistigen und menschlichem Verhalten führen soll, eine Vorverurteilung verbunden mit Sippenhaft vorgenommen. Eine solche Einstellung mag in Zeiten der Inquisition oder des „Dritten Reiches" bei einigen Professoren bestanden haben, gehört aber nicht in die heutige Zeit und schon gar nicht an eine deutsche Universität.

Gerd U. Horenkohl,
Trappenkamp

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. Karl Leuteritz, bisher Botschafter in Jamaika, wird Generalkonsul in Istanbul. Der Jurist, seit 1952 im Auswärtigen Amt, war in den Generalkonsulaten in Amsterdam und Rotterdam tätig, ständiger Vertreter des Generalkonsuls in Chicago und 1975 Botschafter in Korea. 1980 wurde er nach Kingston versetzt.

*

Das Auswärtige Amt schickt neue Generalkonsuln nach Porto und Marseille. Nach Porto geht **Heinz Meier**, bisher Leiter des Konsulats in Apenrade. Von der deutschen Botschaft in Paris nach Marseille versetzt wird **Hans Voos**. Heinz Meier gehört dem Auswärtigen Amt seit 1956 an. Zu seinen Auslandsstationen gehörten London, Paris und Moskau. Seit 1978 leitete er das Konsulat in Apenrade. Hans Voos, seit 1953 im Auswärtigen Amt, war von 1963 bis 1967 Leiter des Konsulats in Apenrade und ist seit 1975 in der deutschen Botschaft in Paris tätig.

EHRUNGEN

Joseph P. Krause, 1982 vom Akademischen Rat des Instituts für Europäische Dokumentation und Lehre in Brüssel zum Honorarprofessor für Zeitgeschichte ernannt, wurde für seine Verdienste um das Internationale Recht mit dem „Commandeurs-Orden pro merite" des Ordensrates „Cordon Bleu du Saint Esprit" ausgezeichnet. Der Orden ist 1579 in Frankreich von Heinrich III. gestiftet worden. Joseph P. Krause, in Gelsenkirchen-Schalke aufgewachsen, hatte lange Jahre in Nazareth gelebt. Er hatte sich an der Urbarmachung der Wüste Negev beteiligt und an der Aufforstung von Galiläa. Er war Werbeexperte für den Jüdischen Nationalfonds und begründete die „Stiftung Paul Krause", aus deren Mitteln der „Paul-Krause-Gedächtniswald" bei Zippori nördlich von Nazareth entstand. Heute ist Joseph P. Krause auch ehrenamtlich als Geschäftsführer und Pressereferent der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreis Neuss, tätig.

*

Professor Dr.-Ing. **Bacharuddin Habibie**, Staatsminister für Forschung und Technologie der Republik Indonesien, wurde Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Gesellschaft die „wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten". Der indonesische Minister war von 1955 bis 1961 Student an der Technischen Hochschule Aachen gewesen, wo er Maschinen- und Flugzeugbau studierte. Anschließend war er für einige Zeit in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie tätig. Nach einer anschließenden Beratertätigkeit für Technologiefragen bei seiner Regierung übernahm er 1978 das Ministeramt für Forschung und Technologie.

GESTORBEN

Oberst Dr. **Helmut Korn**, Mitbegründer und langjähriger Bundessprecher der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, starb im Bundeswehrkrankenhaus in Ulm. Korn, Jahrgang 1924, hatte klassische Altertumswissenschaften studiert. Von 1952 bis 1956 war er Bundessekretär des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Düsseldorf. Danach trat er in die Dienste der Bundeswehr. Zuletzt war er „Beauftragter für Erziehung und Ausbildung" beim Generalinspekteur der Bundeswehr.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Europäisch-arabische Zusammenarbeit

Für bereits begonnene und geplante Großprojekte im Bausektor, im Handel und im Bankwesen wird eine europäisch-arabische Aktiengesellschaft nach deutschem Aktienrecht gegründet.

Zu den Initiatoren in Saudi-Arabien, dort auf höchster Ebene, und in Deutschland sollen noch weitere Persönlichkeiten hinzutreten, deren hervorragendes persönliches, fachliches oder wirtschaftliches Profil dazu beitragen kann, als Gründungsgesellschafter, später auf Aufsichtsrats-, Vorstands- oder Beraterebene, den Stil und die Aktivitäten des Gesamtunternehmens zu entwickeln und durchzuführen und den Konzern in der Öffentlichkeit angemessen zu vertreten.

Zweck der Gründungsgesellschaft ist nicht Kapitalbeschaffung, dieses würde im Prinzip allein von den Initiatoren zur Verfügung stehen und ist bereits in verschiedenen Projekten eingesetzt. Im Gegenteil, die Gründungsgesellschafter treten zusammen aufgrund einer nur geringen, mehr symbolischen Beteiligung (100 000,- DM) und erhalten überdies jeder für 1 Mio. Aktien zum Nominalwert reserviert. Die Kapitalbasis wird später durch normalen Aktienvertrieb den Erfordernissen angepaßt. Der Vertrieb ist vornehmlich in arabischen Ländern programmiert.

Die Gründung wird im Juli 1983 in Anwesenheit des saudiarabischen Initiators erfolgen. Der Gründung voraus geht ein Generalvertrag der Gründungsgesellschafter. Interessierte Persönlichkeiten sind höflich gebeten um eine kurze schriftliche Kontaktaufnahme durch Brief oder Telex, die sofort beantwortet wird und der eine Terminvereinbarung für eine Besprechung folgt.

Kontakt: Klein and Partners International, Büro Stuttgart, Haussmannstr. 34 a, Tx. 7 21 419 real.

Internationales Detektiv- u. Ermittlungsbüro

erfüllt Ihre Spezialaufgaben. Ermittlungen, Kaufhausdetektive, Beschaffungen, Geheimkontakte und Flugzeugeinsatz.

Geschultes, zuverlässiges Personal (ehem. Fahndungspolizisten) im In- u. Ausland.

AVB Treuhand
Freuenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 40 od. 80 48 od. 80 49
Telex 7 32 774 avbd

Übernehme Kuriertdienst

Klein- u. Eiltransporte. 200 m² Lager vorhanden. Zuschriften u. T 7412 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reingelegt?

Erfahrene Spezialisten bearbeiten für Sie jedes Problem mit unkonventionellen Methoden Erfolgsbasis + Spesen möglich.

Anfragen über:

Vermittlungsbüro Erler, Postf. 10 04 25, 4350 Recklinghausen

50% (!) mehr UMSATZ

erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 43 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Welcher Klein- oder Mittelunternehmer

möchte zum Jahresende seine Buchhaltung auf EDV umstellen?

Wir bieten Ihnen hierzu Gelegenheit, ohne einen eigenen Computer anschaffen zu müssen, und helfen Ihnen bei der Umstellung. Auch laufende Kontierungs- und Erfassungsarbeiten werden auf Wunsch übernommen.

Rufen Sie uns bitte an unter 02 31 / 10 16 17

Achtung, Kieselgurbranche!

Wir haben jährlich 20 000–40 000 t beste Rohkieselgur unverschmutzt.

1. Wer kann uns diese mahlen und glühen.
2. Wer kann diese sehr günstig übernehmen oder verkaufen.
3. Wer möchte in seriöse Partnerschaft mit uns treten.
4. Oder wer kann uns interessante Vorschläge machen. Schreiben Sie uns eilig unter PM 46 602 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Zur Gründung einer Gebrauchtwagen-Leasing

suchen wir noch Gesellschafter, die sich m. ihrem Kfz als Sacheinlage beteiligen können. Bevorzugt: *BMW, DB, Porsche u. Exoten.*

Informationen bei:
C. C. P. GmbH, Petersbergstr. 6a
5463 Bad Honnef-Unkel
Telefon 0 22 24 / 7 10 66

Kurierfahrten im In- und Ausland

exakt diskret, schnell, Autotransporte Walter Müller, Mühlstr. 2, 6719 Kirchheimbolanden, Tel. 0 63 52 / 18 46.

Wir suchen Baufirmen

die im arabischen Raum Aufträge übernehmen können.
Zuschr. erb. u. PJ 46580 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Krisenfeste Handelsvertretung

mit Gebietsschutz an junge unabhängige Außendienstler (bis 28 Jahre alt), zu vergeben. Wenn Sie über Pkw u. Telefon verfügen, erwarten wir Ihre Bewerbung unter U 7391 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Freizeitanlage

Investor sucht für den Betrieb einer Freizeitanlage (ca. 4000 m² einschl. Diskothek erfahrenen Partner (Standort: Großraum Hannover). Angebote erb. unter V 7392 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Für unsere Geschäftsstelle in Bonn, die 1985 nach Frankfurt umzieht, suchen wir einen

PR-Referent/Dipl.-Kaufmann/Dipl.-Volkswirt

und einen

Redakteur

Beide sollten energiewirtschaftliche Kenntnisse und Berufserfahrung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und/oder in einem journalistischen Arbeitsgebiet mitbringen. Wir erwarten überdurchschnittliche Einsatzfreude, Verantwortungsbewußtsein und Belastbarkeit.

Die Dienstleistungsaufgabe der Geschäftsstelle ist auf die sorgfältige Pflege der Beziehungen zur Öffentlichkeit sowie zu den Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft ausgerichtet. Sie verlangt Kontaktfähigkeit, Überblick, Genauigkeit im Detail und absolute Zuverlässigkeit bei der Durchführung von Einzelmaßnahmen.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen mit Ihren Gehaltsvorstellungen mit dem Vermerk „Persönlich" an unseren Geschäftsführer Herrn Peter Hoss.

IZE Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V.
Kölnstraße 480, 5300 Bonn 1

IHRE GROSSE CHANCE!

Unsere Geschäfts-Idee hat Erfolg. Verdienen Sie mit uns

DM 90 000,–

und mehr.
Wir suchen in ganz NRW aufgeschlossene und schwungvolle

Repräsentanten

für eine beratende, organisierende und betreuende Tätigkeit in einem zukunftssicheren Dienstleistungsbereich. Geringes Eigenkapital wird erwartet (keine Verkaufs-, Makler- oder Reisetätigkeit).

Richten Sie Ihre Bewerbung direkt an:
GEFKO GmbH, Postfach 50 01 04, 4600 Dortmund 50

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11

Steuerung des Material- und Warenflusses

Wir sind in Europa mit 800 Mitarbeitern in unseren Werken in Berlin, Belgien und Frankreich einer der bedeutendsten Hersteller von Kältekompressoren und Kälteaggregaten. Zur Sicherstellung einer reibungslosen und koordinierten Produktion sowie der gegenseitigen Belieferung der Werke untereinander mit Halb- und Fertigerzeugnissen und der pünktlichen Bedienung unserer Abnehmerschaft in Industrie, Fachhandel und Installationsgewerbe verfügen wir über eine

Hauptabteilung Zentrale Materialwirtschaft

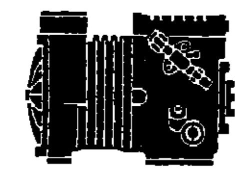
in der folgende Funktionen zusammengefaßt sind:

- Materialdisposition
- Fertigungssteuerung
- Lagerwesen
- Versand

Für die verantwortliche Leitung dieses Bereiches suchen wir einen branchenkundigen Praktiker der EDV-gestützten Organisation, der über fundierte Kenntnisse der Materialwirtschaft und der Logistik verfügt. Für die Teilbereiche seiner Hauptabteilung stehen ihm fachkundige, seit Jahren eingearbeitete Abteilungsleiter zur Seite, so daß er sein Hauptaugenmerk auf die stetige Verbesserung und Optimierung der vorhandenen Systeme richten kann und soll.

Die gesuchte Führungskraft muß über kaufmännische und technische Kenntnisse verfügen; ein Studium als Wirtschaftsingenieur wäre deshalb von Vorteil. Die internationale Aufgabenstellung erfordert die praktische Beherrschung der englischen Sprache; Französisch würde begrüßt. Die Position ist ihrer Bedeutung entsprechend unmittelbar der Geschäftsführung zugeordnet und entsprechend dotiert.

Interessenten im Alter um 35 bis 45 Jahre, die sich dieser komplexen Aufgabe gewachsen fühlen, werden gebeten, sich unter Zusendung vollständiger schriftlicher Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Handschriftprobe, Lichtbild, Zeugnisse, Gehaltswunsch, Eintrittstermin) an unsere Zentrale Personalabteilung zu wenden.



DWM COPELAND GMBH
Eichborndamm 141–187, 1000 Berlin 51 · Tel. (0 30) 41 96 261

STELLENGESUCHE

Leiter Vertrieb oder Training

steigert die Leistung Ihrer Mitarbeiter und Ihrer Organisation: 34 J., verh., Ganzheitsdenken, Praktiker, sucht ab 1. 1. 1984 (evtl. auch eher) im Raum Hamburg/Schleswig-Hostein neuen, anspruchsvollen Wirkungskreis.

Angebote an WELT-Verlag unter PP 46 604, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bezirksleiter Nord

eines maßgebenden Kfz-Zulieferanten sucht Position als Verkaufs- od. Niederlassungsleiter mit Sitz Hamburg. 43, techn. Kfm., verh., 20jähr. Berufserf. in Handel u. Industrie, Engl.-Kenntn. Zuschr. erb. u. PH 46 598 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

DIPL.-ING. (FH)

Textilveredelung, gelernter Färber, 35 J., verh., engl. (franz.), langj. tätig im Export von Maschinen und Anlagen, spez. Erfahrung in Projektierung und Verkauf von vollstufigen Fabriken inkl. Sekundäranlagen, sucht verantwortungsvolle Position im techn. Verkauf, als Site-Ing. oder im techn. Management, engl.-sprach. Ausland bevorzugt.
Angeb. erb. u. U 7149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter

Wirt.-Ing. 46 J., Flurförderfahrzeuge, Lüftung-Klima, nicht branchengebunden, erfüllt die Anforderungskriterien für den erfolgreichen Vertrieb.
Zuschr. u. M 7451 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.

der Fachrichtung Maschinenbau (TU Bochum) mit den Studienschwerpunkten Wärmetechnik und Thermische Verfahrenstechnik sucht Anfangsstellung als Betriebsassistent, Verfahrenstechniker, Wärmetechniker oder gleichwertige Tätigkeit; Referenzen vorhanden.
Zuschriften erbeten unter P 7365 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketingleiter

– Investitionsgüterindustrie –

37 Jahre, mit über 7jähriger Erfahrung im Marketingbereich von technischen Gütern inkl. Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, sucht eine neue Aufgabe, in die er sein Know-how optimal einbringen kann.
Kontaktaufnahme bitte unter Z 7396 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Oberbauleiter

44 Jahre, langjährige Erfahrungen im Straßen-, Ingenieur- und Anlagenbau in Deutschland und Afrika. Fremsprachen: Französisch und Englisch, sucht anspruchsvolle, dauerhafte Aufgabe. Angeb. erb. u. D 7400 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter EDV/Org.

sucht neuen Wirkungskreis im Großr. Hamburg (15 jähr. Berufserf.). Zuschr. erb. u. PW 46 609 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Zufall!

Betriebswirtin grad., 42 J., versiert, belastbar, flexibel, sucht verantwortungsvolle, interessante Positon (Assistentin, Chefsekretärin o. ä.) wegen Konkurs der bisherigen Firma. Raum Hbg. bevorzugt, Zuschriften erbeten unter PJ 46445, an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verkaufsprofi

46 J., 11jährige Erfahrung i. Verkauf als Außenhandelskaufmann, sucht Stellung f. den Konsumgüterbereich od. Investitionsgüterbereich. Übernachtung kein Hindernis. Mögl. Westdeutschl., Norddeutschl., evtl. Holland u. Belgien.
Zuschr. erb. u. C 7355 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Innenarchitektur, 31 J., sucht Arbeit. Freiberuflich. Angeb. unter PP 46138, WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bau-Ing. (grad.)

39 Jahre, z. Z. Bauleiter im Industrie- und Anlagenbau, ungek., 6 Jahre Ausland, Englisch und Französisch, sucht Auslandseinsatz. Zuschr. u. L 7496 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Nach Auslandsaufenthalt möchte ich in Deutschland wieder Fuß fassen. Bin

Lehrerin

mit 11jähriger Unterrichtserfahrung (3 Jahre Engl./Franz. im Inland, 8 Jahre „Deutsch als Fremdsprache" im Ausland). Weitere Kenntnisse: Machineschreiben, statistische Arbeiten, Organisation. Angebote erb. u. B 7398 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Heimtex-Abteilungsleiter

erfahren in Einkauf, Disposition, Menschenführung und ergebnisorientierter Abteilungsführung sucht neuen Wirkungskreis auch im Fachaußendienst. Schriftliche Angebote unter W 7481 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrene Wirtschafterin

selbständig arbeitend u. planend, sucht Vertrauens-Stellung im Raum Nieders.
Zuschr. u. X 7372 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Containerfachmann, Kapitän auf gr. Fahrt, Dipl.-Ing. f. Seeverkehr, Prädikatsexamen, mehrjähr. Erfahr. i. weltweitem Containerverkehr, 28 J., led., fließend Englisch, sucht Landstellung bei Spedition, Hafenumschlag, Containerterminal Raum Duisburg/Wesel/Emmerich. Angebote an: **Michael Hartmann**, Wilhelmstr. 2, 4224 Hünxe, Tel.: 0 28 58 / 5 71

38jähriger gebürtiger

Italiener

in Deutschl. eingebürgert, gelernter Hotel-Kaufmann, seit Jahren selbständig, sucht, da er nach Italien zurückkehren möchte, eine Stellung als Berater oder Manager bei einer deutschen Firma (Zweigstelle Italien, Rom bevorzugt). Organisationstalent, Kontaktfreudigkeit, sicheres Auftreten, sowie gute Referenzen vorhanden. Zuschriften unter W 7415 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Management-Sekretärin

32, repräsentativ, Fremdsprachenkorrespondentin, engl., französ., dänisch, einschl. Steno, 8 J. Berufserf., prakt. Betriebswirt (Organisation) sucht neuen Wirkungskreis i. Düsseldorf.
Zuschr. u. M 74 07 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Betriebswirt

gel. Groß- u. Außenhandels-Kfm., Anf. 30, im Handel vertriebsorient. tätig, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. PF 46577 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing. (FH) / Schweißfachingenieur

Absolvent, 31 Jahre, nicht ortsgebunden, sucht Anfangsstellung im Maschinen-, Apparate-, Stahlbau, Schweißtechnik. Zuschr. erbet. und Z 7374 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Mathematiker

26 J., mit sehr gutem Abschluß, sucht Anfangsstellung. Studienschwerpunkte: Funktionentheorie, mathem. Wirtschaftsth. (Optimierung, Wachstumsth.), angewandte Mathem. (Spielth., Stochastik, num. Quadratur). Programmiersprachen: ALGOL 68, ASSEMBLER, FORTRAN.
Zuschr. erb. u. C 7399 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Evang. Pfarrer

Ord. evang. Pfr., 39 J., dt., mit Auslandserfahrung, bei dem praktische Gemeindearbeit vor Politik rangiert, sucht neues Aufgabengebiet weltweit.
Zuschr. u. D 73 78 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kontaktfreudige 29jährige

Sekretärin

3sprachig (Engl./Franz./Span.), sucht neues Aufgabengebiet.
Zuschr. erb. u. PO 46584, WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Hamburger Im- u. Export-Kaufm.

52 J., Einkauf, Verkauf, Spedition, Auslandserfahrung, engl./franz., ungek., sucht Position. Zuschr. erb. u. PT 46 607 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Sekretärin

28 J., Engl. und Spanisch perfekt, sucht für sofort interessanten Aufgabenbereich. Längere Auslandserfahrung in Mexico und Zentralamerika.
Zuschriften erbeten an:
Elisabeth Ammon,
Wagnerkoppel 9, Haus 0,
2000 Hamburg 72

Exportkaufmann

30 J., verh., engl./franz., verhandlungssicher, langj. Auslandserf., z. Z. in leit. Stellung in Nigeria, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortl. Stellung. Ab 6. 7. f. 2 Mon. in Deutschland. Zuschr. erb. u. PU 46 608 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Betr.-Wirt

25 J., Examen 2,6 Marketing, Orga., Fin.-Wirtsch., sucht bundes- od. weltweite, inter. Startpositin. Loyalität, untern. Denken, Einsatzwille vorh. Th. Hillmer, Friedenstr. 27 a, 46 DO 1

Texterfasser

(Perforator, Bildschirm), sucht Stellung.
Angeb. erb. u. N 7364 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

38 J., verh., m. langj. Praxis i. d. Steuerung von Umsatz, Kosten u. Gewinn in Filialunternehmen; Bankkontakten, Marketing, Werbung, Unternehmensplanung, sucht im Großraum Hamburg/Schlesw.-Holst. eine neue Führungsaufgabe, evtl. m. späterer Teilhaberschaft (nicht Bedingung).
Zuschr. erb. u. PS 46 606 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Reisender

40 J., verh., Holzfachmann, langjähr. Erfahrung i. Außendienst auf dem Gebiet Bauelemente-Zimmertüren, sucht zum 15. 7. 1983 od. später, Position als Außendienstmitarbeiter i. d. Holz- od. Bauelementebranche. Zuschriften unter V 7414 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter

39 J., Wohnort Hamburg, m. langj. Vertriebserf. i. d. Brot- u. Gebäckindustrie, sucht neue verantwortungsv. Führungsaufgabe in Nielsen I, T. 0 41 08 / 74 92

Dipl.-Bauingenieur

42 Jahre, verh., in ungekündigter Stellung als leitender Angestellter, langjährige Erfahrung in Akquisition, Kalkulation und Bauleitung im Ausland, sehr gute englische und gute französische Sprachkenntnisse, sucht neue, verantwortungsvolle Tätigkeit, auch außerhalb der Baubranche im Groß-Anlagenbau o. ä.
Angebote u. B 7486 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Personalfachmann nach Bedarf

Für die schwierigeren Fälle oder gezielten Projekteinsatz – z. B. für 1 Tag/Woche fest oder 5 Tage/Monate auf Abruf o. s. ä.
Das wäre eigentlich das Richtige für Ihren Betrieb – nur nicht wieder eine Planstelle einrichten müssen!
Lassen Sie sich unverbindlich über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit mir (innerh. NRW unterrichten.
Dipl.-Kfm. D. Richter, Postf. 42 53, 4320 Hattingen, Tel. 6 72 92

Als GESCHÄFTSFÜHRER suche ich

interessantere, neue Aufgabe

41 J., verheiratet, kinderlos, in ungekündigter Stellung Geschäftsführer mittelständ. Textilind.-Unternehmens, Dipl.-Kfm., Textiltechniker, 3 Fremdsprachen fließend, Auslandserfahrung, unternehmerisch geprägt, belastbar, kreativ, kontaktfreudig, EDV-Erfahrung.

Angebote erbeten unter E 7137 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

UNTERNEHMER / GESCHÄFTSFÜHRER (44)

sucht neues Engagement

Dipl.-Ing. Maschinenbau, Holztechnik mit BWL-Studium, langjährige Tätigkeit und Erfahrungen in Funktion technischer und kaufmännischer Leiter, Geschäftsführer bzw. geschäftsführender Gesellschafter mit nachweisbaren Erfolgen und besten Referenzen sucht sich zu verändern. Bevorzugt werden Offerten der Bau- und Holzindustrie sowie des Anlagenbaus in Norddeutschland.

Zuschr. u. C 7377 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Gesprächspartner für Führungspositionen **P&M** Bonn Telefon 0228/2603-0

Vertriebsprofi sucht die unternehmerische Herausforderung
40-jähriger Praktiker mit klassischer Verkaufs- und Managementkarriere (Verkäufer, Gebietsverkaufsleiter, nationaler Verkaufsleiter, Geschäftsführer Marketing/Vertrieb, Alleingeschäftsführer) sucht neue

Unternehmerische Aufgabe mit Schwerpunkt Vertrieb/Marketing

Biete umfangreiche Erfahrungen in verschiedenen Vertriebslinien (Groß- und Einzelhandel, Kauf- und Warenhäuser, Fachhandel, Großflächenvertrieb) sowie starkes persönliches Engagement, hohes Verantwortungsbewußtsein und pragmatisches Problemlösungsverhalten. Intensive Branchenkenntnisse (techn. Konsumgüter) sind ebenso nachweisbar wie langjährige Führungserfahrungen.
Ein persönliches Kennenlernen ermöglicht die Kontaktaufnahme mit der mich betreuenden Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Poppelsdorfer Allee 45, 5300 Bonn 1, wo Ihnen auch Herr Laue vorab telefonisch unter der Rufnummer 0228/2603-127 zur Verfügung steht.

Personal & Management Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH

Finanz- und Rechnungswesen

Dipl.-Kfm. (41) – vielseitige leitende Tätigkeit in Industrie, Handel und Dienstleistung – praktische Erfahrung in Rechnungswesen, Controlling, Planung, Wirtschafts- und Steuerrecht, Personalwesen, Organisation, EDV-Anwendung – beweglich, auch in Krisen belastbar – Englischkenntnisse und Ausbilderprüfung sucht Position, die Verantwortung und Selbständigkeit fordert (z. B. kfm. Leitung in mittleren oder spezialisierte Tätigkeit in größeren Unternehmen).

Kontakte bitte u. B 7376 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leasing-Spezialist

Im Direkt- u. Vertriebsleasing erfahrener u. seit 10 Jahren eingeführter, erfolgsorientierter Akquisiteur sucht Wirkungskreis i. Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PE 46 614 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

PRODUKTIONSLEITER DOB / HAKA

Textiling. mit langjähriger Erfahrung in Ausbildung und Produktionsstättenaufbau im Ausland sucht eine neue Aufgabe.

Zuschriften erbeten unter U 7479 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Projektmanager

Dipl.-Ing., Architekt, 48 J., verh., mehrj. viels. Berufserf. i. Geschäfts-, Industrie-, Wohn- u. Warenhausbau, engagierter Praktiker m. erf. Fachwissen, Eigeninitiative, Kostendenken, Organisationstalent u. Verhandlungsgeschick, sucht verantwortungsv. Position m. Führungsaufgaben, vorzugsw. i. Raum Hamburg. Zuschr. erb. u. PA 46611 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

INGENIEUR

Wohnsitz USA (New York), sucht Mitarbeit oder Beteiligung beim Aufbau eines Betriebes oder Vertretung in USA, Bereich Elektro-Mechanik, Elektro-Geräte. Angebote unter A 7375 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing./Elektrotechnik

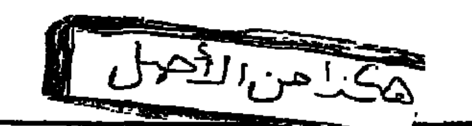
30 J., ungek. in der Analog-Elektronik-Entwicklung tätig, sucht im Raum NRW-He-Ns neue Aufgabe in Forschung/Entwicklung der Informations- oder Steuerungs- und Regelungstechnik. Zuschriften erbeten unter Y 7373 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Physiker, Dr. rer. nat.

33 Jahre, verh.
Ausbildung: Diplom in Physik (Münster 1977; gut), Promotion in Metallkunde (Stuttgart 1981; sehr gut)
Kenntnisse auf den Gebieten Thermodynamik der Legierungen, Korrosion, Diffusion, Mehrphasengleichgewichte, Metallographie, Legierungskunde, optimierende Rechenverfahren
Programmiererfahrung in Fortran IV, Basic und PL 1
Berufliche Tätigkeiten in Forschung und Lehre im universitären Bereich
sucht Stellung in einem Industrieunternehmen in Forschung und Entwicklung, Qualitätssicherung o. ä.
Angeb. unt. A 7397 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Betriebswirt

28 J., 1½ Jahre Investitionsgüter Marketing, davon ein halbes Jahr Außendienst, sucht ab sofort Tätigkeit als Marketing- bzw. Vertriebsassistent.
Zuschriften erbeten unter PG 46578 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.



FUSSBALL

Assauers Angst vor der Hitze

BERND WEBER, Gelsenkirchen

Beim Ruhrgebiets-Traditionsverein Schalke 04 wird das Wort „Schicksal" in diesen Tagen wieder besonders häufig gebraucht. Ernst Kuzorra, Uralt-Idol und Ehrenpräsident, spricht „von einem schicksalhaften Kampf ums Überleben", Präsident Hans-Joachim Fenne „von den wichtigsten Spielen dieser Saison". Manager Rudi Assauer lächelt nicht mehr – der Streß setzt ihm zu. Schließlich geht es jetzt um die beiden Spiele gegen den Tabellendritten der zweiten Liga Bayer Uerdingen und damit um den letzten freien Platz in der ersten Bundesliga.

Wenn die Schalker heute (20 Uhr) in der Krefelder Grotenburg-Kampfbahn antreten, dann auch mit Optimismus. Abwehrspieler Bernard Dietz: „Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, daß wir den Klassenerhalt schaffen." Aber es spielt auch die Angst mit, das gesteckte Ziel nicht zu erreichen. Assauer: „Für die meisten unserer Anhänger sind wir schon gerettet. Diese Euphorie kann gefährlich werden."

Der Manager steht vor den beiden Spielen gegen Uerdingen im Mittelpunkt. Einmal, weil er den heutigen Gastgebern abverlangte, das Rückspiel am Sonntag im Gelsenkirchener Parkstadion ebenfalls abends um 20 Uhr und nicht, wie vom Verband festgesetzt, um 15 Uhr bei eventuell sommerlichen Temperaturen austragen zu lassen. Assauer: „Wenn die Uerdinger vor eigenem Publikum heute abend Dampf machen, spielt die Hitze mit Sicherheit keine Rolle mehr. Wenn wir am Sonntag einem möglichen Rückstand hinterherlaufen müssen, kann die Hitze eine ganz erhebliche Rolle spielen, denn sie setzt der angreifenden Mannschaft, die ja mehr tun muß, in jedem Fall heftiger zu als der abwehrenden."

Uerdingens Trainer-Manager Dieter Tippenhauer dazu: „Wir wollen nachmittags in Gelsenkirchen spielen, damit wir im Falle des Aufstiegs mit unseren Fans noch kräftig feiern können. Nachts um 23 Uhr wäre es dazu einfach zu spät." Assauer reagierte stocksauer auf die Entscheidung aus Uerdingen: „Drei Tage habe ich auf einen entsprechenden Anruf Tippenhauers gewartet. Der Mann muß völlig überlastet sein." Aber auch diese Attacke konterte Tippenhauer kühl: „Wenn Assauer drei Tage lang am Telefon sitzen kann, um auf einen Anruf von mir zu warten, dann muß er verdammt viel Zeit haben ..."

Tatsache ist jedoch, daß Assauer genau die in den letzten Tagen überhaupt nicht hatte. Er war geradezu pausenlos auf Achse, um die Mannschaft zu formen, die in der kommenden Saison, in der ersten Bundesliga natürlich, eine bessere Rolle spielen soll als bisher. Seine Personalplanungen sind schon ziemlich weit gediehen. Trainer Jürgen Sundermann würde beim Klassenerhalt auf jeden Fall in Schalke bleiben, obwohl er bei etlichen Spielern nicht mehr sonderlich hoch im Kurs steht. Einige sagen sogar: „Wir haben noch nie mit einem Trainer zusammengearbeitet, der taktisch so ahnungslos ist wie er."

Gleichwohl, Manager Assauer setzt voll auf seinen Duzfreund. Und er setzt auf die Torwartleihgabe Walter Junghans von Bayern München. Es ist so gut wie klar: Der Münchner wird bleiben. Außerdem scheint gesichert, daß diese drei Mann nach Schalke kommen, wenn der Drahtseilakt um den Klassenerhalt mit Erfolg überstanden werden sollte: Jürgen Mohr von Hertha BSC Berlin als Spielmacher, Klaus Täufer von den Stuttgarter Kickers als Sturmführer und Verteidiger Jürgen Baier von Fortuna Köln.

Uerdingens Mannschaftskapitän Franz Raschid meint dazu ironisch: „Ich gratuliere Rudi Assauer, daß er so gute Leute für die kommende Saison an der Angel hat. Ich befürchte nur, am Sonntag wird er sie wieder abstoßen müssen – weil wir den Aufstieg schaffen."

LEICHTATHLETIK / Weltrekord im Speerwerfen der Frauen – Standpunkt zum Fall Gehrmann – Absagen beim Länderkampf gegen Bulgarien

Tiina Lillak aus Finnland (Foto) ist wieder Weltrekordlerin im Speerwerfen. 74,76 Meter weit flog das 600 Gramm schwere und 2,30 Meter lange Gerät. Und das waren die folgenden Würfe ihrer Serie: 63,36 – 70,64 – 63,52 – ungültig – 68,06 m. In den letzten 20 Jahren wurde der Weltrekord um fast 15 Meter verbessert. 1963 hatte die Sowjetrussin Elvira Osolina mit 59,78 m Weltrekord erzielt. Der erste Wurf über 70 Meter gelang mit 70,08 m ihrer Landsmännin Tatjana Birjulina im Jahre 1980.



Der weite Wurf einer Finnin

sid/DW. Tampere

Die Finnin Tiina Lillak stellte in Tampere mit 74,76 Meter einen neuen Weltrekord im Speerwerfen auf. Die 22 Jahre alte Studentin aus Helsinki holte sich damit ihre Bestleistung zurück, nachdem die Griechin Sofia Sakorafa mit 74,20 Meter ihre bis dahin gültige Bestmarke von 72,40 Meter am 26. September 1982 auf der Insel Kreta überboten hatte. In der ersten Weltmeisterschafts-Saison der Leichtathleten wurde damit bereits der zwölfte Weltrekord erzielt.

Dabei war die 1,80 Meter große und 73 Kilogramm schwere Finnin mit ihrem ersten Versuch, der gleich neuen Weltrekord bedeutete, gar nicht zufrieden. „Es war kein guter Wurf. Wenn mein Trainer den gesehen hätte, wäre ich bestimmt gescholten worden."

Schon in der vergangenen Woche hatte Tiina Lillak ihre überragende Form unter Beweis gestellt, als sie bei zwei verschiedenen Veranstaltungen 72,38 und 72,58 Meter erzielte. Tiina Lillak, die vom finnischen Verband jedwede finanzielle Unterstützung erhält und sich seit gut zwei Jahren nur für die Weltmeisterschaften im August in Helsinki vorbereitet, ist freilich in ihrer Disziplin nun der Top-Star der Saison.

Mit 13 Jahren hatte Ilse Kristiina – so ihr richtiger Vorname – Lillak bei einem Schulsportfest mit dem Speerwerfen begonnen. Damals erreichte sie bescheidene 25,24 Meter. Als neunzehnjähriges Mädchen nahm sie dann an den Olympischen Spielen in Moskau teil – eher als Randfigur. Mit 52,26 Meter überstand sie die Qualifikation für den Endkampf nicht.

Nun ist sie wieder die Beste einer leichtathletischen Disziplin, die vor allem in Finnland eine große Tradition besitzt. Ein Mann wie Matti Jaervinen, der mehrfach den Weltrekord verbesserte, war in den dreißiger Jahren der Inbegriff des Speerwerfens überhaupt. An ihm orientieren sich – trotz Tiina Lillak – noch immer alle Speerwurf-Ansprüche in Finnland.

Nun ist der Verband gefordert

Der Streit schwelt weiter. Und weil es um sehr heikle Dinge geht, reißen die einen die Münder auf, um die absurdesten Anklagen auszustoßen, verstummen die anderen, weil sie nicht mit gleicher Münze zurückzahlen wollen. Oder weil sie ob der Ungeheuerlichkeiten schier sprachlos geworden sind.

Der Streit wird nicht mehr sportlich ausgetragen, obwohl er ein tiefes Problem des Sports umfaßt und in einer seiner Problemgruppen stattfindet: Bei den Werferinnen im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV).

Zum Frauen-Ländervergleich zwischen der Bundesrepublik, Polen und Holland in Bielefeld reiste eine Gruppe von Athletinnen so spät an, daß Bundestrainer Edward Harnes schon nach Ersatz Ausschau hielt. Und bei der Mannschaftsbesprechung, der sogenannten stillen Stunde, fehlten sie mit präsidialer Genehmigung. Sie wollten sich nicht der Neugier der Kollegen aussetzen, die nach dem gefragt hätten, was denn nun eigentlich los sei mit ihnen und ihrer Zusammenarbeit mit Christian Gehrmann, dem fristlos entlassenen Verbandstrainer für den Bereich Diskuswerfen.

Gehrmann, so der Kündigungsgrund, habe durch einen Werbevertrag gegen die Zulassungsbestimmungen des Internationalen Verbandes und des Internationalen Olympischen Komitees verstoßen. Aber alles kann das noch nicht sein. Der Sport-Informationsdienst (sid) formulierte, weil ja alles so heikel ist, zurückhaltend: „Daß die Abhängigkeit auch privater und zum Teil finanzieller Natur sein soll, ist jedoch wie die nie versiegenden Vorwürfe über medikamentöse Manipulation spekulativer Natur."

Mit Abhängigkeit ist das Verhältnis der Athletinnen zu ihrem Trainer Gehrmann umschrieben. Es geht da zum Beispiel um Ingra Manecke, die mit ihrem Diskus-Rekordwurf von 67,06 m in der letzten Saison in die Weltklasse vorstieß. Und es geht auch um Claudia Losch und Mechthild Schönleber, die im Kugelstoßen auf dem Weg im die internationale Klasse sind.

Der WELT wurde ein anonymes Traktat zugeschickt, das auch beim DLV liegt, und von dem Kenner der Szene meinen, nur ein Kenner der Szene könne es geschrieben haben. Darin ist Gehrmann der „Bhagwan" für den die Werferinnen Weltklasseleistungen produzieren, „um dann den Aufstieg zur Hauptfrau" zu vollziehen. Und die Mädchen würden sich freuen über die Ehre, ihrem Trainer zehn Prozent von ihrer Sporthilfe abgeben zu dürfen.

Abhängigkeiten und Vorwürfe. Edward Harnes, der Bundestrainer, ein Norweger, der in seiner Heimat drei Speerwerfer zu Weiten über 85 Meter geführt hatte, muß darunter leiden. „Im übrigen lehnen wir eine Zusammenarbeit mit Edward Harnes ab", schrieben Gehrmanns Athletinnen an den DLV. Und die Vorwürfe gegen ihn standen auch in der WELT (11. Mai 1983). Er würde Athletinnen nicht zur Dopingkontrolle begleiten, hieß es. Und einer Athletin habe er ein Erkältungsmedikament empfohlen, daß auf der Dopingliste stehe. „Soll ich so antworten, wie Gehrmann und seine Athletinnen, die er zu einer verschworenen Gruppe zusammengeführt hat, mich beschimpfen?", fragt Harnes.

STANDPUNKT

Birgit Petsch aus Leverkusen, Medizinstudentin und Kugelstoßerin, arbeitet mit Harnes zusammen. „Alles Quatsch", sagt sie, „die Athletin Andrea Röddecke hat ihm dieses Erkältungsmittel nach Einnahme gezeigt und Edward hat es dem verantwortlichen DLV-Arzt Dr. Baron zur Prüfung vorgelegt. Daraufhin hat Dr. Baron die Athletin gebeten, auf den Wettkampf zu verzichten." Eine Athletin zur Kontrolle zu begleiten, ist nicht seine Aufgabe, sofern ein Mannschaftsarzt dabei ist." Birgit Petsch, 1,78 m groß und 78 kg schwer, ist Beispiel für das tiefergehende Problem, das hinter allem steckt. Vielleicht werde sie in dieser Saison 17,60 m weit stoßen, sagt Harnes. Das ist eine Weite, die gut vier Meter hinter der Weltklasse liegt. Bei Gehrmann erreichen Athletinnen in einem Jahr Steigerungsraten von 3,50 Meter. Mit Hilfe verbotener Medikamente, vermuten viele.

Aber bewiesen ist eben gar nichts. Niemand will sich den Mund verbrennen. Birgit Petsch: „Das ist nicht mein Problem." Edward Harnes: „Ich werde niemals unbewiesene Behauptungen aufstellen." Gehrmann, sagt Birgit Petsch, gehe den Weg mehr über die Maximalkraft, Harnes suche die Leistungssteigerung mehr über die Ausbildung der speziellen Kraft. Der einzige Unterschied?

Harnes („Ich bin ein ehrgeiziger, fanatischer Arbeiter auf meinem Gebiet") fühlt sich unter Druck gesetzt und setzt sich selbst unter Druck. „In vier bis fünf Jahren habe ich vielleicht Athletinnen, die Weltklasse sind", sagt er. Erfolg, der auch einem Verband zu lange dauert, der lange genug um Gehrmanns Methoden und Geschäfte wußte und sie um des Erfolges willen duldete? Einem Verband, der zum Beispiel Qualitätsmarken für die Weltmeisterschaft setzt, von denen Mediziner sagen, sie seien nur mit Hilfe verbotener Präparate zu erreichen.

Widersprüche, die gerade die Problemgruppe der Werferinnen betreffen, in der Frauen Sport treiben, von denen verlangt wird, was im (Vor)Urteil ihrer Umwelt nicht „fraulich" ist: Körpergröße, Gewicht, Kraft und Muskeln. Wie gefährlich es hier ist, leichtfertig etwas zu sagen, beweist die Speerwerferin Eva Helmschmidt. Als sie in Bielefeld 66,48 m erreicht hatte, sagte sie, Würfe über 70 m benötigten auch eine medizinische Vorbereitung.

Unsinnige Vorwürfe gegen Harnes auf der einen, unbewiesene Behauptungen über Gehrmann auf der anderen Seite – beides schadet und zerstört. Der Verband ist gefordert. Die fristlose Kündigung Gehrmanns allein hilft solange nicht weiter, bis nicht auch die Hintergründe offen liegen. Dulden ist oft eine Haltung, die zur Mitschuld führt. FRANK QUEDNAU

Rekordlerin nicht nach Helsinki?

sid, Düsseldorf

Die drei beim entlassenen Bundestrainer für Diskuswerfen Christian Gehrmann trainierenden Werferinnen haben gestern abend nicht am Bulgarien-Länderkampf in Lage/Detmold (die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor) teilgenommen. Diskusrekordlerin Ingra Manecke sowie die Kugelstoßerinnen Claudia Losch (Fürth) und Mechthild Schönleber (Köln) meldeten sich bereits einen Tag zuvor mit Verletzungen ab. DLV-Vizepräsidentin Ilse Bechtold: „Ingra Manecke begründete dies mit einer Ellbogenverletzung, Claudia Losch mit Problemen am Mittelfinger."

Ilse Bechtold sagte: „Wir werden erst einmal die ärztlichen Bescheinigungen akzeptieren. Es ist natürlich schade für die Mädchen, daß ihnen nun in Lage eine wichtige Qualifikation auf dem Weg zu den Weltmeisterschaften in Helsinki entgeht. Ihre bisherigen Leistungen waren ja nicht so überzeugend." Letzte Möglichkeit zur Helsinki-Qualifikation wären vor allem für Ingra Manecke und Claudia Losch die Deutschen Meisterschaften vom 24. bis 26. Juni in Bremen. Christian Gehrmann sagt dazu: „Das Projekt Helsinki wakkelt jetzt, weil wohl auch die Motivation fehlt." Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich die drei Athletinnen vom aktiven Hochleistungssport zurückziehen.

Claudia Losch und Mechthild Schönleber hatten bereits im Februar nicht am Hallen-Länderkampf in Dortmund teilgenommen. Nach dem Rückzug in Lage vertrat die Leverkusenerin Birgit Pietsch den DLV. Für das Diskuswerfen wurden Dagmar Galler und Andrea Röddecke nominiert.

Nachdem Gehrmann wegen einer unerlaubten Werbemaßnahme (siehe nebenstehenden Standpunkt) vom DLV gekündigt wurde, hat er eine Kündigungsschutzklage eingereicht. Darüber wird am 1. Juli verhandelt.

SPORT-NACHRICHTEN

Bunge an Nummer sechs

Wimbledon (sid) – Die beiden Titelverteidiger Jimmy Connors und Martina Navratilova (beide USA) sind beim diesjährigen Tennis-Turnier in Wimbledon im Einzel jeweils an Nummer eins gesetzt. Bettina Bunge (Cuxhaven) wurde vor Sylvia Hanika (München/9) und Claudia Kohde (Saarbrücken/16) an Nummer sechs eingestuft. Die deutschen Herren (Elter, Keretic, Maurer) sind im Hauptfeld ungesetzt.

Karten-Verkauf begann

Los Angeles (dpa) – In den USA begann gestern der Verkauf der Eintrittskarten für die Olympischen Spiele in Los Angeles. Die billigsten kosten rund acht, die teuersten 243 Mark. Im Ausland beginnt der Kartenverkauf erst später, hierzulande erfolgt er über das Deutsche Reisebüro (DER).

Drei Deutsche weiter

Eastbourne (sid) – Die drei deutschen Tennisspielerinnen Claudia Kohde (Saarbrücken), Eva Pfaff (Frankfurt) und Bettina Bunge (Cuxhaven) haben bei dem mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Turnier in Eastbourne die zweite Runde erreicht. Kohde besiegte Ann Kiyomura (USA) 6:4, 6:3, Pfaff bezwang Terry Phelbs (USA) 6:1, 6:4 und Bunge setzte sich gegen Susan Mascarin (USA) mit 7:5, 6:3 durch.

Ursula Hinz abgewählt

Berlin (D. D.) – Ursula Hinz, Bundeskunstturnwartin, ist bei einem außerordentlichen Verbandstag des Berliner Turnerbundes als Landeskunstturnwartin mit 78:45 Stimmen abgewählt worden. Der OSC Berlin, der den Antrag gestellt hatte, warf ihr vor, an der Übersiedlung der Berliner Nationalmannschaftsturnerin Brigitta Lehmann nach Hannover schuld zu sein.

Hockey-Team verlor

Moskau (sid) – In einem Vorbereitungsspiel auf ein internationales Hockey-Turnier in Moskau unterlag die deutsche Herren-Nationalmannschaft gegen Filij Moskau 1:3.

Gewichtheben: Weltrekord

Lille (sid) – Der bulgarische Gewichtheber Mintscho Paschow verbesserte in Lille den Zweikampf-Weltrekord im Mittelgewicht auf 367,5 Kilo (160 + 207,5). Damit überbot er die alte Bestmarke seines Landsmannes Rusew um 2,5 Kilogramm.

Vereins-Fusion im Herbst

Leverkusen (sid) – Auf zwei außerordentlichen Mitgliederversammlungen im Herbst soll die Fusion zwischen dem SV Bayer 04 Leverkusen und dem TuS 04 Bayer Leverkusen, zwei der größten und erfolgreichsten deutschen Sportvereine, beschlossen werden. Ab 1984 soll der dann 6500 Mitglieder zählende Verein SSV 04 Bayer Leverkusen heißen.

ZAHLEN

TENNIS

Davis-Pokal, Europazone Gruppe B, erste Runde: Bulgarien – Finnland 3:2.

GOLF

Naumann-Stahl-Preis, Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golflehrer-Verbandes in Ratingen (Standard/Par 71): 1. Gögele (Augsburg) 288 Schläge (73+71+71+73), 2. Gideon (St. Dionys) 291 (75+70+74+72), 3. Mühlbauer (Saarbrücken) 295 (73+73+75+74).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, 2: 261 108,90 Mark, 3: 9626,10, 4: 136,70, 5: 10,40. – **Toto, Elferwette:** 1: 233,20, 2: 14,90, 3: 2,60. – **6 aus 45:** 1: 30 802,90, 2: 3242,40, 3: 415,00, 4: 15,50, 5: 2,80. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 712,00, 2: 83,80. – Rennen B: 1: 333,90, 2: 192,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 115 684,00. (Ohne Gewähr)

RADSPORT / Tour-Sieger Hinault erkrankt – Rücktritt erwogen

„Ich bin in schlechter Verfassung"

KLAUS BLUME, Bonn

Ist Bernard Hinault als Radrennfahrer am Ende? Der Franzose – Superstar seiner Branche – wird höchstwahrscheinlich nicht an der Tour de France (Start am 1. Juli) teilnehmen. Ein Hinault-Vertrauter: „Zu 98 Prozent ist damit zu rechnen, daß Bernard pausieren muß." In der Radfahrer-Zunft hält sich mittlerweile sogar hartnäckig die Ansicht, der 28jährige Bretone vollziehe einen Rücktritt auf Raten. Freunde des viermaligen Tour-Siegers und früheren Weltmeisters wollen von ihm erfahren haben, daß seine Bereitschaft, noch einmal ernsthaft ein Rennen zu bestreiten, in den letzten Wochen überaus gering geworden ist.

Bei der gestern begonnenen Tour de Suisse war Bernard Hinault zwar gemeldet, doch nicht am Start. Nach der Operation einer Zyste am Unterkiefer klagte der Bertone über Beschwerden im rechten Knie. Nach erneuten Röntgenaufnahmen verordnete ihm sein persönlicher Arzt, Dr. Megret, eine Woche lang strikte Ruhe. Über die Beschaffenheit des Knies hüllt sich der Arzt in Schweigen. Die Vermutungen, es handele sich nur um eine Sehnenscheidenentzündung, wurde nicht bestätigt.

Der Mann, der jahrelang die Konkurrenz vor allem bei der Tour de France, dem schwersten Radrennen der Welt, förmlich in Grund und Boden fuhr, wirkt in diesen Tagen geradezu demoralisiert. Von der üblichen bretonischen Gelassenheit ist wenig zu spüren. Hinault erscheint nervös, unsicher. Noch spricht er davon, vielleicht in der nächsten Woche drei Tage lang an der Tour de l'Aude teilnehmen zu können, doch überzeugt ist der davon nicht. Bei der Luxemburg-Rundfahrt stieg er bereits aus, und seit dem Gewinn der Spanien-Tour (Vuelta), die am 8. Mai zu Ende ging, hat Hinault kaum mehr Rennen bestritten. Auch zum Training fuhr er selten. Die Schmerzen im Knie ...

„Entsprechend schlecht ist meine gegenwärtige körperliche Verfassung", sagt Hinault. Und: „Ich hätte unbedingt die Tour de Suisse mit ihren Bergen nötig gehabt, um einigermaßen zuversichtlich zur Tour de France starten zu können."

1980, bei der Tour de France, wurde Hinault schon einmal von heftigen Kniebeschwerden geplagt, allerdings linksseitig. Damals gab Hinault in Pau, kurz vor der ersten schweren Pyrenäen-Etappe, auf. Mit Tränen in den Augen gab er am 10. Juli 1980 das Gelbe Trikot des Spitzenreiters an Tour-Direktor Felix Levitan zurück. Dann fuhr er mit seiner Frau Martine und Sohn Michel in den Wallfahrtsort Lourdes. Tour-Arzt Miserez sagte damals: „Hinault hat sein Maximum gegeben. Mehr war nicht möglich. Ein Weiterfahren hätte möglicherweise sogar seine weitere Laufbahn in Frage gestellt."

Es scheint auch diesmal so, und die Vermutungen von 1980, Bernard Hinault, der scheinbar Unbezwingbare, habe als Dopingmittel Cortison benutzt, halten sich hartnäckig. Denn 1980 nahm ihn der frühere Tour-Sieger Jacques Anquetil bereits in Schutz: „Es ist doch eine ganz normale Sache, daß Cortison Ablagerungen hinterläßt."

Heiße Hauptversammlung bei der Hoechst AG

Aufgebrachte Aktionäre rügen Verhalten der Grünen

INGE ADHAM, Frankfurt

Zur heißesten Hauptversammlung der bisherigen Hauptversammlungssaison 1983 entwickelte sich gestern die normalerweise eher betuliche Aktionärsversammlung des Frankfurter Chemieriesen Hoechst AG. Höhepunkt des Eklats: Aufgebrachte Aktionäre stürmten das Rednerpult. Sie hinderten den Frankfurter Grünen-Stadtverordneten Oswalt daran weiterzureden.

Oswalt hatte zuvor die Geduld der Mitaktionäre durch einen weitschweifigen Exkurs in angebliche Umweltsünden der Hoechst AG überstrapaziert: „Hoechst ist beteiligt am Töten von Wäldern, deshalb beantragen wir, den Vorstand nicht zu entlasten." Bitten des mit Engelsgeduld präsidierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Ranft, endlich zum Thema zu kommen, hatte Oswalt zuvor ebenso ignoriert wie Rufe aus dem Aktionärskreis „aufhören, aufhören" und Pfiffe.

Die Frankfurter Grünen hatten sich durchaus legitim durch Aktienerwerb Zugang zur Hauptversammlung verschafft und stellten den größten Teil der insgesamt 25 Wortmeldungen. Die Gelegenheit zur Selbstdarstellung vor einem immerhin 1935 Köpfe großen Auditorium nutzten sie weidlich aus. Dabei kam es immer wieder zu Unterbrechungen durch die Mitaktionäre, die nicht bereit waren, „ihre" Hauptversammlung von den etwa 150 grünen Claqueuren zu einem politischen Tribunal umfunktionieren zu lassen.

„Sie helfen mit Ihren Anträgen nicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, Sie zerstören Arbeitsplätze", warf eine engagierte Kleinaktionärin den Grünen-Sprechern vor und erntete damit begeisterte Zustimmung. Aktionärssprecher Fiebich stellte die Frage, ob „unsere Opponenten ihren Lebensunterhalt eigentlich mit Arbeit verdienen", was offenbar von der Mehrheit der Mitaktionäre, darauf deutete die Reaktion hin, bezweifelt wurde.

Durch eine Begrenzung der Redezeit wurde schließlich die ordnungsgemäße Fortführung der Hauptversammlung möglich, die bei Redaktionsschluß noch andauerte. Den politischen Erfolg, den sich die Grünen erhofften, hat diese Hauptversammlung sicher nicht gebracht. Es war kein Hoechst-Tribunal. Es war ein Spektakel.

Dissens im CDU-Präsidium

Finanzbeziehungen: Selbstbewußte Ministerpräsidenten

MANFRED SCHELL, Bonn

Im CDU-Präsidium hat es Meinungsverschiedenheiten in einigen Sachfragen gegeben, die sich vor allem in einem gewissen Gegensatz zwischen Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und den Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, Lothar Späth und Bernhard Vogel artikulierten. Vor allem die Ministerpräsidenten beklagten Schwächen in der Koordination zwischen dem Bund und den Ländern in der Frage der künftigen Finanzbeziehungen.

Moderat, aber sehr bestimmt, verwiesen sie darauf, daß sie sich nicht als Befehlsempfänger des Bundes verstehen können. Ein Diskussionspunkt war in diesem Zusammenhang die Unterstützung des hessischen Antrages in der jüngsten Sitzung des Bundesrates durch die CDU-Regierungen von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, wonach die Einführung von bleifreiem Benzin zu einem um fünf Pfennig je Liter gesenkten Steuertarif staatlich gefördert werden soll. Dabei standen Umweltschutzgründe im Mittelpunkt der Erwägungen der beiden CDU-Landesregierungen. Eine solche Regelung, darauf hat Stoltenberg aus seiner Interessenlage heraus aufmerksam gemacht, hätte für den Bund beträchtliche Einnahmeausfälle zur Folge. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel verwies auf den begleitenden Entschließungsantrag seiner Regierung, wonach eine Neuregelung auf dem Benzinmarkt „kostenneutral" sein müsse, was in der Praxis eine Anhebung der Steuern für nicht-bleifreies Benzin bedeuten würde.

Bundeskanzler Kohl, so verlautete, kam zu dem Ergebnis, daß die Absprachen zwischen dem Bund und den Ländern notwendig, aber auch verbesserungswürdig seien. Als ein erster Schritt dazu wurde beschlossen, daß sich schon in der kommenden Woche die CSU-Ministerpräsidenten mit dem Bundesfinanzminister treffen.

Gewerkschafter in Opposition zu Lafontaine

G.BADING/DW. Bonn/München

Der SPD-Gewerkschaftsrat hat sich gegen das vom linken Flügel der Partei beanspruchte Widerstandsrecht gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik gewandt. Auch wiesen die sozialdemokratischen Gewerkschafter, die sich auf einer Sitzung in Bonn vier Stunden lang mit der Nachrüstungsproblematik befaßten, jeden Gedanken an einen Generalstreik gegen diese Stationierung zurück. Die Überlegung war zum ersten Mal vom saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine in die Diskussion gebracht worden.

Bei den Beratungen spielte die Frage eine wichtige Rolle, was Gewerkschafter tun könnten, um in einem möglichen „heißen Herbst" die Bundeswehr und auch die hier stationierten alliierten Streitkräfte vor Übergriffen militanter Nachrüstungsgegner zu schützen.

Als Diskussionsgrundlage diente den Gewerkschaftsvorsitzenden und den Spitzenpolitikern der Partei – die Sitzung wurde vom Parteichef Willy Brandt und dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit geleitet – ein Papier, das von einer Arbeitsgruppe beim Präsidium ausgearbeitet worden war; ihr gehörten neben anderen Horst Ehmke, Hans-Jürgen Wischnewski und Peter von Oertzen an. Nicht einverstanden waren die Gewerkschafter damit, daß man sich in diesem Papier für die Unterstützung der Friedensbewegung einsetzen wollte.

Gewerkschafter seien entschiedene Verfechter des Friedensgedankens, nicht aber Befürworter der sogenannten Friedensbewegung. Nach redaktionellen Änderungen verabschiedeten die sozialdemokratischen Gewerkschafter eine gemeinsame Erklärung, in der es hieß, nur eine Politik der Entspannung, der schrittweisen und ausgewogenen Abrüstung und Rüstungsbegrenzung könne den Frieden erhalten und sicherer machen. Die Bundesrepublik erfülle ihre NATO-Verpflichtungen.

Die „Friedensbewegung" will Ende dieses Jahres den Transport neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen bereits unmittelbar nach der Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland blockieren. Die bayerischen Grünen teilten gestern in München mit, bei Bremerhaven und Heilbronn, wo die Raketen angeliefert werden sollten, sei massenhafter gewaltfreier Widerstand geplant. Bei den Blockaden werden nach Auskunft der Grünen auch Politiker und Schriftsteller dabei sein.

Der Kreml lockt und droht Bonn

Diplomat: Vor dem Treffen Andropow–Kohl stehen beide Länder am Scheideweg

H. KLINGE, Saarbrücken

Im Vorfeld des für Anfang Juli angesetzten Moskau-Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl nutzt der Kreml schon jetzt sämtliche seinen Diplomaten und Propagandisten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die Öffentlichkeit der Bundesrepublik und mittelbar auch die Bundesregierung in seinem Sinne zu beeinflussen. So zog anläßlich der im Saarland abgehaltenen Georgischen Woche ein hochqualifiziertes sowjetisches Team (zwei Wissenschaftler, ein Journalist und ein Diplomat) vom Lob über die Lockung bis zur Drohung alle Register, um Hindernisse oder wenigstens Argumente vor der geplanten Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in der Bundesrepublik anzuhäufen.

Im Verlauf eines von der „Saarbrücker Zeitung" und der „Gesellschaft Sowjetunion–Bundesrepublik Deutschland" veranstalteten Seminars über das Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern bekräftigte ein sowjetischer Gesprächsteilnehmer gleich mehrere schon von höchster Stelle angekündigte Varianten militärischer Vorkehrungen, mit denen Moskau auf den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses antworten würde. Botschaftsrat Jurij Gremitskich meinte vielleicht die Stationierung von SS-20-Raketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei, als er davon sprach, daß die Sowjetunion „gemeinsam mit ihren Verbündeten" Gegenmaßnahmen treffen werde. Drohend fügte der Diplomat hinzu: „Die Erwiderung wird effektiv und schnell sein. Sie wird nicht nur Westeuropa betreffen, sondern auch das nationale Territorium der USA." Also doch SS 20 nach Kuba?

Dem Kreml warf Gerhard Wettig vom Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien vor, es widerspreche dem völkerrechtlichen Grundsatz, Verträge nicht zu Lasten dritter Staaten abzuschließen, und es sei zugleich schlechter internationaler Stil, wenn die Sowjetunion bei einer eventuellen Einigung mit den USA über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen in Europa die in Frage kommenden SS 20 – wie von Parteichef Jurij Andropow im Dezember 1982 angedeutet – nicht verschrotten, sondern nach Asien verlagern wolle. Über diese Absicht herrsche in Japan und China bereits ernste Besorgnis.

Trotz heftiger Gegenwehr des gastgebenden Chefredakteurs Hans Peter Sommer drohte das Seminar mehrfach in das Zählen tatsächlich in Ost und West stationierter oder noch zu dislozierender Raketen aller Reichweiten auszuarten. Deutsche wie sowjetische Diskussionsteilnehmer schlugen sich die ihnen zur Verfügung stehenden oder ihnen genehmen Zahlen um die Ohren.

Gremitskich sagte, es hänge mit diesen militärstrategischen Problemen zusammen, daß die Sowjetunion und die Bundesrepublik beim Treffen Andropows mit Kohl, dem 8. deutsch-sowjetischen Gipfel, an einer politischen Wasserscheide angelangt seien. Schließlich einigte man sich versöhnlich auf die von dem sowjetischen Diplomaten geäußerte Hoffnung, das vorgesehene Treffen Helmut Kohls mit Jurij Andropow werde sich „von praktischen Erwägungen und weitsichtigen politischen Überlegungen" leiten lassen.

In Gremitskichs Ausführungen fehlten die lockenden Töne übrigens durchaus nicht. Er traf die interessante Feststellung, nach der Normalisierung der bilateralen Beziehungen habe sich in den siebziger Jahren die Tatsache, daß Deutsche und Sowjets schon gegeneinander Krieg geführt haben, allmählich vom negativen zum positiven Faktor gewandelt. Weil beide Völker schon so viel unter dem Krieg gelitten hätten, wüßten sie Frieden und Zusammenarbeit um so mehr zu schätzen. Dabei vertrat Gremitskich die Überzeugung, daß sich die schon sehr umfangreiche Wirtschaftskooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion trotz der bestehenden politischen Probleme noch weiterentwickeln werde.

Der Diplomat spielte darauf an, daß zwischen beiden Seiten ein riesiges neues Kooperationsprojekt im Gespräch sei: die Erschließung und Verflüssigung gigantischer Mengen von Braunkohle in der sibirischen Region von Kansk und Atschinsk. Obwohl deutsche Gesprächsteilnehmer die anscheinend von der Deutschen Bank geäußerten Bedenken erwähnten, dieses Projekt dürfte für ein deutsches Bankenkonsortium wohl zu umfangreich sein, meinte Gremitskich, die politischen Bedenken seien offenbar stärker als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Doch könnten die bevorstehenden Verhandlungen in Moskau „uns ein gutes Stück weiterbringen".

Lockungen und Drohungen bestimmten auch die Rede des Vizepräsidenten der „Gesellschaft Sowjetunion–Bundesrepublik Deutschland", Nikolaj Poljanow, der seinen Posten des stellvertretenden Chefredakteurs der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija" mit dem Sessel des Direktors des in Wien angesiedelten „Internationalen Instituts für den Frieden" vertauscht hat. Poljanow verwies darauf, daß sich das Volumen des Handels zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik seit 1968 mehr als versechsfachte und im vergangenen Jahr 22 Milliarden Mark erreichte. Nach seinen Berechnungen sei eine halbe Million deutscher Arbeitsplätze vom Export in den Ostblock abhängig. Die Bundesrepublik sei der größte westliche Handelspartner der Sowjetunion, diese wiederum gehöre zu den zehn bedeutendsten Handelspartnern der Bundesrepublik.

Poljanow schwärmte von der angeblich durch das „Entspannungsjahrzehnt in Europa" geschaffenen realen Möglichkeit, diesen Erdteil „in einen Kontinent des ewigen Friedens zu verwandeln". Er beklagte die „Diskrepanz zwischen den ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion und der politischen Zusammenarbeit (Bonns mit Moskau) für die europäische Sicherheit". Zugleich sprach er von der Gefahr, daß Westeuropa einschließlich der Bundesrepublik mit der „sogenannten atomaren Nachrüstung" einen „historischen Fehler" begehen könnte. Über die sowjetische Hochrüstung sagte der Institutsdirektor kein Wort.

Ehrlicher gab sich da schon sein Kollege von der Bonner Botschaft der Sowjetunion. Gremitskich bejahte nämlich die Frage eines deutschen Gesprächspartners, ob die Sowjetunion weiterhin die Weltrevolution anstrebe. Unter schallendem Gelächter erwiderte er: „Daran sind Ihre Landsleute Marx und Engels schuld, die haben uns dazu angestiftet."

Gesagt

„Wir finden es wünschenswert, daß die Waffen (Pershing 2 und Marschflugkörper) nicht stationiert werden, aber Politiker können trotzdem zu einem anderen Schluß kommen."

Der niederländische Kardinal Willebrands zum Hirtenbrief seiner Bischofskonferenz über die Atomstrategie.

„Ausbürgerung verstößt gegen ‚DDR'-Gesetze"

hrk./DW. Berlin/Bonn

Die „DDR" gibt nach Ansicht des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick durch ihr Vorgehen im Fall des gewaltsam abgeschobenen Jenaers Roland Jahn „indirekt" zu, daß zwischen den beiden deutschen Staaten „eben doch etwas anderes als Ausland ist". Es zeige sich, daß von der internen Diskussion in der „DDR" über den Rüstungswettlauf „offensichtlich Wirkungen ausgehen, daß man zu diesem Mittel greifen muß", sagte Mischnick auf einer Veranstaltung der Berliner FDP.

Da sich Jahn bekanntlich geweigert habe, seiner Ausbürgerung zuzustimmen, sei er „formal rechtlich" nach wie vor ein Bürger der „DDR". Einen ähnlichen Standpunkt vertrat der Staats- und Völkerrechtler Professor Wolfgang Seiffert, der bis 1978 in der „DDR" gelehrt hatte, im Saarländischen Rundfunk. Seiffert sagte, die „DDR" setze ganz offensichtlich voraus, daß nach der Rechtsauffassung der Bundesrepublik jemand, der aus der „Staatsbürgerschaft der DDR entlassen wird, nicht staatenlos wird, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit hat". Sie „akzeptiert also in solchen Fällen stillschweigend das, was sie sonst politisch bekämpft".

Für eine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der „DDR" sind nach seiner Darstellung vier Voraussetzungen notwendig: Es muß ein Antrag des Betroffenen vorliegen, er muß seinen Wohnsitz bereits außerhalb der „DDR" haben oder nehmen wollen, es muß sicher sein, daß er nicht staatenlos wird und es dürfen keine zwingenden Gründe entgegenstehen.

Dialog der USA mit Guerrilleros?

AFP/rtr, Washington

US-Präsident Reagan ist bereit, Verhandlungen seines Mittelamerika-Beauftragten Richard Stone mit linksgerichteten Guerrilleros in El Salvador in Erwägung zu ziehen. Wie ein Sprecher des Weißen Hauses mitteilte, soll dieses Thema in den nächsten Tagen bei Gesprächen erörtert werden, die Stone gleich nach Rückkehr von seiner ersten Mission in Mittelamerika mit Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates und des Außenministeriums führen werde. Der Präsident selbst werde darüber wahrscheinlich auch mit seinem salvadorianischen Amtskollegen Magana sprechen, den er am Freitag im Weißen Haus empfängt.

Rheingold-Vergnügen

K. S. – Die roten Zahlen beweisen es: Die Bundesbahn ist nicht so ausgelastet, wie sie es gern hätte. Sie droht zunehmend von Bus und Auto *verdrängt zu* werden. Ideen, das Nutzen alter Einrichtungen zu neuen Zwecken, sollen dieser Entwicklung entgegenwirken. Als Paradebeispiel bietet die Deutsche Bundesbahn den TEE-Rheingold, der die Route Amsterdam–Basel inzwischen luxuriös ausgestattet und voll klimatisiert zurücklegt. Für die Sommermonate hat das „Flaggschiff" der Deutschen Bundesbahn einen nennenswerten Zuwachs erhalten – den Rheingold-Flügelzug. Ein „*Ableger*", der weniger einen Ausbau der Infrastruktur zwischen Mannheim und München darstellt, sondern vielmehr eine Touristenattraktion, wie sie besonders die Amerikaner lieben. Im Clubwagen lassen sich internationale Drinks genießen, während Musikgruppen heimatliche Melodien an*schlagen. Der Zug* indessen arbeitet sich unbeirrt durch die Rheinebene, vorbei an der Loreley, am Käthchen von Heilbronn über Schwäbisch Gmünd, Augsburg bis München.

Aber was wären Sehenswürdigkeiten, würden sie nicht in gebührendem Maß von einzelnen Interessenvertretern kommentiert. So ertönen auch im TEE-Rheingold die werblichen Erläuterungen zu den Schönheiten der Umgebung. Mancher mag den akquisitorischen Charakter dieser Berichte als störend empfinden. Andere fühlen sich möglicherweise generell durch die aufgezwungene Lautsprecherkulisse belästigt. Wäre es da nicht sinnvoller, den Versuch eines gehobenen Service abzurunden durch eine sachliche Darstellung aus dem Kopfhörer à la Jumbo-Jet?

Fetter Hahn

hdt. – Rund 375 000 Tonnen Hähnchen – bei stagnierendem Absatz – wurden 1982 in der Bun*desrepublik konsumiert. Gut zwei* Drittel stammen davon aus eigener Produktion, der Rest war Importware. Rund 25 Prozent der vermarkteten Hähnchen werden nach wie vor als Frischware angeboten, vor allem von kleineren Schlachtereien und weitgehend über die immer noch stark fre*quentierten Wochenmärkte. Die*ses Marktsegment hoffen deutsche Anbieter noch ausweiten zu können, und zwar mit einem neuen, wesentlich schwereren Hähnchen, das aus ungarischer Züchtung stammt. Im Gegensatz zum EG-Normal-Hähnchen, das nach einer Mastdauer von höchstens 42 Tagen *nur 1700 Gramm* Lebendgewicht auf die Waage bringt, werden die Tiere der neuen Rasse bis zu 70 Tage gemästet, wiegen mehr als 3 Kilogramm und zeichnen sich vor allem durch festeres Fleisch aus. Trotz der nur geringeren Mehrerlöse, die gerade die Mehrkosten decken, gehen immer mehr landwirtschaftliche Erzeuger diesen Weg der Absatzsicherung. Nicht zuletzt deshalb, weil auch das Qualitätsbewußtsein der Verbraucher bei Lebensmitteln wieder ausgeprägter ist.

Gipfel im Musterländle

Von WERNER NEITZEL

Der am kommenden Wochenende in Stuttgart stattfindende EG-Gipfel wird sozusagen in der guten Stube Europas zelebriert werden. Dieser zugegebenermaßen unbescheidene Vergleich drängt sich auf, zieht man die wirtschaftli*che und strukturelle Robustheit* Baden-Württembergs als Maßstab heran.

Am augenfälligsten wird die Sonderstellung des deutschen Südwestens in der Arbeitsmarkt-Statistik: Inmitten eines vielfachen Millionenheers an Arbeitslosen in der EG nimmt sich Baden-Württemberg geradezu als Insel der Glückseligen aus. Während sich im Mai die Arbeitslosenquote in der *Bundesrepublik auf 8,8 Prozent* einpendelte, betrug sie zwischen Neckar, Schwarzwald und Bodensee ganze 5,7 Prozent. Schon immer hat diese Region in ihrer Beschäftigungslage deutlich besser abgeschnitten als der Bundesdurchschnitt. Aus europäischem Blickwinkel betrachtet bietet der Arbeitsmarkt im „Musterländle" Baden-Württemberg ein Bild, von dem die meisten Länder nur träumen können.

Diese vergleichsweise gesunde Verfassung der Region löst immer wieder Erstaunen aus. Die Frage nach den Ursachen taucht auf. Von großen Krisen, beispielsweise des Kohlebergbaus, der Werften oder der Stahlindustrie, die anderwärts tiefe Furchen ziehen, ist der Südwesten verschont geblieben. Ein derartiger Zustand relativer Unanfälligkeit ist kein Zufall. Er hat sich über lange Zeiträume hin erst ent*wickeln müssen.* Dabei *darf nicht* übersehen werden, daß der naturgegebene Mangel an Rohstoffen in südwestdeutschen Landen in der Zeit der ersten Industrialisierung alles andere als ein Vorteil war. Not grassierte, und der Mensch selbst wurde hierzulande in Form der zahlreichen Auswanderer quasi der erste Exportartikel.

Für die Zurückgebliebenen blieb nichts anderes, als aus der Not der Knappheit eine Tugend zu machen. Ideenreichtum, Erfindergeist und Tüftelei ließen veredelndes Gewerbe und verarbeitende Industrien entstehen, die auch heute noch der *Rückhalt* der *Region* sind. Der Automobilbau samt wichtigen Zulieferbetrieben, die Elektrotechnik, der Maschinenbau, die feinmechanische und optische Industrie, der textile Bereich – dies sind einige der Sparten, in denen es Unternehmen der verschiedensten Größenklassen aus Baden-Württemberg längst zu internationalem Ansehen gebracht haben.

Daß es auch für ausländische Unternehmen zumindest nicht uninteressant erschien, mit einem Kapitalengagement ein Bein in die südwestdeutsche Region zu stellen, um nicht zuletzt die Fertigkeiten und das Wissen der Ingenieure, Techniker und Facharbeiter zu *nutzen, ist ein Faktum.* So *haben* die Engagements beispielsweise US-amerikanischer Konzerne in Baden-Württemberg, deren bedeutendste u. a die der IBM Deutschland GmbH, der Standard Elektrik Lorenz AG oder auch der Kodak AG sind, bereits eine jahrzehntealte Tradition vorzuweisen.

Auffällig und bemerkenswert ist auch, in welchem Maße schweizerische Firmen insbesondere dem südlichsten Teil des Bundeslandes mit Tochtergesellschaften ihren Stempel aufdrücken. Der Einstieg des italienischen Fiat-Konzerns beim Ulmer Nutzfahrzeughersteller Magirus ist ein weiteres Beispiel für ausländisches Interesse an Produkt, Fertigung und Markt. Von französischer Seite her sind *die Aktivitäten, die der Elektro*riese Thomson-Brandt gerade im Bundesland Baden-Württemberg entfaltete, in besonders frischer *Erinnerung. Dieser Konzern mit* starken Ambitionen auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik verleibte sich hierzulande u. a. die Firma Saba sowie die zusammengebrochene Schwarzwälder Phonofirma Dual ein.

Umgekehrt sind gerade baden*württembergische Unterneh*men aller Größenklassen schon immer hellwach gewesen, wenn es darum ging, einen Fuß in die Tür ausländischer Märkte zu bringen.

Überdies haben das Schwergewicht der verarbeitenden Industrie und die zentrale Lage der südwestdeutschen Region gleichsam im Herzen Europas sehr früh zu einer ausgeprägten Exportorientierung geführt. Jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt am Export.

Es liegt nahe, daß auch und gerade die im Lande stark vertretene mittelständische Wirtschaft an einem *gutfunktionierenden* gemeinsamen Markt interessiert ist. Ihr kämen nationale Eigenbröteleien und gegenseitige Abschottungsaktionen – eine Gefahr, die gerade zur Zeit wieder akut ist – am ungelegensten, da sie der Bürokratie vergleichsweise hilf- und schutzlos ausgeliefert ist.

STAHLINDUSTRIE / Abendliche Kabinettssitzung über Umstrukturierung

Mit staatlicher Milliardenhilfe auf der Suche nach dauerhaften Lösungen

HEINZ HECK, **Bonn**

Neben der ungelösten Frage der EG-Finanzen war die geplante *Stahlhilfe Bonns* und der Stahl-Länder der *wichtigste* Tagesordnungspunkt auf der gestrigen Bonner Kabinettssitzung, die am Abend erst begann. Auch nach dem Treffen mit den Ländern am Montag ist deren 50prozentige Beteiligung an der Drei-Milliar*den-Hilfe noch offen.* Allerdings macht Bonn bisher seine Hilfezusage von dieser Zustimmung abhängig.

Wegen der erforderlichen Flankierung durch die Europäische Gemeinschaft wird die Stahlhilfe auch den Stuttgarter EG-Gipfel am Wochenende beschäftigen. Bund und Länder stimmten am Montag darin überein, daß angesichts der *subventionsbedingten* Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Stahlmarkt „einmalig öffentliche Hilfen zur Flankierung der Umstrukturierung der deutschen Stahlunternehmen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen in dieser Industrie gewährt werden sollen". Die Hilfen müssen *von der EG-Kommission* genehmigt werden (Subventionskodex Stahl).

Ungeachtet der geplanten Milliardenhilfe überwiegt in Bonn allerdings die Skepsis, daß davon bereits eine dauerhafte Lösung der Probleme einzelner Stahlunternehmen zu erwarten sei. Da diese vor*aussichtlich nur „Alleingangskon*zepte" planten, dürften auch nur in geringem Umfang unternehmensübergreifende Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, heißt es kritisch. Dauersubventionen sollten jedoch unter allen Umständen ausgeschlossen werden.

Der Entscheidungsvorschlag für die gestrige Kabinettssitzung sieht öffentliche Hilfen von drei Milliarden Mark (Bund und Länder mit Stahlstandorten mit je zur Hälfte) zur Strukturverbesserung und innerhalb dieses Rahmens eine Verdoppelung der Investitionszulage Stahl auf 20 Prozent und Strukturverbesserungshilfen bis zu 50 Prozent der nachgewiesenen Teilwertabschreibungen und Sozialaufwendungen in Form bedingt rückzahlbarer Zuschüsse vor. Außerdem soll die Bundesregierung auf dem Stuttgarter Gipfel und in den Organen der Gemeinschaft alle erforderlichen Anstrengungen unter*nehmen, damit das* Produktionsquotensystem in seiner derzeitigen Form bis Ende 1985 fortgeschrieben wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Subventionen voll abgebaut werden, und Brüssel soll auf strikte Einhaltung dieser Vereinbarung achten.

In den drei Milliarden sind aller*dings die Hilfen des Bundes und* des Saarlandes für Arbed Saarstahl in Höhe von voraussichtlich rund 950 Millionen Mark nicht enthalten (davon bisher rund 630 zugesagt).

Für die Förderung der deutschen Stahlindustrie (einschließlich Arbed) stehen im '84er Haushaltsentwurf des Bundes 600 und im Finanzplan für 1985 weitere 200 Millionen Mark (1983: rund 620) zur Verfügung. Hinzu kommen Haushaltsbelastungen durch Steuermindereinnahmen (Investitionszulage) von rund 600 Millionen für 1983 bis 1985.

Mit diesen öffentlichen Hilfen sollen von den Stahlunternehmen *in eigener Verantwortung erstellte* und bei der Bundesregierung zur Förderung eingereichte Umstrukturierungskonzepte finanziell unterstützt werden. Den Unternehmensplanungen zufolge werden bis Ende 1985 voraussichtlich rund sechs Milliarden Mark investiert, weitere rund elf Millionen Tonnen Rohstahl- und acht Millionen Tonnen Walzstahlkapazitäten (rund 15 Prozent der Jahreskapazität) stillgelegt und weitere rund 25 000 Arbeitsplätze abgebaut. Kritisch *heißt* es in Bonn, *daß sich* die Unternehmen weitgehend auf die Durchführung von „Alleingangskonzepten" konzentrieren. Allenfalls werde es zur Bildung der von den Stahlmoderatoren vorgeschlagenen „Gruppe Rhein" kommen; die Thyssen AG und Krupp-Stahl AG machten diese jedoch von der Gewährung umfangreicher Hilfen außerhalb der drei Milliarden Mark abhängig.

Die Wirtschaftsprüfer hatten in ihrem Ende Mai vorgelegten Gutachten Bedenken gegen die Tragfähigkeit der vorgelegten „Alleingangskonzepte" angemeldet. Diese Bewertung ist deshalb so wichtig, weil zumindest einige der vorgelegten Umstrukturierungskonzepte nicht ohne zusätzliche öffentliche Bürgschaften finanzierbar seien (und dazu wiederum eingehende Bonitätsprüfungen erforderlich sind).

AUSSENHANDEL / Eine BGA-Untersuchung

Bei der Ausfuhr behindern die Franzosen sich selber

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die stereotype Behauptung der französischen Außenhandelsministerin Edith Cresson, das hohe Defizit ihres Landes im Handesl mit der Bundesrepublik sei auf die deutschen Industrienormen und andere protektionistische Maßnah*men zurückzuführen, ist nicht halt*bar. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) vor dem EG-Gipfel bei Mitgliedsfirmen, die an einem verstärkten Bezug aus Frankreich interessiert sind, zeigt sich, daß französische Exportpraktiken und die Unflexi*bilität der Firmen den Handel stär*ker behindern als deutsche Vorschriften.

Obwohl danach überhaupt nicht gefragt worden war, bezeichneten mehr Firmen französische Exporthindernisse als gravierender als die deutschen Einfuhrrestriktionen. Selbst bei langjährigen Geschäftsbeziehungen seien die französischen Lieferanten auf Wünsche der deutschen Abnehmer nicht eingegangen. Diese Unflexibilität wird als Hauptgrund für das schlechte Abschneiden auf dem deutschen Markt genannt. Die französischen Betriebe seien häufig nicht bereit, den Qualitätsstandard den deutschen Ansprüchen anzupassen.

Viele französische Lieferanten versuchten, ihr eigenes Marketing-Konzept auf den deutschen Markt zu übertragen, was in der Regel mit einem Mißerfolg endet. Die Angebote von jenseits des Rheines sind häufig preislich uninteressant, weil *entweder in Frankreich zu unwirt*schaftlich produziert wird oder teilweise völlig unrealistische Gewinnvorstellungen bestehen. Viele Betriebe scheinen auch kein Interesse zu haben, ihre Erzeugnisse in Deutschland zu verkaufen. Dieses folgert der Verband aus dem Umstand, daß Anfragen erst nach mehreren Wochen, wenn überhaupt, oder auf Anmahnung beantwortet werden. Während die deutschen Exportfirmen über Mitarbeiter verfügen, die auch Französisch sprechen, seien entsprechende *Deutschkenntnisse bei französi*schen Exporteuren äußerst selten. Nur in Einzelfällen scheiterte der Import aus Frankreich nach dieser BGA-Umfrage an deutschen Normen-Vorschriften.

Generell meint der Importhandel, daß die deutschen Normen trotz ihrer Vielzahl nicht unüberwindlich seien. *Das gelte auch für* Qualitäts- und Prüfvorschriften. Im Handel mit Entwicklungsländern sei das deutsche Normenwesen sogar unverzichtbar, um den Herstellern in der Dritten Welt Vorgaben machen zu können, nach denen sie produzieren können.

Der deutsche Grenzausgleich behindert nach dem Urteil der BGA-Firmen „zweifellos" den Agrarimport aus Frankreich. Auch das deutsche Lebensmittelrecht und die lebensmittelrechtliche Haftung des Importeurs im innergemeinschaftlichen Warenverkehr werden als Import-Hürden genannt. Allerdings gibt es auch Fälle, daß Produkte aus Ländern außerhalb der EG, die eigentlich aufgrund von Vorschriften nicht in die Bundesrepublik eingeführt werden dür*fen, über Frankreich doch den Weg* auf den deutschen Markt finden.

AUF EIN WORT



„Der Beitritt Spaniens zur EG ist aus politischen Gründen sicher zu begrüßen. Eine grundsätzliche politische Entscheidung sollte aber nicht ohne wirtschaftlich vernünftige Regelungen in den wichtigen Sachfragen gefällt werden. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich des Olivenöls."

Walter Rau, Präsident des Verbandes der Deutschen Margarineindustrie e. V., Bonn FOTO: DIE WELT

Abwärtsbewegung des Dollar gestoppt

cd. **Frankfurt**

Die dreitägige Abwärtsbewegung des Dollars *um mehr* als *drei* Pfennig auf 2,5415 Mark bei der amtlichen Notiz am Montag wurde gestern von einem neuerlichen Anstieg auf 2,5548 Mark an der Börse und auf über 2,56 Mark am Nachmittag abgelöst. Ursache war ein Wiederanstieg der Dollar-Geldmarktzinsen auch am Euromarkt, eine *Reaktion auf einen* Liquiditätsentzug der US-Notenbank am Montag, der allerdings, wie manche Marktbeobachter meinten, lediglich die Liquiditätsspritze an eine in Schwierigkeiten geratene Finanzgesellschaft in ihrer Wirkung auf den Gesamtmarkt kompensieren sollte.

FINANZAUSGLEICH

Länder wehren sich gegen starke Steuer-Ausfälle

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Länder fürchten für sich und die Gemeinden „überproportionale Steuerausfälle" aus den von der Bundesregierung am 18. Mai im Grundsatz beschlossenen Steuerentlastungsmaßnahmen. Bei einem Treffen der Regierungschefs der Länder am letzten Freitag haben sie daher „einen vollen Ausgleich über eine Korrektur der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder" als „unumgänglich" bezeichnet.

Die Bundesregierung hatte in der Kabinettsitzung am 18. Mai zwar Finanzminister Stoltenberg auf *dessen Initiative beauftragt,* „einen Ausgleich für die Belastungen vorzuschlagen, die Ländern (Gemeinden) durch die vorgesehenen steuerlichen Regelungen und die Maßnahmen zur Vermögensbildung im Ergebnis verbleiben"; jedoch hatte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel als Vorsitzender der Konferenz der Länderchefs nach deren Gespräch mit dem Kanzler am 20. Mai bereits die Sorge der Länder zum Ausdruck gebracht, daß die Bonner Sparmaßnahmen erneut zu Lasten der übrigen Gebietskörperschaften gehen könnten. Daraufhin hatte man eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine länderfreundliche Gestaltung der Steuerbeschlüsse prüfen sollte.

Als Ergebnis dieser Beratungen wurden die Regierungschefs von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Verhandlungskommission „Neuver*teilung der Umsatzsteuer*") beauftragt, mit der Bundesregierung eine umfassende Regelung zum Ausgleich der Einnahmeausfälle auszuhandeln. Diese Verhandlungen sollen vor dem 29. Juni (wenn die Bundesregierung den Gesetzentwurf für den Bundeshaushalt 1984 und die Begleitgesetze verabschiedet) „abgeschlossen sein".

FRANKREICH

Patronat: Mit der Wirtschaft geht es jetzt schnell bergab

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Seit etwa einem Monat geht es mit der französischen Wirtschaft bergab. Die verbrauchsbeschränkenden Austerity-Maßnahmen der Regierung haben bei unzureichenden Exporten zur Rezession geführt. Dies erklärte der Präsident des mit dem BDI vergleichbaren *Unternehmerverbandes CNPF,* Yvon Gattaz, in einem Interview mit dem konservativen „Figaro".

Während die Zahl der Unternehmen, die noch Gewinne erwirtschaften, immer kleiner werde, nehme die der verlustbringenden beschleunigt zu. Inzwischen ginge es schon mehr Unternehmen schlecht als gut.

Als wichtigsten Grund für diese Notstandssituation nennt Gattaz die übermäßigen sozialen und steuerlichen Lasten der Unternehmen. Sie seien doppelt so hoch wie bei den ausländischen Konkurrenten. Allein durch die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich seien den Unternehmen letztes Jahr Mehrkosten von 20 Milliarden Franc entstanden.

Dazu kommen die übermäßigen finanziellen Lasten aus einer Unternehmensverschuldung, die Gattaz auf nicht weniger als 1300 Mil*liarden Franc beziffert. Der daraus* resultierende Schuldendienst würde inzwischen die Summe der Unternehmensgewinne übertreffen. Was die Unternehmen brauchen, sind nach Gattaz mehr Eigenmittel und bessere Margen. Staatliche Hilfen und zinsgünstige öffentliche Kredite hätten dagegen den gro*ßen Nachteil, daß sie mit zahlrei*chen behördlichen Auflagen insbesondere zur Arbeitsplatzbeschaffung verbunden sind, welche aber immer weniger erfüllt werden könnten. Schließlich fordert Gattaz eine Lockerung des in Frankreich besonders weitgehenden Entlassungsschutzes.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dresdner Bank begibt vierprozentige Anleihe

Frankfurt (cd.) – Die Dresdner Bank begibt über ihre Amsterdamer Tochter eine 4prozentige 7jährige Optionsanleihe über 250 Mill. DM zu pari. Zu jeder Teilschuldverschreibung über 1000 Mark gehören zwei Optionsscheine, die vom 1. August an zum Bezug von insgesamt 4 Aktien der Dresdner Bank zum Kurs von 182 Mark je Aktie berechtigen, *die gestern mit 187,50* DM notiert wurden. Bei diesen Konditionen ergibt sich für den Aktienbezug über das Optionsrecht eine Prämie von etwa 24 Prozent. Die Optionsscheine können ab 1. August von der Anleihe getrennt werden. Im Telefonhandel wurden für die Optionsanleihe inklusive Schein in Euphorie Kurse bis zu 112 genannt, später etwa 108, und ex Schein wurde die Anleihe auf 80 taxiert. Bei einem Kurs von 108 inklusive Schein ergibt sich für den Aktienbezug ein Aufgeld von gut 34 Prozent gegenüber dem aktuellen Börsenkurs.

Brasilien um Hilfe bemüht

Brasilia/New York (dpa/VWD) – Der Präsident der brasilianischen *Zentralbank, Carlos Langoni, hat in* New York Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, europäische Banken für die Mitarbeit bei der Umschuldung der Auslandsschulden Brasiliens zu gewinnen. Brasilien, dessen Auslandsschulden insgesamt auf 90 Milliarden Dollar geschätzt werden, bemüht sich um Kredite in Höhe von neun Milliarden Dollar. Die Verhandlungen werden wesentlich von den Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beeinflußt, der in dieser Woche eine Delegation nach Brasilia schicken wird. Der IWF will prüfen, ob ein Stützungskredit von insgesamt 4,6 Milliarden Dollar weiter ausgezahlt werden kann.

Erdgasimporte verbilligt

Eschborn (dpa/VWD) – Die Importpreise für Erdgas lagen im April 1983 nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, um 3,9 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Statt 1,02 Milliarden Mark mußten im Berichtsmonat nur noch 980 Millionen Mark für die Erdgaseinfuhr gezahlt werden. Der durchschnittliche Nettoeinfuhrpreis sank im letzten Jahr für Erdgas aus Norwegen, den Niederlanden und der UdSSR je 1000 Kubikmeter von 321,10 auf 314,24 Mark. Mengenmäßig lagen die April-Einfuhren mit netto 3,12 Milliarden Kubikmetern um rund 1,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

London: Einsatz gesenkt

London (fu) – Die großen britischen Geschäftsbanken sind der indirekten Aufforderung der Bank von England gefolgt und haben ihre *Zinsen um ein halbes Prozent* gesenkt. Der Basis-Ausleihesatz liegt jetzt bei 9,5 Prozent. Das ist der Satz, den „allererste Adressen" für Kredite zu zahlen haben. Das letzte Mal hatten die Clearing-Banken den Basiszins am 14. April – ebenfalls um ein halbes Prozent – gesenkt.

Venezuela bittet um Zeit

Caracas (rtr) – Venezuela will für Verhandlungen über die Umschuldung seiner Auslandskredite in Höhe von 16,3 Milliarden Dollar mehr Zeit gewinnen. Finanzminister Arturo Sosa hat daher die Banken gebeten, die Schuldentilgungen für *weitere 90 Tage auszusetzen,* wenn die gegenwärtige Abmachung über das Einfrieren der Rückzahlung am 30. Juni ausläuft. Zinszahlungen würden weiter geleistet, *sagte der* Minister nach der Rückkehr von Gesprächen mit einem Beratungsausschuß aus 13 Banken. Wie verlautete, sei der Bankenausschuß nur dann zur Annahme des Vorschlags bereit, wenn die venezolanische Regierung ein striktes IWF-Programm akzeptierte.

EG-Hilfe für Zimbabwe

Brüssel (AP) – Die Europäische Gemeinschaft hat diese Woche Mittel in Höhe von 1,5 Millionen ECU (rund 3,4 Millionen Mark) für Bewässerungsprojekte und andere Hilfsmaßnahmen in Zimbabwe be*reitgestellt. Von den Geldern sollen* nach Mitteilung aus Brüssel auch zwei Millionen Menschen ernährt werden, die Opfer einer der schwersten Dürrekatastrophen Zimbabwes in diesem Jahrhundert wurden.

Schweizer Handelsbilanz

Bern (rtr) – Stagnierende Ausfuhren bei deutlich gesteigerten Einfuhren haben das Handelsbilanzdefizit der Schweiz im Mai 1983 gegenüber dem Vorjahresmonat auf das Dreifache *ansteigen lassen* – von 225,8 Millionen auf 663,0 Millionen Schweizer Franken. Dies teilte gestern die Eidgenössische Oberzolldirektion mit.

PORTUGAL

Kapitalflucht hat zugenommen

dpa/VWD, Lissabon

Portugals Wirtschaft steht vor ernsten Problemen. Darauf hat Ministerpräsident Mario Soares jetzt bei der offiziellen Übernahme der Amtsgeschäfte hingewiesen. Die Inflationsraten stiegen von Monat zu Monat. Die Kapitalflucht habe in erschreckendem Ausmaß zugenommen, und die Auslandsverschuldung des Landes habe sich von 1979 bis Ende 1982 von sieben Milliarden auf 13 Milliarden US-Dollar (31,6 Milliarden Mark) nahezu verdoppelt. Sie entspreche jetzt fast 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Nach Angaben der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, belief sich das Außenhandelsdefizit, das 1979 kaum 52 Millionen Dollar betragen habe, 1982 auf rund 3,2 Milliarden Dollar (7,8 Milliarden Mark). Laut Soares habe Portugal in der Vergangenheit über seine Verhältnisse gelebt und müsse nun ernsthafte Anstrengungen unternehmen, seine Ansprüche herunterzuschrauben. Die beiden erst kürzlich gewährten ausländischen Kredite in Höhe von 400 beziehungsweise 300 Millionen Dollar sind mit Goldgarantien (36 Tonnen) und dem allmählichen Verkauf von Goldbeständen (30 Tonnen) verbunden, was nach Angaben des Ministerpräsidenten die portugiesischen Reserven um rund zehn Prozent verringern werde.

Der Ministerpräsident kündigte ein kurzfristiges Notprogramm für 18 Monate an, das vor allem die außenwirtschaftliche Situation verbessern soll. Ein längerfristiges Programm zur Sanierung von Wirtschaft und Finanzen soll die Voraussetzungen für eine Erhöhung von Investitionen und Produktion schaffen. Privatunternehmen sollen stärker gefördert werden.

POLEN

Neue Gespräche zur Umschuldung

dpa/VWD, Wien

Erste Gespräche zeigen, daß es bei den in dieser Woche in Wien begonnenen Umschuldungsverhandlungen mit Polen über die in diesem Jahr fälligen Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Banken in Höhe von insgesamt 2,6 Milliarden Dollar – 1,5 Milliarden für Tilgung und 1,1 Milliarden für Zinsen – voraussichtlich zu einem harten Poker kommt. Die Ausgangspositionen der Gesprächspartner – die polnische Bank Handlowy einerseits und die Vertreter der rund 500 westlichen Gläubigerbanken andererseits – liegen weit auseinander.

Polen fordert eine Umschuldung der fälligen Kredite möglichst auf 30 Jahre und eine Umschuldung der Zinsen auf zehn Jahre. Die westlichen Banken dagegen sind kaum bereit, über die Umschuldungsbedingungen des vergangenen Jahres hinauszugehen. Dies bedeutet eine Umschuldung der Tilgung zu 95 Prozent auf sieben Jahre bei einem Zinssatz von 1,75 Prozent über dem maßgeblichen Londoner Interbankensatz (Libor) und eine Zahlung der restlichen fünf Prozent in bar. Wie bei allen Umschuldungen bestehen die Banken auf Zinszahlungen in voller Höhe, wobei sie sich im letzten Jahr allerdings zu einer Rückführung von 50 Prozent der gezahlten Zinsen an Warschau bereit erklärt hatten. Für 1983 hat Polen nach Banken-Information noch keine Zins- und Tilgungszahlungen geleistet.

Von den polnischen Westverbindlichkeiten in Höhe von rund 26 Milliarden Dollar entfallen etwa 4,5 Milliarden Dollar auf die Bundesrepublik Deutschland – davon 2,5 Milliarden Dollar nicht staatlich verbürgte Bank-Kredite.

IWF / Weiter hohe Arbeitslosigkeit

Währungsschlange mit Erfolg

AP, Washington

Die westeuropäischen Währungen sind seit der Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) erheblich geringeren Wechselkursschwankungen ausgesetzt als andere wichtige Währungen wie der US-Dollar, das britische Pfund und der japanische Yen. Zu diesem Ergebnis kommt der Internationale Währungsfonds (IWF) in einer kürzlich veröffentlichten Studie über den Erfolg der europäischen Währungsschlange. Auf die Währungen der wirtschaftlich eng mit dem Währungsblock verbundenen Länder Schweiz, Österreich, Norwegen und Schweden übte die Einführung des EWS dem Bericht zufolge ebenfalls eine stabilisierende Wirkung aus.

In seiner Studie maß der IWF die Ausschläge der Wechselkurse auf einer Skala mit den Werten eins bis 100. Danach betrug das Ausmaß der Instabilität der sieben EWS-Währungen in den Jahren 1979 bis 1981 20 Punkte. Für den Dollar betrug der Wert dagegen 27,5, für das Pfund 42,9 und für den Yen sogar 54,2. Im darauffolgenden Jahr stieg der Schwankungswert für den Dollar auf 44,3. In den vier Jahren seit Gründung des EWS wurden die Wechselkurse der EWS-Währungen sieben Mal durch Beschluß der Regierungen neu angepaßt.

Wegen der destabilisierenden Wirkung der Dollarschwankungen auf die Weltwirtschaft treten die europäischen Staaten für eine größere internationale Zusammenarbeit der Währungsbehörden zur Stabilisierung der Kurse ein. Dabei sollen Devisenmarktinterventionen, wie sie im EWS üblich sind, erratische Schwankungen der Kurse ausgleichen. Die USA lehnen Interventionen jedoch außer in schweren Krisensituationen als Untergrabung des freien Marktes ab.

Eine ihrer Hauptaufgaben konnte die Währungsschlange dem IWF-Bericht zufolge jedoch nicht leisten: Die Angleichung der Wirtschaftsentwicklung in den ihr angeschlossenen Staaten. So lag der Anstieg der Verbraucherpreise bei Einführung des EWS im Jahre 1978 in den betreffenden Staaten zwischen 2,7 Prozent (Bundesrepublik Deutschland) und 12,1 Prozent (Italien). Die Spannweite betrug also 9,4 Prozent. Vier Jahre später war der Stabilitätsunterschied auf 12,1 Prozentpunkte angewachsen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten wertet der IWF als Ergebnis einer langfristigen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Sie werde in diesem Jahr nicht merklich zurückgehen. Besonders bemerkenswert an der Lage am Arbeitsmarkt sei die lange Dauer und Hartnäckigkeit der Arbeitslosigkeit. Danach besteht seit 15 Jahren ein Trend zu einem kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Erwerbslosen. In den letzten drei Jahren verschärfte sich aus konjunkturellen Gründen die Krise am Arbeitsmarkt in den USA und in den anderen westlichen Industriestaaten.

So stieg die kombinierte Arbeitslosenquote der sieben Staaten von den 60er Jahren bis zur Jahresmitte 1982 von 3,25 Prozent auf acht Prozent. Am Ende des Untersuchungszeitraums zählten die USA, Kanada, Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich zusammen mehr als 22 Millionen Erwerbslose. Vier Gründe macht der IWF für diese Entwicklung verantwortlich: Erstens das Wachstum der Bevölkerung, zweitens die Zunahme des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung, drittens die Zunahme des Anteils der Personen, die selbst berufstätig werden wollen sowie viertens die Abnahme der Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze.

KABINETT

Umbildung in London begrüßt

WILHELM FURLER, London

In der britischen Wirtschaft ist die von Regierungschefin Margaret Thatcher getroffene Entscheidung, die beiden Ministerien Handel sowie Industrie zu einem Ministerium zu vereinen, ausnahmslos als ein längst fälliger Schritt begrüßt worden. Wie berichtet, wird Cecil Parkinson, der als Parteivorsitzender den Wahlkampf der Tories leitete, als Minister dem wieder fusionierten „Superministerium" vorstehen.

Unter Labour-Premierminister Harold Wilson war das damalige Ministerium für Handel und Industrie aufgeteilt worden: nicht nur, weil es ihm zu groß erschien, sondern vor allem, weil er den Ehrgeiz von Tony Benn dämpfen wollte, der in seinem Kabinett Industrieminister wurde, und der jetzt sein Unterhausmandat überraschend verloren hat.

Aufgrund der Abspeckungskuren, die unter Premierministerin Thatcher die Beschäftigtenzahlen in den Ministerien und Behörden nicht unerheblich verringerten, stellt sich nach der Verschmelzung des Industrieministeriums mit dem Handelsministerium das Größenproblem kaum mehr. Dafür bringt die Fusion einen Vorteil, der von der britischen Wirtschaft gerade in den letzten Jahren der schweren Rezession und des mühsamen Haltens von Marktanteilen im Ausland erheblich vermißt wurde; die Feinabstimmung in den Entscheidungen.

Während das Industrieministerium für den Bereich Produktion der britischen Wirtschaft verantwortlich war, kümmerte sich das Handelsministerium um Verkauf und Akquisition. Dies führte sehr häufig nicht nur zu Kompetenzgerangel und sich widersprechenden Entscheidungen, sondern auf der anderen Seite gerade bei sehr großen Auslandsaufträgen zu einer Zusammenarbeit, die die Zusammenfassung der Kompetenzen bereits vorwegnahm.

Margaret Thatcher hat sich bei ihrer Entscheidung sicherlich vom Vorbild des japanischen Ministeriums für internationalen Handel und Industrie beeinflussen lassen, das als Vorbild für die gute Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten und wichtiger Auslandsmärkte gilt. Viel stärker als bisher wird die britische Premierministerin versuchen, die sich allmählich abzeichnende Konjunkturbelebung durch bessere Erfolge der britischen Wirtschaft auf Auslandsmärkten weiter zu verstärken.

Damit sich das neue Ministerium ganz dieser Koordinationsaufgabe widmen kann, werden die Bereiche Schiffahrt und Luftverkehr abgetrennt und dem Transportministerium unter der neuen Leitung von Minister Tom King unterstellt.

USA / Kongreß-Studie über Verschuldung

Teurer Zugriff des Staates

H.-A. SIEBERT, Washington

Vor 15 Jahren waren in den USA Realzinsen von zwei bis drei Prozent die Regel. Heute sind sie dreimal so hoch.

Warum Geld so teuer geworden ist, unterstreicht eine neue Studie des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des Kongresses: Amerikas nationale Verschuldung hat sieben Billionen Dollar (nahezu 18 Billionen Mark) überschritten, pro Kopf macht sie nun 30 400 Dollar aus. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr erreichte das nominale Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten 3,1 Billionen Dollar.

Der größte Brocken resultiert aus den Haushaltsdefiziten des US-Bundes, die seit 1964 die ausstehenden Verbindlichkeiten Washingtons von 0,3 auf rund 1,4 Billionen Dollar katapultiert haben. Das sind plus 360 Prozent, wobei der eigentliche Sprung nach oben erst 1974 (0,5 Billionen Dollar) begann.

Am Ende der vierjährigen Amtszeit Präsident Reagans wird die Treasury-Schuld mehr als 1,6 Billionen Dollar betragen. In den Fiskaljahren 1981 bis 1984 wäre sie dann um 0,6 Billionen Dollar oder 63 Prozent gewachsen. Das sind jährlich über 15 Prozent.

In den USA sind auch Verpflichtungen, die der Bund eingegangen ist, Teil der nationalen Verschuldung. Dazu gehören Pensions-, Renten- und Versicherungsansprüche sowie Kreditaufnahmen von Behörden, die nicht im ordentlichen Haushalt enthalten sind, Bundesdarlehen, Kreditgarantien und unbezahlte Rechnungen. Zusammengefaßt sind das etwa 5,8 Billionen Dollar, also fast doppelt soviel wie die derzeitige Wertschöpfung.

Rund 30 Prozent der Staatsschulden halten die US-Notenbank und andere Bundesbehörden in Form von Schatztiteln. Nach der Studie mußte Washington im letzten Jahr 200 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Schuldenberges und anderer Defizitposten aufnehmen. Das war nahezu die Hälfte der verfügbaren Ersparnisse.

Wie sich der staatliche Zugriff wiederum auf die Familienfinanzen auswirkt, untersuchte das Conference Board in New York. Nach Berechnungen des Forschungsinstituts ist der Dollar – 100 Cent – in diesem Jahr, verglichen mit 1970, nur noch 42,8 Cent wert. Verursacht hat die Kaufkrafterosion Inflation und ständig zunehmende Steuern.

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNGEN

Kostenkurve flacht ab

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Kostenentwicklung in der privaten Krankenversicherung hat sich 1982 abgeflacht, lag aber mit 6,4 Prozent immer noch über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten (5,3 Prozent) in der Bundesrepublik.

Ob neben dem wachsenden Kostenbewußtsein auch mit dem Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) sich die Kostenentwicklung stabilisiert, läßt sich nach Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) noch nicht übersehen. Nach der Umstellung werde es im Laufe der Monate zu einer ökonomischen Verfahrensweise bei der Ausstellung transparenter Rechnungen durch die Ärzte kommen.

Die PKV will aber darauf achten, daß die Kostendämpfung bei der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zu einer Verlustkompensation bei Privatbehandlungen führt.

Als Bewährungsprobe wird dafür die bevorstehende Reform des Krankenhausgesetzes betrachtet. Hier müßten die Interessen der 15 Prozent Selbstzahler gleichgewichtig berücksichtigt werden. Sie tragen mit 22 Prozent überproportional zu den Leistungen von gesetzlich und privat Versicherten zu den Krankenhausleistungen bei.

Im vergangenen Jahr verzeichneten die 41 privaten Krankenversicherer einen Neuzugang von rund 76 000 auf 5,02 Mill Krankheitskosten-Vollversicherte, die ganz überwiegend aus der gesetzlichen Krankenversicherung übergetreten sind.

Daneben gewannen die „Privaten" 330 000 Tarifversicherte in Zusatzversicherungen. Ende 1982 gab es fast 21,2 Mill. Versicherte, davon 8,42 Mill. Vollversicherte und 12,77 Mill. Zusatzversicherte. An Beiträgen nahmen die Versicherungen 1982 über 11,8 Mrd. DM ein. Das Plus von 9,2 Prozent stammt je zur Hälfte aus Neuzugängen und notwendigen Beitragsanpassungen an die gestiegenen Leistungen.

Das Wachstum aus den Leistungen (8,9 Mrd. DM) rührte in der Hauptsache aus den gestiegenen Krankenhaus-Pflegesätzen, aber auch aus den höheren Kosten für ambulante Behandlung, während die Zuwachsrate für Arzneien und Verbandmittel wesentlich geringer ausfiel.



UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Pelikan: Banken stimmen zu

Hannover (dos) – Nur noch zwei der insgesamt 29 Gläubigerbanken der im Vergleich befindlichen Pelikan AG, Hannover, sind vorerst nicht bereit, ihre Forderungen nach einem Teilverzicht von 50 Prozent an die Schweizerische Bankgesellschaft zu verkaufen. Wie im Anschluß an die Gläubigerversammlung verlautete, handelt es sich dabei um die Bayerische Landesbank und um die Bank of Tokyo. Dagegen haben die Commerzbank und die DG-Bank dem Angebot inzwischen zugestimmt. Die Möglichkeit, daß für Pelikan trotz des neuen Großaktionärs Anschlußkonkurs angemeldet werden muß, wird aber als rein „theoretisch" angesehen.

Kräftiger Gewinnanstieg

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Lufthansa-Tochter Lufthansa Service GmbH (LSG), Frankfurt, konnte 1982 bei einem um rund acht Prozent gestiegenen Umsatz von 327,6 Mill. DM den Gewinn um rund 25 Prozent auf knapp 5,7 Mill. DM erhöhen. Gründe dafür sind nach den Worten von Geschäftsführer Reiner Schäfer die Service-Verbesserung bei der Lufthansa und die Zunahme der Passagierzahlen bei Condor. Am Gesamtumsatz war der Luftverkehr mit 267,7 Mill. DM beteiligt.

Sauerstoff Westfalen kürzt

Münster (VWD) – Für 1982 will die auf dem Mineralölsektor tätige Sauerstoff Westfalen AG, Münster, sechs Prozent Dividende auf unverändert 20 Mill. DM Grundkapital ausschütten. Nach Angaben in der Einladung zur Hauptversammlung am 7. Juli beträgt der Bilanzgewinn 1,2 Mill. DM. Ein Jahr zuvor hatte das Unternehmen acht Prozent Dividende bei 1,60 Mill. DM Bilanzgewinn gezahlt.

Mövenpick expandiert

Frankfurt (lhe/VWD) – Das Schweizer Hotel- und Gaststättenunternehmen Mövenpick wird voraussichtlich noch in diesem Monat wesentliche Anteile der Parkhotels in Frankfurt mnd Karlsruhe sowie des Airport-Hotels in Stuttgart übernehmen. Bisher sind die Luxushotels vollständig im Besitz der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Handel (AGGH), einer hundertprozentigen Tochter der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Frankfurt.

Karl Thoelke gestorben

Düsseldorf (J. G.) – Nach schwerer Krankheit ist Karl A. Thoelke, persönlich haftender Gesellschafter von Klöckner & Co., Duisburg, im Alter von 53 Jahren gestorben. An Witz und Weitblick tat es diesem Stahlhändler von Geblüt in der Branche niemand gleich. Der Aufstieg von Klöckner zum gleichauf mit Thyssen größten Stahlhandelshaus Europas war weitgehend sein Werk. Die Henle-Brüder honorierten es ihm, indem sie Thoelke als einzigen familienfremden Gesellschafter in die Firma nahmen.

LURGI / Auftragseingang ist in diesem Jahr deutlich gesunken

Harte Konkurrenz im Großanlagenbau

INGE ADHAM, Frankfurt

Der scharfe Wettbewerb um die wenigen Großanlagen-Projekte, die derzeit weltweit spruchreif werden, läßt auch die Lurgi-Gesellschaften, die Anlagenbautochter der Frankfurter Metallgesellschaft AG „Risiken", das heißt Zugeständnisse in den Vertragskonditionen eingehen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren. Negative Folgen für die Lurgi hat es freilich dank eines effizienten „risk managements" bisher nicht gegeben.

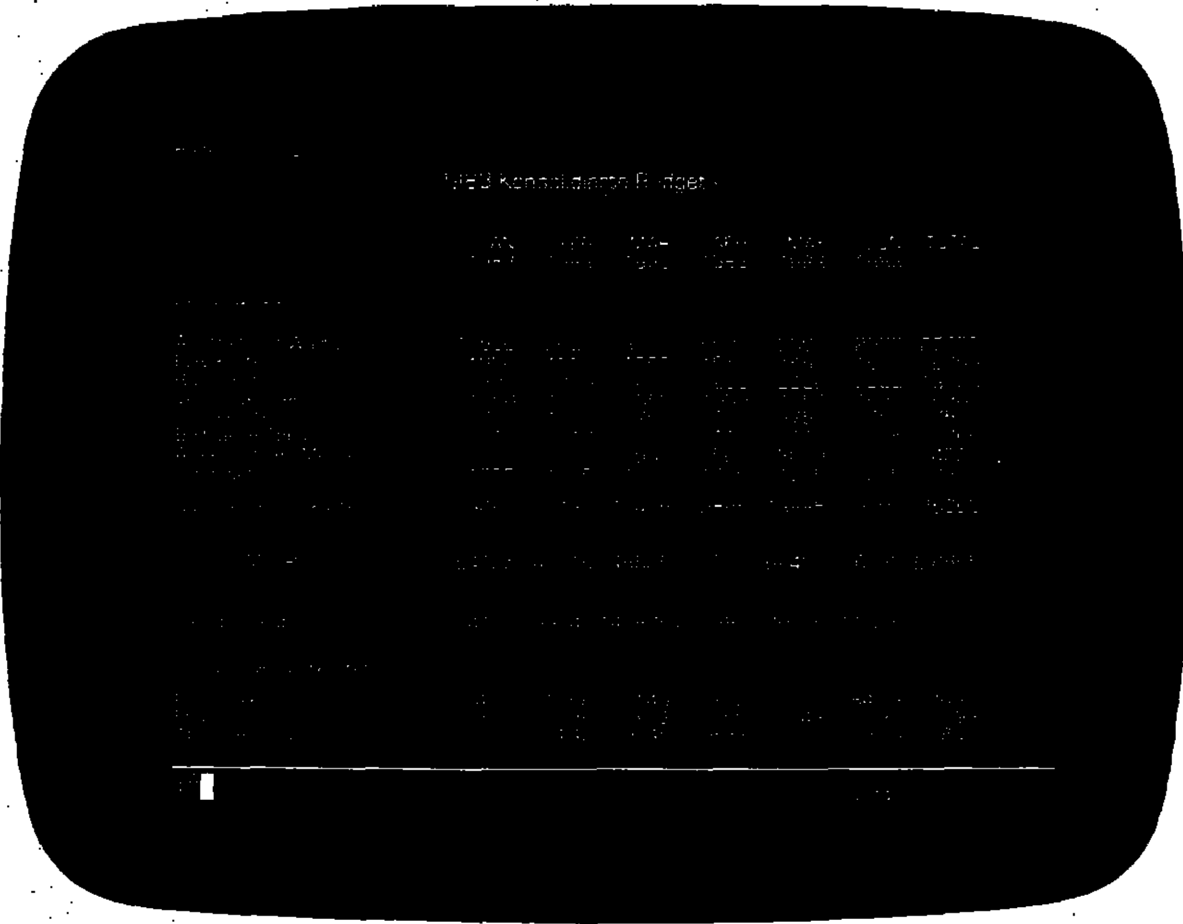
„Es herrscht heute ein reiner Käufermarkt, der von der Kundschaft voll genutzt wird", skizziert Dietrich Natus, Sprecher der Lurgi-Hauptgeschäftsführung und designierter Nachfolger des die Altersgrenze erreichenden Vorstandsvorsitzenden Karl Gustaf Ratjen, die aktuelle Situation im Anlagenbau. Erschwert werde die Situation der deutschen Großanlagenbauer darüber hinaus durch spezifisch deutsche Nachteile, wie die restriktive Handhabung der Deckungskredite und „die bei uns nur schwach entwickelte Unterstützung der Exporteure" durch Behörden und Regierung, merkte Natus an.

Er ließ freilich keinen Zweifel daran, daß die Stärken der Lurgi groß genug sind, die Schwächephasen im internationalen Geschäft zu überstehen und nicht zu jenen Ingenieurfirmen zu gehören, die im Zuge der sich anbahnenden Konzentrationswelle auf diesem Sektor Federn lassen müssen. Weltweit rangiert Lurgi unter den zehn größten Unternehmen dieser Art, hat aber eine breitere Angebotspalette als die meisten. Dies und die internationale Organisation haben dafür gesorgt, daß bei Lurgi die Aufträge weiter fließen.

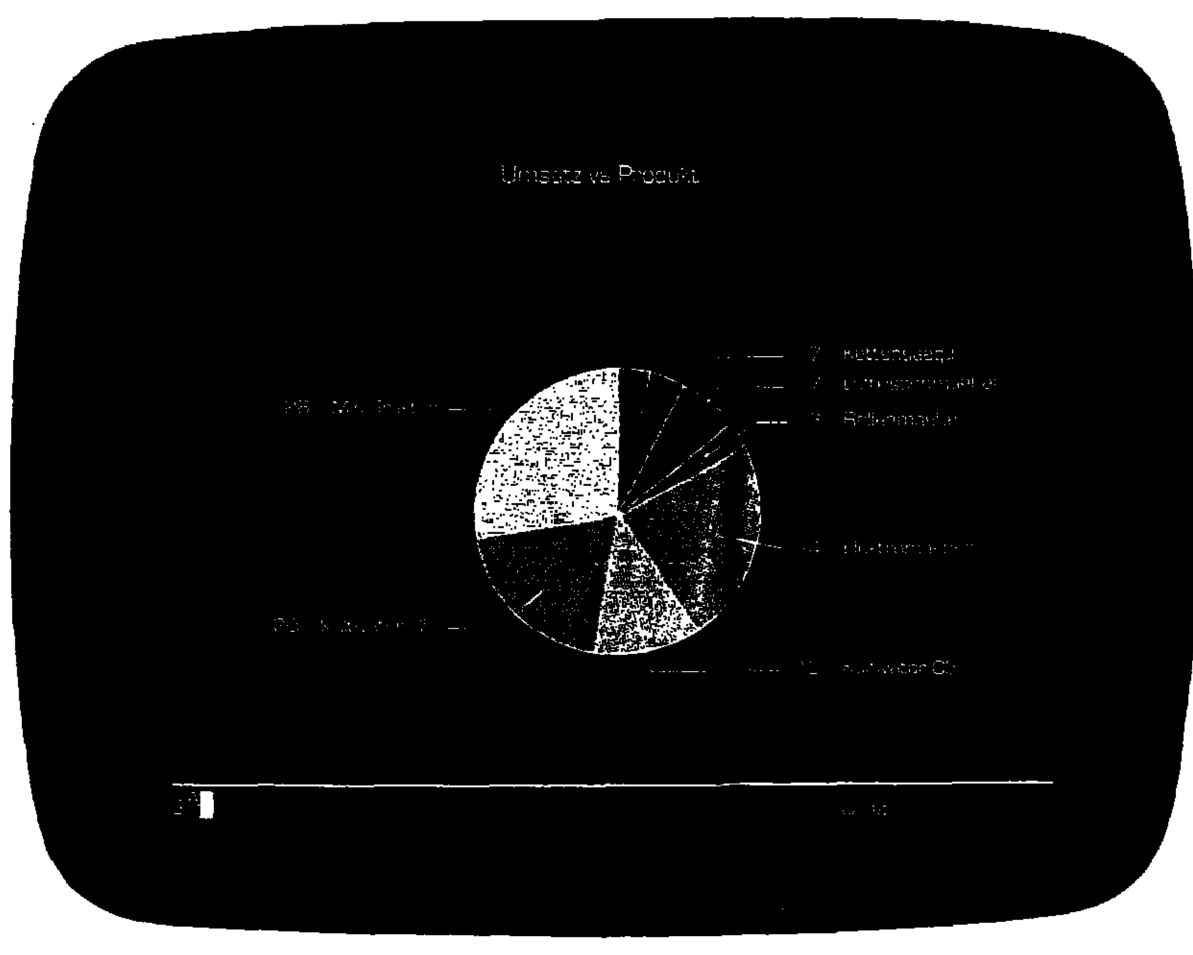
Bereits im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) kamen 90 Prozent der Neuaufträge über Tochtergesellschaften. Gut läuft bei Lurgi nach wie vor das Standardgeschäft, kleine bis mittlere Aufträge, die auf Lurgi-eigenen Verfahren basieren. Es fehlen aber die Großaufträge. Vor diesem Hintergrund hält Natus für das laufende Geschäftsjahr ein Neuauftragsvolumen von rund 1,5 Mrd. DM für realistisch, das wieder zu etwa 85 Prozent aus dem Ausland stammen wird.

Dieser deutlich kleinere Auftragszugang wird sich aufgrund der Langfristigkeit der Geschäfte freilich noch nicht auf den Ertrag dieses Jahres auswirken; mittelfristig sieht Lurgi aber Auswirkungen und damit nur die Möglichkeit geringerer Gewinnbeiträge für die Muttergesellschaft, als es die in den letzten Jahren jeweils erreichte Umsatzrendite (brutto) von rund drei Prozent möglich machte. Im vergangenen Geschäftsjahr setzten die Lurgi-Gesellschaften knapp 2 Mrd. DM um; das entspricht Anlagen im doppelten bis dreifachen Wert. Neuaufträge kamen für 2,7 Mrd. DM herein.

Ein Drei-Tage-Kurs, und was man dann mit dem IBM Anwendungs-System alles machen kann.



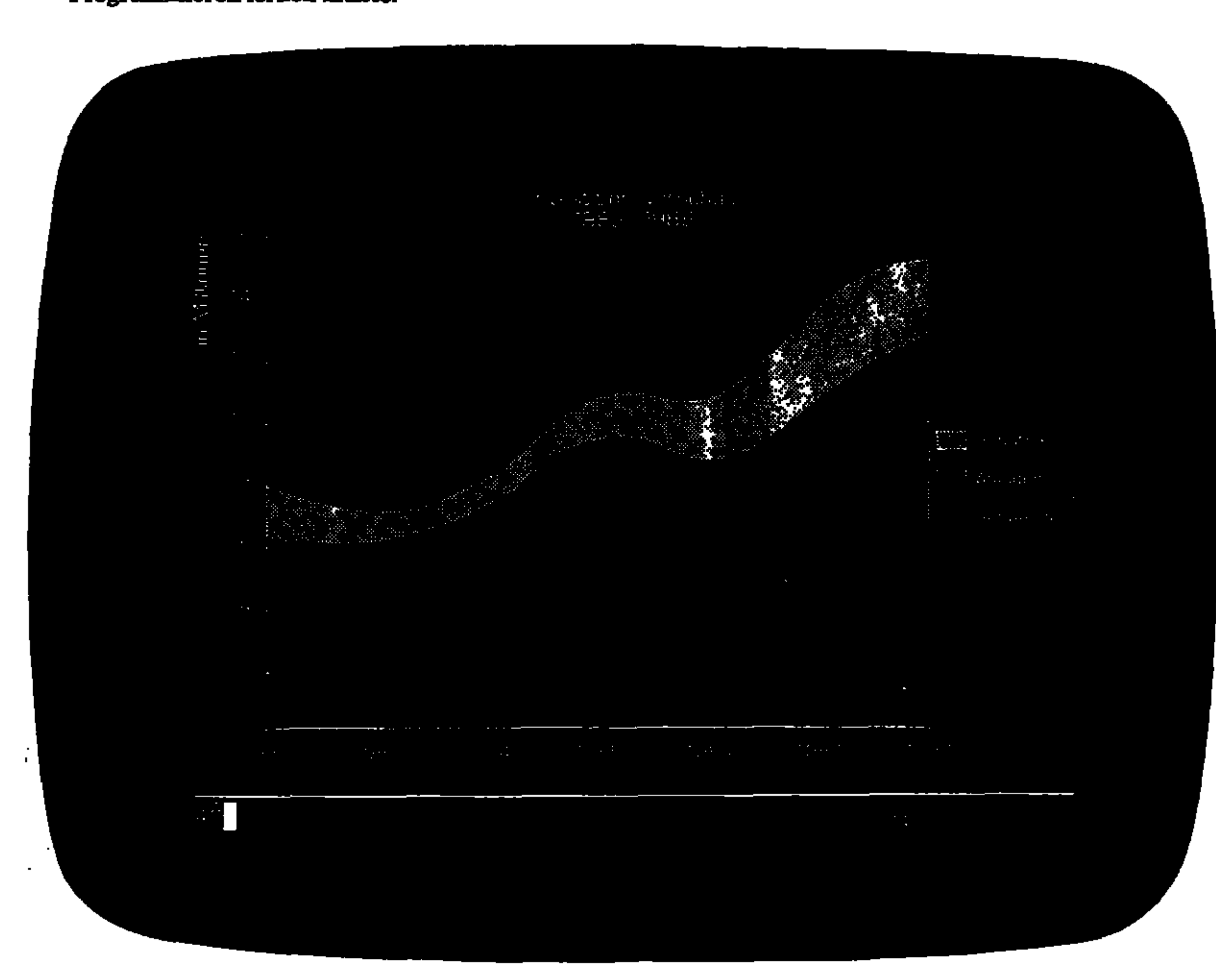
Der Finanzleiter kann zum Beispiel seine Budgetplanung selbst am Bildschirm machen, ohne daß er Programmieren lernen mußte.



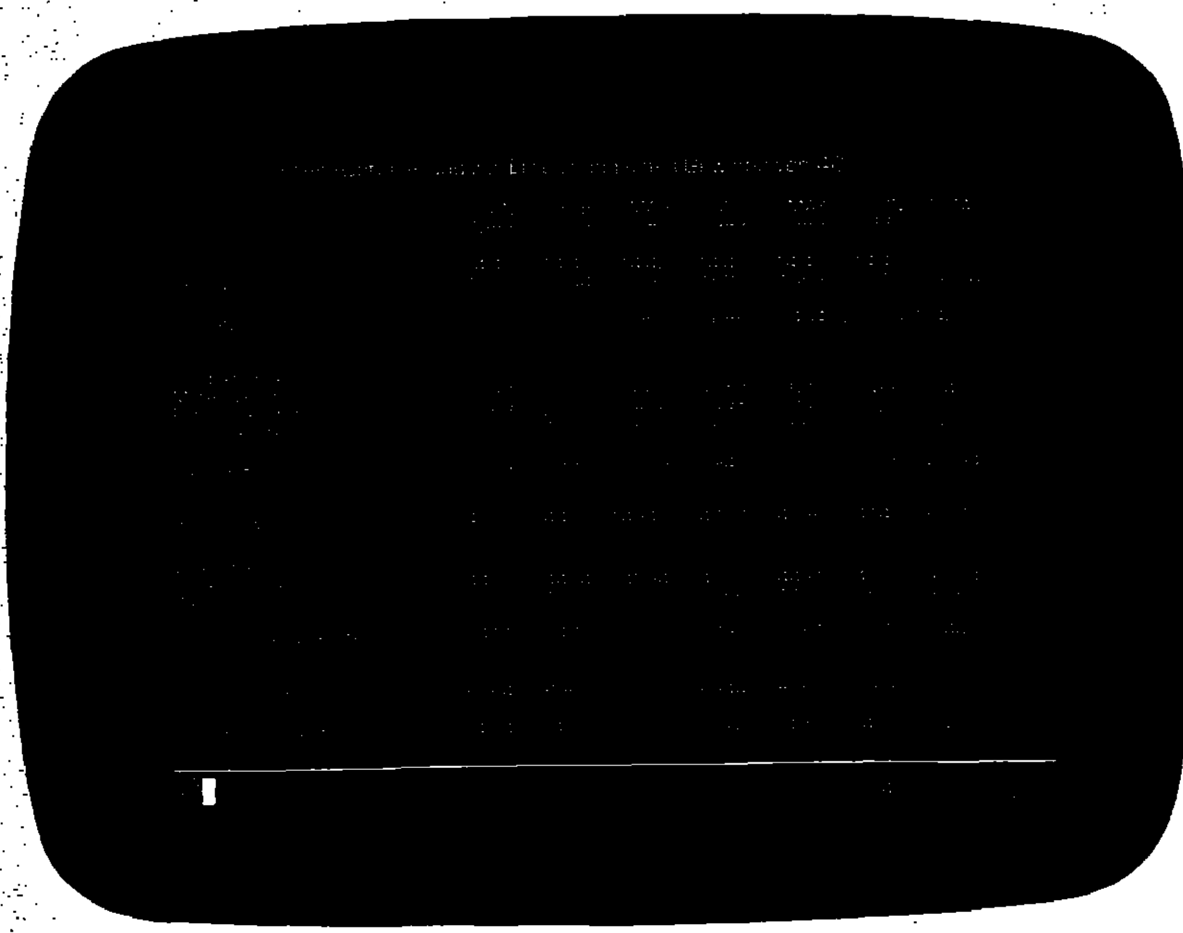
Der Vertriebsleiter kann zum Beispiel seine Produktplanung selbst am Bildschirm machen, ohne daß er Programmieren lernen mußte.



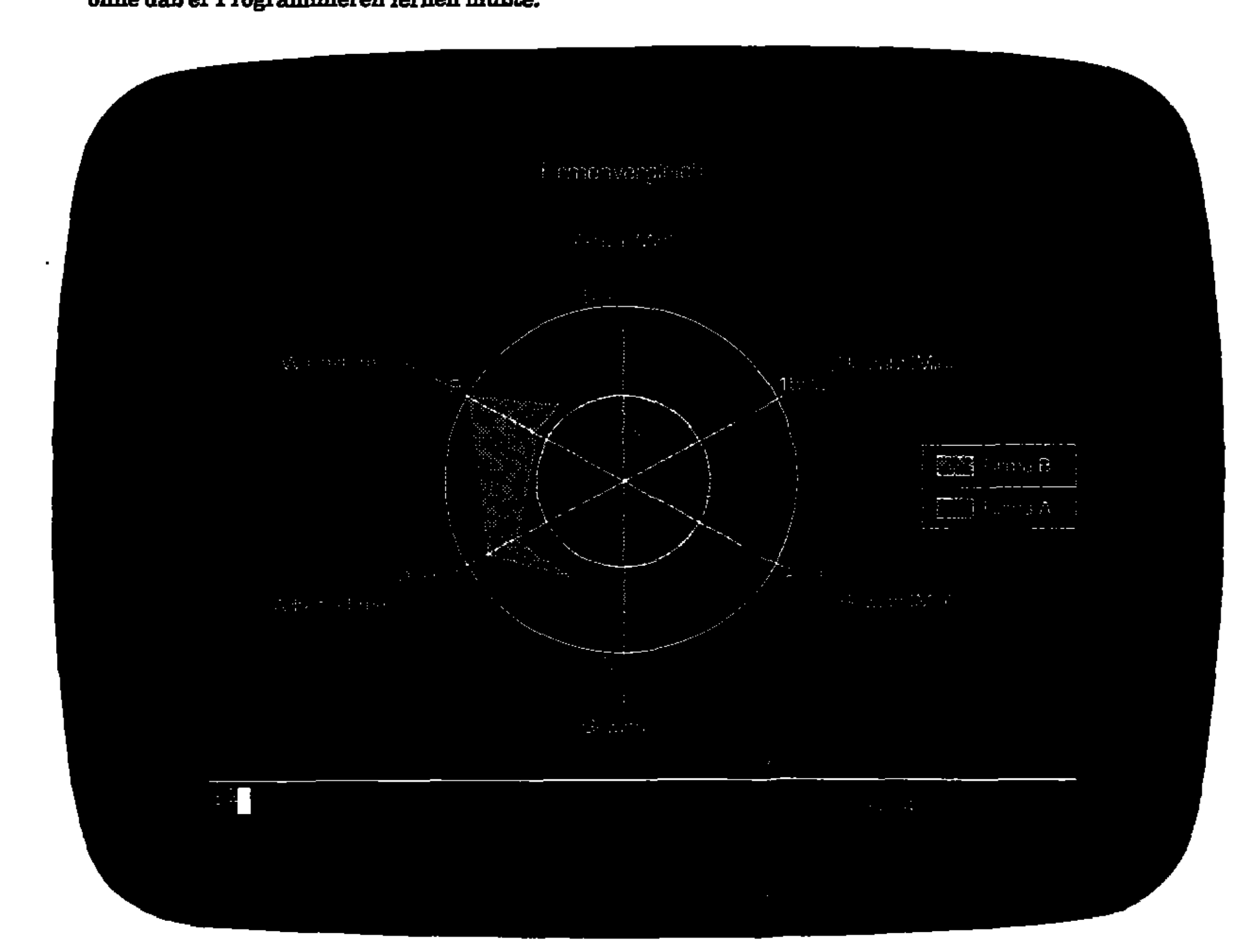
Der Personalleiter kann zum Beispiel seine Personalkostenanalyse selbst am Bildschirm machen, ohne daß er Programmieren lernen mußte.



Der Unternehmensplaner kann zum Beispiel seine Investitionsplanung selbst am Bildschirm machen, ohne daß er Programmieren lernen mußte.



Der Kostenrechner kann zum Beispiel seine Gewinnplanung selbst am Bildschirm machen, ohne daß er Programmieren lernen mußte.



Und alle können zum Beispiel ihre komplizierten Daten leicht verständlich als Kurven-, Kreis-, Flächen-, Radar- oder Streuungsdiagramm auch in Farbe darstellen.

In immer mehr Unternehmen müssen die Mitarbeiter nicht nur immer besser, sondern auch immer produktiver arbeiten – egal, ob sie nun oben oder unten, im Stab oder in der Linie sitzen. Dabei kann ihnen der Computer helfen. Soll nun jeder mit dem Computer arbeiten, müßte entweder die EDV-Abteilung stark vergrößert werden, oder aber jeder müßte Programmieren lernen. Das ist allerdings weder bezahlbar noch praktikabel. Deshalb hat die IBM ein sogenanntes Endbenützersystem entwickelt, das sowohl bezahlbar als auch praktikabel ist. Es ist das IBM Anwendungs-System (AS).

Mit diesem Anwendungs-System kann praktisch jeder aus jeder Fachabteilung verblüffend schnell ohne Hilfe von DV-Experten seine Aufgaben schnell, gut und eben selbständig lösen: In einem Drei-Tage-Kurs kann man lernen, wie man je nach Aufgabengebiet mit wenigen einfachen Befehlen zum Beispiel eine Datenbank aufbaut, Informationen analysiert, Berichte gestaltet, Daten und Texte verarbeitet, Unternehmenspläne macht, Projekte steuert, Daten graphisch darstellt und eine Reihe mathematischer Planungshilfen benutzt. Falls Ihnen das alles ein bißchen zu verblüffend klingt, führen wir Ihnen das IBM Anwendungs-System ausgiebig und kostenlos in Ihrer Firma vor.

Und nun noch etwas für die EDV-Experten. Das IBM Anwendungs-System gibt es ab sofort nicht nur als Service der IBM Rechenzentren, sondern kann auch in zwei Varianten im eigenen Unternehmen verwendet werden: Als ASIC Modell 1 (AS Information Center), dabei übernimmt die IBM den Benutzerservice und die Systemsteuerung. Und als VM/AS Lizenzprogramm, wenn ein eigener Benutzerservice und ein VM-System in der Firma vorhanden sind.

Wenn Sie mehr über das IBM Anwendungs-System (AS) wissen wollen, schicken Sie uns den Coupon oder schreiben Sie unter dem Stichwort „AS" an IBM Deutschland GmbH, Abteilung 2155, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80, damit wir Sie in den Interessentenkreis aufnehmen können.

IBM

4

Name

Position/Firma

Straße

PLZ/Ort

Telefon

Ich interessiere mich für das IBM Anwendungs-System:
☐ vereinbaren Sie mit mir einen Gesprächstermin und/oder ☐ vereinbaren Sie mit mir einen Vorführtermin in meiner Firma, ☐ vereinbaren Sie mit mir einen Vorführtermin in einem IBM Rechenzentrum, ☐ schreiben Sie mir, wann und wo die Drei-Tage-Kurse stattfinden, ☐ schicken Sie mir Informationsmaterial.

Mit ausgewählten Aktien nach oben

In- und ausländische Großanleger setzten ihre Käufe fort

DW. – An den deutschen Aktienmärkten war die Meinung über das Dienstaggeschäft geteilt. Hier Enttäuschung darüber, daß die Kurse dem „Rausch" des Dow-Jones-Index mit plus 24 vom Montag nicht folgten – dort Befriedigung, daß in- und ausländische Großanleger ihre Käufe fortsetzten und für Kurssteigerungen sorgten. Im Grund ist man auf dem Börsenparkett auch froh darüber, daß sich die Kurse in gesundem Maße und nicht überhitzt nach oben entwickeln. Immer mehr scheint die Entwicklung denjenigen recht zu geben, die meinen, daß die neue Börsenphase einen langsameren Kursanstieg bringen wird.

Am Farbenmarkt hielten sich die Tagesgewinne meist unter einer DM. Am Automarkt reichten die Gewinne am Dienstag bis 6 DM (VW). Am Bankenmarkt waren Deutsche Bank mit zeitweise plus 4,50 DM der größte Gewinner unter den Großinstituten. Die Käufe in Commerzbank setzten sich fort. Wenig verändert die Stahlwerte, bei denen erst einmal abgewartet wird. Unter den Maschinenbauern fielen KHD mit plus 5 DM aus dem Rahmen. Warenhäuser etwas höher.

Düsseldorf: Die Börse zeigte sich weiter freundlich. So schlossen Audi mit 235 DM (plus 5 DM). Bilfinger erhöhten um 5 DM auf 246 DM und Neckermann um 3 DM auf 87 DM. AEG Kabel Rheydt verloren 7 DM auf 245 DM und Hein. Lehmann gaben um 5 DM auf 175 DM nach. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 40 DM auf 3195 DM und Allianz Vers. um 8 DM auf 615 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse blieb auch am Dienstag freundlich, obwohl es gegen Börsenschluß zu Gewinnmitnahmen kam. Die Standardwerte hatten weitere Gewinne bis zu 5 DM mit Schwerpunkt VW, Siemens und Deutsche Bank, auch die meisten Nebenwerte blieben gebessert, so Braubank 453 DM plus 18 DM, Chemische Koepp 83,50 DM plus 11,50 DM, Effektenbank 340 DM plus 10 DM, Frankfurter Hypothekenbank 590 DM plus 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 341 DM (plus 3 DM) und Markt und Kühlhallen mit 279 DM (plus 4 DM) gehandelt. Hapag Lloyd kamen auf 50,90 (plus 1,10 DM). Von Versorgungswerten schwächten sich HEW auf 110,50 DM (minus 1 DM) ab. NWK-Vorzüge blieben mit 158 bis 159 DM unverändert.

München: Agrob St. erhöhten um 10 DM auf 325 DM und Deckel AG um 2,50 DM auf 100 DM. Dywidag stockten um 6 DM auf 276 DM auf. Gehe AG gaben um 12 DM auf 207 DM nach und Leonische Draht verbesserten sich um 4 DM auf 345 DM. NAK Stoffe verloren 1,90 DM auf 76,10 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 15 DM an. Koetitzer Leder wurden um 10 DM höher taxiert. DUB-Schultheiss erhöhten sich um 9 DM und DeTeWe um 8,50 DM. Bergmann, Kempinski und Orenstein konnten sich um je 3 DM verbessern.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York | Toronto | London | Amsterdam | Tokio | Zürich | Madrid | Paris | Mailand | Wien | Kopenhagen | Brüssel | Hongkong | Singapur | Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 14. 6.: 594 Optionen, 31 900 (91 850) Aktien, davon 160 Verkaufsoptionen = 8650 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-50/28,50, 7-60/17, 70-7,50, 7-75/2,50, 10-70/11, 10-60/3,60, 1-70/12,60, 1-75/11,40, 1-80/9, 1-85/6, 1-95/5, Siemens 7-318,05/26,10, 10-330/28,80, 1-340/29,80, 1-360/18, Veba 1-170/7,60, BASF 10-150/4,60, Bayer 7-130/9,50, 7-140/2,35, 1-150/7, Hoechst 10-150/6, 1-140/15, BMW 10-330/20, VW 7-180/5, 10-170/24,80, 10-180/11, 10-190/8, 1-170/26, 1-180/21, 1-200/9, 1-210/8, Conti 7-65/13,60, 7-95/3,60, 10-90/10, 10-95/8, 10-100/3,45, 1-90/14, 1-95/11,60, 1-110/6, Lufthansa 10-120/9,90, 10-130/4,40, 10-130/6, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,45, 10-130/4, Commerzbank 7-160/30, 7-170/20,80, 7-180/10,40 UND 10,60, 7-190/310, 10-160/33, 10-170/25, 10-180/18,50, 10-190/10,40, 1-170/28,60, 1-180/20, 1-190/15, 1-200/8,70, N1-210/5, Deutsche Bank 7-320/7,80, 7-330/4, 10-330/15, 10-340/6,40, 1-340/21,20, Dresdner Bank 10-180/15, 10-190/9,40, 1-180/21,90, 1-200/10, 1-220/6, Hoesch 7-55/2,20, 10-50/8,50, 1-50/10, 1-55/7,80, 1-60/5,40, Mannesmann 10-150/8, 10-160/4,50, 1-170/6,10, Thyssen 1-80/11,60, 1-85/7, 1-90/6, 1-95/2,80, Bay Hypo 10-300/20, Bay. Vereinsbank 10-350/15, BBC 10-190/15, Degussa 10-320/17,40, Harpener 10-280/20,60, Kali + Salz 10-180/21, Klöckner 10-45/2,80, 1-45/4,80, 1-50/2,60, Mercedes 10-460/34,50, RWE 1-180/8,50, RWE Vorzüge 1-180/10, Rütgers 7-370/36, Schering 10-350/12, Varta 10-190/14, Chrysler 10-70/10, Sperry Rand 1 1-100/9, Xerox 10-120/9, Philips 7-45/1,90, 10-45/3, 1-40/8, 1-45/5,60, Royal Dutch 7-110/2, 1-110/8, Norsk Hydro 1-150/8. Verkaufsoptionen: AEG 7-65/1,10, 7-75/5,30, 10-2,20, 10-70/4, 10-75/6, 1-60/1,90, 1-70/6,10, 1-75/8,90, 1-80/13,60, Siemens 7-350/11,40, 10-340/10, 1-340/12, Bayer 1-140/9,60, BMW 10-320/3,45, VW 10-170/4,40, 1-170/5,50, 1-180/10, 1-190/18,60, Lufthansa 10-120/7, Lufthansa Vorzüge 10-120/7, Hoesch 10-55/5.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	4⅞–5⅛	4¾–5⅛
3 Monate	9½– 9¾	5⅛–5⅜	4¾–5⅛
6 Monate	9¾–10⅛	5⅜–5⅝	4⅞–5⅛
12 Monate	10 –10¼	6 –6¼	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1604,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1100,00	1299,30
5 US-Dollar (Liberty)	443,00	630,54
1 £ Sovereign alt	253,00	308,49
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	240,00	293,80
Krüger Rand, neu	1066,00	1249,78
Maple Leaf	1065,00	1248,65
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	316,40
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	267,81
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	263,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	987,00	1183,11
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Nach Tiefstkursen am Vormittag von 2,5510 stieg der Dollar am 14. 6. im Nachmittagshandel auf 2,5650 in der Spitze. Ausgelöst wurde dieser Kursanstieg durch Positionsglattstellungen und eine auf 9 Prozent gestiegene Fed-Funds-Rate. Auch vestimmten die Liquiditätsabschöpfungen Maßnahmen der amerikanischen Notenbank am Montagabend. Unter anhaltenden Gewinnmitnahmen hatte weiterhin das britische Pfund zu leiden und es wirkte sich die Zurücknahme der Baserate durch britische Banken aus. Die übrigen amtliche notierten Währungen notierten wenig verändert. US-Dollar in: Amsterdam 2,8680; Brüssel 51,10; Paris 7,7060; Mailand 1515,95; Wien 18,0160; Zürich 2,1272; ir. Pfund/DM 3,159; Pfund/Dollar 1,5387.

Ostmarkkurs am 14. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,00; Verkauf 24,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

HOECHST-HV / Engelsgeduld des Präsidiums

Erfreuliches zum Geschäft

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Grünen haben die Aktionäre in Schwung gebracht: Sie hatten sich durch Aktienerwerb – die Fraktion der Grünen im Frankfurter Römer sprach von 600 Aktien – legitim Zugang zur Hauptversammlung des Frankfurter Chemiekonzerns verschafft und nutzten die Gelegenheit weidlich – zum Unmut der übrigen Aktionäre –, ihre bekannten Standpunkte zu aktuellen politischen Fragen in epischer Breite vorzutragen, so daß sie vom mit Engelsgeduld präsidierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Ranft mehrfach aufgefordert werden mußten, zur Sache zu kommen, nämlich zum Unternehmen Hoechst AG.

Zu dessen aktueller Lage hatte sich eingangs Vorstandsvorsitzender Prof. Rolf Sammet ausführlich und – entgegen den Sorgen der Verwaltung – auch ungestört geäußert. Für die meisten Aktionäre war dies durchaus erfreulich. Nach dem Dividendenrückgang für 1982 auf 5,50 DM je 50-DM-Aktie ist scheinbar für dieses Jahr wieder ein besseres Ergebnis zu erwarten: Wenn uns im zweiten Halbjahr eine Talfahrt wie 1982 erspart bleibt, sollte es möglich sein, in diesem Jahr einen besseren Gewinn als 1982 zu erwirtschaften, sagte Sammet.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres wird die Hoechst AG nach den Worten Sammets mit 6,3 Mrd. DM einen Umsatz wie im ersten Halbjahr 1982 erreichen. Dahinter steht eine Steigerung im Inlandsgeschäft um 3 Prozent, der Export fiel dagegen um drei Prozent unter die entsprechenden Vorjahreswerte.

Sehr detailliert ging Sammet auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Großaktionär, der Kuwait Petroleum Corporation, die 24,9 Prozent des Aktienkapitals hält, ein. Zwei Vertreter dieses Anteilseigners standen zur Neuwahl in den Aufsichtsrat an. Schwerpunkte der angestrebten unternehmerischen Zusammenarbeit liegen im Bereich der Düngemittel – wo die Gespräche am weitesten fortgeschritten seien.

Breiten Raum widmete der Vorstandsvorsitzende in der Rede auch den Aktivitäten der Hoechst AG in Sachen Umweltschutz. Zu diesem Thema lagen Gegenanträge „grüner" Aktionäre vor, nach denen der Bilanzgewinn in die offenen Rücklagen eingestellt werden sollte (zur Verwendung für Umweltschutzmaßnahmen) und Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung verweigert werden sollten.

Gerade der erste Punkt veranlaßte eine Kleinaktionärin zu einem engagierten Beitrag in der turbulenten Hauptversammlung. Sie warf den grünen Aktionärssprechern vor, offenbar die Aktionäre für eine Truppe von Millionären zu halten, „wir sind aber Menschen, die hart gearbeitet haben und ihre Ersparnisse unter anderem in Hoechst-Aktien angelegt haben. Wir brauchen unsere Dividende", begründete sie unter tosendem Beifall des Auditoriums ihre Ablehnung des Antrags.

Bei Redaktionsschluß dauerte die Hauptversammlung, auf der sich 25 Redner zu Wort gemeldet hatten, noch an. Insgesamt waren 1935 (1800) Aktionäre in die Höchster Jahrhunderthalle gekommen, die knapp 73 Prozent des Grundkapitals repräsentierten.

PWA / Investitionsschub erhöhte Verschuldung – Unter dem Strich blieb nur eine Null – Wechsel im Vorstand

Verbesserung der Kapitalstruktur hat nun Vorrang

DANKWARD SEITZ, München

Nach langjährigem, tiefgreifendem Strukturwandel sieht sich die PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg, München, nun für die Zukunft „gegenüber konjunkturellen Schwächephasen besser gerüstet". Wie Vorstandsvorsitzender Norbert Lehmann bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 erklärte, „wird keine Tochter mehr das Gruppenergebnis aus strukturellen Gründen belasten". Jedoch gesteht er ein, daß PWA jetzt darangehen muß, „etwas gegen die unzureichende Kapitalausstattung" zu tun, nachdem die Eigenkapitalquote weiter auf 14,2 (14,7 nach 17,5) Prozent abgerutscht ist.

Ein erster Schritt sei die Entscheidung, das Investitionsvolumen 1983 auf rund 50 Mill. DM zurückzuschrauben und damit deutlich unter den Abschreibungen zu bleiben. Hinzu komme, daß nun bei wieder steigenden Zellstoffpreisen mit besseren Erträgen gerechnet werden könne.

Im vergangenen Jahr mußte die Gruppe, bedingt durch Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei den deutschen Töchtern und der österreichischen Hallein Papier AG sowie den 1981 gemeinsam mit der Svenska Cellulosa im schwedischen Wifstaverfs begonnenen Fabrikneubau (Investitionsaufwand 124 Mill. DM), wieder umfangreiche Sachanlagenzugänge von 249,7 (217) Mill. DM verdauen. Da zu ihrer Finanzierung nur Abschreibungen von 119,8 (109) Mill. DM zur Verfügung standen, mußte PWA sich weiter erheblich verschulden. Langfristige Verbindlichkeiten stehen nun mit 718,8 (587,2) Mill. DM zu Buche. Die Gesamtverschuldung gemessen am Außenumsatz erhöhte sich von 54,4 auf 57,4 Prozent. Für Zinsen waren fast unverändert 83,2 (86,1) Mill. DM aufzubringen.

Mit zur Ertragsverschlechterung, die auch in dem von 146,6 Mill. auf 80,8 Mill. DM gesunkenen Brutto-Cash-flow (nach DVFA) zum Ausdruck kommt, trug bei, daß nur 8 von 13 Produktionsbereichen mit Gewinn arbeiteten. Der Außenumsatz der Gruppe stieg um 3,6 (10,8) Prozent auf 2,6 (2,5) Mrd. DM. Der Exportanteil ermäßigte sich auf 36 (37) Prozent.

Der im wesentlichen nur noch als Management- und Finanzholding fungierenden PWA AG flossen 1982 – Gewinne und Verluste saldiert – nur noch 14 (46 nach 63) Mill. DM aus den Ergebnissen ihrer Gesellschaften zu. Als Jahresüberschuß weist sie den Wert „Null" aus. Im Vorjahr waren es noch 10 (23) Mill. DM, da daß das Grundkapital von 200 Mill. DM noch mit einer Dividende von 2,50 (4) DM je 50-DM-Aktie bedient werden konnte.

Unter dem Strich hätte auch ein Fehlbetrag stehen können, wenn die Gesellschaft statt der 7,4 (11) Mill. DM Pensionsrückstellungen alle steuerlichen Möglichkeiten ausgeschöpft hätte. Ebenso wurde wie schon 1981 auf Sonderabschreibungen in Höhe von 75 Mill. DM verzichtet. Daß den Pensionsrückstellungen erneut rund 24 Mill. DM zuwenig zugewiesen wurden, begründete Lehmann damit, daß PWA diese Verpflichtungen innerhalb der Gruppe überwiegend zu Lasten des Jahresergebnisses zahlt. Im Augenblick arbeite man an einem Konzept, um diese Mittel künftig zur zinslosen Finanzierung im Unternehmen einsetzen zu können.

So wundert es nicht, wenn Lehmann, nach der künftigen Dividende gefragt, meint, daß PWA „in den nächsten Jahresabschlüssen selbst bei gutem Gewinn immer am Ende ein Null-Ergebnis ausweisen könnte". Gleichzeitig versichert er allerdings, daß „wir eine Dividende ausschütten wollen", ohne sich aber auf eine Prognose für 1983 festlegen zu lassen. Für 1983 ist Lehmann relativ optimistisch.

Auch wenn die Konjunkturbelebung noch nicht ganz gegriffen habe, könne mit einer Umsatzsteigerung von 6,5 Prozent und einem Ergebnis „über Null" gerechnet werden. Den Außenumsatz per Ende April bezifferte er mit 885 Mill. DM.

Der Hauptversammlung am 22. Juli wird sich Lehmann (62), wie er mitteilte, zur Wahl in den Aufsichtsrat ab 1. Oktober 1983 stellen. Zu seinem Nachfolger wurde Willi Klein-Gunnewyk berufen, der zur Zeit noch dem Vorstand der Krauss-Maffei AG, München, angehört. Er übernimmt den Vorsitz im PWA-Vorstand, nachdem Karlfriedrich Platt nach einer schweren Operation auf dieses Amt verzichtet hat.

ALBERT ZIEGEL

Belebung nach der Sommerpause?

D. SCHMIDT, Hamburg

Die Albert Ziegelwerke GmbH, Wellie, die in ihren Betrieben in Wellie und Algermissen Verblender und Klinker sowie Dachziegel produziert, hat im Geschäftsjahr 1982 zwar den Umsatz um 3,1 Prozent auf 27 (26,2) Mill. DM steigern können; zum ersten Mal mußte aber nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Uwe Troje, ein negatives Ergebnis ausgewiesen werden.

Wesentliche Ursache dafür waren Kapazitätseinbußen im Verblenderbereich. Während die Dachziegel ihren Umsatzanteil bei um 8 Prozent erhöhten Preisen auf 37 (29,8) Prozent erhöhten, ging die Quote von Verblendern und Klinkern auf 48,5 (56,5) Prozent zurück. Unverändert 8 Prozent entfielen auf den Sportanlagenbau und 3 Prozent auf Ziegel-Fertigteile.

Zuversichtlicher beurteilt Troje die Aussichten für 1983. Zwar liegen derzeit Umsatz und Auftragsbestand nur auf Vorjahreshöhe; die Tendenz sei aber steigend. Spätestens nach der Sommerpause sei mit einer Belebung zu rechnen. Für das gesamte Jahr erwartet Troje ein preisbereinigtes Umsatzplus von 10 Prozent. Die am 1. April vorgenommene Preiserhöhung für Verblender um 5 Prozent und für Dachziegel um rund 8 Prozent sei bislang nicht voll durchgesetzt worden. Alles spreche aber dafür, daß 1983 der vorgetragene Verlust ausgeglichen werden kann.

Um die Organisation zu straffen, sind die bisher getrennt operierenden Firmen Ende 1982 durch eine gemeinsame GmbH ersetzt worden. Gleichzeitig ist ein neuer Gesellschafter aufgenommen und das Kapital auf 3,2 (3) Mill. DM aufgestockt worden.

BRAUEREI LEICHT / Neue Strategie

Holpriger Weg nach oben

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Verwöhnt wurde die Brauerei Rob. Leicht AG, Stuttgart, wie die ganze Branche im bisherigen Verlauf dieses Jahres keineswegs. In den ersten vier Monaten lag der Bierausstoß um 4 Prozent unter dem der entsprechenden Vorjahreszeit. Da kam das kleine Plus im Monat Mai für Leicht doch etwas überraschend. Walter Götz, der seit Jahresbeginn amtierende neue Vorstandsvorsitzende der Brauerei – früher Vorstand der zu BP gehörenden Etimex –, geht denn auch für 1983 von einem nochmaligen Umsatzrückgang aus. Beim Ergebnis gehe es „holprig aufwärts", und man hoffe, daß dieser Trend anhalte. Aufgrund der Kostensteigerungen kündigt die Brauerei, die ihr Bier unter der Marke „Schwabenbräu" und die Fruchtsäfte unter „Vaihinger" verkauft, für das dritte Quartal 1983 eine Erhöhung des Bierpreises um 7 Prozent an.

Im Geschäftsjahr 1982 war der Bierausstoß bei Leicht, der mit 800 000 hl angegeben wird, ähnlich wie der in der baden-württembergischen Brauwirtschaft (minus 0,8 Prozent) leicht zurückgegangen. Dabei nahm der Absatz über die Gastronomie (gut ein Drittel des Ausstoßes ist Faßbier) zu. Da Bilanzstruktur und Ergebnis Wünsche offen ließen, will Leicht im Zuge seiner veränderten Zukunftsstrategie auch an der Verbesserung des Erscheinungsbildes nach außen feilen. Unbefriedigend für das Unternehmen war die Entwicklung im Fruchtsaftbereich (gut 300 000 hl Ausstoß), wo man Absatz- und Umsatzeinbußen zu schlucken hatte. Hier erhofft sich das Unternehmen zusätzliche Impulse durch ein „Bioland"-Saftprogramm, das über den Lebensmittelhandel vertrieben werden soll.

Der Umsatz des Konzerns, zu dem auch Hotelinteressen gehören, verringerte sich im Berichtsjahr um 4,9 Prozent auf 198 Mill. DM. Der Bilanzgewinn von wenig verändert 0,53 Mill. DM wird wieder auf neue Rechnung vorgetragen. Die Eigenkapitalquote des Familienunternehmens hat sich auf 20,9 (17,9) Prozent verbessert.

THIMM / Rohstoffpreise bereiten Sorge

Optimismus hält weiter an

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Thimm Verpackungswerke KG, Northeim, die im Geschäftsjahr 1982 im Gegensatz zur deutschen Wellpappeindustrie (minus 2,3 Prozent) ihren Umsatz um 14,3 Prozent auf 122 (107) Mill. DM steigern konnte, bleibt auch für das laufende Jahr optimistisch. In den ersten fünf Monaten hat das Unternehmen nach den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters, Klaus Thimm, erneut ein Umsatzplus von real 6 Prozent erzielt. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat in immer stärkerem Maße das in eigener Regie entwickelte Mehrfarben-Druckverfahren Thimm Color.

Mit Sorge beobachtet Thimm allerdings die jüngsten Preissprünge auf dem Rohstoffsektor. Die Entscheidung der EG, den Preis für Import-Kraftliner um rund 25 Prozent über das Niveau des Weltmarktpreises hinaus anzuheben, bringe erhebliche Probleme mit sich, zumal nach wie vor Überkapazitäten auf den Markt drücken. Inzwischen seien in der Branche Preiserhöhungen um durchschnittlich fünf Prozent durchgesetzt worden. Dies reiche aber nicht aus. Thimm rechnet für das gesamte Jahr mit einem Anstieg der Preise um 9 Prozent.

Die im Branchenvergleich günstige Entwicklung bei Thimm schlägt sich auch in einer „deutlichen Ergebnisverbesserung" nieder. Thimm nennt zwar keine konkreten Zahlen; Bilanz- und Betriebsergebnis seien aber 1982 positiv. Mit dem Abschluß der Konsolidierungsphase des neuen Werkes in Alzey, das Investitionen von rund 30 Mill. DM erforderte, nähere sich das Unternehmen ertragsmäßig den „gewohnten Zahlen". Dies bedeutet nach den Worten Thimms eine Umsatzrendite von rund 10 Prozent vor Steuern.

Nach den hohen Investitionen der Vorjahre hat das Unternehmen 1982 eine „Pause" eingelegt und lediglich 1,8 Mill. DM für Ersatzinvestitionen ausgegeben. Dadurch verringerte sich die Bilanzsumme auf 62,3 (69,4) Mill. DM. Die Abschreibungen blieben dagegen mit 5,3 Mill. DM nahezu unverändert.

MELITTA / Vor Senkung der Qualitäten gewarnt

Am Kaffeemarkt erfolgreich

JAN BRECH, Hamburg

Auf dem insgesamt stagnierenden Kaffeemarkt hat die Mindener Unternehmensgruppe Melitta in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Unternehmensbereich Kaffee einen Umsatzzuwachs von 11,2 Prozent auf 89 Mill. DM erreicht. Im Vorjahr hatte das Unternehmen mit Kaffee insgesamt 247 Mill. DM umgesetzt. Nach Angaben des Geschäftsführers Axel Wegner ist auch der Marktanteil von Melitta auf 4,4 Prozent gestiegen, nachdem er 1982 bei durchschnittlich 3,9 Prozent lag. Unter den Abpackern sei Melitta eindeutig auf Platz zwei, erklärt Wegner. Gegenüber 1982 zeige sich das Ergebnis leicht verbessert.

Die positive Entwicklung begründet Wegner einmal mit der Konzentration der Kräfte auf die Hauptmarke Melitta Filterkaffee, zum anderen mit der Erweiterung des Distributionsnetzes. Außerdem habe Melitta die Werbung wesentlich verstärkt und sei mit einem neuen, sehr eigenständigen Konzept an den Markt gegangen. Vor diesem Hintergrund erwarte Melitta auch im weiteren Verlauf des Jahres eine Stärkung ihrer Positionen.

Die Zukunft des deutschen Kaffeemarktes, der 1982 ein Umsatzvolumen von rund 7 Mrd. DM repräsentierte, wird nach Meinung von Wegner entscheidend davon abhängen, ob es trotz aggressiven Wettbewerbs gelingt, den hohen Qualitätsstandard zu wahren. Anzeichen für eine Absenkung der Qualitäten seien in der Bundesrepublik unverkennbar, obwohl Erfahrungen in den USA zeigten, daß solche Maßnahmen verheerende Folgen für den Gesamtabsatz mit sich bringen.

Zu den Preisen auf dem Kaffeemarkt erklärt Melitta, daß allgemeine Erhöhungen in der 2. Jahreshälfte nicht auszuschließen seien. Die Preissenkung vom März dieses Jahres habe auf Annahmen beruht, die sich nicht erfüllt hätten. Vor allem durch den steigenden Dollarkurs sei Rohkaffee seit dem Frühjahr kontinuierlich teurer geworden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Schwalbach 1: IRM Industriedruck GmbH, Taunusstein 4; **Bayreuth:** Walter Pfeifer, Inh. d. Pfiff, Walter Pfeifer; **Beckum:** HWS Fenster-Bau GmbH; **Bochum:** Portmann Rohrleitungsbau u. Montage GmbH; **Detmold:** Chemocholl GmbH – Vertrieb von Kunststoffen und Leim, Dörentrup; **Dortmund:** Kegelcenter Nord Gaststättenbetriebs-GmbH; **Düren:** Rudolf Schug, Landwirt, Hürtgenwald-Großhau; **Duisburg:** Karl-Heinz Mertens, Masseur und med. Bademeister; **Emmendingen:** Gebr. Bechtold GmbH, Marmor- u. Betonsteinwerk, Denzlingen; **Euskirchen:** Hoch- u. Tiefbau Görtz GmbH; **Freiburg i. Br.:** Kurklinik Vogelsbachhof GmbH, Badenweiler; **Hannover:** Evers Bau-GmbH, Wedemark 2; Erich Eisele, Dachdeckermeister; **Heilbronn:** Schmidt & Partner GmbH, Ödheim; **Kleve:** Werner Moors, Kaufmann, Inh. d. J. Grüntjens, Musikhaus, Kevelaer; **Köln:** Heinecke Stahlbau GmbH; Josef Kortlang & Söhne GmbH; CHV Plasta Chemie Handels- u. Vertriebsges. mbH, Frechen; **Niebüll:** KG d. Verlege-Fachbetrieb Fliesen-Rossen GmbH & Co. KG; **Stuttgart 1:** Ges. i. Case Collection Koffer u. Aluminium Cases Aluminium-Wohndesign Vertriebsges. mbH; Nachl. d. Bernd-Udo Elfert.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bückeburg: Bekleidungswerk Auetal GmbH, Auetal 2; BOC Heinrich Bock GmbH, Auetal 2 (Rolfshagen).

NAMEN

Prof. Heinrich Beisse, Richter am Bundesfinanzhof in München, ist zum Vorsitzenden Richter ernannt worden. Er hat den Vorsitz im VII. Senat (Zölle, Verbrauchssteuern, EG-Marktordnungsrecht) übernommen.

Dieter Schweickhardt (50), Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft Werbeagenturen (GWA), wurde anläßlich der Jahrestagung des Europäischen Verbandes der Werbeagenturen EAAA (European Association of Advertising Agencies) zum Chairman gewählt.

Gustav Riexinger, Vorsitzender des Industrieverbandes Tore, Türen, Zargen, und **Dr. Klaus Seppeler**, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Feuerverzinkereien, wurden zu Vizepräsidenten des Fachverbandes Stahlblechverarbeitung e. V. ernannt.

Walter Bettag wurde zum Vorstandsvorsitzenden und **Günter Appel** zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Gesamtverbandes des Deutschen Textilgroßhandels gewählt.

DEUTSCHER RING VERSICHERUNGEN / Aufwärtstrend im Neugeschäft

Probleme mit hoher Stornoquote

HARALD POSNY, Hamburg

Mit dem Wachstum hatten die Deutscher Ring Versicherungen, Hamburg, 1982 keine Probleme: bei einem Plus von 16,6 Prozent im Neugeschäft der Lebensversicherung und einem Beitragszuwachs von 26 Prozent im Unfallgeschäft der Sachversicherungs-AG reibt sich die Branche die Augen. Freilich mit dem enormen Plus wird der Ring fast traditionelle Probleme des Bestandsstorno, also vorzeitiger Kündigungen, nicht los, wenn sie auch derzeit von Konjunkturschatten überdeckt werden.

Der Zuwachs in Leben und Unfall stammt ganz überwiegend aus dem Geschäft, das eine – so Vorstandsvorsitzender Hans Grutschus – durchaus seriös arbeitende externe Vertriebsorganisation mit dem Namen „Zeus" für den Ring „anschafft".

Dabei handelt es sich um ein Zielgruppengeschäft (Leben-Unfall-Paket) mit jungen Leuten in Ausbildung, das nicht zuletzt wegen fehlender längerer Vertreterbindung an den Kunden auflösungsanfälliger ist. Das von der 600 Mann starken Zeus-Truppe (jährlich 70 000 Verträge) abgeschlossene Geschäft treibt mit ihrem Storno (10 Prozent im 1. Jahr) das Storno der Ring-Stamm-Mannschaft in die Höhe. Die dabei entstehenden Stornokosten werden, so Grutschus, gemildert durch vertragsgemäße Haftung der Zeus-Mitarbeiter.

Wenn auch innerhalb der Gruppe die gesamtwirtschaftliche Entwicklung den Geschäftsverlauf 1982 spürbar beeinflußt hat, der Aufwärtstrend in der Ertragslage und in der Überschußentwicklung hielt weiter an. In der Lebensversicherung erhöhten sich wegen des günstigen Risikoverlaufs, vor allem aber infolge der kräftig gestiegenen Kapitalerträge der Rohüberschuß um 28 Prozent auf 154 Mill. DM, von denen 99 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung flossen. Dadurch konnte die Überschußbeteiligung ab 1983 auf breiter Front erhöht werden. Die Auflaufleistungen erhöhen sich bis zu sieben Prozent.

Der DR-Krankenversicherung aG gelang 1982 die Verringerung der Schadenquote. Dagegen wurden aus dem Rohüberschuß (62 nach 32 Mill. DM) die Mittel für die Rückstellung zur Beitragsrückerstattung um 56 (28) Mill. DM aufgestockt. Beim Neugeschäft konnte der Versichertenbestand gehalten werden. Mit Hilfe eines neustrukturierten Tarifangebots soll eine deutliche Steigerung des Zugangs erreicht werden.

Die Ring Sachversicherungs-AG baute den technischen Verlust von 8,2 auf 5,9 Mill. DM ab, was dank der um 10 Prozent auf 193 Mill. DM gestiegenen Bruttobeiträge und der mit besserem Schadenverlauf verringerten Schadenquote von 68,8 (77,9) Prozent zusammenhängt. Die Steigerung des Neugeschäfts gehe ganz überwiegend (35 Mill. DM) auf die HUK-Sparte zurück. Der vorhandene Bilanzverlust wird durch das allgemeine Ergebnis auf 3,9 (4,2) Mill. DM abgebaut.

Im 1. Quartal des laufenden Jahres erzielte die Lebensversicherung ein Neugeschäftsplus von 23 Prozent, die Krankenversicherung ein Plus von 8 Prozent, die Sachversicherung buchte um 10 Prozent höhere Beiträge.

Dt. Ring Leben	1982	+/–%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	15 792	+ 10,0
Eingel. Neugeschäft	2 830	+ 16,7
Beitragseinnahmen	527	+ 6,5
Aufw. f. Vers.-Fälle	159	+ 10,1
Kapitalanlagen[1]	3 771	+ 7,2
Kapitalerträge[2]	276	+ 14,3
Aufwend. für Beitr.-Rückerst.	192	+ 28,4
Rückstell. für Beitr.-Rückerst.	472	+ 23,4

	1982	1981	1980
Stornoquote[3]	8,2	6,8	6,4
Verw.-Kostenquote[4]	7,2	7,2	7,5
Abschl. Kostenquote[5]	45,3	44,4	46,8
Überschußquote[6]	36,9	30,7	31,7

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,6 (7,1) Prozent; [3] Rückk. Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Dt. Ring Kranken	1982	+/–%
Beiträge (Mill. DM)	467	+ 10,6
Aufw. f. Vers.-Fälle	323	+ 1,7
Versich.-Leistung[1]	419	+ 8,8
Aufwendungen für Beitr.-Rückerst.	56	+100,4
Rückstellungen f. Beitr.-Rückerst.	113	+ 35,2
Kapitalanlagen[2]	752	+ 16,5
Kapitalerträge[3]	55	+ 19,2

in % d. Beiträge	1982	1981	1980
Schadenquote[4]	73,4	75,3	73,4
Leistungsquote[5]	94,9	91,2	88,6
Kostenquote[6]	13,5	14,0	15,5

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 8,0 (7,1) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.-Fälle u. erfolgsabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw.-Kosten.

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Gewinnen schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Fester, wenn auch mit weniger ausgeprägten Gewinnen, notierte Kupfer. Kaffee konnte nur in den ersten Sichten zulegen, alle weiteren Kontrakte gingen schwächer aus dem Markt. Höher in allen Sichten wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	13. 6.	10. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	343,50	343,00
Sept.	353,75	343,00
Dez.	357,50	366,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	13. 6.	10. 6.
St. Lawrence 1 CW	237,76	236,81
Amber Durum	238,96	231,81
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	120,20	120,90
Okt.	125,90	126,60
Dez.	129,10	129,60
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	95,80	96,30
Okt.	94,70	94,80
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	13. 6.	10. 6.
Juli	159,75	154,75
Sept.	158,75	158,00
Dez.	169,00	167,25
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	312,00	308,75
Sept.	291,00	290,25
Dez.	277,00	277,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	13. 6.	10. 6.
Juli	101,40	101,90
Okt.	104,70	105,00
Dez.	105,80	106,20
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	13. 6.	10. 6.
Juli	unerhältl.	10,88
Sept.	unerhältl.	11,00
Nov.	unerhältl.	11,30
Jan.	unerhältl.	11,58
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	19,55

Genußmittel

	13. 6.	10. 6.
Kaffee		
New York (c/lb)	13. 6.	10. 6
Terminkontr. Juli	126,00	125,25
Sept.	126,70	126,10
Dez.	125,75	125,75
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2235	2172
Sept.	2288	2225
Dez.	2305	2250
Umsatz	8707	6410
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	11,08	11,60
Sept.	11,36	11,91
Okt.	11,60	12,12
Jan.	12,10	12,79
März	12,46	13,00
Umsatz	17 010	18 478
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	13. 6.	10. 6.
	11,45	10,88
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	13. 6.	10. 6.
Kontrakt Juli	1629-1632	1647–1648
Sept.	1581–1583	1590–1591
Nov.	1577–1578	1576–1577
Umsatz	2132	3373
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1541–1543	1503–1505
Sept.	1558–1559	1506–1507
Dez.	1570-1572	1515–1516
Umsatz	4216	4170
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	187,00–187,25	183,00–183,25
Okt.	194,25–194,50	191,50–191,75
Dez.	196,50-197,00	193,00–195,00
März	204,25–204,75	202,50–203,00
Mai	206,50–207,50	204,50–204,75
Aug.	–	–
Umsatz	9220	6408

	13. 6.	10. 6.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	13. 6.	10. 6.
schw. Sarawak spez.	262,50	262,50
weißer Sarawak	367,50	367,50
weißer Muntok	367,50	367,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Juli	117,00	116,50
Sept.	116,05	115,40
Nov.	113,80	113,10
Jan.	108,00	108,00
März	107,00	106,60
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	13. 6.	10. 6.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Südstaaten fob Werk	26,25	26,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,13	19,05
Aug.	19,25	19,22
Sept.	19,30	19,32
Okt.	19,45	19,43
Dez.	19,70	19,65
Jan.	19,80	19,81
März	20,05	20,05
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,50	21,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	14,875	15,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	49,20	49,50
Juli	47,80	48,75
Aug.	44,25	45,35
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	60,57	62,70
Aug.	57,77	59,85
Febr.	57,15	58,65

	13. 6.	10. 6.
Häute		
Chicago (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	600,00	601,50
Aug.	604,50	608,00
Sept.	609,75	612,00
Nov.	619,50	622,00
Jan.	629,50	633,00
März	642,50	644,00
Mai	650,00	655,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	173,00	174,20
Aug.	174,10	175,40
Sept.	176,00	177,00
Okt.	177,00	178,50
Dez.	181,70	183,20
Jan.	184,00	185,30
März	187,00	189,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	13. 6.	10. 6.
Juli	291,30	291,80
Okt.	300,90	301,20
Dez.	305,70	306,30
Kokosöl		
New York (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Westküste fob Werk	32,00	32,25
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	14. 6.	13. 6.
jegl. Herk. cif	607,50	607,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	462,50	460,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	390,00	392,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	119,00	120,50
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	710,00	717,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,75	244,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	76,50	77,30
Okt.	78,10	78,90
Dez.	78,96	79,75
März	80,25	80,75
Mai	80,50	81,25
Juli	80,52	81,45
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	54,50	54,25
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kammz. Nr. 2:	13. 6.	10. 6.
Aug.	443-447	444–446
Okt.	438-442	439-441
Dez.	440-442	437–440
Umsatz	28	200
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	10. 6.	9. 6.
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,50	44,50
Dez.	44,80	44,80
März	45,50	45,50
Umsatz	0	15 750
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	10. 6.	9. 6.
Juli	566,5–568,0	568,0–569,0
Okt.	570,5–572,0	570,0–573,0
Dez.	585,0–586,0	584,5–586,0
Umsatz	78	17
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	13. 6.	10. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	13. 6.	10. 6.
Juni	13 900	13 910
Juli	13 880	13 895
Kautschuk		
London (p/kg)	13. 6.	10. 6.
Nr. 1 RSS loco	72,50–74,50	72,00–74,50
Juli	73,20–73,50	72,80–74,00
Aug.	72,80–73,10	72,00–72,90
Juli/Sept.	72,90–73,20	72,20–72,30
Tendenz: ruhig stetig		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	13. 6.	10. 6.
Nr. 1 RSS loco:	249,00–250,00	249,00–250,00
Juli	251,50–252,50	251,00–252,00
August	253,50–254,50	253,00–254,00
Nr. 2 RSS Juli	246,00–247,00	246,50–247,50
Nr. 3 RSS Juli	243,00–244,00	243,50–244,50
Nr. 4 RSS Juli	236,50–237,50	237,00–238,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	13. 6.	10. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14. 6.	13. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	101,80–101,99	102,28–102,48
drittfolg. Monat	105,64–105,74	106,05–106,25
Zink: Basis London		
laufend. Monat	184,69–184,89	185,10–185,29
drittfolg. Monat	190,40–190,60	191,05–191,25
Produz.-Preis	199,59	198,55
Reinzinn 99,9%	3685-3701	3714–3751

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 6.	13. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	434,96–437,32	434,74–437,12
Blei in Kabeln	109,50–110,50	110,00–111,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370-372	370-372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	14. 6.	13. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	354-371	354-357
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	389-403	389–401
MS 63	403-406	403-407

Zinn-Preis Penang

	13. 6.	10. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,68	30,66

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 6.	13. 6.
Leg. 225	355-356	335-341
Leg. 226	357-359	337-344
Leg. 231	385-396	363-381
Leg. 233	403-407	383-392

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 6.	13. 6.
Platin (DM je g)	37,70	37,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 280	33 080
Rücknahmepr.	33 230	33 500
verarbeitet	35 980	35 590
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 020	33 855
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	978,00	974,20
Rücknahmepr.	943,80	940,10
Verarbeitet	1021,30	1017,40

Internationale Edelmetalle

	14. 6.	13. 6.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	412,35	412,00
15.00	497,9	–
Zürich mittags	411,75–412,50	411,50–412,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 550	101 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	761,10	752,05
3 Monate	779,30	777,05
6 Monate	797,50	788,75
12 Monate	830,65	820,25
Platin (£-Feinunze)	13. 6.	10. 6.
London fr. Markt	273,50	268,90
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	82,80	81,35

New Yorker Preise	13. 6.	10. 6.
Gold H & H Ankauf	413,00	411,25
Silber H & H Ankauf	1154,00	1102,50
Platin fr. Händlerpr.	403,00–408,00	403,00–406,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	129,00–131,00	128,50–130,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1175,00	1147,00
Juli	1179,00	1145,00
Aug.	1201,50	1161,50
Sept.	1199,00	1163,00
Dez.	1225,00	1199,00
Jan.	1251,20	1210,70
März	1271,20	1225,00
Umsatz	23 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	13. 6.	10. 6.
Juni	74,95	74,70
Juli	75,30	75,10
Aug.	76,10	75,90
Sept.	76,00	76,55
Dez.	76,90	76,55
Jan.	79,55	79,25
März	80,80	80,00
Umsatz	12 000	13 000

Londoner Metallbörse

	14. 6.	13. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	942,50–943,50	[illegible]
3 Monate	970,00–970,50	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	258,50–259,00	[illegible]–257,50
3 Monate	266,20–266,50	[illegible]–267,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1092,0–1092,5	1082,0–1082,5
3 Monate	1113,5–1114,0	1106,0–1106,5
abends Kasse		1088,5–1089,5
3 Monate		1110,0–1110,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1059,0–1061,0	1048,0–1050,0
3 Monate	1079,0–1080,0	1078,0–1079,0
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	483,50–484,00	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8545–8546	[illegible]
3 Monate	8550–8555	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)		[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		[illegible]

ALSEN – BREITENBURG

Zement- und Kalkwerke GmbH, Hamburg

An die Aktionäre der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft, Hemmoor

Aufgrund des zwischen der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft, Hemmoor, und uns am 28. Juni 1972 abgeschlossenen Unternehmensvertrages (§ 4 Abs. 2) haben wir an die außenstehenden Aktionäre der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft gem. § 304 AktG als Ausgleich einen Betrag von 12,30 DM je Hemmoor-Aktie im Nennbetrag von 50 DM für das Geschäftsjahr 1982 zu zahlen. Die Aktionäre erhalten außerdem von der Zahlstelle eine Steuergutschrift in Höhe von 6,92 DM.

Zahlstellen und weitere Einzelheiten bitten wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 15. Juni 1983 zu entnehmen.

Hamburg, den 14. Juni 1983

DER VORSTAND

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

in Abwicklung

Frankfurt am Main Silberbornstraße 14

Wertpapier-Kenn-Nr. 575 907

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

am 29. Juli 1983, 10.30 Uhr, im großen Saal des Hotels Frankfurter Hof, Kaiserplatz, Frankfurt am Main.

(Die vollständige Bekanntmachung erfolgt im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 15. Juni 1983.)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Rentenwerte noch vernachlässigt

Am Rentenmarkt blieb das Geschäft verhalten. Öffentliche Anleihen änderten sich bis um etwa 0,2 Prozentpunkte nach oben und unten. Dabei waren dreijährige Laufzeiten bei den Bundesobligationen gesucht und fünfjährige eher angeboten. Auch DM-Auslandsanleihen lagen etwas freundlicher, allerdings meist nur bis um einen Achtelpunkt. Der Pfandbriefmarkt tendierte am Dienstag freundlich bis fest, wobei sich Kurssteigerungen um Dreiviertelprozentpunkte ergaben.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Gedanken einer aufmüpfigen Schauspielerin: Jutta Speidel und das TV

„Wir finden immer ein Nudelbrett!“

Die Geburt eines neuen Erdenbürgers sollte eigentlich die natürlichste Sache der Welt sein. Doch wehe der Schauspielerin, die ein Baby erwartet und nicht bereit ist, der Boulevardpresse den Namen des Vaters zu nennen. Dann wird ein Baby aus einer unberingten Partnerschaft zum Skandalobjekt Nummer eins.

Von dem Münchner Kindl Jutta Speidel ist die Rede, die sich so heftig wehrt, ihr Privatleben der Öffentlichkeit preiszugeben. Wenn von ihr die Rede ist, dann rutscht das Klischee vom „netten Blondchen“ sofort zwischen die Zeilen, denn wer sozusagen mit Kindesbeinen bei 13 oder 14 Lümmel- und Paukerfilmen mitgewirkt hat, dem liegt ja die ernsthafte Schauspielerei sowieso nicht.

„Diese Betrachtungsweise ist mir wirklich 'ne Schuhnummer zu klein“, meint Jutta Speidel. „Ich sehe mich weiß Gott nicht als kleines blondes Dummchen von nebenan mit Stupsnase und Sommersprossen. Ich glaube, daß ich eine Charakterschauspielerin bin, und wenn ich's noch nicht bin, dann wachse ich über kurz oder lang in dieses Fach hinein.“ Ein wenig trotzig klang dies; es zeigte aber auch, daß sie genau weiß, was sie will, und daß die Speidel eine überaus starke, manchmal auch starrköpfige junge Dame sein kann.

Namhafte Regisseure, mit denen sie zusammengearbeitet hat, bestätigen diesen Eindruck. Rudolf Noelte meinte: „Ihre Augen sind ihr Stimmungsbarometer, ihr Gesicht das Spiegelbild ihrer Gedanken. Jutta gehört zur ersten Garnitur ihrer Generation und hat das Zeug zu einer internationalen Karriere.“ Und Reiner Erler, mit dem

Sorry – ARD, 20.15 Uhr

sie den Fernsehfilm „Fleisch“ gedreht hat, stellt sie so dar: „Ihre schauspielerische Stärke ist das Temperament: Eben noch zu Tode betrübt, in der nächsten Sekunde himmelhoch jauchzend. Hinzu kommt, daß ihre Konzentration der eines Hochleistungssportlers gleicht.“

Und sie selbst meint nachdenklich: „Die Leute, die mit mir zusammenarbeiten, wissen genau, was sie an mir haben. Ich bin ganz zufrieden, wie es momentan bei mir läuft. Das einzige, was mir aufstößt, ist die Tatsache, daß es sehr wenig talentierte Regisseure und fast keine guten Drehbücher gibt. Gute Produktionen sind rar. Meistens handelt es sich dann um Koproduktionen mit ausländischen Anstalten. Bei solchen Objekten greife ich sofort zu, weil ich dann die Möglichkeit habe, mit interessanten Leuten zusammenzuarbeiten, die mich als Darstellerin fordern. In reinen deutschen Fernsehfilmen sind die Arbeitsbedingungen zu schlecht. Bei uns ist eben die Technik tausendmal wichtiger als das, was die Schauspieler bringen. Man hat nie Zeit zum Üben und selten die Möglichkeit, sich richtig fundiert mit seiner Rolle auseinanderzusetzen. Dies sollten die Verantwortlichen mal überdenken. Wenn es uns Schauspieler nicht gäbe, dann könnten die nur noch Dokumentarfilme drehen. Letztlich finden wir immer noch ein Nudelbrett, auf dem wir spielen können.“

Nur aufs Fernsehen ist sie – trotz Derrick-, Tatort- oder Traumschiff-Folgen – nicht angewiesen. Da gibt es vor allem die überaus vielbeschäftigte Theaterdarstellerin. „Kabale und Liebe“, „Elektra“ und mehrere Shakespeare-Rollen belegen dies. Zur Zeit fesseln die Speidel allerdings Rollen, in denen sie Frauengestalten verkörpern kann, die fest mit beiden Beinen im Leben stehen.



Nimmt kein Blatt vor den Mund: Jutta Speidel FOTO: HORST OSSINGER

Auch der Film „Sorry“ von Thomas Engel zeigt Menschen, die sich durchbeißen müssen. „Dabei ist dieser Streifen in einigen Zeitungen völlig falsch angekündigt worden. Es handelt sich nicht um die banale Geschichte zweier Sekretärinnen, die nur ihren Chef und das Vorzimmer teilen, sondern um eine böse englische Satire. Ich spiele in diesem Stück eine Frau, die sich etwas aufgebaut hat. Ihr Lebenswerk wird zerstört, so daß ihr am Ende praktisch der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Das hat mit einer seichten Komödie nicht das geringste zu tun!“

ROLF PETERS

KRITIK

Die schleichende Bedrohung

Der amerikanische Top-Kritiker Ron Holloway, ein Kenner der deutschen Szene, schrieb zur Kinoaufführung des Films **Regentropfen**, er sei einer der besten, die bisher über „deutsche Juden im Dritten Reich“ gemacht worden sei.

Nun ist das Stück, wie vorgesehen, im ZDF gelandet, und der Augenschein vor dem Bildschirm bestätigt das Urteil: Kein Stück aus diesem Themenbereich hat bei uns mit so wenig Mitteln, mit so großer Gelassenheit, mit so stiller und fast stummer Beharrlichkeit eine so große ästhetische, das heißt menschliche, und das heißt politische Wirkung hervorgerufen. Zweifellos erreicht der Film nicht die Hochdramatik der „Geschwister Oppermann“ von Monk, aber in der versteckten, der heimlichen und schleichenden Bedrohung des ganz gewöhnlichen Provinzalltags einer jüdischen Familie entwickelt das Stück eine subtile Spannung, die langsam, aber unaufhaltsam auf den verzweiflungsvollen Schluß zusteuert. Die letzten fünf Minuten im Vorzimmer des amerikanischen Konsulats sind das eigentliche Drama, das in dem Schicksalswort Visaverweigerung enthalten ist.

Die Darsteller sind von einer Hingabe, die mehr als nur professionelles Können zeigt. Der Hauptdarsteller ist ein Laie, der Jack Geula, Sohn einer israelischen Mutter und eines Persers, ein Frankfurter. Der Junge trägt die Geschichte, ein Schauspielwunder. Michael Hoffmann und Harry Raymon ist zu danken.

REGINA ROSTOW

Was im Nebel so passieren kann

Also, wem das nicht zu Herzen geht, der ist ein Unmensch der allerersten Sorte, der hat überhaupt nicht verdient, daß der Hessische Rundfunk so eine wunderschöne Serie, nämlich **Die Rosen von Dublin**, für ihn eingekauft hat!

Da hat ein Hallodri von Fotoreporter (alle Fotoreporter sind Hallodris), ein französischer selbstverständlich, eine schöne, rothaarige und irische Jungfrau kennengelernt (alle Iren sind rothaarig). Als sie sich zum ersten Mal sehen, da ist der Fotoreporter ganz weg, aber in der nebelwallenden Nacht ist er wieder ganz da, und so passiert's eben. Das Abenteuer, das auf dem weichen irischen Rasenteppich begann, bleibt nicht folgenlos, und dann macht sich dieser gewissenlose Leichtfuß auf zu den Krisenherden dieser Welt, wo sich die Alimente-Forderungen im Bombenregen verlieren. Aber er hat nicht mit den Brüdern der Irin gerechnet, Raufbolde der stärksten Garnitur (alle Iren sind Raufbolde), die dem Bildreporter das Gewissen wieder wachklopfen. Flugs eilt er nach Irland, um sich die Folgen der Liebesnacht mal anzusehen und an vergangene Zeiten zu denken.

Aber da ist die erste Folge schon vorbei, und man kann kaum den nächsten Montag erwarten, wenn es furchtbar schön und echt spannend weitergeht.

RAINER NOLDEN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF

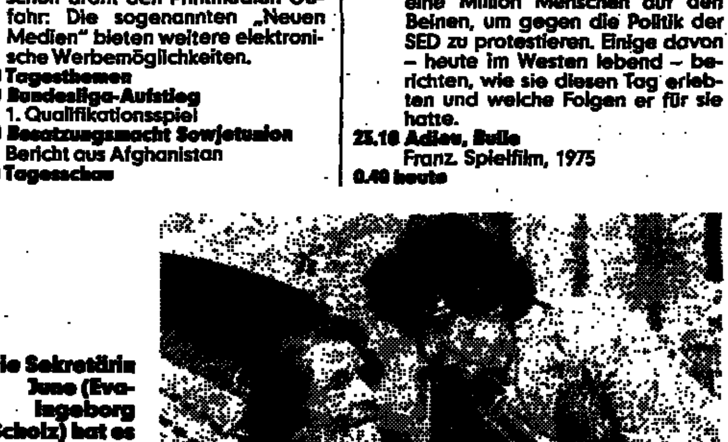
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Liebe hat ihre Zeit
11.25 Unser Kosmos
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

8.55 Tagesschau
8.58 Aus dem Bundestag
Debatte über die Sicherheitspolitik
16.10 Tagesschau
16.15 Das waren Zeiten
17.00 Wir Kinder der Klasse 3 d
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Sorry
Fernsehspiel von Carol Bunyan
Deutsch von Peter Nottke
Mit Jutta Speidel, Eva-Ingeborg Scholz u. a.
Alltag in einem Büro: Zwei englische Sekretärinnen teilen sich das Vorzimmer. June ist, was man eine alte Jungfer nennt, Kate genau das Gegenteil: Anhängerin der Frauenbewegung, im Äußeren etwas flippig und provokant. Über ihre privaten Probleme wagen die beiden Frauen nicht miteinander zu sprechen.
21.45 Das Milliardending
Mehr Medien – Mehr Fernsehen – Mehr Werbung
Trotz der Wirtschaftsflaute wächst die Werbewirtschaft. 13 Milliarden Mark gaben deutsche Unternehmen 1982 für die Werbung aus. Noch beherrschen die „klassischen Werbemedien“ das Feld: Anzeigen in Tages- und Wochenzeitungen sowie in Illustrierten und Publikumsblättern. Doch schon droht den Printmedien Gefahr: Die sogenannten „Neuen Medien“ bieten weitere elektronische Werbemöglichkeiten.
22.30 Tagesthemen
23.00 Bundesliga-Aufstieg
1. Qualifikationsspiel
23.20 Besatzungsmacht Sowjetunion
Bericht aus Afghanistan
24.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
Traumwasser
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Geister-Kanu (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Kilby und Wolf Maahnd
17.35 Rauchende Colts
Letzte Folge: Ein Mann sucht Rache (3)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Ein Mann sucht Rache (4)
19.00 heute
19.30 Telemotor
Automagazin mit Harry Valérien
20.15 ZDF Magazin
17. Juni: Symbol deutscher Einheit / Hilferuf für Sacharow / Schwarzarbeit schädigt Volkswirtschaft
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Es riecht nach Öl
22.10 Rekonstruktionen
Der 17. Juni 1953
Der Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und der „DDR“. Film von Carl-Ludwig Poetschke und Dieter Zimmer
Man kennt die Umfragen, die jedes Jahr am 17. Juni gemacht werden: Warum ist heute Feiertag? Am 17. Juni 1953 war in der „DDR“ eine Million Menschen auf den Beinen, um gegen die Politik der SED zu protestieren. Einige davon – heute im Westen lebend – berichten, wie sie diesen Tag erlebten und welche Folgen er für sie hatte.
23.10 Adieu, Bulle
Franz. Spielfilm, 1975
0.40 heute



Die Sekretärin June (Eva-Ingeborg Scholz) hat es mit ihrer kranken Mutter (Edith Robbers) nicht leicht. (Sorry – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in ...
21.50 Auslandsreporter
H. G. Wiegand: Vancouver-Notizen
22.20 Die eine singt, die andere nicht
Franz. Spielfilm, 1976
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Oman – Oase unter dem Schwert
19.15 Seefahrt ist not! (5)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Dreißig Jahre 17. Juni 1953–1983
22.05 Der Film-Club
Stalker
Sowjetischer Spielfilm, 1979
0.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus (6)
19.30 Antiquitäten in Serie (10)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker heute in Bad Soden am Taunus
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.25 The Big Beat – Rock 'n Roll live 65
Amerik. Musikfilm, 1964/65

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Reden ist Gold
20.15 Sammelsurium
21.00 Die Feuerzangenbowle
Dt. Spielfilm, 1944
22.35 Geisel für die anderen

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Das Wunschkind
19.45 Poldark (9)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
22.45 Dallas
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Kautschuk

BL. – Der Singular ist eine Vereinfachung. Es gibt nicht mehr nur den Kautschuk, der zeitweise, als Brasilien das Weltmonopol des Wildkautschuks besaß, teurer war als Silber. Die makromolekulare Chemie hat viele Kautschuke geschaffen. In ihrer inneren Struktur dem Naturprodukt ähnlich, in ihren gezielt entwickelten einzelnen Eigenschaften dem einstigen Vorbild aber überlegen, haben die Synthesekautschuke die Anwendung revolutioniert – Werkstoffe nach Maß.

Naturkautschuk, heute ausschließlich Plantagenkautschuk, kommt überwiegend aus Südostasien. Malaysia, Singapur und Indonesien sind die größten Anbauländer. Naturkautschuk wird an Rohstoffbörsen gehandelt. Sein Preis ist außer von Angebot und Nachfrage abhängig von politischen Ereignissen.

Darin lag – neben der faszinierenden Möglichkeit, Kautschuk mit ganz bestimmten Eigenschaften regelrecht zu „züchten" – ein Grund für die enorme Aufwärtsentwicklung der Kautschuksynthese. Aufgrund des reichlich vorhandenen billigen Erdöls konnte Synthesekautschuk in den Industrieländern in großen Mengen preisgünstig und preiskonstant hergestellt werden. Sein Anteil am gesamten Kautschukverbrauch überflügelte den des Naturkautschuks.

Die explosiven Ölpreissteigerungen der siebziger Jahre veränderten die Situation. Das Wissen um die Begrenztheit der Ölreserven brachte die Frage nach der Resubstitution ins Spiel. Zweifellos wird künftig mehr Naturkautschuk verarbeitet werden, wenn entsprechende Mengen zu attraktiven Preisen angeboten werden.

Technologisch wäre ein Umsteigen von hochspezialisierten Synthesekautschuken auf den Allround-Rohstoff Naturkautschuk mit Einbußen an gerade jenen Gebrauchseigenschaften verbunden, mit denen das Gummi als technischer Problemlöser fungiert. Politisch ergibt sich allein aus der geographischen Lage der Erzeugerländer die Gefahr, daß auch der Naturkautschuk eines Tages als politisches Druckmittel eingesetzt wird. Synthesekautschuk wird aus Naphtha, einer Benzinfraktion, gewonnen, die ganze vier bis fünf Prozent des Ausstoßes einer Raffinerie ausmacht. Das Problem liegt bei der Energieeinsparung. Niedriger Kraftstoffverbrauch bedeutet auch geringeren Ausstoß des Koppelprodukts Naphtha.

Eine „gewisse" Zuversicht

Ein Ziel der Branche bleibt die Rationalisierung von Ersatzteilbeschaffung

Von HANS HAG

Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung brachte das Jahr 1982 der deutschen Kautschukindustrie nicht die erhoffte Absatzbelebung. Vielmehr mußte sie zum dritten Mal hintereinander einen Mengenrückgang hinnehmen. Mit 1,12 Millionen Tonnen lag der Absatz der Branche um zwei Prozent niedriger als 1981. Nimmt man die Jahre 1980 bis 1982 insgesamt, so addieren sich die Absatzverluste gegenüber dem Jahr 1979 auf 7,5 Prozent.

Die Verkäufe sind 1982 nicht nur im Inland zurückgegangen (minus 1,9 Prozent), sondern auch im Export (minus 2,2 Prozent). Während der Absatzrückgang im heimischen Markt die Bereiche „Bereifungen" sowie „Technische und sonstige Gummi-Erzeugnisse" in gleichem Umfang traf (jeweils minus 1,9 Prozent), waren die Exportverluste bei Reifen mit mehr als einem Prozent geringer als bei technischen Produkten (minus 5,0 Prozent).

Ursache für diese divergierende Entwicklung ist im wesentlichen, daß die Reifenexporte im Zuge der europäischen Verbundproduktionen durch Lieferungen zur Programmergänzung nicht so unmittelbar den Marktentwicklungen folgen wie die Ausfuhren technischer Gummi-Erzeugnisse, die den kurzfristigen Schwankungen der Auslandsnachfrage unterliegen.

Dem Rückgang im Mengenabsatz stand eine Zunahme beim Umsatz an Gummi-Erzeugnissen um 3,6 Prozent gegenüber. Damit überschritt der Umsatz der Kautschukindustrie erstmals die Grenze von zwölf Milliarden Mark.

Da der Auslandsumsatz im Gegensatz zum Inlandsgeschäft rückläufig war, verminderte sich der Exportanteil am Gesamtgeschäft von 22 Prozent (1981) auf etwas mehr als 21 Prozent im Jahre 1982. Die Erträge konnten – nach erheblichen Einbußen in den Vorjahren – 1982 im Branchendurchschnitt gehalten oder etwas verbessert werden. Sie werden aber von der Branche als nach wie vor unbefriedigend angesehen.

Im Jahr 1982 nahm der Kautschukverbrauch für die Herstellung von Gummi-Erzeugnissen um 0,8 Prozent auf 388 000 Tonnen nur geringfügig zu. Davon waren 38 Prozent Naturkautschuk und 62 Prozent Synthesekautschuk.

Im Jahresdurchschnitt 1982 waren in der deutschen Kautschukindustrie 85 100 Personen beschäftigt. Diese Zahl war um 3,4 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. 27 Prozent der gewerblichen Arbeitnehmer waren Gastarbeiter – ebensoviel wie 1981.

Die Produktivität, ausgedrückt als Herstellung je geleistete Arbeiterstunde, stieg im zurückliegenden Jahr um 3,2 Prozent (nach plus 0,5 Prozent 1980 und plus 1,5 Prozent 1981). Für diese Entwicklung gibt der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie zwei Faktoren an: Die niedrigen Raten der beiden Vorjahre beruhen darauf, daß die Anpassung in der Zahl der Arbeitskräfte an die rückläufige Produktion erst mit Verzögerung erfolgte, nachdem sich auch 1982 die Hoffnung auf eine durchgreifende Konjunkturwende nicht erfüllte. Zum anderen führte die sich abzeichnende Gefahr von Arbeitsplatzverlusten zu größerer Leistungsbereitschaft.

Daher spiegelt die längerfristige Entwicklung der Herstellung je geleistete Arbeiterstunde am ehesten den tatsächlichen Produktivitätsfortschritt in der deutschen Kautschukindustrie wider: rund 2,7 Prozent im Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Die Situation in der deutschen Kautschukindustrie ist – wie in vielen anderen Industriezweigen – bereits seit längerem von Überkapazitäten gekennzeichnet. Lag die Kapazitätsnutzung, bezogen auf die betriebliche Vollauslastung, im Jahr 1980 noch bei etwa 83 Prozent, so stellte sie sich infolge der zwischenzeitlichen Absatzrückgänge 1982 nur noch auf 79 Prozent.

Angesichts der seit einigen Jahren stagnierenden Kautschukwarenproduktion stellt sich für die Branche die Frage, inwieweit Kautschuk durch Kunststoffe oder andere Materialien ersetzt wird. Im großen und ganzen meint man, daß sich Materialsubstitution zugunsten und zu Lasten des Kautschuks in den letzten Jahren nur in geringem Umfang vollzogen und im wesentlichen gegeneinander aufgehoben hat.

Denn einerseits erfolgt, zumeist aus Kostengründen, eine gewisse Substitution von Kautschuk durch Kunststoffe. Auf der anderen Seite treten beispielsweise im Kraftfahrzeugbau wegen der Gewichts- und Raumeinsparung Kautschukteile an die Stelle von Metall, und zwar dort, wo Kunststoffe wegen mangelnder Flexibilität und Wärmebeständigkeit (beispielsweise im Motorraum) nicht verwendet werden können.

Die Investitionspläne für 1983 sind von einer „gewissen Zuversicht" geprägt. Hier wollen, so stellte das Ifo-Institut in München fest, 75 Prozent der Unternehmen das Investitionsvolumen gegenüber 1982 beibehalten, 25 Prozent werden mehr investieren als im Vorjahr. Das vorrangige Ziel bleibt auch 1983 die Rationalisierung vor der Ersatzbeschaffung, während Erweiterungsinvestitionen nur in minimalem Umfang geplant sind.

1982 ist bei den Materialpreisen eine gewisse Beruhigung eingetreten, dies allerdings auf einem Niveau, das um rund 50 Prozent über dem von 1979 lag. Bei den Arbeitskosten setzte sich 1982 der Anstieg fort, wenngleich nicht im Ausmaß der Vorjahre. In den zurückliegenden drei Jahren stiegen die Arbeitskosten um rund 18 Prozent, die Materialkosten um 53 Prozent und die Erlöse um 29 Prozent.

In der Erlösveränderung drükken sich zugleich Verschiebungen zu höherwertigen und damit kostenintensiveren Erzeugnissen aus. Der Steigerung der Erlöse entspricht also nicht eine Verbesserung der Ertragslage in gleicher Größenordnung. Der Nachholbedarf bei den Erlösen ist in Wirklichkeit größer. Es bleibt die Frage, inwieweit Konjunktur und scharfer Wettbewerb die notwendige Verbesserung der Ertragslage von den Verkaufserlösen her zulassen.

Hauptabnehmer der deutschen Kautschukindustrie ist die Automobilindustrie. Einschließlich des Ersatzbedarfs gehen 71 Prozent der von der Kautschukindustrie im Inland verkauften Produkte in Kraftfahrzeuge. Überwiegend sind das Reifen, aber auch technische Produkte wie Keilriemen, Schläuche, Dichtungen oder Federungselemente. Die verbleibenden 29 Prozent des Absatzes gehen in die verschiedenen Industriezweige beziehungsweise direkt an den Verbraucher.

Für 1983 lebt die Branche von der Hoffnung, daß eine gewisse Belebung in der zweiten Jahreshälfte einsetzt.

In der Automobilindustrie haben sich die Auftragseingänge in den ersten Monaten 1983 bei Pkw recht gut entwickelt; bei Nutzfahrzeugen scheint sich die Nachfrage ebenfalls zu festigen. Insgesamt, so schätzt man, könnte die Automobilproduktion 1983 ganz knapp hinter der des vergangenen Jahres zurückbleiben.

Am ehesten erwartet man Impulse von der Bauindustrie. Mit einem Andauern des Nachfrageanstiegs und einer Ausweitung des Bauvolumens bis in das Jahr 1984 wird gerechnet.

Nur der Kunststoff-Motor ist noch nicht konstruiert

Ziel im Automobilbau: immer leichtere Teile

„Das Auto der Zukunft wird, abgesehen von den Antriebsaggregaten, aus Kunststoff bestehen. Ingenieure in aller Welt arbeiten an Autos, die noch leichter und damit energiesparender, zugleich aber auch weniger umweltschädlich sind." Diese Prognose stellten kürzlich Fachleute der deutschen Fahrzeugindustrie.

„Kunststoff" ist ein weiter Begriff. Es gibt eine geradezu riesige Anzahl von Werkstoffen, die zu dieser Gruppe gehören, vom klassischen Bakelit (dem ersten Kunststoff überhaupt) über Nylon und all die anderen Kunstfasern bis zum Plexiglas, zum Teflon, ja sogar zum Kunstkautschuk. Kein Wunder deshalb, daß, von Oldtimern abgesehen, längst jedes Auto mehr oder weniger Teile aus irgendwelchen Kunststoffen enthält.

Für einen Mittelklassewagen rechnet man heute im Durchschnitt mit 70 bis 80 Kilogramm, hinzu kommen noch einmal rund 75 Kilogramm Gummi (einschließlich Reifen). Und diese Anteile nehmen ständig zu.

Eine ganz besonders starke Zukunft scheint dabei ein Material zu haben, das seit etwa zehn Jahren unter der Bezeichnung „Integralschaum" auf dem Markt ist. Es gibt heute Stoßstangen aus Integralschaum, die bei gleicher Stoß- und Bruchfestigkeit noch um 30 Prozent leichter sind als eine gleich große, auch schon leichtgewichtige Kunstkautschuk-Stoßstange. Gut bewährt haben sich auch stoßabsorbierende Bugspoiler, die bei schwächerem Anstoß nachgeben und dann wieder die alte Form annehmen, ebenso ganze Kotflügel und Kotflügelblenden und sogar komplette verformbare Front- und Heckpartien.

Eine angenehme Beigabe dieses Werkstoffs ist, daß sich die Teile daraus nach Beschädigung relativ leicht wiederherrichten lassen: Man kann sie schneiden, sägen, bohren, fräsen, verkleben, dann spachteln, schleifen, polieren und auch lackieren. Die Verwendung von Integralschaum bei den „Stoßpartien" der Autos kann die Reparaturkosten gegenüber Blech bis um ein Drittel senken.

KARL STARK

Der Millionenmarkt im OP

Gummi ist für die Medizin unentbehrlich

Operationshandschuhe aus Gummi sind heute medizinische Selbstverständlichkeit. Wie könnte man wohl ohne Infektionsgefahr für den Patienten noch operieren? Gefertigt werden solche Spezialhandschuhe aus Naturkautschuk. Nur 0,12 bis 0,25 Millimeter „dick" ist die Gummihaut, und dennoch absolut dicht und auch reißfest.

Die Herstellung geschieht nahezu vollautomatisch. Ausgangspunkt sind Porzellanformen der Hand und eine relativ dünnflüssige Latex-Mischung. Latex ist die weißliche Milch des Kautschukbaums, die noch gereinigt und nachbehandelt wird, bis sie eine für diesen Zweck geeignete Konsistenz hat.

Das Ganze geht in Räumen mit gefilterter Luft vor sich, die nur durch Schleusengänge betreten werden können. Ein Speziallabor sorgt für ständige mikrobiologische Überwachung der Fertigung.

Die medizinische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Gummiartikels zeigt eine einzige Zahl: Allein im westeuropäischen Raum werden derzeit jährlich an die 100 Millionen Paar Operationshandschuhe benötigt. In der Zukunft dürfte diese Menge aber noch auf das Dreifache anwachsen.

Gummi und verwandte Elastomere finden sich übrigens im Operationssaal und überhaupt in der Medizin in vielfältiger Weise. Da ist der kleine Druckballon des bekannten Blutdruckmessers. Da sind die Kappen auf den Serumflaschen und Serumspritzen und überhaupt die Verschlüsse empfindlichster Behälter für Antibiotika, Impfstoffe, Bakterienkulturen und dergleichen, bei denen es auf hohe Sterilität und absolute Luftundurchlässigkeit ankommt. Da sind die Schläuche für Transfusionen von Blut und Blutplasma.

Bei diesen Instrumenten zum Leeren, Fülle, Spülen oder auch bloßen Untersuchen von Körperhöhlungen und Körperorganen, bevorzugt man Naturkautschuk; denn er bietet die nötige Biegsamkeit, ist chemisch inaktiv, verträgt sich gut mit dem Körpergewebe und kann, was ja wichtig ist, leicht sterilisiert werden.

UWE MASCHINER

Die Traber können jetzt leise ihre Bahn ziehen

Früher liefen die Sportler auf gewalzter Asche, daher der alte Name „Aschenbahn". Dann kamen die feinkörnigen rotfarbenen Quarzsand-Bahnen auf. Heute dringt immer mehr die Kunststoffbahn aus künstlichem Kautschuk vor.

Ein Leichtathletikboden – Laufbahn, Kugelstoß- und Hammerwurfkreis, Anlaufbahn für Hoch-, Weit- und Stabhochsprung – muß natürlich vor allem witterungsfest sein; er darf also weder durch Sonnenhitze noch durch Regen, Schnee und Frost leiden. Er muß das Laufen mit Spikesschuhen erlauben. Er soll rutschfest sein. Daß die gewünschte rotbraune Farbe weder ausbleichen noch abfärben darf, ist selbstverständlich.

Auch Tennisplätze werden neuerdings mit Belägen aus Synthesekautschuk ausgerüstet. Wegen ihrer Witterungsunempfindlichkeit sind sie fast ganzjährig bespielbar, und außerdem spart der Verein enorm an Pflegekosten. Beläge dieser Art sind natürlich auch für Kleinsportfelder verwendbar, für Volleyball und Basketball zum Beispiel. Und schließlich hat man sogar Synthesekautschuk-Beläge für Pferderennbahnen und für die Pferdeställe und -boxen entwikkelt.

Im Jahre 1972 wurde auf der Trabrennbahn in Dinslaken das erste Geläuf mit solchem Kautschukbelag eingeweiht. Dieser Belag ist 22 Millimeter dick und in 1,20 Meter breiten Bahnen mit dem Feinbetonuntergrund fest verklebt. Obenauf wurde vor Inbetriebnahme eine 1,0 bis 1,5 Zentimeter dikke Sandschicht geschüttet, die gut auf dem Belag haftet und nun dem Geläuf solide Griffigkeit gibt.

Für den Trabersport bringt diese neue Art von Bodenbelag eine Menge Vorteile: Die glatte, gleichmäßige Oberfläche ermöglicht größere Geschwindigkeiten; die Pferde laufen sicherer, der Sulky hat eine ruhigere Fahrt; es kommt kaum noch zu Schulter-, Huf- und Sehnenschäden; die Pferde geraten nicht so leicht ins Galoppieren, was ja im Trabersport zur Disqualifikation führt; man ist vom Wetter unabhängig; und Pflege und Instandhaltung der Bahn sind erheblich billiger als bei normalen Bahnen. Rennen auf dem Bahnbelag, und Ausruhen dann auf einem ähnlichen Stallbelag.

Dieser Belag wirkt auf die Tiere beruhigend. Beim Scharren mit den Hufen gibt es fast kein Geräusch, und damit entfällt für das Pferd der anreizende Impuls zum Scharren.

KLAUS TEGT

Zahl der Rezepturen steigt ständig

Hoher Anteil an Forschung, Entwicklung und Kontrolle

Im Bereich der mittelständischen Kautschukindustrie findet sich häufig ein Modell der Arbeitsteilung – auf der einen Seite steht der Hersteller von Gummi-Mischungen, auf der anderen Seite der spezialisierte Mischbetrieb.

Er zeichnet sich durch hohen Kapitaleinsatz in Produktionsanlagen aus, die es möglich machen, unterschiedlichste Mischungen aus verschiedensten Rezepturen wirtschaftlich herzustellen; kapitalintensive Anlagen mit hohem Mengendurchsatz – jedoch geringer Wertschöpfung bezogen auf die produzierte Einheit.

Zur Technologie des Mischens kommt hier die Entwicklung von Rezepturen. Mehr als 7500 Rezepturen sind heute bei Kautschuk-Compoundern vorhanden und es wird mit einem weiteren Ansteigen der Vielfalt von Rezepturen gerechnet.

In Zukunft ist denkbar, daß im Bereich Forschung, Entwicklung und Kontrolle mehr als zehn Prozent der Mitarbeiter beschäftigt sein werden. Die Stärke und Leistungsfähigkeit des Kautschuk-Compounders liegt in den zahlreich vorhandenen Mischungen für jeden Einsatzzweck und Einsatzbereich, aber auch in der Beweglichkeit.

Aufträge unterschiedlichster Größe müssen problemlos trotz Qualitätsgarantie die Mischanlage verlassen. Dabei hilft die breite Palette von Rohstoffen, die der Mischungslieferant bereithält.

Aber da gibt es noch die andere Seite: der Verarbeiter, beispielsweise der Hersteller von Gummiformteilen. Sein Partner ist der Abnehmer. Der Einsatzbereich von Gummiteilen erstreckt sich über den gesamten Bereich der Industrie. Als Schwerpunkte dürfen Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik gesehen werden.

Häufig benötigt ein Verarbeiter für bestimmte Marktsegmente Mischungen aus nur wenigen Rezepturen, die vom Kautschuk-Compounder spezifisch für diesen Bedarf entwickelt sein können. Der Mengenbedarf an Mischungen ist meist auch in der Größe vorhanden, um eine eigene Mischerei wirtschaftlich nutzen zu können. Darüber hinaus macht es die Arbeitsteilung möglich, geringere Materialvorräte zu unterhalten.

Arbeitsteilung in der Kautschukindustrie zwischen Kautschuk-Compounder und Verarbeitern ist also durchaus als zukunftsorientierte Strategie zu erkennen. Wenn jeder der Beteiligten sich auf seine eigenen Stärken konzentriert, wird in Zukunft diese Arbeitsteilung noch an Gewicht gewinnen.

LEON MARKOWITZ

Ein elastisches Beruhigungselement

Gummi und Metall – man kann sich bei den technischen Werkstoffen keinen größeren Kontrast vorstellen als zwischen diesen beiden. Und dennoch können Gummi und Metall zu etwas Gemeinsamem kombiniert werden. Es ergibt sich dann ein Bauelement mit vielen Fähigkeiten. Motoren zum Beispiel sind in Gummimetall gelagert, Plattenspieler in Gummimetall aufgehängt, Häuser können auf Gummimetall stehen, Sitzmöbel rollen per Gummimetall.

Selbstverständlich sind Gummi und Metall nicht miteinander verschmolzen. Die Gummiformteile werden mit entsprechenden Teilen aus Metall durch eine Art Klebevorgang so stabil verbunden, daß nachher bei einem Zerreißversuch der Riß eher innerhalb des Gummis stattfindet als an der Klebestelle. Dabei ist „kleben" nicht der richtige Ausdruck. Denn das Bindemittel dringt bei der Herstellung solcher Kombinationsteile unter Wärme ein wenig in das Gummi ein und verbeißt sich andererseits in der zuvor aufgerauhten Metalloberfläche, so daß es die Teile regelrecht miteinander verankert.

Zwei Eigenschaften des Gummis werden bei Gummimetallteilen genutzt: seine Fähigkeit, mechanische Schwingungen zu dämpfen und akustische Schwingungen zu absorbieren. Gummimetall ist ein Beruhigungselement.

Eindrucksvoll ist die Verwendung von Gummimetall im Bauwesen. Brücken zum Beispiel lagert man gern auf Gummimetall. Diese Elemente fangen die Fahrbahnstöße ab und dämpfen alle Vibrationen.

Oder ein anderes Beispiel: Da wollte man in der englischen Stadt Belper das Gebäude für einen neuen Supermarkt ausgerechnet über einer vielbefahrenen Eisenbahnstrecke errichten. Hätte man das Bauwerk einfach so „hingestellt", wäre der Lärm in den Verkaufsräumen zeitweise unerträglich gewesen, und eine mühsam aufgetürmte Konservendosenpyramide wäre bei der nächsten Zugdurchfahrt durch die heftigen Vibrationen zusammengestürzt. Also setzte man das Gebäude auf Gummimetall, auf insgesamt 151 Lager aus Metall plus Naturkautschuk (der für solche Zwecke besser ist als Synthesekautschuk). Der Witz dabei: kein einziges tragendes Bauteil steht in direktem Kontakt mit dem Erdboden oder gar mit einem Träger der Eisenbahnkonstruktion, überall ist Gummi dazwischen. Nun ist es im Supermarkt leise genug, und auch die Konservenpyramiden bleiben stehen.

BERNHARD MÖLLER

Am 11. Juni 1983 verstarb durch einen tragischen Unglücksfall unser Generalagent für Ostafrika, Herr

Wolfgang Köhler

im Alter von 40 Jahren.

Wolfgang Köhler begann seine Tätigkeit bei uns 1961 mit einer Ausbildung zum Reedereikaufmann und war seit 1970 in Mombasa/Kenya eingesetzt. Seit 1977 vertrat er die Deutsche-Ostafrika-Linie als Generalagent und die Bundesrepublik Deutschland als Honorarkonsul.

Durch sein umfassendes Wissen und seine reichen Erfahrungen war Wolfgang Köhler maßgeblich am Aus- und Aufbau unserer Beziehungen zu den ostafrikanischen Ländern beteiligt.

Sein Name und seine Verdienste werden in unserem Hause und in der Afrika-Schiffahrt unvergessen bleiben.

DEUTSCHE-AFRIKA-LINIEN

Die Trauerfeiern finden statt: Am 17. 6. 1983 um 15.30 Uhr in der Memorial Cathedral in Mombasa und am 20. 6. 1983 um 14 Uhr, Hauptfriedhof Hamburg-Altona.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Witze vom Ur-ur-Opa

no – „Das Kabarett ist wie ein Zündholz", hat Werner Finck einmal gesagt, „es zündet nicht, wenn es sich nicht an etwas reiben kann." Dabei mag Finck an die schönen alten Schwefelhölzer gedacht haben, die sich an allem und jedem reiben und entzünden ließen. Die heutigen Kabarettisten in München, Berlin oder Düsseldorf müßten dementsprechend mit den modernen „Sicherheitszündhölzern" verglichen werden. Die zünden nur an einer ganz bestimmten Reibfläche, die vom Produzenten gleich mitgeliefert wird. Das Düsseldorfer „Kom(m)ödchen" illustriert das derzeit aufs anschaulichste.

Obwohl es schon viele Jahre her ist, haben wir noch immer die trotzig-traurigen Worte im Ohr, mit denen die Kabarettisten den Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition begrüßten. Plötzlich schien man aller Feindbilder und damit auch aller Themen beraubt. Aber es dauerte nicht lange, bis sich die – zugegeben etwas ungewöhnliche – Einsicht verbreitete, daß von nun an die Opposition und nicht mehr die Regierung die Zielscheibe des Kabaretts (damit allerdings nicht mehr des Witzes) zu sein habe. Und so richtete man sich geruhsam ein. Ein Programm mußte eine Truppe ein Jahr lang versorgen. Aktualitäten wurden allenfalls mit einem Nebensatz eingeflochten.

Das „Kom(m)ödchen" z. B. hob – nichtsahnend, wie sich die politische Welt verändern könnte – Mitte vorigen Jahres sein „Jahresprogramm", Geistesblitze mit beschränkter Zündung, unter dem Titel „Playback" aus der Taufe. Und dieses Programm ist heute noch immer zu sehen, ungeachtet der gründlich veränderten politischen Szene.

Allerdings – das sei nicht verschwiegen – mit einer grundsätzlichen Änderung: Statt Thomas Freitag fungiert jetzt Michael Quast als Stichwortgeber für Lore Lorentz. Ansonsten ist bis auf zwei Nummern alles beim alten geblieben. Den Kanzlersturz, vorgezogene Neuwahlen, die Bestätigung der CDU/CSU/FDP-Regierung – nichts scheinen die Düsseldorfer bemerkt zu haben. Sie ziehen die alten Witzchen ab und tun so, als könnte das Kabarett die Welt erschüttern.

„Seit ich alles sagen darf, fällt mir nichts mehr ein", hat ebenfalls Werner Finck gesagt – und die Konsequenzen daraus gezogen. Aber selbst das ist dem „Kom(m)ödchen" nicht eingefallen.

Paris: Jean Genets „Wände sind überall"

Bombenalarm im Kino

Aus dem vor acht Jahren errichteten hypermodernen großen Theatersaal des Kulturhauses von Nanterre ist ein Vorortkino der Fünfziger Jahre mit Neongirlanden und ausgebleichtem rotem Plüsch geworden. Patrice Chéreau kaufte den gesamten Kinosaal, wie er noch heute typisch ist für die Araberviertel hinter dem Pariser Gare du Nord, als „Totaldekoration" seiner Inszenierung von Jean Genets „Wände sind überall".

Die Zuschauer blicken auf einen fleckigen Projektionsschirm. Die Bühne davor ist leer. Das Stück aus dem Algerienkrieg, dessen französische Erstaufführung 1966 zu einem politischen Skandal wurde, findet im Saal selbst unter den Zuschauern statt, unter die sich auch Schauspieler gemischt haben, die auf das Geschehene reagieren.

Fallschirmjäger demonstrierten damals vor Barraults Théâtre de France, in dem das Stück, inszeniert von Roger Blin, gegeben wurde. Rechtsextremistische Gruppen drangen in den Saal ein und bewarfen die Bühne mit faulen Eiern. Barrault organisierte einen Ordnungsdienst zum Schutz der Schauspieler, zu dem auch der damals 21jährige Patrice Chéreau gehörte. Er ist der Schauspielerin Maria Casares treu geblieben: Sie spielt heute die Hauptrolle der Mutter in Nanterre, die damals unvergeßlich von Madeleine Renaud gegeben wurde.

Wie werden die jugendlichen Zuschauer heute, zwanzig Jahre nach dem Algerienkrieg, reagieren? Hinter uns wird die Dekoration diskutiert. Man nennt sie eine Geldverschwendung. Die Franzosen haben soeben eine Sondersteuer zahlen müssen, für die das Paar hinter uns eine Anleihe hat aufnehmen müssen. „Du kannst ja nicht mitreden", höre ich eine Stimme, „schließlich hast du ja sie gewählt." Gemeint sind jene, als deren Starregisseur sie Chéreau beschimpfen: die Sozialisten.

Kurz darauf sieht man einen Polizisten über die Bühne vor der Kinoleinwand gehen, der dort nichts zu suchen hat. Die Lichter gehen an. Chéreau kommt an die Rampe und erklärt, das Stück werde unterbrochen wegen einer technischen Panne. Vor dem Theater fahren Polizei und Feuerwehr auf. Ein anonymer Anrufer hatte einen (falschen) Bombenalarm ausgelöst.

Genet beschreibt in seinem Stück den Leidensweg des Arabersjungen Said vom Dieb zum Verräter seines Volkes, von Station zu Station ein Abstieg in immer größere Einsamkeit, bis zum Tod durch die Seinen. Genets Sprache ist pathetisch, ihre lyrische Überhöhung entbehrt heute nicht des Peinlichen.

Chéreau aber hat aus der Tragödie eine reine Komödie gemacht, Leiden und Pathos durchs Lachen „befreit", das „Fest", von dem der Autor spricht, entsakralisiert, um durch den Mythos, den der Name Genet und dieses Stück darstellen, hindurchzustoßen zu einer neuen, uns heute angemessenen Wirklichkeit des Stückes.

Chéreau inszeniert eine totale Entfesselung des Spiels – und scheitert. Denn so etwas läßt sich nicht vier Stunden durchhalten. Da die Aufführung des gesamten Textes mehr als sechs Stunden dauern würde, Kürzungen vom Autor also eingeplant sind, ist es bedauerlich, daß Chéreau, der gegenwärtigen Mode überlanger Aufführungen folgend, seiner eigenen Regie-Intention zuwiderhandelt. Der Eintritt Saids ins Reich der Toten, von Roger Blin als Katharsis erlebt und als unvergeßlicher Höhepunkt einer andauernden Steigerung dargestellt, schlägt bei Chéreau um in Albernheit.

Daß die szenischen Einheiten in dieser Inszenierung derart auseinanderfallen, liegt wohl auch an Chéreaus Verzicht auf seine sonst so spektakuläre und barocke Ausstattung. Das totale Spiel deckt sich nicht mit Chéreaus neuer Nüchternheit einer leeren Bühne. Der Aufbau des Kinosaals hat keine Funktion im Spiel, erzeugt nicht jene Atmosphäre, die er hervorrufen wollte.

Chéreau hat versucht, das Stück aus seinen politischen und historischen Fesseln zu befreien. Was zu Beginn der sechziger Jahre in Berlin und München möglich war, ist auch heute noch nicht in Frankreich gegeben. Die Voraussetzungen sind andere, als sie in Berlin herrschen, wenn in der Schaubühne dort Genets „Neger" gegeben werden. Es bleibt zu beweisen, daß „Wände sind überall" seine Zeit überdauert hat. Diesen Beweis ist Chéreau uns schuldig geblieben.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Bonn: Symposion über Reiseliteratur im 18. Jhd.

Keine Lust ohne Frust

Reisen sind ... ein vortreffliches Mittel, um besonders in der philosophischen Wissenschaft Fortgänge zu machen", notierte der Mainzer Philosophie-Professor Anton Joseph Dorsch 1783. Denn „Erfahrung und Nachdenken ... sind die einzigen Wege ... aller menschlichen Erkenntnisse." Man reiste damals, um Daten über die Welt zusammenzutragen. Den Entdeckungsreisen folgten die Bildungsreisen. Als „spätaufklärerisch" sei dieser Drang zu verstehen. So jedenfalls wollte es das Symposion der Bremer Universität in Bonn über „Deutsche Reiseliteratur im 18. Jahrhundert" gedeutet wissen.

Wer sich jedoch nicht von diesem soziologisierenden und marxinspirierten Vokabular abschrecken ließ, erfuhr manches Wissenswerte über Reiselust und Reisefrust des 18. Jahrhunderts. Damals entstanden die ersten Reiseführer, die Denkmäler und Gasthäuser von Hamburg, Danzig oder Wien aufführten. Man reiste schon damals nicht viel anders als Bildungsbeflissene heute.

Frankreich war ein beliebtes Reiseziel der Deutschen, dem man aufgeschlossen, aber nicht unkritisch gegenübertrat. So erzählt Sophie von Laroche – die Großmutter von Bettina und Clemens Brentano – in ihrem faktenreichen Bericht von dem Moloch Paris und der Armut in den Provinzen. In Paris fühlt sie Mitleid mit den „vielen armen Mädgen, welche mit allerley Minen und Geberden Mannspersonen anzulocken suchen".

In den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts entstand dann ein wahrer Polit-Tourismus. Joachim Heinrich Campes „Briefe aus Paris" bezeugen das Vergnügen an der Masse und den Massenbewegungen in der Großstadt. Ernst Moritz Arndt entdeckt, so erläuterte Johannes Weber, in der freien Form der Reisebeschreibung eine neue „Ästhetik des Häßlichen": Er beschreibt Bettler, den rasenden Pöbel, die Armen- und Zuchthäuser mit sichtlicher Lust am Grauenhaften.

Gert Sautermeister aber meinte in den Abenteuern von Eichendorffs Taugenichts den Typus der utopischen Reise – und damit der poetischen Flucht aus der bürgerlichen Existenz – mit dem Ziel der Selbstbestimmung durch die poetische Selbstbegegnung zu entdecken. Denn statt der [illegible] romantischen Reiseschilderungen, wie sie uns zum Beispiel der bayerische Herzog Maximilian hinterließ, mahne bei Eichendorff der Morgen zum Aufbruch, nicht zum romantischen Ausbruch.

Die Reisen des 18. Jahrhunderts entwickelten sich bald zu Bildungsreisen im weitesten Sinne. Sie erweiterten zwar den Erfahrungshorizont, bestätigten jedoch zugleich das schon immer Gewußte. Selbst Goethe sah auf seiner Italienreise, worauf er zu sehen gefaßt war. In Assisi betrachtete er den römischen Tempel. An der Kathedrale mit den Fresken Giottos ging er vorbei. Die Strafe folgte auf dem Fuß: Die örtliche Polizei arretierte ihn erst einmal. Ein Mann, der nach Assisi kam, und der nicht die Kirche des heiligen Franz besuchte, konnte ihnen nur ein zweifelhaftes Subjekt sein.

SIMONE GUSKI

Parabel über Selbstbestimmung und Demokratie: Fellinis Alterswerk – der Film „Orchesterprobe"

Ein Metronom wird Taktstockdiktator

Offenbar ist Federico Fellini, der 63jährige Meister, nunmehr entschlossen, seine Alterswerke zu schaffen. „Die Orchesterprobe", soeben in unseren Kinos angelaufen, ist unübersehbar das erste davon: spröd, konzessionslos, persönlich, wenn nicht gar privat und von parabolischem Charakter, wobei Fellini in gewisser Weise auf eines seiner ersten Werke, nämlich „La Strada" zurückgreift. War „La Strada" die rührende Parabel vom einfachen Leben und vom Traum der Liebe, so ist „Die Orchesterprobe" die Parabel von der Demokratie – nicht mehr und nicht weniger. Es ist wohl gut, daß Fellini erst jetzt zu dieser Parabel kommt. Zehn Jahre früher hätte man ihn dafür gelyncht, denn die Parabel offenbart, gelinde gesagt, Fellinis tiefe Zweifel an der Demokratie, wobei man natürlich die chaotischen politischen Verhältnisse in seiner Heimat in Betracht ziehen muß.

Wie jede Parabel hat Fellinis „Orchesterprobe" eine vordergründig reale und eine davon fast unabhängige immanente Handlung. Wie in jeder guten Parabel hat zunächst die reale Handlung das Übergewicht, tritt erst später – bei Fellini mit einem eben „fellinischen" Einbruch der Surrealität – zugunsten des symbolischen Gehalts zurück.

In einer alten, profanierten Kirche probt ein Orchester. Es ist keine alltägliche Probe, denn das Fernsehen ist da. Die Heisenbergsche Unschärferelation tritt auf: Das beobachtete Objekt verändert sein Verhalten. Die Musiker plustern sich auf. Die Eitelkeit zeigt sich in allen Spielarten von gemimter Bescheidenheit, verlogener Verinnerlichung bis zu unverhohlener Wichtigmacherei. Vertreter der einzelnen Instrumentengruppen werden nach der Eigenart ihrer Instrumente gefragt und geben kurze oder längere Äußerungen von sich, die umwerfend komisch, rührend oder schlicht blöd sind.

Vordergründig ist dies der unterhaltsamste Teil des Films. Jede dieser kleinen Reden ist ein Kabinettstück, weil jede soviel Wahrheit wie Unfug enthält. Jede scheinbar dumme oder sentimentale Äußerung bietet der Verrücktheit eine tiefe Einsicht, und jede Klugheit entlarvt sich zugleich auch als hohler Egoismus. So denunziert sich die Flötistin in schrillem Exhibitionismus als verrückt und schlägt vor der Kamera einen Purzelbaum, der behäbige Baßtubaspieler erklärt stockend und verhalten, daß nicht er sich die Baßtuba als Instrument, sondern umgekehrt die Baßtuba sich ihn als Spieler ausgesucht habe. So reift jede dieser kleinen Reden zu einer Allegorie des Instruments.

Fellinis Gabe, Tücken zu zeichnen, ist hier zu einer bewundernswerten Verfeinerung gediehen.



Jeder Musiker gibt Auskunft über sein Instrument: Clara Colosimo als Harfenistin in Fellinis Film „Orchesterprobe" FOTO: KINOFILM

Leider ist aber eine Einschränkung zu machen, die nicht auf Kosten Fellinis geht: der ungenannte Übersetzer der Dialoge ist nicht sattelfest in musikalischen Fachausdrücken. Er verwechselt etwa „Einsatz" (den der Dirigent gibt) mit „Auftakt". Das ist im ganzen gesehen nicht wichtig, aber doch schade, denn ein solches Meisterwerk sollte auch in der Synchronisation insgesamt stimmen.

Es folgt eine Pause – von der Musikergewerkschaft vorgeschrieben. Der symbolische, allegorische Gehalt grollt, und zwar handgreiflich. In der Pause plappern die Musiker, zeigen, daß sie auch nur Menschen, freilich jedoch – da halten sie mit ihrer Meinung nicht zurück – ganz außerordentliche sind. Die Pause benutzt das „Fernsehen" – durch dessen Auge man quasi den ganzen Film sieht – zu einem Interview mit dem Dirigenten. Fellinis Dirigent, ein Löwe und Brüller, ist eine Parodie auf alle Taktstockdiktatoren von Toscanini bis Karajan, von den musikalischen Ansichten bis zur äußeren Eitelkeit. Fellini ist, was man natürlich längst weiß, auch ein Genie der Beobachtungskunst.

Nach der Pause bricht das Chaos aus. Die Musiker verlangen Demokratie in der Musik. Parolen wie: „Weg mit dem Dirigenten!" oder „Wir wollen unsere eigene Musik spielen!" werden gerufen, andere an die Wände geschmiert. Das ist eine Auseinandersetzung Fellinis mit den Theorien vom Abbau der Autorität im Kunstbetrieb, wie sie nicht nur im Bereich der Musik, sondern auch und vor allem auf dem Gebiet des Theaters und des Films in den Jahren nach 1968 aufgekommen sind und vielfach noch heute vertreten werden. Wahrscheinlich hat Fellini bei der Realisierung seiner Filme auch darunter zu leiden gehabt. Das Kollektiv galt als Allheilmittel gegen die Kunstkrise – was immer das sein sollte – und Diskussion und Abstimmung wurde jedem künstlerischen Konzept vorgezogen. Fellini führt die „Demokratie" im Symphonie-Orchester ad absurdum, was ja nicht schwer ist.

Ein gigantisches Metronom wird an die Stelle des gedemütigten Dirigenten gestellt, „freie" Improvisation ersetzt die Partitur, was zwangsläufig unverzüglich dazu führt, daß sich die Revolutionäre in die Haare geraten, das vollständige Chaos ausbricht, das durch einen gewaltsamen Eingriff von außen – der „fellinische" Einsturz eines Teils der Kirche – bedrohlich eskaliert. So weit Fellinis Warnung: ohne Autorität ist Kunst nicht möglich.

Aber die Kirche stürzte nicht ganz ein. Das Chaos erforderte zwar Opfer, insgesamt blieb jedoch das Orchester intakt. Der vorher am lautesten schreiende Revoluzzer ist es ausgerechnet, der dem autoritären Maestro hilft, das vorher umgestürzte Dirigentenpult wiederaufzurichten. Der Dirigent, angeschlagen, aber ungebrochen eitel, mit womöglich noch mehr Autorität als vorher, klopft ans Pult, gibt den Einsatz – die Probe geht weiter. Fellinis Trost.

Nun ist hier wieder eine Einschränkung zu machen, die diesmal schon auf Kosten Fellinis geht: Leider benutzt der Meister als Basis der Probe eine belanglose, wohl eigens für den Film komponierte, wäßrig-unentschieden sich gemäßigt modern gebende Musik. Der Film hätte eine gewaltige Dimension hinzugewonnen, wenn etwa eine Prokofieff-Symphonie oder ein Strawinsky-Stück geprobt worden wäre.

Eine der Konzessionen, die sich Fellini in diesem parabolischen Alterswerk versagt, ist die an den Kino-Betrieb. Der Film hat die unhandliche Länge von 70 Minuten: zu lang für einen Kurzfilm, zu kurz für einen Abendfüller. So koppelt der Verleih Fellinis Werk mit einem Klassiker gleichen Namens, der „Orchesterprobe" von Karl Valentin. Das ist mehr als eine Verlegenheitslösung, die sich auf Grund des gleichen Titels anbietet, denn der ist, scheint mir, mehr als zufällig. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich in Fellinis Werk kleine Zitate aus Valentins Film herausgehört habe.

Auch Valentins „Orchesterprobe" handelt von der Brüchigkeit der Autorität. Allerdings ist hier der Dirigent – Liesl Karlstadt in einer ihrer unsterblichen Masken – von vornherein sozusagen demontiert. Seine Autorität beruht nur auf der Abhängigkeit der kümmerlichen Musiker, und so führt hier das allzu Menschliche in seiner Schäbigkeit zu einem eher inneren Chaos, das aber vielleicht gerade deswegen und trotz aller Überdrehtheiten der valentinischen Witze weit bedrückender ist als die fellinische Intellektualität. Beide Werke sind Parabeln auf das Leben. Der Unterschied ist der, daß Fellinis Werk eine absichtliche, Valentins Werk eine unabsichtliche (aber zwangsläufige) Parabel ist. Deswegen vermute ich, daß, wenn in weiteren fünfzig Jahren ein anderer Regisseur sich neuerlich einer „Orchesterprobe" bedient, wohl eher wieder Valentins Film als Vorspann gewählt wird und nicht der von Fellini; trotz allem.

HERBERT ROSENDORFER

Schostakowitsch-Uraufführung in Wuppertal

Das Lied vom Spieler

Gogols Fabel von einem virtuosen Falschspieler, der sich mit drei anderen Gaunern zu einem Pakt auf Kosten Dritter zusammentut und der dann doch von jenen anderen, denen er vertraut, das Fell über die Ohren gezogen bekommt – diese Fabel mußte nach dem geplatzten Hitler-Stalin-Pakt als erregend aktuell empfunden werden, und Schostakowitsch hat sich dann auch gleich um 1943 daran gemacht, diese Kriminalkomödie „Die Spieler" zu vertonen: Wort für Wort ohne Zwischenschaltung eines Librettisten.

Mit Gogol wußte sich Schostakowitsch seit seiner experimentellen Jugendoper „Die Nase" verbunden. In den „Spielern" hat er Gogols Sprechtheater weniger musikalische Komplikationen in den Weg gelegt; seine Musik unterstützt ein überaus verständliches und eingängiges Stück Intrigenszene. Für die Gründe, warum er es unvollendet ließ, gibt es nur Mutmaßungen; bei einer weiteren Wort-für-Wort-Vertonung wäre es zu lang geworden.

Die Fertigstellung dieses in der Sowjetunion von Gennadi Roschdestwenski wieder aufgegriffenen Fragments ist einem Kompositionsauftrag der Wuppertaler Bühnen zu danken. Er erging an den polnischen Komponisten Krzysztof Meyer, der sich mit einem einjährigen Stipendium in Hamburg aufhielt und sich als Schostakowitsch-Biograph einen Namen gemacht hat.

Das Rekonstruieren von Opern ist gerade für Rußland nicht neu: Wieviel hat Rimski-Korssakow an Mussorgski ergänzt, und auch Schostakowitsch komponierte „Rothschilds Geige" seines gefallenen Schülers Benjamin Fleischmann zu Ende! Aber Meyer konnte sich nicht einmal auf Skizzen Schostakowitschs stützen, nur auf sein trainiertes Gefühl für dessen Stil – ich glaube, daß er als langjähriger Freund Schostakowitschs wie viele seiner Schüler auch von seiner Denkweise in „Räumen" und dramaturgischen Spannungsfeldern profitierte.

Es sind nicht geradezu die typischen Wege der Neuen Musik, in denen diese Rekonstruktion – wie man wohl ohne Einschränkung sagen muß: gelang. Daß sie gelang, beruht auf der Imitierbarkeit des theatralischen Stils von Schostakowitsch, in dem viele „Versatzstükke" mal hier, mal da auftauchen – Krzysztof Meyer hat diese Reflextechnik ausgekostet bis hin zu den anzüglich-hintergründigen Mussorgski-Zitaten, in denen sich Schostakowitsch mit seinen Hörern unterhielt.

Hier im Westen versteht man's ja nicht, aber wenn die Wuppertaler Oper demnächst beim Warschauer Herbst mit dem vertonten Gogol-Dialog gastiert: „Der Mensch gehört der Gesellschaft an – Im Grund ja, doch nicht ganz – Niemals ganz – doch ganz", wird man jauchzen und sich betroffen fühlen. Man wird hier aus ganz anderen Perspektiven das Verschmelzen von Hierarchie und Kriminalität nachschmecken, wie Gogol und Schostakowitsch es beabsichtigt haben.

Die Wuppertaler Uraufführung verlief unter der musikalischen Leitung von Tristan Schick, in der Inszenierung von Friedrich Meyer-Oertel, zu Bühnenbild und Kostümen von Hans-Georg Schäfer als szenisch gesteigerte Farce; sogar auf Aktpausen hat man schließlich verzichtet, und das war ganz im Interesse des spannenden Stücks, seiner „Einheit von Ort und Handlung". Eines Stückes, in dem sich der Schwerpunkt von einer zeitgenössischen, autonomen Opernsprache sehr spürbar auf ein textgebundenes Musiktheater verlagert hat. Was Schostakowitsch seinerzeit eine „etwas irreale Oper" nannte, offenbart Züge jenes kritischen Realismus, wie er uns aus der heutigen Ostblock-Kunst als Offenbarung erscheint und doch nur eine Reaktion ist.

DETLEF GOJOWY

KULTURNOTIZEN

Henry Moores „Liegende Figur in zwei Teilen" wurde der Stadt Düsseldorf von der Stadtsparkasse als Leihgabe für den Hofgarten übergeben.

Der Lyriker Gerald Zschorsch erhält das diesjährige „Worpswede-Stipendium".

Der Deutsche Architekturpreis 1983, ausgelobt von der Ruhrgas AG, ist mit Preisen von insgesamt 60 000 Mark ausgestattet worden.

Der Lovis-Corinth-Preis der Künstlergilde Esslingen (10 000 Mark) geht an den Maler und Grafiker Hans Fronius.

Vier Maya-Figuren, aus einem New Yorker Museum gestohlen, sind in Brüssel aufgetaucht.

Simon und Garfunkel gehen ab Juli erstmals seit 13 Jahren wieder gemeinsam auf USA-Tournee.

Martin Stephani, langjähriger Direktor der staatlichen Musikhochschule Westfalen-Lippe, ist 68jährig in Detmold gestorben.

Solingen: Siegfried-Wagner-Oper konzertant

Schwarzes Schwanenreich

In Solingen gehen die Uhren anders. So kaprizierte man sich im 100. Todesjahr Richard Wagners darauf, mit einer konzertanten Aufführung der Oper „Schwarzschwanenreich" den Sohn Siegfried zu ehren. Unschwer als Promoterin des Unternehmens war im Publikum dessen Tochter Friedelind Wagner auszumachen gewesen, die Präsidentin der Internationalen Siegfried-Wagner-Gesellschaft.

Welcher Vater könnte von sich schon sagen, daß er eine solche Tochter verdient! Ohne sie wäre von Siegfried Wagners Werk noch weniger die Rede als so schon. Wie bei einer richtigen Wagner-Oper, ging es um 19 Uhr los, aber anders als der Vater hatte der Sohn bereits um halbzehn sein Pulver ins Trockne gebracht.

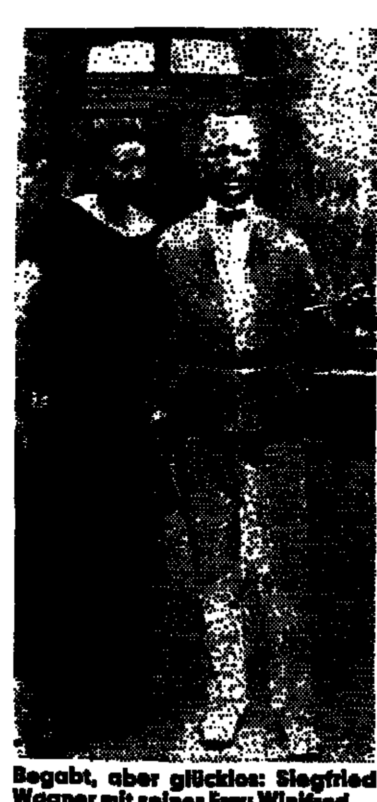
So recht gezündet hatte es nicht. Große Väter sollten wahrscheinlich keine Söhne haben (übrigens eine von Speer überlieferte Hitler-Überlegung): Unter anderen Umständen hätte sich aus Siegfrieds Talenten vielleicht anderes ergeben, als jene pittoreske Volkstümlichkeit seiner Märchenopern. Der künstlerischen Folgerichtigkeit des Vaters steht in einem psychologischen Sinne ebenso folgerichtig die totale Beliebigkeit des Sohnes gegenüber, für die er sich freilich durchaus angenehmer Fertigkeiten bedient.

Die lassen sich ja gar nicht absprechen, wenn man sich das 1910 entstandene, 1918 in Karlsruhe uraufgeführte, 1942 zum letzten Mal gespielte „Schwarzschwanenreich" zu Gemüte führt – dieser Sohn eines überlebensgroßen Vaters ist ja ganz gewiß nicht unmusikalisch auf die Welt gekommen, er hat bei Humperdinck sein Handwerk gut gelernt (auch wenn Debussy meinte, er habe nur Hausaufgaben abgeliefert), er konnte instrumentieren und war nicht einfallslos. Eher schon glücklos, wenn er doch nur etwas zwischen Wagner und Humperdinck mit ein paar Pfitzner-Anklängen traf.

Vor allem aber war er schlecht beraten, als er es auch mit den selbstverfaßten Libretti wie der Vater halten wollte: Das zu „Schwarzschwanenreich" ist die Peinlichkeit selbst. Auf der einen Seite absolut simpel, auf der anderen dramaturgisch völlig hilflos aus Figuren zusammengebastelt, aus denen nie Gestalten werden. Hier der böse Mezzo, dort der lichte Tenor, und dazwischen die hier gar nicht reine Unschuld vom Lande und der Handlanger des intriganten Mezzos. Also Ortrud, Lohengrin, Elsa und Telramund. Nur die Schwäne sind schwarz, und Hulda ist eine Kindsmörderin, von der Ursula gleich nichts Gutes schwant. Sie argwöhnt buhlerische Ausflüge mit dem Satan ins Schwarzschwanenreich.

Irgendwann soll laut Regieanweisung das Ärmchen des verscharrten Wechselbalgs aus der Erde ragen. Beim Anblick des Kruzifixes ertönt Bachs „O Haupt voll Blut und Wunden". Am Ende steht der Scheiterhaufen der Hexeninquisition, aber die Flammen können den Liebenden nichts anhaben. Unversehrt liegen sie da. „Kreuz, Sonnenuntergang. Das Volk kniet nieder". Soviel schlecht verdaute Sexualpsychologie, sagten sich die Solinger zu Recht, kann man bestenfalls singen und vom Orchester (dreifaches Holz, sparsam im Blech) ausloten lassen – Bernhard Lang führte alles mit Gespür für Farbe und dramatische Momente über soviel grundlose Untiefe hinweg. In den Hauptpartien wären zu nennen: die ausgezeichnete Carmen Reppel als Hulda, dazu Raffaele Ponti mit mehr italienischen Tenormanieren, Barbara Weber mit dramatischem Mezzo und Roderick Ristow als böser Bariton vom Dienst.

DIETER SCHÜREN



Begabt, aber glücklos: Siegfried Wagner mit seiner Frau Winifred FOTO: BUNK

JOURNAL

Bundesregierung will kulturelles Engagement

AP, Bonn

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung will sich auch im kulturellen Bereich stärker engagieren. Sie hat jetzt die Absicht bekräftigt, die in der Regierungserklärung dargelegten Pläne im Rahmen des Ausbaus der Bundeshauptstadt in die Tat umzusetzen. Die Bundesregierung will im Parlaments- und Regierungsviertel Einrichtungen verwirklichen, die „der geschichtlichen und kulturellen Tradition unseres Volkes gewidmet sind". Dazu gehört auch die in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl genannte „Sammlung zur Deutschen Geschichte". Durch das geplante kulturelle Engagement der Bundesregierung – so hieß es in einer Erklärung – werde auch deutlich, daß für sie Hauptstadtbau mehr bedeute als Büros und Verkehrswege. Es müsse in der Hauptstadt etwas von dem zu sehen und zu spüren sein, was das Land geistig bewege. Daher sei auch der Bau einer Kunsthalle anzustreben.

Verfahren zum Fall Sabine Meyer

dpa, Berlin

Der Personalrat des Berliner Philharmonischen Orchesters und der Intendant Peter Girth haben im Fall der Klarinettistin Sabine Meyer, die mit Wirkung vom 1. September gegen den erklärten Willen des Orchesters für ein Probejahr engagiert wurde, einen Vorschlag des Berliner Verwaltungsgerichts zur Beendigung des Verfahrens angenommen. In dem Vorschlag heißt es, daß jede beabsichtigte Einstellung eines Orchestermitgliedes künftig dem Personalrat vorgelegt werde und zwar vor Abschluß des Arbeitsvertrages. Girth sagte dazu, er bestreite nicht das Recht des Personalrates. Jedoch sei es „eine reine Formalie" gewesen, da er nicht die Zustimmung des Personalrates brauchte, sondern ihn nur zu hören hatte.

Kein Wechsel bei der Berlinale

AP, Berlin

Die Verträge mit den Verantwortlichen der Berliner Filmfestspiele, Moritz de Hadeln und Ulrich Gregor, sind um weitere drei Jahre verlängert worden. Wie Kultursenator Volker Hassemer (CDU) erklärte, sollen damit die „guten Chancen der Festspiele" im nationalen und internationalen Vergleich gewahrt und ausgebaut werden. Die Entscheidung des Kuratoriums der Festspiele-GmbH sei einstimmig erfolgt und zeuge von dem großen Vertrauen in de Hadeln und Gregor, welche „die Besten für die Aufgabe" seien.

Die 6. Händel-Tage in Karlsruhe

Reg. Karlsruhe

Mit „Xerxes" eröffnet das Badische Staatstheater am 2. Juli die 6. Händel-Tage Karlsruhe. Uwe Wand inszeniert die Oper in drei Akten. Charles Farncombe, der auch die Wiederaufnahmen von „Poros", „Semele" und „Rinaldo" betreut, übernimmt die musikalische Leitung. Die Titelrolle singt Lutz-Michael Harder. Am 9. Juli beschäftigen sich junge Choreographen mit dem Phänomen „Händel". Stefan Kunze reflektiert in einem Festvortrag „Händels dramatische Gegenstände". Kammerkonzerte, Diskussionen und Ballettabende ergänzen das Programm der Händel-Tage, die bis zum 17. Juli dauern.

Neue Funde in Herkulaneum

dpa, Neapel

Zwei Armbänder aus reinem Gold, Halsketten aus Gold und Jade sowie zahlreiche andere wertvolle Gegenstände sind die jüngsten Entdeckungen bei den Ausgrabungen in Herkulaneum. Die bei einem Vesuv-Ausbruch im Jahr 79 n. Ch. zerstörte Villen-Stadt der Römer bei Neapel bleibt eine unschätzbare Fundgrube für Archäologen. Die italienische Regierung hat erneut 1,65 Millionen Mark bewilligt, um die Ausgrabungsarbeiten fortsetzen zu können.

Norma Shearer †

Norma Shearer, einer der Sterne aus Hollywoods Glanzzeit, ist in Los Angeles – 79jährig, vielleicht auch ein wenig älter, denn ihr exaktes Geburtsdatum liegt wohlgehütet im dunkeln – gestorben. Die aus Kanada stammende Schauspielerin stand gegen Ende der zwanziger Jahre bereits recht hoch auf der Stufenleiter des Erfolgs. Da war sie einer jener großen Namen, mit denen die MGM sich schmückte und außerdem die Frau des Produktionsleiters Irving Thalberg. Gewiß hat sie ihren Aufstieg nicht zuletzt diesem Mann, aber doch auch ihrem eigenen Talent zu verdanken. Unvergessen ist die Shearer in dem Ernst-Lubitsch-Film „Alt-Heidelberg" und auch in Sidney Franklins „The Actress". Der Übergang zum Tonfilm bereitete ihr keine Schwierigkeiten. Im Gegenteil. Für ihre Rolle in „The Divorcée" wurde sie 1930 sogar mit einem Oscar gekrönt. Nach Thalbergs Tod ging auch Norma Shearers Stern langsam unter. Obgleich Inhaberin eines beachtlichen MGM-Aktienpaketes, bekam sie zunehmend Schwierigkeiten mit der Produktionsfirma. Einiges Renommee konnte sie 1939 noch erringen in George Cukors „The Women", ehe sie sich 1942 dann endgültig vom Film zurückzog.

B. F.

Staranwalt Bossi glaubt an „Polizistenbonus“

Heftige Vorwürfe um Todesschüsse von Gauting

PETER SCHMALZ, München

Wird die Wahrheitsfindung des Münchner Schwurgerichts in dem Totschlagsprozeß gegen den Polizisten Friedrich K., der am 21. Juni beginnt, dadurch erschwert, daß der Beamte nach den tödlichen Schüssen auf einen 14jährigen Jugendlichen nicht in Untersuchungshaft genommen wurde? Der Münchner Strafverteidiger Rolf Bossi, der in dem auf fünf Tage angesetzten Verfahren die Mutter des getöteten Jungen vertritt, äußerte diese Befürchtung, nachdem er die Aussagen des Beschuldigten und dessen als Zeugen geladenen Kollegen gelesen hatte. Dabei stellte er, so Bossi, „merkwürdige Übereinstimmungen“ fest.

Der Anwalt hatte die Staatsanwaltschaft bereits mehrfach kritisiert, weil sie sich geweigert hatte, den Polizeibeamten nach den Todesschüssen in Haft zu nehmen. Bossi sprach von „Polizistenbonus“ und erklärte, ihm sei in München kein Fall bekannt, bei dem ein des Totschlags Verdächtiger nicht in Untersuchungshaft gekommen sei. Der Zeuge, der mit K. im Einsatz war und den Angeklagten unmittelbar nach den Schüssen sprach, wäre nach Meinung von Bossi glaubwürdiger, hätte er nicht die Möglichkeit gehabt, mit K. in den Wochen nach der Tat ungehindert Kontakt aufzunehmen.

Der Fall hatte Ende März im ganzen Land Schlagzeilen gemacht und Bayerns Innenminister Karl Hillermeier vorübergehend in Schwierigkeiten gebracht. In dem Ort Gauting südöstlich von München war nach einer Einbruchserie eine verstärkte Zivilfahndung angeordnet worden, die in der Nacht zum 21. März, einem Sonntag, Erfolg versprach: Friedrich K., der 30jährige Leiter des aus sieben Beamten bestehenden Einsatzkommandos, sah vom Gautinger Rathaus aus, wie sich knapp eine Stunde vor Mitternacht jemand dem gegenüberliegenden Jugendheim näherte. Kurz darauf klirrte eine Scheibe.

Nur einen Augenzeugen

Der Beamte wußte nicht, daß der 14jährige Schüler Jürgen Bergbauer von einer Party zu spät aufgebrochen war, daß er es vorzog, statt zu Hause im Jugendheim zu übernachten, was er als gern gesehener und häufiger Gast dieses Hauses schon mehrfach getan hatte. Der Polizeihauptmeister vermutete einen Einbrecher und näherte sich mit gezogener Waffe dem Gebäude.

Was in den entscheidenden Sekunden, in denen der Schüler starb, geschah, müssen die Münchner Richter während der Verhandlung klären. Es gibt nur einen Augenzeugen, und das ist der angeklagte Beamte selbst. Er sagt laut Anklage, er habe sich mit der Pistole einem Fenster genähert, das ihm gegen die Hand geprallt ist oder gestoßen wurde, daraufhin habe sich ein Schuß gelöst. Der Beamte glaubte, der Einbrecher habe geschossen, woraufhin er zwei weitere Warnschüsse abgegeben habe.

Hier setzt die Kritik von Anwalt Bossi ein. Der Angeklagte wie der Zeuge, ein Beamter aus K.s Zivilstreife, geben an, K. habe vor Abgabe seiner Schüsse gerufen: „Halt, Polizei!“ Doch keiner der Polizisten in der Nähe des Tatorts scheint sich an diese Worte in den ersten Vernehmungen erinnert zu haben. Tagelang wußten die wegen der Tat stark in Bedrängnis geratenen Staatsbehörden bis hinauf zum Innen- und Justizministerium nichts von einer Anruf-Version, die K. und den gesamten Polizeiapparat in der emotional aufgeladenen Situation entlastet hätte.

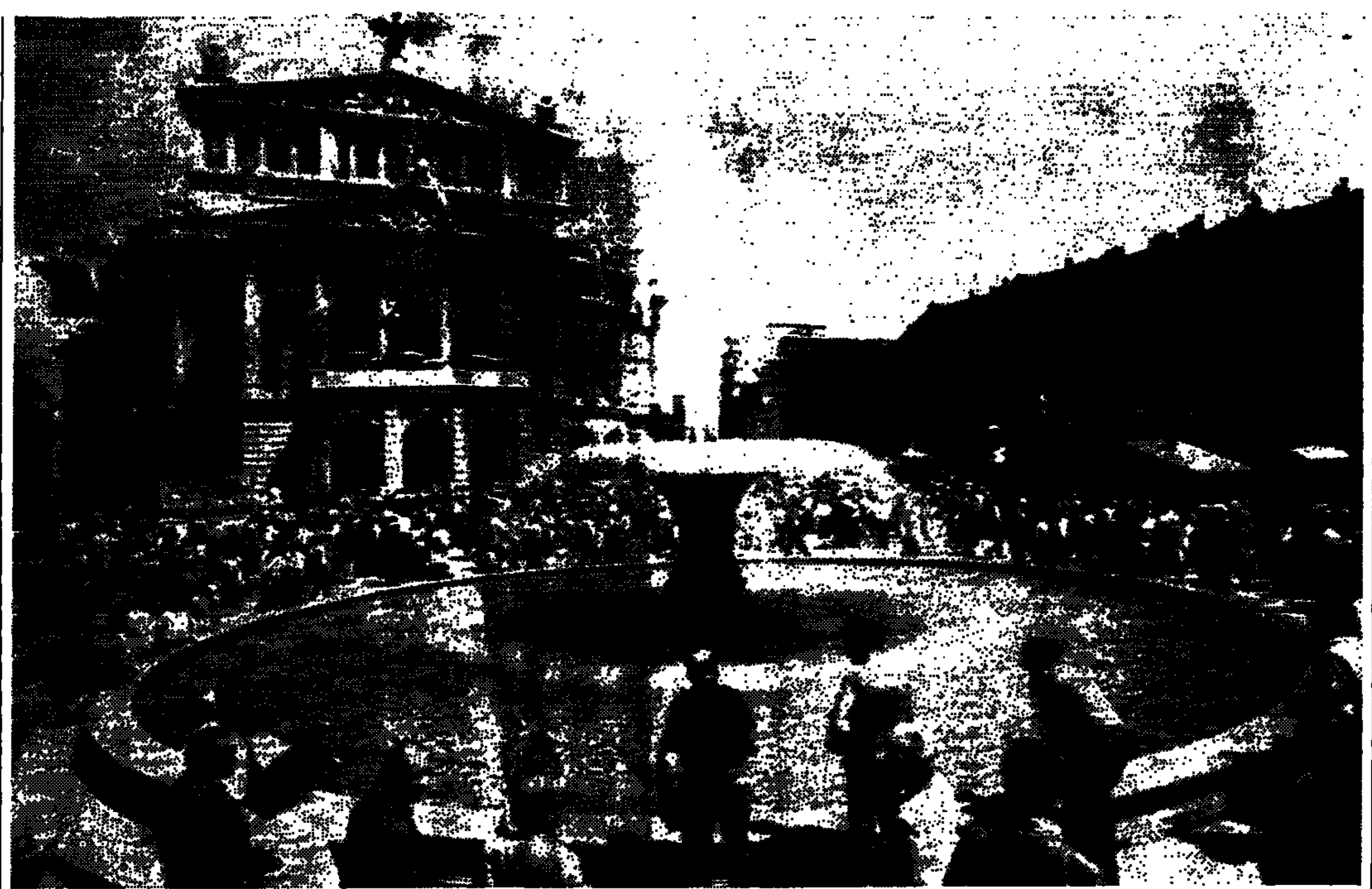
Tagelanges Schweigen

Selbst vier Tage nach den Todesschüssen war in einer Sondersitzung des Sicherheitsausschusses im Bayerischen Landtag kein Wort davon zu hören. Dagegen kritisierte nach damaliger und von zwei Ministern als vollständig beteuerten Aktenlage der CSU-Abgeordnete und Jurist Hermann Leeb den Einsatz als offensichtlich nicht im Einklang mit dem Polizeiaufgabengesetz.

Die zweite „merkwürdige Übereinstimmung“ sieht Rolf Bossi in der Aussage, K. habe nach den Schüssen vor sich hingesagt: „Der hat geschossen, ich habe zurückgeschossen.“ Auch hier lauteten die Versionen der ersten Tage anders.

Unzweifelhaft ist nur das traurige Resultat dieses offensichtlich übereilten Einsatzes: Der schmächtige Jürgen wurde von einer Polizeikugel in den Kopf getroffen und ist wenige Minuten später gestorben. Der Schütze aber schwieg tagelang so hartnäckig, daß sogar Innenminister Hillermeier öffentlich zugab, er würde es im Interesse des Beamten begrüßen, wenn sich dieser endlich zur Aussage bereit finden könnte.

Die Richter stehen in dem Prozeß, zu dem 16 Zeugen und sieben Sachverständige geladen sind, nun vor zwei Aufgaben. Sie müssen einmal klären, ob der Angeklagte tatsächlich – wie von der Staatsanwaltschaft angenommen – die Grenzen der zulässigen Notwehr überschritten hat. Und sie müssen dem Verdacht nachgehen, die Ermittlungsbehörden hätten dem Beschuldigten die Möglichkeit zur Abstimmung seiner Aussage mit wichtigen Entlastungszeugen gegeben, indem sie ihn nicht in Untersuchungshaft nahmen.



Nie ist ein Brunnen in Deutschland vor solcher Kulisse eingeweiht worden: Als gestern ein Magier vom Tanztheater Salome mit Beschwörungsriten das Wasser aus dem neuen, 1,8 Millionen Mark teuren Brunnen vor der Alten Oper in Frankfurt hervorlockte, klatschten nicht nur Tausende Frankfurter, sondern auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der hessische Ministerpräsident Holger Börner und zahlreiche deutsche Stadtoberhäupter Beifall. Frankfurts OB Walter Wallmann nannte den Brunnen wie die neuaufgebaute Alte Oper architektonisches Zeichen für eine menschliche Stadt und lobte das finanzielle Engagement der Bürger für diese Bauten. Der Brunnen aus hellem Reinerreuther Granit ist mit fünf Meter Durchmesser die drittgrößte Granitschale Deutschlands. Der Frankfurter Bildhauer Edwin Hüller hat ihn nach einem 100 Jahre alten Entwurf des Opernbaumeisters Richard Lucae geschaffen hat, der niemals verwirklicht werden konnte, weil das Geld ausging.

LEUTE HEUTE

Aufgegeben

Der 36jährige britische Ruderer **Peter Bird**, der von San Francisco aus nach Australien rudern wollte, hat in der Nacht zum Dienstag seinen Rekordversuch wenige Meilen vor der australischen Küste aufgeben müssen. Bird, der vor zehn Monaten zu seiner Gewalttour über den Pazifik in einem rund 13 Meter langen Spezialboot gestartet war, ließ sich nach einem Notruf von der australischen Marine aus seinem Ruderfahrzeug hieven, das am berühmten Barrier Reef zu zerschellen drohte.

Theater-Pläne?

John F. Kennedy jr. (22), der älteste Sohn des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, der jetzt ein Abschlußexamen in Englisch und Geschichte an der Brown University in Providence bestand, weiß noch nicht so recht, was er mit sich anfangen soll. Bislang galten weitere Universitätsstudien als abgemacht, doch Freunden verriet der theaterbegeisterte Kennedy-Sproß jetzt, daß er auch eine Schauspielerkarriere in Erwägung zieht. Was der Kennedy-Clan davon hält, ist bis jetzt unbekannt.

Haarige Rolle

Zum ersten Mal spielen sie zusammen, die beiden Jungstars **Nastassja Kinski** (22) und **Jodie Foster** (20), die seit eineinhalb Jahren eng befreundet sind. Von der hübschen Deutschen wird allerdings in dem Streifen „The Hotel New Hampshire“ nicht sehr viel zu sehen sein; sie mimt einen Bären, der – anders als in der Wirklichkeit – in einem komplizierten Verhältnis zu Partnerin Jodie Foster steht. Für die Amerikanerin soll es vorerst der letzte Film sein. Sie beginnt nächstes Jahr ihr Studium auf der Elite-Universität Yale.

Rückschlag für Geheim-Mission der Nasa

WOLFGANG WILL, New York

Die für Oktober oder November geplante zehnte Mission eines amerikanischen Raumflugzeuges mußte gestrichen werden. Das STS-10 genannte Unternehmen sollte der erste Nasa-Flug mit einer streng geheimen militärischen Nutzlast sein. Er wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Das wird als schwerer Rückschlag für die militärische Aufklärung der USA und ihrer Bündnissysteme angesehen.

Im Rahmen dieses Unternehmens wollte die amerikanische Luftwaffe einen völlig neuen „Himmelsspion“ oder Aufklärungssatelliten starten. Er wäre in der Lage gewesen, Truppenbewegungen auf osteuropäischer Seite bis zu Kompaniestärke zu registrieren und binnen weniger Minuten an NATO-Kommandostellen zu melden. Dieser Satellit hätte zudem die Fähigkeit gehabt, jede neuinstallierte oder in Stellung gebrachte Mittelstreckenrakete des Warschauer Paktes zu definieren und ihren Standort mit einer Abweichung von nur drei Metern zu ermitteln.

Die Streichung des Raumflugzeug-Unternehmens Nummer zehn geht auf die Erkenntnis der Nasa und der US-Luftwaffe zurück, daß das „IUS“ genannte Satelliten-Triebwerk unzuverlässig ist und wahrscheinlich von Grund auf neu entwickelt werden muß. Der Luftwaffen-„Himmelsspion“ wäre mit einem Raumflugzeug auf eine Erdumlaufbahn gebracht worden, um dann mittels des „IUS“-Triebwerkes auf seinen endgültigen „Punkt“ befördert zu werden.

Dieses „IUS“-Triebwerk versagte im Falle des Nachrichtensatelliten „Tiedress“, der während der April-Mission der „Challenger“ gestartet worden war. „Tiedress“ geriet auf eine um Tausende Kilometer von der geplanten abweichende Kreisbahn und muß jetzt mittels komplizierter und zeitraubender Manöver durch ständiges Zünden seiner Lagekorrekturdüsen „Stück für Stück“ seiner vorgeschriebenen Bahn „entgegengeschossen“ werden. Ob das letztlich gelingt – und davon hängt auch das für Ende September geplante „Spacelab“-Unternehmen mit dem deutschen Missionsspezialisten Ulf Merbold ab –, ist noch offen. (SAD)

Spannung vor sechstem Start von „Ariane“

rtr, Paris

Wenn sie morgen startet, trägt die „Ariane L-6“ vielleicht die letzten Hoffnungen der Europäischen Weltraumbehörde (Esa) auf einen Einstieg in das lukrative Geschäft mit dem Satellitentransport ins All. Ihre Vorgängerin war im vergangenen September nur zehn Minuten nach dem Start in Kourou/Französisch-Guyana in den Atlantik gestürzt, weil eine Treibstoffpumpe der dritten Stufe versagt hatte.

Dieser zweite Fehlschlag bei fünf Starts kostete die Europäische Weltraumbehörde 55 Millionen Dollar, sechs Monate Zeit und eine Menge Glaubwürdigkeit.

Esa-Vertreter verhehlen nicht, daß ein weiterer Fehlschlag katastrophale Folgen für die Bemühungen haben würde, die Verträge für etwa ein Drittel der zwischen 1985 und 1991 geplanten 250 kommerziellen Satellitenstarts zu bekommen.

Frederic d'Allest, Chef der Betriebsgesellschaft „Arianespace“: „Wir wissen, daß wir weitere Beweise unserer Zuverlässigkeit liefern müssen, wenn unser Ziel realistisch werden soll.“

Die Esa-Ingenieure sind überzeugt, daß die mechanischen Probleme bewältigt sind. Jedes Teil der „Ariane L-6“ wurde peinlich genau auf seine Funktionsfähigkeit untersucht, um einen neuen Absturz zu vermeiden. Die mit 1000 Umdrehungen pro Sekunde arbeitende Turbinenpumpe ist modifiziert worden.

Das seit zehn Jahren laufende, 900 Millionen Dollar teure Ariane-Programm ist klein im Vergleich zu den Aufwendungen, aber auch zu den Erfahrungen der USA in der Weltraumfahrt.

Nach Angaben d'Allests, der auch das am Programm maßgeblich beteiligte französische Raumfahrtzentrum leitet, hat Arianespace bisher 35 Aufträge im Wert von 3,6 Milliarden Franc (rund 1,2 Milliarden DM).

Bei einem weiteren Fehlstart könnten die Kunden zur amerikanischen Konkurrenz, der Nasa, überlaufen, denn dann läge die Zuverlässigkeitsquote bei nur 50 Prozent. Bei ihren Kunden ist die Esa jedoch mit 90 Prozent im Wort.

Auf der Spur des ältesten Menschen Eurasiens

dpa, Madrid

In der spanischen Ortschaft Orce bei Granada sind möglicherweise die Überreste des bislang ältesten Menschen Eurasiens gefunden worden. Wie die Zeitung „El Pais“ gestern auf der Titelseite berichtete, sind die Scheitelbeinknochen des „Menschen von Orce“ nach Untersuchungen katalonischer Archäologen zwischen 900 000 und 1,6 Millionen Jahre alt. Die bislang ältesten Funde im eurasischen Bereich hatten ein Alter von rund 700 000 Jahren. Ältere Funde gab es bislang nur in Ost-Afrika.

Nach Darstellung von Professor Eduardo Ripoll vom Nationalen Archäologischen Institut in Madrid ist „dieser Fund einer der wichtigsten der letzten Jahre“. Der wissenschaftliche Streit über den Beginn der menschlichen Besiedlung Europas könnte durch den Fund von Orce neu entfacht werden. Das Scheitelbein des „halberwachsenen 17jährigen Hominiden (Vormenschen)“ wurde bereits im vergangenen Sommer ausgegraben.

Fünflinge in Hamburg

dpa, Hamburg

In der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf sind Fünflinge geboren worden. Nach Auskunft der Klinik kamen die vier Mädchen und ein Junge bereits vor zehn Tagen, in der 29. Schwangerschaftswoche, per Kaiserschnitt zur Welt. Der 30 Jahre alten Mutter geht es gut. Sorgen machen die Kinder bei einem Geburtsgewicht zwischen 620 und 990 Gramm.

Streikwelle der Seeleute

AP, Athen

Wegen eines Streiks der griechischen Fährschiff-Besatzungen saßen Tausende von Touristen auf den Inseln fest. Dies war erst der Beginn einer Streikwelle griechischer Seeleute. Von heute an verweigern die Mannschaften der griechischen Frachter für zwei Tage die Arbeit, und morgen will das Personal der Kreuzfahrer in den Ausstand treten. Die Seeleute verlangen 35 Prozent mehr Lohn.

Unwetter über Bayern

dpa, München

Schwere Unwetter mit sintflutartigem Regen sowie Hagelschlag sind in der Nacht zu gestern auf Bayern niedergegangen. Der Wolkenbruch richtete vor allem im Landkreis Dingolfing-Landau Schäden in Millionenhöhe an.

Drei Carabinieri getötet

dpa, Palermo

Mutmaßliche Mafia-Mitglieder haben in der sizilianischen Stadt Palermo drei Carabinieri getötet. Eines der Opfer galt als Experte bei der Fahndung nach Mafia-Kriminellen.

Streit um Bergegeld

AP, Santa Cruz

Um den in der vergangenen Woche auf einem spanischen Frachter im Atlantik notgelandeten britischen Senkrechtstarter ist zwischen der Besatzung der „Alraigo“ und der britischen Marine eine heftige Fehde um das Bergegeld ausgebrochen. Die Mannschaft will das Flugzeug notfalls an Bord festhalten, wenn die Engländer nicht zahlen. Das spanische Seefahrtsamt hatte jedoch einen Anspruch der Mannschaft bereits verworfen.

ZU GUTER LETZT

Hinweis am Eingang zum „Akupunktur-Zentrum“ in der englischen Stadt Yeovil: „Fest drükken“.

Amsterdam: Kampf gegen Sucht mit Heroin

Parlament mit Mehrheit für die „Therapie der Hoffnungslosen“ / Verstoß gegen internationale Verträge?

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Die Nachricht brachte Unruhe auch in deutsche Amtsstuben: Stadtrat und -verwaltung von Amsterdam machen sich stark, demnächst Heroin gratis an 1200 Drogenabhängige zu verabreichen (s. WELT vom 13. 6. '83). Auch in der Zweiten Kammer des Haager Parlaments, die dem Deutschen Bundestag entspricht, fand sich jetzt erstmals eine Mehrheit für diesen Plan, der die herkömmliche Drogenpolitik auf den Kopf stellt.

Amsterdam ist als Drogen-Mekka bekannt. Die milde Justiz, die günstige geographische Lage und der Ruf der Grachtenstadt, hier sei „alles erlaubt“, zogen die Mafia an. Aus dem Blumenkinderparadies der sechziger Jahre ist für rund 10 000 Drogenabhängige, von denen etwa 1000 aus Deutschland kommen, die Hölle geworden. Auf dem Zeedijk in der Altstadt, wo die Surinamer, die Farbigen aus der einstigen Kolonie, den Stoff offen auf der Straße handeln, wähnt man sich in der Bronx oder in Harlem – den verrufenen New Yorker Stadtvierteln. Anwohner schritten vor ein paar Wochen zur Selbsthilfe und besetzten den Ratssaal. Nun ergreifen Stadtrat und -verwaltung die Flucht nach vorn und bedrängen den Staatssekretär des Gesundheitsministeriums, die freie Verabreichung von Heroin zu genehmigen.

Begründung: „Die Illegalität von Heroin bringt sowohl die Gesellschaft als auch die individuellen Verbraucher in große Probleme. Durch Regulierung des Gebrauchs bekommt der Abhängige die Chance, physisch, psychisch und sozial besser zu funktionieren.“ Als Zielgruppe werden die Hoffnungslosen genannt, die „auf gesundheitsbedrohende Weise mit ihren Drogen umgehen und die durch den großen Bedarf eine untragbare gesellschaftliche Belastung darstellen“.

Dieser Soziologenjargon stammt von der Beigeordneten für Volksgesundheit. Die 36jährige Tineke van den Klinkenberg, Soziologin, Kommunistin, Feministin, bekam vom roten Amsterdamer Stadtparlament die Schlüsselposition Volksgesundheit, Emanzipation, Warenkontrolle und Feuerwehr anvertraut. Jetzt tritt sie als „Feuerwehr“ für das Drogenproblem auf.

Entgegen der weitverbreiteten Meinung, das Drogenproblem sei durch „Abkicken“ (erzwungener Entzug) lösbar, kommt sie zu der Erkenntnis, es sei unlösbar. Die 15 Millionen Mark, die die öffentliche Hand jährlich in Hilfs- und Abkickprogramme stecke, seien hinausgeworfenes Geld. Sie will nun den Teufelskreis von „Stehlen, Dealen, Scoren (Spritzen oder Inhalieren), in dem der Abhängige rotiert“, durchbrechen.

Da die Beigeordnete weiß, daß ihre Vorschläge gegen internationale Verträge verstoßen, die auch Holland unterschrieben hat, hat sie sich auch juristisch etwas einfallen lassen: „Wenn das Heroin durch Ärzte verabreicht wird“, argumentiert sie, „ist es als Heilmittel zu definieren.“

Klinkenberg wird unterstützt – nicht nur durch eine große Mehrheit im Stadtrat – auch durch ihren jungen linksintellektuellen Beamtenapparat und, wie sich jetzt herausstellte, durch eine Mehrheit im Parlament. Die Christdemokraten sind zwar gegen das Heroin-Experiment, ihre Koalitionspartner, die Liberalen, haben jedoch mit der sozialistischen Opposition gemeinsame Sache gemacht.

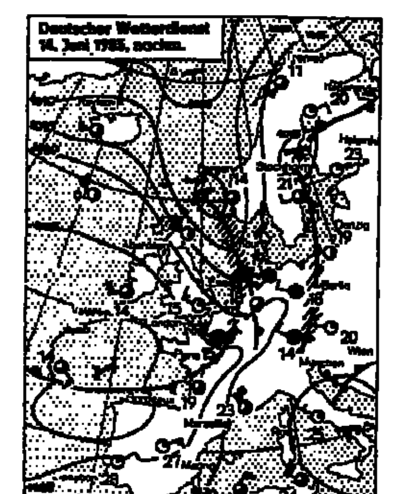
Man hofft, mit diesem Programm den Rauschgifthandel wie die sogenannte Randkriminalität eindämmen zu können. Ein Gramm Heroin kostet in Amsterdam zur Zeit 200 bis 250 Gulden. Dafür muß man mindestens drei Kofferradios oder vier goldene Uhren bei den Dealern, die oft auch die Hehler sind, eintauschen.

Staatssekretär van der Reijden vom Gesundheitsministerium verweigert jedoch vorerst sein „Ja“ zum Amsterdamer Heroin-Programm: „Die Stadt soll erstmal ein detailliertes Programm vorlegen“, verlangte er. Die Organisation für die Heroinverabreichung ist indes schon vorhanden: Amsterdam unterhält vier personell gut besetzte Zentren für Abhängige. Täglich durchkreuzen zwei sogenannte „Mothadonbusse mit sieben festen Standorten die Stadt. An einige Tausend Abhängige wird bereits Methadon, ein synthetisches Opiat, als Ersatzdroge verabreicht. Wer Methadon ablehnt, soll sich demnächst also für den Heroinempfang melden können.

WETTER: Unbeständiger und kühl

Wetterlage: An der Nordostflanke eines Hochs westlich des Ärmelkanals fließt kühle Meeresluft über die Nordsee nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Mittwoch:



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Ganz Deutschland: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung. Einzelne schauerartige Regenfälle. Temperaturen nachmittags 15 bis 18 Grad, in den Alpen in 2000 Meter wenig über Null Grad. Nachts zum Teil aufklarend und Abkühlung auf 9 bis 6 Grad. Mäßiger, an der See und im Bergland frischer Nordwestwind.

Weitere Aussichten:

Wechselnd wolkig. Schauerneigung abnehmend.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	36°
Bonn	18°	Kopenh.	17°
Dresden	15°	Las Palmas	26°
Essen	18°	London	15°
Frankfurt	19°	Madrid	27°
Hamburg	19°	Mailand	22°
List/Sylt	14°	Mallorca	29°
München	14°	Moskau	20°
Stuttgart	17°	Nizza	25°
Algier	23°	Oslo	17°
Amsterdam	15°	Paris	15°
Athen	23°	Prag	14°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	15°	Stockholm	21°
Budapest	23°	Tel Aviv	33°
Bukarest	19°	Tunis	24°
Helsinki	23°	Wien	20°
Istanbul	21°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr, Mondaufgang: 11.11 Uhr, Untergang: 1.25 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Pompeji versteckt sein wahres Gesicht

Mittel gegen Erdbebenschäden versickern / Besucher sehen nur einen Bruchteil

KLAUS RÜHLE, Bonn

Italiens Fremdenverkehrsminister Nicola Signorello gibt sich seit Monaten erdenklichste Mühe, die Deutschen davon zu überzeugen, daß eine Italien-Reise sich wie eh und je lohnt. Er malt dabei die landschaftlichen Schönheiten und historischen Sehenswürdigkeiten zwischen Brenner und Sizilien in den rosigsten Farben. Dabei vergißt er allerdings, daß die steinernen Zeugen der Antike sich zum großen Teil in Kur befinden. Das gilt für Denkmäler, Foren, Triumphbögen, Siegessäulen und vieles mehr in der Ewigen Stadt, es gilt vor allem aber auch für Pompeji, einzigartiges Beispiel einer altrömischen Stadt, das dank des Vesuv-Ausbruchs im Jahre 79 nach Christi Geburt erhalten geblieben ist.

Von den mehr als 60 000 Quadratmetern Pompeji, die in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit ausgegraben wurden, ist heute nur noch etwa ein Fünftel zu besichtigen, weil die Aufräumungsarbeiten nach dem Erdbeben vom 23. November 1980 nicht vom Fleck kommen. Man hat sich damit begnügt, die antiken Bauten in Schutzkäfige zu stecken, sie notdürftig abzustützen und den Besucherstrom so zu kanalisieren, daß der obligatorische Weg durch die antike Stadt zu einer Farce wird. Die Besucher werden wie am Gängelband von der Porta Marina zum Forum und von dort über die Via dell'Abbondanza zur Theaterzone geleitet. Groß ist die Enttäuschung der Besucher aus aller Welt, die für ihr Eintrittsgeld nur noch einen Bruchteil dessen zu sehen bekommen, was ihnen im gedruckten Führer beschrieben wird. Dies ist um so bedauerlicher, als zum Heiligen Jahr ungezählte Wallfahrer einen Abstecher von Rom nach Neapel machen, um Pompeji zu besichtigen.

Wer hat schuld daran, daß die weltbekannte antike Stadt sich in einem so betrüblichen Zustand befindet? Fehlt es an Geld, um Pompeji wieder salonfähig zu machen? Eigentlich nicht, denn ein Sondergesetz von Ende 1980 stellte für die Dauer von fünf Jahren einen Betrag von drei Millionen Mark pro Jahr für die Restaurierung aller beschädigten Bauten Pompejis zur Verfügung. Doch die bisher ausgegebenen neun Millionen Mark wurden zweckentfremdet: sie wurden etwa für Telefon- und Lichtrechnungen, für die Müllabfuhr und dergleichen verwendet. Allein für den Bau des sicherlich unentbehrlichen neuen Verwaltungsgebäudes gingen anderthalb Millionen DM drauf. Das vom italienischen Parlament einstimmig verabschiedete Sondergesetz zur Sanierung Pompejis lief deshalb bisher ins Leere.

Aber nicht nur Schlamperei und rechtswidrige Verwendung der bereitgestellten finanziellen Mittel sind an der Vernachlässigung Pompejis schuld. Hinzu kommt Sankt Bürokratius. Beispielhaft ist da die Operation zur Feststellung der vom Erdbeben vor anderthalb Jahren angerichteten Schäden. Zwar wurden per Computer 50 000 Karteikarten angefertigt, doch fehlt es bisher am Terminal, um die gesammelten Daten auswerten zu können. Die bürokratischen Hemmnisse erklären sich nicht zuletzt aus dem Neben- und Gegeneinander von Ministerien sowie aus der fehlenden Abstimmung von Politik und Technik.

Wie eine große römische Zeitung feststellt, wäre es „unverantwortlich und beschämend“, wenn die bisher bewiesene Unfähigkeit und der bürokratische Leerlauf Italien zum Angeklagten vor der gesamten Kulturwelt werden ließen.

Hilfe für Farbenblinde

Japanische Klinik wirbt mit huntertprozentigem Erfolg

EDWIN KARMIOL, Tokio

Der Behandlungsraum in der Mejiro-Klinik in Tokio sieht aus wie ein modernes Sprachlabor: An Pulten, die mit kreisrunden Farbtafeln und kopfhörerähnlichen Geräten ausgestattet sind, können bis zu 130 Patienten gleichzeitig Platz nehmen und sich selbst behandeln – gegen Farbenblindheit.

Noriko Yamada, Leiterin der Klinik: „Wir haben neuerdings durchschnittlich eintausend Patienten pro Tag, und die Erfolgsquote beträgt hundert Prozent.“

Farbenblindheit kann angeboren sein oder tritt nach Schädigung der Netzhaut auf. Es gibt totale Farbenblindheit, bei denen der Betroffene keinerlei bunte Farben wahrnehmen kann, und statt dessen alles nur in Grautönen sieht. Häufiger ist die Unfähigkeit, rot/grün oder gelb/blau zu erkennen sowie das Verwechseln von Farben miteinander. Schätzungsweise vier Prozent der Bevölkerung leiden an diesen Anomalien.

In der Mejiro-Klinik sind, seit diese vor fünf Jahren eröffnet wurde, angeblich 29 000 Farbenblinde erfolgreich behandelt worden: Sie können alle Farben erkennen und voneinander unterscheiden.

Patienten aus aller Welt lassen sich in der Tokioer Klinik behandeln. Der südafrikanische Maler Andrew Verster: „Mein Sehvermögen verbessert sich ständig. Ich bin sicher, daß mir geholfen werden wird.“

Die Behandlung ist schmerzlos. Sie beruht auf der Erkenntnis, so Noriko Yamada, „daß der menschliche Körper ein magnetisches Feld darstellt, dessen Ionen elektrisch beeinflußt werden können.“ Nach kurzer Einführung preßt sich der Patient zwei bleistiftähnliche Elektroden auf bestimmte Punkte seines Gesichts in Augennähe. Durch regelmäßige elektrische Stimulierung soll sich allmählich das Wahrnehmungsvermögen für bestimmte Farben verbessern.

Die Stärke der elektrischen Impulse richtet sich nach dem Grad der Farbenblindheit und wird von einem Computer gesteuert. Jede Sitzung der Behandlung dauert etwa 25 Minuten. Yamada: „Nach 30 bis 40 Sitzungen ist der Patient geheilt.“

Die gesamte Behandlung kostet zwischen 1000 und 1500 Mark, gleichgültig, wie viele Sitzungen ein Patient benötigt. (SAD)